

15. Evangelische Landessynode

Stuttgart, 21. März 2019

09:00 Uhr

47. Sitzung

unter dem Vorsitz von **Präsidentin Schneider**, Inge und
Stellv. Präsident Stepanek, Werner

Anwesend vom Oberkirchenrat: Landesbischof **July**, Dr. h.c. Frank O.; Direktor **Werner**, Stefan; Prälantin **Arnold**, Gabriele; Prälaten **Rose**, Prof. Dr. Christian; **Stumpf**, Harald; Oberkirchenräte **Heckel**, Prof. Dr. Ulrich; **Lurz**, Dr. Norbert; **Traub**, Wolfgang; **Frisch**, Dr. Michael; **Kastrup**, Dr. Martin; **Duncker**, Hans-Peter; **Bachert**, Dr. Robert; **Dreßler**, Sina

Sprecher der Landeskirche: **Hoesch**, Oliver

Fehlende Synodale: **Abrell**, Dieter; **Blatz**, Günter; **Heckel**, Prof. Dr. Christian; **Hensel**, Simon; **Jungbauer**, Dr. Harry; **Mörike**, Markus; **Reichle**, Kristina; **Schenk**, David; **Wahl**, Florian; **Wörner**, Tobi

Gäste: **Mack**, Prälat i. R. Ulrich; **Röckle**, Prälat i. R. Gerhard; **Hausding**, Dr. Christel, Präsidentin der 14. Landessynode und Mitglied der 11. EKD-Synode; **Kern**, Steffen, Mitglied der 12. EKD-Synode; **Demuth**, Kai-Uwe, DataGroup Bremen; **Riehle**, Hannes, Riehle & Assoziierte

Inhaltsübersicht:

	Seite		Seite
I. Gottesdienst in der Hospitalkirche		- Aussprache -	
Sachs, Maiké	2259	Stellv. Präsident Stepanek, Werner	2302
		Schaal-Ahlers, Peter	2302
II. Begrüßung und Einführung in die Tagung		Mörk, Christiane	2302
Präsidentin Schneider, Inge	2260	Dangelmaier-Vinçon, Elke	2303
		Hanßmann, Matthias	2303
		Stocker-Schwarz, Franziska	2304
		Höschele, Robby	2304
III. Bericht des Landesbischofs			
- Bericht -		V. Finanzierung der Autobahnkapelle Sindelfinger Wald	
Stellv. Präsident Stepanek, Werner	2262	- Bericht -	
Landesbischof July, Dr. h.c. Frank O.	2262	Stellv. Präsident Stepanek, Werner	2305
- Aussprache -		Oberkirchenrat Heckel, Prof. Dr. Ulrich	2305
Stellv. Präsident Stepanek, Werner	2275		
Maier, Philippus	2276	VI. Förmliche Anfragen	
Kretschmer, Dr. Harald	2277	1. zu den Anträgen Nr. 40/15: Beitritt der Landes-	
Schaal-Ahlers, Peter	2278	kirche zur „Aktion Aufschrei“ und Antrag Nr. 31/16:	
Beck, DTh Univ. of South Africa Willi	2279	Pilgerweg der Gerechtigkeit und des Friedens	
Oberkirchenrat Heckel, Prof. Dr. Ulrich		(Nr. 45/15)	
mit Antrag Nr. 09/19	2280	Stellv. Präsident Stepanek, Werner	2306
Hirsch, Ulrich mit Antrag Nr. 08/19	2281	Oberkirchenrat Heckel, Prof. Dr. Ulrich	2306
Heß, Rudolf	2282		
Haar, Horst	2283	VII. Neubau Dienstgebäude Ev. Oberkirchenrat	
Bretzger, Dr. Waltraud	2283	- Bericht -	
Mörk, Christiane	2283	Stellv. Präsident Stepanek, Werner	2308
Glock, Eva	2284	Direktor Werner, Stefan	
Veit, Hans	2284	mit Antrag Nr. 07/19	2309, 2313
Henrich, Jutta	2284	Riehle, Hannes	2310
Stocker-Schwarz, Franziska	2285		
Geiger, Tobias	2285	- Aussprache -	
Herrmann, Angelika	2286	Stellv. Präsident Stepanek, Werner	2314
Jahn, Siegfried	2286	Fritz, Michael	2314
Keppler, Walter	2286	Hirsch, Ulrich	2314
Koepff, Hellger	2287	Direktor Werner, Stefan	2315
Hanßmann, Matthias	2287	Riehle, Hannes	2315
Wündisch, Andreas	2287	Münzing, Kai	2315
Plümicke, Prof. Dr. Martin	2288	Leitlein, Hans	2315
Erbes-Bürkle, Sigrid	2288	Daferner, Eberhard	2316
Albrecht, Ralf	2289	Dangelmaier-Vinçon, Elke	2316
Braun, Wilfried	2289	Dölker, Tabea	2316
Landesbischof July, Dr. h.c. Frank O.	2289	Heß, Rudolf	2316
		Schaal-Ahlers, Peter	2317
Abstimmung über Antrag Nr. 08/19 (Verweisung an den		Hanßmann, Matthias	2317
Finanzausschuss unter Beteiligung des Ausschusses		Vogel-Hinrichs, Kerstin	2317
für Mission, Ökumene und Entwicklung)		Allmendinger, Martin	2317
Abstimmung über Antrag Nr. 09/19 (Annahme)			
		Abstimmung über Antrag Nr. 07/19 (Annahme)	
IV. 1. Kulturbericht			
- Bericht -			
Stellv. Präsident Stepanek, Werner	2292		
Höschele, Robby	2292		

Die Frühjahrstagung der Synode wurde mit einem Gottesdienst in der Hospitalkirche in Stuttgart begonnen. Die Predigt hielt Frau Pfarrerin Sachs.

Sachs, Maik: Liebe Gottesdienstgemeinde, sollten Sie heute früh schon das Losungsbuch der Herrnhuter Brüdergemeine aufgeschlagen haben, dann ist Ihnen das eben zitierte Pauluswort als sogenannter Lehrtext begegnet. Aber nicht nur Ihnen und allen anderen, die heute Morgen rechtzeitig aufgestanden sind. Christen in über 50 Ländern und Sprachen rund um den Erdball wird heute eben dieses Pauluswort begegnen. Die Losungen verbinden. In ihnen spiegelt sich ein Wesenszug der Christenheit, egal, an welchem Ort sie sich versammelt: Wir leben aus einer Quelle. In unserer Mitte ist derselbe Herr, der lebt und zu uns spricht.

Eine Geschichte der Brüdergemeine in Holland macht es wunderbar deutlich, wie vernetzt Kirche sein kann. Im Hafen von Scheveningen lag das Frachtschiff „Maydin Reefer“ aus Panama fest. Der Eigentümer hatte versäumt, die Hafengebühr zu bezahlen und war dann pleitegegangen. So konnte das Schiff nicht entladen werden und die 25 Seeleute, darunter viele Kubaner, durften das Schiff nicht verlassen. Mit der Zeit fehlte es den Männern an Bord an frischen Lebensmitteln, an Kleidung und vor allem am Kontakt zu Menschen. Einige Christen aus Scheveningen ergriffen die Initiative und besuchten die Seeleute jede Woche. Sie brachten nicht nur Obst, Gemüse, Zeitungen und Videos, sondern auch Zeit und ein offenes Ohr. Selbst als das Schiff aus dem Hafen hinaus auf die Reede geschleppt wurde, weil es den Liegeplatz blockierte, charterten die Geschwister der Brüdergemeine ein Boot und setzten die Besuche fort.

Endlich, nach neun Monaten des Wartens, fand der Frachter einen neuen Besitzer, der die Schulden bezahlte. Endlich konnten die Seeleute die Heimreise antreten. Jetzt aber hatten sie noch einen großen Wunsch: Sie wollten zu Hause in Kuba auch eine Brüdergemeine haben. Sie wollten die Gemeinschaft, das Teilen, den Glauben, der in ihnen begonnen hatte, fortsetzen. Und so nahmen die holländischen Geschwister Kontakt auf mit Jamaika und anderen Niederlassungen in der Karibik. Durch sie und in ökumenischer Zusammenarbeit mit anderen Christen auf Kuba entstanden eine ganze Reihe von Hausgemeinden, speziell mit Seefahrern und ihren Angehörigen. Ein gut funktionierendes Netzwerk hatte einen weiteren Knotenpunkt geknüpft, ein Netzwerk, das verbunden ist durch ein gemeinsames Lebenswort.

Ein Wort, das verbindet, und gleichzeitig ist es heute ein Wort, das von dieser Verbundenheit erzählt. „Wir sind, Brüder und Schwestern, euretwegen getröstet worden in aller unserer Not und Bedrängnis durch euren Glauben; denn jetzt leben wir auf, wenn ihr fest steht in dem Herrn.“ (1. Thess 3, 7-8)

Paulus, dem wir hier zuhören, kennt weder die Karibik noch eine weltweite Kirche. Für heutige Verhältnisse ist er nicht einmal so weit von der Gemeinde in Thessaloniki entfernt. Ihn trennen nur gute 500 Kilometer. Für damalige Verhältnisse waren aber schon wenige hundert Kilometer eine stattliche Entfernung. So konnte die *Funkstille* lang und groß sein, wenn man sich um Menschen Sorgen machte.

Und Paulus hatte Grund, sich Sorgen zu machen. Von Philippi war er gekommen, seiner ersten Station auf europäischem Boden. Wie gewohnt besuchte er auch in Thessaloniki zunächst die Synagoge und nahm teil an der dortigen Versammlung. Seine Ausführungen in den Versammlungen, dass Jesus der erwartete Messias ist, fand große Zustimmung, so erzählt es uns die Apostelgeschichte. Juden und Menschen, die der jüdische Glaube in seinen Bann gezogen hatte, wollten mehr von Paulus hören.

Doch mit der kleinen Gemeinde im Haus von Jason wuchs auch der Widerstand. Paulus wurde angeklagt und Jason verhaftet. Daraufhin verließ Paulus die Stadt. Heimlich. Mal wieder auf der Flucht. Und Paulus macht sich Sorgen.

Paulus fürchtet ja nicht nur um sein eigenes Leben. Wie ging es denen, die zurückgeblieben waren? Was hatte sein Besuch angerichtet? Hatte er mal wieder nicht mehr als Aufruhr gestiftet? Würden sie dranbleiben?

Deshalb schickt Paulus aus sicherer Entfernung seinen Mitarbeiter Timotheus zurück. Lange wartet er auf Nachricht. Schwer zu sagen, wie viele Tage und Wochen Timotheus unterwegs war. Umso glücklicher ist Paulus, als er Gutes hört.

Mit den Worten der Basis Bibel: „Brüder und Schwestern, ihr habt euren Glauben bewahrt. Dadurch habt ihr uns in dieser schwierigen Zeit und in aller Verfolgung neuen Mut geschenkt. Ja, *wir leben regelrecht auf* durch die Gewissheit, dass ihr fest zum Herrn steht.“

Das ist mehr als ein „Hurra, wir leben noch.“ Es ist die Erfahrung: Wir leben voneinander, weil wir gemeinsam aus dem Einen leben. Er, der lebendige Herr, wird sichtbar im anderen. Und das macht Mut.

Wir leben voneinander und deshalb lebe ich von euch. Das schreibt *der* Paulus, dessen Mission sich die Gemeinde verdankt. Wohl gemerkt, er nennt sie Geschwister. Er sieht sich auf Augenhöhe und nicht als Patriarch. Paulus hat geteilt, was er hat, aber jetzt will er gerne auch von dem leben, was andere haben, was andere in Christus haben.

Das klingt zunächst einmal gut. Aber in der Praxis ist es gar nicht so einfach. Denn wer dem anderen signalisiert, dass er ihn braucht, der macht sich abhängig, vielleicht sogar verletzlich. Sicher, überlegen, über Zweifel und Fragen erhaben zu sein, das bedeutet eine ganz andere Position. Aus der eigenen Fülle zu geben, ohne auch zu empfangen, hält den anderen auf Distanz.

Rolf Zwick ist Leiter des Weigle-Hauses in Essen und Mitbegründer der Micha-Initiative, einer Bewegung, die sich für Menschenrechte und ein Ende von Armut und Hunger einsetzt. Rolf Zwick selbst hatte einige Zeit in Südafrika gearbeitet. Zurück in Deutschland knüpfte er Beziehungen und stiftete zu Partnerschaften an. Für eine dieser Partnerschaften konnte er einen Frauenkreis gewinnen. Einen Kreis hier und einen Kreis dort.

Die Schwestern in Südafrika legten sich ins Zeug. Sie schrieben Briefe, legten Handarbeiten zusammen, erzählten von ihren Gottesdiensten und von besonderen Herausforderungen, in denen sie stehen. Ein richtiges Paket kam zusammen und wurde nach Deutschland geschickt. Die Antwort ließ erst einmal auf sich warten. Doch dann

(Sachs, Maike)

kam sie – in Gestalt eines Schecks. Eine wichtige Resource, Geld. Sicher konnte *frau* damit viel Gutes tun. Aber es war eigentlich nicht das, was sie erwartet hatten. Sie hatten auf Gemeinschaft gehofft, auf Teilhabe in Christus.

Klingt das undankbar? Alles hat seine Gründe. Vielleicht haben in unserer eiligen Gesellschaft einfach die Zeit und die Möglichkeiten gefehlt. Vielleicht sind wir es einfach gewohnt, denken, das wird erwartet: „Die reichen Geschwister werden uns schon die Hände füllen“, heißt es dann. Und tatsächlich ist es bisweilen so.

Und doch macht mich diese Geschichte nachdenklich. Was verbindet uns wirklich? Ist es vielleicht nicht einmal das, was uns *stark* macht? Was wir gut können? Paulus schreibt ganz ehrlich: „In unseren *Nöten und Schwierigkeiten* habt ihr uns Mut gemacht.“

Und gilt das nicht auch für unser Miteinander hier, heute und an den Orten, an denen wir in unseren Gemeinden zu Hause sind? Wie wären wir miteinander verbunden, wenn wir einander erzählten von Sorgen und Ausweglosigkeiten, von Zweifeln und Fragen? Wir merken doch, wie uns festgefügte Positionen auseinandertreiben.

Selbstverständlich wollen wir niemandem zur Last fallen. Und selbstverständlich muss nicht jeder wissen, was uns Not macht. Aber zwischen alles verschweigen und alles offenbaren liegt doch eine ganz große Bandbreite.

Einmal anders betrachtet: Christus verbindet uns. Hier, heute und weltweit. Wir sind miteinander verbunden, weil wir uns an Christus gebunden haben. Das aber ist geschehen, *gerade weil* wir ihn brauchen: weil wir uns nach dem Frieden sehnen, den er gebracht hat; weil wir von Gottes Reich träumen und selbst noch so fern davon sind; weil wir große Aufgaben sehen und die Kraft demgegenüber so klein ist.

Christus verbindet uns. In ihm sind Menschen miteinander verbunden, die *gerade nicht* alles im Griff haben, Menschen, die ringen, suchen, fragen, scheitern und wieder aufstehen. Das Pauluswort macht Mut, diese Verbundenheit als einen Schatz zu entdecken, einen Schatz von Ermutigung, Trost und Hilfe zum Leben.

„Wir sind, Brüder und Schwestern, euret wegen getröstet worden in aller unserer Not und Bedrängnis durch euren Glauben; denn jetzt leben wir auf, wenn ihr fest steht in dem Herrn.“

Ermutigung – an anderen Stellen der paulinischen Post kann man lesen, dass gerade finanzielle Unterstützung ein richtiger *Aufsteller* sein kann, wie die Schweizer sagen. Aber darüber hinaus gibt es vieles, was die Gemeinden mit Paulus teilen und was Paulus mit den Gemeinden rund ums Mittelmeer teilt. Es sind die Herausforderungen der Geschwister, die den Apostel ins Gebet treiben. Es ist die Unterstützung, die er durch unschätzbare kostbare Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus diesen Gemeinden bekommt. Es sind Korrektur und Ermahnung. Es ist aber vor allem die Teilhabe daran, was Christus an vielen Orten bewegt. Denn weil er lebt, deshalb leben wir auf.

Dietrich Bonhoeffer hat es so festgehalten: „Der Christ braucht den Christen, der ihm Gottes Wort sagt, er braucht ihn immer wieder, wenn er ungewiss und verzagt wird; denn aus sich selbst kann er sich nicht helfen, ohne

sich um die Wahrheit zu betrügen. Damit ist zugleich das Ziel aller Gemeinschaft der Christen deutlich: Sie begegnen einander als Bringer der Heilsbotschaft.“ Dietrich Bonhoeffer (in: Die Losungen der Herrnhuter Brüdergemeinde für das Jahr 2019 zum 14.03.)

Wir begegnen uns als solche, die in Christus Heil für das eigene Unheil gefunden haben. Wir begegnen uns als solche, die sehnlich darum bitten, dass es kommt, dass das Heil, der Shalom Gottes die Welt durchdringt. Und wir begegnen uns als solche, die einander erzählen, wo es schon sichtbar aufbricht, wo es erfahrbar wird, wie z. B. bei Raimondo.

Erlauben Sie mir, dass ich Sie noch einmal auf eine Reise um die Welt mitnehme, dieses Mal nach Crispino, einem kleinen Paumari-Dorf am Rio Purus im Amazonasgebiet.

Raimondo, nennen wir ihn mal so, stammt aus Crispino, arbeitet aber augenblicklich in der Stadt, Porto Velho, etliche Tagesreisen mit dem Boot entfernt. Dort erfährt er, dass sein Neffe auf tragische Weise ertrunken ist. Er erfährt auch, dass ein Gerücht durchs Dorf geht, jemand habe nachgeholfen, der Stiefvater des Verunglückten, der mit dem jungen Mann nie zufrieden war. Sofort setzt Raimondo alles daran, nach Crispino zu kommen.

Dort angekommen, versammelt Raimondo das ganze Dorf. Er spricht über den Frieden in Christus, den er gefunden hat, und darüber, wie wichtig es ist, sich zu versöhnen. Er selbst bittet den Verdächtigten um Verzeihung für die Unterstellungen, die er selbst gehegt hat, und für seine eigenen ungunstigen Gefühle ihm gegenüber. Und er lädt die Dorfgemeinschaft ein, es ihm gleich zu tun und nicht den alten Mustern von Misstrauen und Rache zu folgen. Und tatsächlich – es kommt zur Versöhnung. Ein Leben ist damit gerettet, vor allem aber hat sich Christus als der gezeigt, der Leben schenkt und unser Zusammenleben verändert.

Christus lebt. Er lebt und kommt dort zum Zug, wo Menschen ihm vertrauen. In Zeiten großer Herausforderungen tut es gut, sich vom Vertrauen anderer anstecken zu lassen. Ja, es belebt buchstäblich und richtet auf, wenn wir teilen, wo wir ihn erhoffen, erbitten und wo er schon handelt.

Und so wünsche ich uns inmitten einer arbeitsreichen Tagung Gespräche am Rande, in denen wir das Leben in Christus teilen und einander ermutigen.

„Er aber, der Gott des Friedens, heilige euch durch und durch und bewahre euren Geist samt Seele und Leib unversehrt, untadelig für das Kommen unseres Herrn Jesus Christus. Treu ist er, der euch ruft; er wird's auch tun“ (1. Thess 5, 23). Amen.

Präsidentin Schneider, Inge: Sehr verehrte, liebe Synodale, liebe Mitglieder des Kollegiums des Oberkirchenrats, verehrte Gäste!

Zur Frühjahrssynode 2019 darf ich Sie herzlich begrüßen. Begonnen haben wir bereits mit einem Gottesdienst in der Hospitalkirche. Herzlichen Dank an Sie, Frau Sachs, für die Gestaltung des Gottesdienstes und für Ihre Predigt zu 1. Thess 3, 7-8. Herzlichen Dank auch allen, die diesen Gottesdienst so festlich mitgestaltet haben, insbesondere

(Präsidentin Schneider, Inge)

unserem Organisten Herrn Mörk, der extra hier angereist ist, dem Pianisten, Herrn Schlierf, unserem Mitsynodalen Heiko Bräuning, der uns mit seinen Liedern erfreut hat, sowie dem Fernsehteam des Medienhauses, das den Gottesdienst aufgenommen hat und dafür sorgen wird, dass er in Bibel TV und auf kirchenfernsehen.de gesehen werden kann. Das Opfer des Gottesdienstes in Höhe von sage und schreibe 697,67 € ist bestimmt für die Romarbeit im Emanuel-Center in Lushnja in Albanien. Das Emanuel-Center besteht seit zehn Jahren. Es werden Familien unterstützt, damit ihre Kinder zur Schule gehen können und aus dem Kreislauf von Armut und Kriminalität finden. Sie haben die Information dazu gehört. Vielen Dank für Ihre Gaben.

Sehr herzlich darf ich unsere Gäste begrüßen. Es ist mir eine besondere Freude, heute Prälat i. R. Gerhard Röckle und Frau Dr. Christel Hausding, die Präsidentin der 14. Landessynode, begrüßen zu können. Sie wird heute und morgen unsere Tagung begleiten.

Herr Demuth ist von der DataGroup Bremen. Sie sind vielen Synodalen durch Kontakte per E-Mail und Telefonaten bekannt, da Sie gemeinsam mit der Geschäftsstelle unser Synodalportal entwickelt haben und weiterentwickeln. Deshalb freuen wir uns besonders, dass Sie heute bei uns sein können und live erleben können, wie die Synode arbeitet. Herzlich willkommen. (Beifall)

Ein herzlicher Gruß gilt auch allen Zuhörerinnen und Zuhörern, die sich bereits auf der Empore eingefunden haben und sich mit dem Bischofsbericht einen besonders interessanten Tagungsordnungspunkt ausgesucht haben. Ich begrüße alle Zuschauer, die durch den Livestream unsere Synode verfolgen und so viel Interesse zeigen.

Natürlich begrüßen wir auch die Vertreterinnen und Vertreter der Medien, die für das verantwortlich sind, was von uns nach draußen geht, und sich die Zeit für uns hier nehmen und so viel Interesse zeigen. Ein besonderer Gruß gilt auch den Vertretern auf der Pressebank. Wir sind dankbar, wenn Sie von hier aus nach draußen berichten, was hier vor sich geht, damit die Leute auch Interesse an der Synode haben und nachher auch für die Synode zur Wahl gehen.

Nun zur Anwesenheit der Synodalen. Für die ganze Tagung mussten sich die Synodalen Schenk, Reichle, Wahl und Tobi Wörner entschuldigen. Die Synodalen Abrell und Blatz sind die ganze Tagung entschuldigt, werden aber zu Tagungsordnungspunkt 12 voraussichtlich extra anreisen. Für heute haben sich die Synodalen Dr. Buch, Prof. Dr. Heckel, Hensel, Dr. Jungbauer und Mörike entschuldigt. Am Freitag werden zusätzlich die Synodalen Trick und Steeb fehlen und am Samstag der Synodale Hinderer. Von den Kollegialmitgliedern ist für die gesamte Tagung Oberkirchenrat Hartmann entschuldigt, für den Samstag Prälatin Arnold.

Kommen wir nun zu den Nachrichten aus der Synodalfamilie:

Leider gibt es noch eine traurige Nachricht. Ich muss Ihnen mitteilen, dass am 16.03.2019 der Vizepräsident der 13. und 14. Landessynode, Pfarrer Gerhard Schubert, im Alter von 70 Jahren verstorben ist. Gerhard Schubert hat zwei Wahlperioden lang die Synode klug und bedächtig geleitet. Er war Mitglied des Leitungskreises der Offenen Kirche und hat sich stets für die Friedensbewegung

eingesetzt. Wir wissen Gerhard Schubert in Gottes Hand geborgen und gedenken seiner und seiner Familie mit einem stillen Gebet. Ich bitte Sie, sich dazu zu erheben. (Gebet)

Jesus Christus spricht: Ich bin die Auferstehung und das Leben, wer an mich glaubt, der wird leben, auch wenn er stirbt. Amen.

Wir gratulieren der Synodalen Dangelmaier-Vinçon zur Wahl zur Dekanin in Stuttgart-Zuffenhausen. Wir wünschen Ihnen viel Weisheit und viel Kraft für Ihr neues Amt. Gott möge Sie begleiten.

Ich gebe Ihnen nun eine kurze Übersicht über unsere Tagung:

Gleich anschließend hören wir den Bericht des Landesbischofs, dem sich nach der Mittagspause die Gesprächskreisvoten und eine Aussprache anschließen. Im Rahmen des Bischofsberichtes wird Oberkirchenrat Prof. Dr. Heckel eine gemeinsame Resolution aller vier Synoden aus unserem Bundesland mit einem Aufruf zur Europawahl einbringen. Normalerweise machen wir so etwas nicht während des Bischofsberichts. Aber die anderen Synodenpräsidenten haben uns gebeten, das zu tun. Das Anliegen ist so wichtig, dass wir gesagt haben, wir machen es ausnahmsweise.

Anschließend bekommt die Landessynode den 1. Kulturbericht, einen Zwischenbericht des Oberkirchenrats zum Antrag Nr. 55/16: Finanzierung der Autobahnkapelle Sindelfinger Wald sowie einen Bericht zum Neubau Dienstgebäude Ev. Oberkirchenrat. Am Ende des heutigen Tages werden die Gesprächskreise sicher noch tagen.

Am Freitag berichtet der Theologische Ausschuss zum Antrag Nr. 42/18: Zuschuss für Kirchenleitende Gremien, und wir beraten über den 1. Nachtrag 2019. Zum Schluss hören wir einen Bericht des Ausschusses für Diakonie zum Antrag Nr. 26/17: Alt werden auf dem Land.

Dem schließt sich die Aktuelle Stunde an. Ich habe mehrere Themenvorschläge erhalten. Da sich weitere Themenvorschläge mit dem Thema „Fridays for Future“ beschäftigen, haben wir dieses Thema ausgewählt. Welche Impulse nehmen wir als Landeskirche aus diesem Jugendprozess mit? Wie können wir dieses jugendpolitische Engagement und Potenzial fruchtbar machen für Kirche und Gesellschaft? Ein Antrag in diese Richtung kam von Kirche für morgen, aber auch von der Offenen Kirche. Es bietet sich an, darüber am Freitag zu beraten.

Nach der Mittagspause nehmen wir den Bericht des Beauftragten bei Landtag und Landesregierung entgegen, beraten und verabschieden das Kirchliche Gesetz zur Änderung des Kirchlichen Gesetzes zur Einführung eines neuen Finanzmanagements in der Evangelischen Landeskirche in Württemberg und des Kirchlichen Gesetzes zur Änderung haushaltsrechtlicher Vorschriften.

Der Schwerpunkt der Beratungen am Nachmittag liegt auf dem Kirchlichen Gesetz zur Einführung einer Ordnung des Gottesdienstes anlässlich der bürgerlichen Eheschließung zwischen zwei Personen gleichen Geschlechtes, der bürgerlichen Eheschließung zwischen zwei Personen, von denen zumindest eine Person weder dem männlichen noch dem weiblichen Geschlecht angehört, der Begründung einer eingetragenen Lebenspartnerschaft oder der

(Präsidentin Schneider, Inge)

Umwandlung einer eingetragenen Lebenspartnerschaft in eine Ehe.

Dieses Gesetz wurde im Theologischen Ausschuss und im Rechtsausschuss vorberaten. Der Rechtsausschuss hat beschlossen, es in die Synode einzubringen, wohl wissend, dass damit nicht alle Wünsche erfüllt werden können, aber im Sinne eines Kompromisses, bei dem alle Seiten von Maximalforderungen ablassen müssen. Der Bischof und ich hoffen, dass die Synode sich auf diesen Kompromiss einlässt und gemäß dem Wortsinn von Synode sich gemeinsam auf den Weg macht und das Gesetz mit der nötigen Zweidrittelmehrheit verabschiedet.

Das Gesetz bedarf nach § 18 Abs. 2 Satz 3 Kirchenverfassungsgesetz bei der zweiten Lesung einer Zweidrittelmehrheit. Da nach § 16 Abs. 2 Satz 2 GeschO erste und zweite Lesung an zwei verschiedenen Tagen stattfinden müssen, soll das Gesetz am Freitag in erster Lesung beraten werden und dann, falls die erforderliche einfache Mehrheit, die bei der ersten Lesung genügt, zustande kommt, am Samstag mit der zweiten Lesung verabschiedet werden. Eventuelle Änderungsanträge bitte ich Sie möglichst bald vorzulegen, damit gegebenenfalls die zuständigen Ausschüsse noch tagen können. Wir werden Sie noch darüber informieren, wie der Abstimmungsvorgang vor sich gehen wird. Bis jetzt hat der Ältestenrat beschlossen, er hätte gerne eine geheime Abstimmung, aber wir werden das am Freitagvormittag in der Synode abstimmen.

Am Ende des Sitzungstages wird der Oberkirchenrat das Kirchengesetz zur Einführung von Personalgemeinden auf Kirchenbezirksebene (Bezirkspersonalgemeindegesezt – BPersGG) einbringen. Dieses Gesetz soll in den Rechtsausschuss verwiesen werden und möglichst in der Sommersynode wieder zurückkommen.

Am Samstag beginnen wir dann, wie eben geschildert, mit der 2. Lesung des Kirchlichen Gesetzes zur Einführung einer Ordnung des Gottesdienstes anlässlich der bürgerlichen Eheschließung zwischen zwei Personen gleichen Geschlechtes, der bürgerlichen Eheschließung zwischen zwei Personen, von denen zumindest eine Person weder dem männlichen noch dem weiblichen Geschlecht angehört, der Begründung einer eingetragenen Lebenspartnerschaft oder der Umwandlung einer eingetragenen Lebenspartnerschaft in eine Ehe.

Anschließend wird der Oberkirchenrat das Kirchliche Gesetz zur Änderung der Feiertagsordnung, des Perikopengesetzes, des Evangelischen Gesangbuchs und des Gottesdienst- und Kirchenbuchs einbringen.

Sodann wird der Vorsitzende des Rechtsausschusses über die Beratungen zum Kirchlichen Gesetz über den Zusammenschluss der Evangelischen Kirchenbezirke Weinsberg und Neuenstadt berichten.

Nach einer Pause wird dann der Oberkirchenrat das Kirchliche Gesetz zur wirkungsgleichen Übertragung des Beschlusses des Bundesverfassungsgerichts vom 16. Oktober 2018 – 2 BvL 2 /17 – in das kirchliche Besoldungsrecht einbringen. Dieses soll natürlich dann in den Rechtsausschuss verwiesen werden.

Weiter geht es mit einem Bericht des Ausschusses für Bildung und Jugend zum Antrag Nr. 46/15: Zusätzliche

Stelle im Konfi-3-Bereich sowie mit verschiedenen Berichten aus dem Ausschuss für Kirche, Gesellschaft und Öffentlichkeit zu den Anträgen Nr. 65/16: Kompensation der Treibhausgasemissionen der Landessynode, Nr. 24/17: Kirche und Gemeinwesen und Nr. 15/18: Aktion „Rotlicht aus“. Sie sehen, der Ausschuss hat kräftig gearbeitet.

Am späten Vormittag werden aus der Mitte der Landessynode zwei Gesetzentwürfe eingebracht, das Kirchliche Gesetz zur Änderung des Kirchlichen Gesetzes der Aufwandsentschädigung für Synodale und das Kirchliche Gesetz zur Änderung des Kirchlichen Gesetzes zur Ausführung und Ergänzung des Pfarrdienstgesetzes der EKD für die Evangelische Landeskirche in Württemberg (Württembergisches Pfarrergesetz – WürttPfG).

Zum Ende der Tagung beraten wir über vier selbstständige Anträge und hören einen Bericht zu einer Förmlichen Anfrage.

Weitere Hinweise zum Sitzungsablauf: Um den zeitlichen Rahmen einhalten zu können – Sie sehen, wir haben sehr viele Tagesordnungspunkte –, werden alle, die sich an den Diskussionen beteiligen, gebeten, im Zeitrahmen zu bleiben. Der Ältestenrat bittet Sie, mit einer Begrenzung der Redezeit auf vier Minuten einverstanden zu sein. Gibt es gegen diesen Vorschlag Widerspruch? Das ist nicht der Fall, dann so beschlossen.

Da wir heute keine Grußworte haben, steigen wir sofort ein in die Beratung von Tagesordnungspunkt 1: **Bericht des Landesbischofs**, und den wird Herr Stepanek moderieren, und wir haben damit die Zeit wieder eingeholt.

Stellv. Präsident Stepanek, Werner: Ich bitte Landesbischof Dr. h.c. July ans Mikrofon. Es geht im Jahr der Europawahl um die Rolle der Kirchen in Europa. Wir sind gespannt auf Ihren Bericht.

Landesbischof **July**, Dr. h.c. Frank O.: Sehr geehrter Herr Präsident, Hohe Synode! Bevor ich den Bericht halte, einen Hinweis: Dieses Thema bewegt mich natürlich breit und viel.

Einleitung: Nach Europa gerufen

Und Paulus sah eine Erscheinung bei Nacht: Ein Mann aus Makedonien stand da und bat ihn: „Komm herüber nach Makedonien und hilf uns!“ Als er aber die Erscheinung gesehen hatte, da suchten wir sogleich nach Makedonien zu reisen, gewiss, dass uns Gott dahin berufen hatte, ihnen das Evangelium zu predigen (Apg 16, 9f.).

Am Anfang meines diesjährigen Bischofsberichts steht dieser Text aus der Mitte der Apostelgeschichte. Den Apostel, der bisher nur in Kleinasien gewirkt hatte, erreicht ein Appell eines Mannes aus Europa. Paulus beantwortet seine Bitte, reist nach Makedonien – das ist der Beginn seines Wirkens in Europa. Er ist sich sicher, dass die Botschaft des Evangeliums Menschen erreichen wird, auch auf dem ihm bisher unbekanntem Kontinent.

Hier wird der erste christliche Blick auf Europa beschrieben. Dieser Blickrichtung möchte ich mit diesem Bischofsbericht folgen – in der Gewissheit, dass wir auch heute als europäische Christinnen und Christen, ja, als

(Landesbischof **July**, Dr. h.c. Frank O.)

Kirche berufen sind, Europa in besonderer Weise in den Blick zu nehmen. Denn der christliche Glaube will durch Wort und Tat in unseren konkreten Lebenszusammenhängen bezeugt sein, und wir bilden uns vor dem Hintergrund unseres Glaubens eine Meinung zu den Dingen, die wir wahrnehmen.

Der Auftrag für christliches Zeugnis, christliches Handeln bezieht sich natürlich immer auf die ganze geschaffene Welt Gottes und nicht nur auf einen bestimmten (Erd-)Teil. Dennoch ist Europa uns, die wir hier leben, in besonderer Weise zur Mitgestaltung aufgegeben. In Europa nehmen wir darum Spielräume der Mitsprache, der Wahl und der Positionierung und – nicht zuletzt – der Verantwortung wahr. Und das tun wir nicht allein als Bürgerinnen und Bürger, sondern ebenso sehr als Christinnen und Christen und als Kirchen in besonderer Verantwortung gegenüber unserem Glauben. Unser Blick auf Europa beschränkt sich dabei nicht allein auf die Europäische Union, sondern wir beziehen die Länder, die zum europäischen Kontinent gehören und geografisch, kulturell, historisch mit uns verbunden sind, ebenfalls mit in unsere Vision von Europa mit ein (wie z. B. die Schweiz, Norwegen, die Balkanstaaten und auch in Zukunft Großbritannien). Dennoch zielen viele der Gedanken in diesem Bericht auf ein Europa, das sich auch politisch miteinander solidarisch zeigt, Werte und Normen und Verantwortung teilt, was sich natürlich auch in Form einer äußeren Zusammengehörigkeit zeigen muss.

Deswegen verbinde ich mit diesem Bischofsbericht bereits zu Beginn – ich werde es am Ende wiederholen – auch die eindringliche Bitte – auch an all unsere Kirchenmitglieder gerichtet, gerade an die jungen Kirchenmitglieder –, an der Europawahl teilzunehmen und mit ihren Stimmen ein Europa zu stärken, das sich seiner Fundamente vergewissert und sich an deren Werten orientiert.

Diese Anliegen vertrete ich nicht nur in meiner Funktion als Leiter der Kommission für Europafragen der Evangelischen Kirche Deutschland (EKD), sie sind mir auch im Blick auf unsere Landeskirche in Württemberg sehr wichtig. Die EKD-Synode hat sich schon öfter und in besonderer Weise mit Europa auseinandergesetzt und am 14. November 2018 in Würzburg zur anstehenden Europawahl 2019 aufgerufen („Die Synode bittet den Rat der EKD, die Gliedkirchen sowie die Gemeinschaft der Evangelischen Kirchen in Europa und die Konferenz Europäischer Kirchen, 1. sich aktiv an der Debatte um die Zukunft der EU zu beteiligen und innerhalb der Kirchen Foren für Diskussionen über die Frage zu schaffen, welches Europa wir vor dem Hintergrund christlicher Grundüberzeugungen wollen ...“)

Damit weist die EKD auf den Beitrag und die Verantwortung der Kirchen in Europa hin und erinnert an die Charta Oecumenica von 2001 mit ihrer – ich zitiere – „Selbstverpflichtung zur Einigung Europas und zur Versöhnung der Völker und Kulturen, zum entschiedenen Eintreten gegen Nationalismus und zur Wertschätzung von Menschen anderen Glaubens. Sie erteilt Ausgrenzung, Extremismus und Fremdenhass eine klare Absage.“ (EKD, „So wirst du leben! [Lk 10, 28]. Europa in Solidarität – Evangelische Impulse“, Magdeburg 2016. Vgl. Konferenz Europäischer Kirchen [Hg.], CHARTA OECUMENICA, Leitlinien für die wachsende Zusammenarbeit unter den Kirchen in Europa, Straßburg 2001.)

Einzelne geäußerte Kritik an der schwindenden Relevanz der Charta Oecumenica in den Kirchen Europas begegne ich heute darum mit der Bitte, dass sie auch im Hinblick auf die Europawahlen in unseren Gemeinden gelesen und diskutiert wird. Jedes Kapitel des folgenden Bischofsberichts enthält auch einen Verweis auf entsprechende Selbsterklärungen der Charta.

Die Kirchen in Europa stehen in gegenseitigem Austausch und wissen sich miteinander verbunden. Das zeigte sich exemplarisch an der Vollversammlung der Gemeinschaft Evangelischer Kirchen in Europa (GEKE) im September 2018 in Basel. Unsere Landeskirche engagiert sich in vielfältiger Weise in europäischen Netzwerken und Partnerschaften und ist mit vielen Gegenden Europas vernetzt. In nationenübergreifender und ökumenischer Verbundenheit wollen wir als Kirchen daher Jesus Christus bezeugen und ein Europa stärken, das an der Seite der Schwachen steht.

Als Kirchen lassen wir uns deshalb wie Paulus heute nach Europa rufen – ja, wir sind ja schon mittendrin – mit der Botschaft des Evangeliums, wie sie Paulus im Galaterbrief eröffnet hat: „Hier ist nicht Jude noch Grieche, hier ist nicht Sklave noch Freier, hier ist nicht Mann noch Frau; denn ihr seid allesamt einer in Christus Jesus“ (Gal 3, 28).

1. Fundamente

a. „Wie hältst du es mit Gott, Europa?“

„Es ist dir gesagt, Mensch, was gut ist und was der HERR von dir fordert: nichts als Gottes Wort halten und Liebe üben und demütig sein vor deinem Gott. Des HERRN Stimme ruft über die Stadt – und weise ist es, deinen Namen zu fürchten!“ (Mi 6, 9)

Ich zitiere: „Was ist mit dir los, humanistisches Europa, du Verfechterin der Menschenrechte, der Demokratie und der Freiheit? Was ist mit dir los, Europa, du Heimat von Dichtern, Philosophen, Künstlern, Musikern, Literaten? Was ist mit dir los, Europa, du Mutter von Völkern und Nationen, Mutter großer Männer und Frauen ...?“ (Zitiert nach <http://www.karlspreis.de/de/preistraeger/papst-franziskus-2016/rede-von-sh-papst-franziskus>)

Mit diesen Worten, die Papst Franziskus 2016 in seiner Karlspreisrede an seine Zuhörende und an ganz Europa richtete, rüttelte er viele Menschen auf. – Man kann einen Papst vor einer Synode in ökumenischer Verbundenheit durchaus einmal zitieren. – Seit 2014 suchte die Europäische Union nach einer gemeinschaftlichen Lösung für einen menschenwürdigen Umgang mit vielen Geflüchteten, die nach Europa drängten. Es scheint paradox: Zum einen war und bleibt Europa der große Magnet für Menschen aus den Kriegs- und Krisengebieten des Nahen und Mittleren Ostens sowie aus Afrika. Für diese Menschen, die alles verloren haben, ist Europa wie eine Insel der Seligen. Zugleich erwies sich auf dem Höhepunkt der sogenannten Flüchtlingskrise die Mitgliedsstaaten der Europäischen Union als kleinmütig, blockiert und zum Teil egoistisch. Zahlreiche Länder verweigerten einen gemeinsam abgestimmten Ansatz zur Aufnahme von Geflüchteten.

Für mich und für viele Christinnen und Christen Europas ist und bleibt das ein Skandal. „Was ist mit dir los, Europa?“ Diese Frage stellen sich viele und verweisen

(Landesbischof **July**, Dr. h.c. Frank O.)

dabei nicht nur auf das Erbe Europas, sondern auf den EU-Vertrag von Lissabon, der nach jahrelangen Verhandlungen 2009 in Kraft getreten ist. In ihm ist festgehalten, welche Bedeutung man dort der Verteidigung der allgemeinen Menschenrechte zukommen lässt. Neben dem Ideal des Friedens ist die Wahrung der Menschenrechte und damit der Würde des Einzelnen das Wertegerüst, auf das sich die EU-Verfassung stützt. Mit Verweis auf die Grundrechtecharta der EU bekennt sich der Lissaboner Vertrag neben den Grundsätzen der Freiheit, der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit auch und besonders zur Achtung der Menschenrechte.

Es bleibt allerdings die Frage, wie viel *praktische* Bedeutung die Wahrung der Menschenwürde in der EU auch für die Menschen hat, die nicht der EU angehören. Die Antwort auf diese brisante Frage kann uns nicht gleichgültig sein. Es geht hier um die Zukunft Europas!

Der flammende Appell von Papst Franziskus, den er bereits 2014 vor dem EU-Parlament in Straßburg an die Bürger Europas richtete, verdient bis heute wiederholt zu werden: „Es ist der Moment gekommen, den Gedanken eines verängstigten und in sich selbst verkrümmten Europas fallen zu lassen, um ein Europa zu erwecken und zu fördern, das ein Protagonist ist und Träger von Wissenschaft, Kunst, Musik, menschlichen Werten und auch Träger des Glaubens ist. Das Europa [...], das auf den Menschen schaut, ihn verteidigt und schützt; das Europa, das auf sicherem, festem Boden voranschreitet, ein kostbarer Bezugspunkt für die gesamte Menschheit!“

Ähnlich engagiert hat sich auch die Vollversammlung der Gemeinschaft Evangelischer Kirchen in Europa (GEKE) geäußert, ebenso der Lutherische Weltbund (LWB). Wenn ich persönlich auf diese Zeit seit 2014 zurückblicke, fällt mein Urteil höchst ambivalent aus: Ich erinnere mich an die ausgezeichnete Kooperation mit vielen kleinen lutherischen Kirchen wie etwa in Ungarn und an ihren mutigen Bischof Tamas Fabiny, der sich für eine menschenwürdige Aufnahme von Flüchtlingen in Ungarn einsetzt, an viele länderübergreifende Kooperationen und Projekte, wie etwa durch das Gustav-Adolf-Werk, die sich entschlossen für Geflüchtete/Flüchtlinge einsetzten. Ich sehe aber auch das Erstarken eines neuen Nationalismus, der nicht nur Parteien und Parlamente infiziert hat, sondern auch zum Teil Kirchen, und der uns in Europa den Spiegel vorhält. Wo laufen wir Gefahr, aus partikularen Interessen den Anspruch universal gültiger Menschenrechte zu opfern?

Als Kirchen haben wir in diesem Zusammenhang zwei ganz unterschiedliche Aufgaben: das Evangelium in Wort und Tat zu verkündigen und die Gewissen der Bürgerinnen und Bürger, der Politikerinnen und Politiker zu schärfen.

„Was ihr einem meiner geringsten Brüder und Schwestern getan habt, das habt ihr mir getan“, sagt Christus (Mt 25, 40). Unser Platz als Kirchen Europas ist mehr denn je an der Seite der Randständigen, der Entrechteten, der Schwachen und der Verfolgten. Wir haben eine bleibende diakonische Berufung. Das gilt aktuell besonders für das Eintreten für die Rechte Geflüchteter. In der Pariser Erklärung zu Asyl und Migration vom 7. März 2019, zu deren Erstunterzeichnern auch die Diakonie Deutschland gehört, wird dies konkret in der Forderung unbedingter Beachtung des Grundsatzes der Nicht-

Zurückweisung an allen Grenzen Europas und des Vorrangs der Seenotrettung und der sofortigen Aufnahme von auf See geretteten Menschen sowie der Stärkung der Rolle der Städte und Kommunen bei der Integration von Asylbewerbern und Flüchtlingen.

Auf europäischer Ebene haben sich bereits im Jahr 1997 Werke, die Sozial- und Gesundheitsdienstleistungen anbieten und sich für soziale Gerechtigkeit einsetzen, zum Netzwerk Eurodiaconia zusammengeschlossen und repräsentieren gemeinsam Bedürfnisse und Erfahrungen von 48 nationalen und regionalen Organisationen in 32 Ländern (<https://www.eurodiaconia.org/>).

Nun sehe ich daneben noch eine zweite Aufgabe. Bereits der Vertrag von Amsterdam von 1997 und dann der EU-Vertrag von Lissabon 2009 haben den Kirchen Europas das Recht eingeräumt, einen offenen, regelmäßigen und transparenten Dialog mit Brüssel zu führen, zu relevanten Themen der EU-Politik, die auch die Kirchen umtreiben. Das geschieht u. a. in verschiedenen Dialogformaten mit dem Europäischen Parlament und der Europäischen Kommission.

Der Europa-Abgeordnete Elmar Brok betonte kürzlich erneut, die Kirchen sollten dieses Recht in Zukunft stärker als bisher nutzen (Gespräch mit Elmar Brok, in: „Gott steht nicht drauf, ist aber drin“, Publik-Forum Nr. 1/2019, 30). Ich selbst konnte vor einiger Zeit als Vertreter der deutschen Kirchen an einem solchen Dialog europäischer Religionsführer mit der EU-Kommission teilnehmen. In gegenwärtigen wie zukünftigen Konflikten um die praktisch-politische Bedeutung der Menschenrechte sollten sich die Kirchen deutlicher als bislang Gehör verschaffen.

Die Rolle der Kirchen ist es m. E., immer wieder an die Verankerung der unterschiedslosen Menschenwürde aller Menschen in einem explizit religiösen Zusammenhang zu erinnern. Auch in den laizistisch geprägten frankophonen Ländern der EU wird die Bedeutung der Religion immerhin als eine Quelle für die Ausbildung universaler Menschenrechte anerkannt. Im EU-Vertrag heißt es daher, die EU und mit ihr alle ihre Bürger schöpfen – ich zitiere „aus dem kulturellen, religiösen und humanistischen Erbe Europas, aus dem sich die unverletzlichen und unveräußerlichen Rechte des Menschen sowie Freiheit, Demokratie, Gleichheit und Rechtsstaatlichkeit als universelle Werte entwickelt haben“ (Präambel, EU-Verfassung von Lissabon [2007]).

Diese Formulierung, liebe Synodale, war das Ergebnis eines jahrelangen Streits um die Aufnahme eines Gottesbezugs in die Präambel der EU-Verfassung. Mir ist bewusst, dass der Streit um den Gottesbezug in der europäischen Verfassung seit dem Vertrag von Lissabon juristisch entschieden ist. Die Kirchen haben sich damals für einen solchen Gottesbezug eingesetzt. Hält er doch, so meine ich, im Bewusstsein, dass dem einzelnen Menschen ein Maß gesetzt ist und er andere Menschen nicht instrumentalisieren darf. (Man unterscheidet beim Gottesbezug in Verfassungen die sogenannte *Invocatio Dei* [die Anrufung Gottes in der Verfassung mit der Selbstverpflichtung, Gott als Autor oder als klare Referenz anzuerkennen] von der *Nominatio Dei* [Nennung Gottes als Demutsformel]; nur um letztere geht es in der europäischen Verfassungsdiskussion.) Diktatoren aller Couleur lieben einen solchen Gottesbezug nicht, weil ihnen unerträglich ist, dass noch etwas Größeres als sie selbst

(Landesbischof **July**, Dr. h.c. Frank O.)

gedacht werden kann. Der Gottesbezug erinnert Menschen an ihre Verantwortung, andere Menschen, anderes Leben nie zur Verfügungsmasse werden zu lassen, weil der Mensch auf Gemeinschaft, auf ein dialogisches Aufeinander-bezogen-Sein hin geschaffen ist, welches er mit Verantwortung vor Gott und Solidarität zu den Mitgeschöpfen gestaltet.

Mich treibt die Sorge um, dass in unserem Europa, in dem noch immer die Mehrzahl der Bürger einer christlichen Kirche angehört, die Achtung der Menschenwürde zwar politisch als Grundrecht verankert ist, faktisch aber im Krisenfall ausgehöhlt wird. Dies wird leider befördert, wenn an den Zusammenhang zum christlichen Menschenbild und dem Gott, der uns Menschen ins Leben ruft, lediglich als eine Tradition unter vielen erinnert wird.

Es ist daher dringend geboten, die normative Kraft eines solchen Menschenbildes gerade für die Christen in der EU stärker als bislang zu betonen: durch das Eintreten für den Gottesbezug in Regionalverfassungen, durch die Mitwirkung bei der Umsetzung der Leitlinien für Religions- und Weltanschauungsfreiheit und schließlich durch eine neue Leidenschaft für den Wert des Lebens an sich. Wenn die Würde des Menschen unveräußerliches Grundrecht bleiben soll, braucht es auch die starke Stimme von Menschen, die sich durch Gott rufen lassen und getragen wissen. (Vgl. die Rede von Papst Franziskus 2014 vor dem EU-Parlament in Straßburg: „Gerade ausgehend von der Notwendigkeit einer Öffnung zum Transzendenten möchte ich die Zentralität des Menschen bekräftigen, der andernfalls zum Spielball der Moden und der jeweiligen Mächte wird. In diesem Sinne halte ich nicht nur das Erbe, welches das Christentum in der Vergangenheit der soziokulturellen Gestaltung des Kontinentes überlassen hat, für grundlegend, sondern vor allem den Beitrag, den es heute und in der Zukunft zu dessen Wachstum zu leisten gedenkt.“) Ein Europa, das darauf verzichtet, schwächt sein eigenes Fundament.

Kirchengemeinden handeln gemäß dieser Gotteserfahrung durch ihre öffentliche Präsenz in Wertedebatten, auch in Württemberg. Mit ihrem Eintreten etwa für den Sonntagsschutz, das ungeborene und geborene Leben oder die Rechte von Geflüchteten stärken sie das biblische Ethos in einer immer säkularer werdenden Gesellschaft und erinnern in Gesprächen, Begegnungen und nicht zuletzt öffentlichen Gottesdiensten daran, welche Bedeutung Gott für das Leben einzelner Menschen und damit für ein ganzes Gemeinwesen haben kann.

b. „Humanität braucht Erinnerung“ – Der bleibende Auftrag von Auschwitz (vgl. Charta Oecumenica, Punkt 10 [„Gemeinschaft mit dem Judentum vertiefen“])

Er sprach: ... soll ich meines Bruders Hüter sein? Gott aber sprach: Was hast du getan? Die Stimme des Blutes deines Bruders schreit zu mir von der Erde. (1. Mose 4, 9b-10)

Wer seinen Bruder liebt, der bleibt im Licht, und durch ihn kommt niemand zu Fall. (1. Joh 2, 10)

Im Herbst 2018 konnte man sich wieder daran erinnern: Die Sehnsucht, der Wille zu einem vereinigten Europa der Menschenrechte ist auch aus Finsternis und Schrecken geboren. Der Herbst 2018 gemahnte nicht nur an das Ende des Ersten Weltkrieges, des Gemetzels der Nationen Europas und darüber hinaus, sondern beson-

ders auch an die Reichspogromnacht am 9. November 1938, dem Tag, an dem vor den Augen aller Waren-, Wohn- und Gotteshäuser in Deutschland brannten. Dieser Tag steht im Kontext der schrecklichen Verfolgung und Ermordung von Juden, Sinti und Roma sowie Angehörigen verschiedener anderer Minderheiten (z. B. Homosexueller) wie auch von politisch Widerständigen. Das nationalsozialistische Deutschland infizierte auch andere Länder Europas (bzw. deren Marionettenregierungen) mit der Pest ihrer menschenverachtenden Ideologie. Um zu verstehen, warum wir Europa als Bündnis der Humanität brauchen, müssen wir die Erinnerungsorte nicht nur von Verdun, sondern gerade auch von Warschau und Auschwitz besuchen (und hier bei uns im Land z. B. die vielen Arbeits- und KZ-Außenlager wie Heuberg, Hailfingen-Tailfingen und Orte des Massenmords an Menschen mit Behinderungen in den Anstalten wie z. B. Grafeneck).

Ja, die Sehnsucht nach einem friedlichen Europa ist aus Schmerz, aus Schrecken, aus Schuld geboren: Ich frage – wissen das die Europäerinnen und Europäer heute noch? Denn die Geburtsschmerzen haben die, die nun über Europa bestimmen, zumeist nicht mehr am eigenen Leibe erfahren. Diese späte Geburt, die die Schrecken europäischen Blutvergießens nur noch aus Erzählungen oder Büchern kennt, ist – das vieldiskutierte Diktum Helmut Kohls aufgreifend – nicht nur *Gnade*. Sie hat eine Konsequenz, die so verstörend wie einleuchtend ist: „Gerade der Erfolg des Friedensprojektes [Europa] hat ihm vielerorts seine begeisternde Wirkung genommen“ („So wirst Du leben‘. Europa in Solidarität (Lk 10, 28) – Evangelische Impulse“, EKD 2016). Hinzu kommt, dass eine Mehrheit der heute in Deutschland lebenden Menschen weder sich noch ihre Familie zu den Opfern der Gewaltverbrechen des Nationalsozialismus zählen (wo Täterschaft vorhanden war, sind die Spuren oft verwischt oder interessieren nicht). Für diese große Gruppe scheint Auschwitz lang *aus und vorbei*. Dass es Opfern und ihren Angehörigen anders geht, dass die erlebte Gewalt Familien und ganze ethnische, religiöse und soziale Gruppen bis in die Gegenwart prägt, wird dabei oftmals ausgeblendet. Wenn Auschwitz nicht mehr als Teil der eigenen Geschichte, sondern als vergangen und vorbei wahrgenommen wird – was sind die Konsequenzen für Europa?

Ganz Europa mit allen Ländern innerhalb oder außerhalb der EU muss den Auftrag zu Humanität und Frieden, der der Mahnung von Auschwitz entspringt, als das Zentrum seines Handelns verstehen.

Das Gedenken an Auschwitz erinnert an die Opfer des Nationalsozialismus und macht Europäerinnen und Europäer heute zugleich aufmerksam für die Lage der Menschenrechte weltweit. Ein Seismograf für die Bedrohung der Menschenrechte ist nicht zuletzt die Art und Weise, wie über Auschwitz gesprochen wird – neuerdings auch wieder von einzelnen deutschen Parlamentariern. Besonders hellhörig werden wir angesichts solcher Narrative, nach denen Auschwitz zwar als singulär, aber lediglich als Ausrutscher, als *Patzer* – eine andere Wortwahl möchte ich Ihnen hier nicht zumuten – in einer im Ganzen eher unproblematischen deutschen Geschichte verstanden wird. Es soll demgemäß unser Selbstbild nicht beschädigen und uns in der Gegenwart nicht mehr beschäftigen. Dieses Narrativ lehnen wir ab, nicht nur aus historischer Sicht, sondern vor allem im Sinne des Auftrags, den uns Überlebende der Schoah im Gedenken der Opfer mit auf

(Landesbischof **July**, Dr. h.c. Frank O.)

den Weg gegeben haben: Auschwitz darf nicht wiedergesehen. (Beifall)

Wer diesen Satz als Auftrag ernst nimmt, der rechnet damit, dass Auschwitz in Europa möglich war und weiter möglich ist. Ja, Verdun, aber vor allem Auschwitz stören ein glattes Selbstbild Europas – und sie sollen, müssen es weiterhin tun. Verleugnung von Auschwitz macht neue Verbrechen möglich. Wir stellen uns der Realität dieser Möglichkeit und nehmen mit Ernst die Aufgabe wahr, vor uns selbst auf der Hut zu sein.

Liturgisch verankert ist das Gedenken an die Opfer von Verfolgung und Ermordung, das Gedenken an Auschwitz, mit der Einführung der neuen Perikopenordnung am 27. Januar, dem Tag der Befreiung des Konzentrationslagers von Auschwitz, der seit 2006 als Internationaler Tag des Gedenkens an die Opfer des Holocausts begangen wird. Mit der Aufnahme dieses Tages in das Kirchenjahr ist dieser Tag damit auch sichtbar ein Teil unseres kirchlichen Selbstverständnisses.

Die Evangelische Landeskirche in Württemberg ist dem Auftrag zu Dialog, Versöhnung, Aufarbeitung und dem Einsatz für Minderheiten- und Menschenrechte bleibend verpflichtet. (Vereinzelt Beifall)

Das hat sie speziell im Blick auf das Judentum in mehreren Stellungnahmen festgeschrieben. Wir haben erneut die grundsätzliche Verbundenheit von Christen und Juden bekräftigt und uns im Blick auf die Shoah zur Erinnerung, zur Umkehr und zur Versöhnung verpflichtet (Die Erklärungen der Evangelischen Landeskirche in Württemberg zur Verbundenheit von Christen und Juden, Stuttgart 2018). Mit Vertreterinnen und Vertretern der jüdischen Welt und den Synagogen in Württemberg gibt es Begegnungen und intensiven Austausch. Und wir beziehen klar Stellung gegen jegliche Form von Antisemitismus. Wir wissen auch, dass für viele Jüdinnen und Juden der Staat Israel nach wie vor – in mehrfachem Sinne – ein *Fluchtpunkt* ist. Mit Erschrecken werden wir Zeugen antisemitischer Vorfälle und Verbrechen in Europa, die viele Jüdinnen und Juden erneut zur Ausreise oder zur Flucht nach Israel bewegt.

Erst im letzten Jahr haben wir uns in Mitfreude und Dankbarkeit den Glückwünschen zum Bestehen des Staates Israel (70 Jahre) angeschlossen, dessen Bürgerinnen und Bürger – nach einem Zitat Gollwitzers – „nicht wegen uns, sondern trotz uns“ Deutschen dort leben können (Evangelische Landeskirche in Württemberg, 70 Jahre Staat Israel. Grund zur Mitfreude für uns Christen, 2018; https://www.elk-wue.de/fileadmin/Downloads/Leben/Interreligioeser_Dialog/WEB_Broschuere_70_Jahre_Israel.pdf). Die besondere Verbundenheit mit dem Staat Israel bedeutet selbstverständlich nicht, die jeweiligen politischen Entscheidungen einer jeweiligen Regierung stets in Gänze gutzuheißen. Die Solidarität mit dem demokratischen Staat Israel umfasst auch kritische Nachfragen zur Wahrung der Menschenrechte und der Situation in den palästinensischen Gebieten, und wir pflegen Kontakte besonders mit den Kirchen, den Christinnen und Christen in Israel und den palästinensischen Gebieten.

Wiewohl in unserer Landeskirche verschiedene Meinungen zur aktuellen Politik Israels miteinander streiten – dieser Streit ist notwendig, das füge ich hinzu, und man

muss sich über die Situation auseinandersetzen –, steht die Anerkennung der Existenz Israels und die kompromisslose Stellungnahme gegen jede Form von Antisemitismus für mich außer Frage.

Damit verbindet sich für viele auch die Ablehnung der Kampagne „Boycott – Divest – Sanction“ (BDS) schon deshalb, weil manche ihrer Vertreter und Vertreterinnen – ich sage bewusst nicht *alle*, das weiß ich – Israels Existenzrecht nicht anerkennen bzw. Unklarheiten erkennen lassen.

Ich verweise auch auf die Erklärung der Evangelischen Akademie Bad Boll zu einer Tagung, die ja heftige Reaktionen im Vorfeld und dann auch im Nachgang ausgelöst hat. Auch ich habe selbst hier in einer zeitlich eng begrenzten Situation Gespräche geführt. Das Kollegium des Oberkirchenrats hat sich kritisch mit dieser Tagung auseinandergesetzt, ohne die Autonomie einer evangelischen Akademie damit grundsätzlich in Frage zu stellen. Das Kuratorium der Akademie wendet sich im Nachgang zu dieser Tagung in einer Erklärung gegen jede Form des Antisemitismus und der Infragestellung des Existenzrechts Israels. Sie will ihrem eigenen Anspruch nach zwischen den Konfliktparteien im Nahen Osten Brücken bauen. Wir alle wissen, wie schwer das ist. Ich füge hinzu: Wie schwer das schon in unserer Landeskirche ist, die unterschiedlichen Positionen gut ins Gespräch zu bringen. Die Akademie überprüft, wie dieses Anliegen in Zukunft noch besser gelingen kann nach den Erfahrungen dieser Tagung.

Auch im Blick auf andere Minderheiten, deren Angehörige Opfer des Nationalsozialismus wurden, beziehen wir Stellung: Die Landeskirche positioniert sich gegen Antiziganismus (vgl. Bischofsbericht 2018, B-Teil) und damit auch gegen jede rassistisch begründete Ablehnung von Angehörigen nationaler Minderheiten (In Deutschland zählen neben Sinti und Roma die Sorben, Dänen und Friesen zu den anerkannten nationalen Minderheiten. Beispiele für Angriffe auf deren Rechte oder auf Leib und Leben sehen wir in ganz Europa. In Deutschland werden Minderheiten immer wieder Ziel von rechtsradikal motivierten Angriffen, wie z. B. die Sorben im Osten Deutschlands. Auch Sinti und Roma erfahren Benachteiligungen; selbst auf politischer Ebene gibt es Versuche struktureller Diskriminierung wie den Antrag der AfD in Sachsen 2018 zur Zählung und gleichzeitigen Erfassung der Schulpflichterfüllung von Sinti und Roma, der als grundgesetzwidrig eingestuft wurde. Auch in anderen europäischen Ländern verschlechtert sich die Lage. Italiens Innenminister Salvini und das Parlament der Lombardei fordern die – in Italien ebenfalls rechtswidrige – Erfassung der dort lebenden Roma. Aus etlichen EU-Ländern wird von systematischer Diskriminierung von Roma berichtet, es werden Überfälle und Mordanschläge auf Roma registriert.) oder Ausländern und tritt für das Lebensrecht und die unverletzliche Würde jedes Menschen, egal welcher Begabung, welcher Eigenschaften, welchen Alters und Gesundheitszustands ein. Eine Europapolitik der Menschenwürde ist immer Politik auch für Minderheiten.

Kirchengemeinden werden darin bestärkt und aufgefordert, den Auftrag zur Versöhnung und zum Einsatz für Menschenrechte, Minderheitenschutz und Rechtsstaatlichkeit und den Abbau von Rassismus in all seinen Erscheinungsformen (Antisemitismus, Antiziganismus,

(Landesbischof **July**, Dr. h.c. Frank O.)

Fremdenfeindlichkeit) vielfältig wahrzunehmen, wie dies bereits vielerorts geschieht.

Ich bitte die Kirchengemeinden, die Gedenktage an die Opfer von Verfolgung mit Gottesdiensten, Andachten und Veranstaltungen zu würdigen und zum Anlass zu nehmen, um zum Engagement für Menschenrechts- und Minderheitenschutz aufzurufen und selbst dieses Engagement wahrzunehmen. Gruppen, Initiativen und Stimmen, die die Schuld der Vergangenheit aus der Verdrängung hervorholen und aufarbeiten und einen wachsamem Blick für die Lage der Menschenrechte in Gegenwart und Zukunft haben, sollen gestärkt und in den Gemeinden gehört werden. Wo dies noch nicht geschieht, möchte ich deutlich ermutigen, das Gespräch mit diesen Gruppen zu suchen. Ich denke an Gedenkinitiativen, die die Vergangenheit der Kommunen, Länder und Kirchengemeinden aufarbeiten, sowie an Bürgerrechtsinitiativen und an die Vertretergruppen von Minderheiten (Jüdinnen und Juden, Sinti und Roma), die Veränderungen von Stimmung und Rechten in Deutschland meist als erste und am eigenen Leib erfahren.

2. Gemeinsame Werte

a. Europa – mehr als eine Wirtschaftsgemeinschaft

(Vgl. Charta Oecumenica, Punkt 7 [„Europa mitgestalten“]: „Ohne gemeinsame Werte ist die Einheit dauerhaft nicht zu erreichen. Wir sind überzeugt, dass das spirituelle Erbe des Christentums eine inspirierende Kraft zur Bereicherung Europas darstellt. Aufgrund unseres christlichen Glaubens setzen wir uns für ein humanes und soziales Europa ein, in dem die Menschenrechte und Grundwerte des Friedens, der Gerechtigkeit, der Freiheit, der Toleranz, der Partizipation und der Solidarität zur Geltung kommen. Wir betonen die Ehrfurcht vor dem Leben, den Wert von Ehe und Familie, den vorrangigen Einsatz für die Armen, die Bereitschaft zur Vergebung und in allem die Barmherzigkeit.“)

„Hasst das Böse und liebt das Gute, richtet das Recht auf ...“ – so heißt es bei Am 5,15a. „Wenn jemand spricht: Ich liebe Gott, und hasst seinen Bruder, der ist ein Lügner“ (1. Joh 4, 20a).

Am Beginn dieser Europäischen Union stand die Bildung der Montanunion im Jahr 1950. Deren Ziel: die Vergemeinschaftung der Grundstoffe Kohle und Stahl. Zwei verheerende Weltkriege hatten Europa ins Mark getroffen. Offensichtlich hatte man begriffen: Verdeckt durch die Ideologien des Nationalismus und Rassismus ging es in den Kriegen immer auch um den Zugang zu Rohstoffen. Kein Wunder also, dass bei Politikern am Anfang die Frage stand: Wie bekommen wir unsere wirtschaftlichen Interessen geregelt ohne Krieg?

Als 1990 der Eiserne Vorhang fiel, haben die Menschen in den östlichen Nachbarländern sich an der neuen Freiheit gefreut. Aber sie wollten auch an dieser Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) teilhaben und möglichst schnell Mitglied werden.

Das Gelingen der Wirtschaftsgemeinschaft und die lange Einübung in Aushandlungsprozesse haben den nächsten Schritt ermöglicht: Die Bildung der EU. In Artikel 6 des Vertrags von Maastricht werden die grundlegenden Werte genannt. Das müssen wir uns und unserer Bevölkerung auch immer wieder ins Bewusstsein rufen. „Die

Union beruht auf den Grundsätzen der Freiheit, der Demokratie, der Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten sowie der Rechtsstaatlichkeit ...“

Gerade in den Zeiten der EU-Erweiterung war eine Rückbesinnung auf verbindende Werte notwendig. So bedurfte es einer ausgesprochenen neuen Verständigung über die gemeinsamen Werte – und bedarf es permanent, wenn wir an die jetzige Situation in Europa denken –, die schließlich vertraglich fixiert wurden. Als Kirche können wir es nur begrüßen, dass Menschen nicht auf ihre Rolle und ihr Funktionieren in der Wirtschaft reduziert werden. Der Begriff des Wertes gehört nicht allein der Ökonomie. Menschenwürde und Menschenrechte sehen wir in der Geschöpflichkeit des Menschen und im Ebenbild Gottes begründet und haben uns deswegen auch immer wieder einzubringen im Dialog über die wirtschaftlichen Fragen in Europa.

Durch den Vertrag von Lissabon gilt für die EU und ihre Mitgliedsstaaten seit 2009 dieser Wertekanon: „Die Werte, auf die sich die Union gründet, sind die Achtung der Menschenwürde, Freiheit, Demokratie, Gleichheit, Rechtsstaatlichkeit und die Wahrung der Menschenrechte einschließlich der Rechte der Personen, die Minderheiten angehören. Diese Werte sind allen Mitgliedstaaten in einer Gesellschaft gemeinsam, die sich durch Pluralismus, Nichtdiskriminierung, Toleranz, Gerechtigkeit, Solidarität und die Gleichheit von Frauen und Männern auszeichnet“ (Artikel 2 EUV).

Eine wichtige Herausforderung ist die technologische Entwicklung. Die Digitalisierung unterstützt die Werteverchiebung hin zu maximaler Freiheit, Selbstbestimmung und Selbstverantwortlichkeit. Digitalisierung und Künstliche Intelligenz prägen bereits vorhandene Strukturen in Gesellschaften weiter aus: In China weiß der Staat mittlerweile mehr über seine Bürgerinnen und Bürger, als wir es uns vorstellen können; Social Scoring ist ein Mittel unter anderen, Macht auszuüben. In den USA und mit weltweiter Wirkung ist es Google, ein Unternehmen, das Geld mit den Daten der Kunden verdient. Mit deren Hilfe schaffen sie die Informations-Blasen, in denen wir uns den kritischen Austausch vom Hals halten, der für die Demokratie unbedingt nötig ist. Wir brauchen den Widerstreit der Meinungen und Argumente, auch in der Kirche.

Die EU, Europa sieht sich unter Druck gesetzt. Auf der einen Seite durch das chinesische Modell, auf der anderen durch das amerikanische. In China soll alle Macht dem Staat zufließen, in den USA möglichst viel Macht den Unternehmen. Beide Modelle sind offenkundig wirtschaftlich erfolgreich. Unter diesen Kräfteverhältnissen ist klar, dass die Staaten der EU nur gemeinsam bestehen können. Wir Europäer haben die große Chance zwischen dem amerikanischen und dem chinesischen Weg einen dritten Weg zu gehen. Denn wir im- und exportieren nicht nur Waren, sondern wollen dies auch auf Grundlage ethischer Wertvorstellungen tun.

Ein Beispiel dafür, das bei uns in der Kirche zunächst für viel Verdruss gesorgt hat, ist die Datenschutz-Grundverordnung, in Kraft seit Frühjahr 2016. Im vergangenen Jahr war das der große Aufreger aus Brüssel, auch für uns in der Kirche. Viele, auch Ehrenamtliche, sahen sich plötzlich gefordert, ihre Gruppen und Kreise anders anzusprechen als gewohnt und im Bewusstsein des Datenschutzes zu kommunizieren. Das machte oft Mühe. Mitt-

(Landesbischof **July**, Dr. h.c. Frank O.)

lerweile wird aber mehr und mehr erkennbar, dass diese Verordnung Standards setzt, auch Wertestandards: die einzelne Person wird nicht als Objekt eines Staates oder eines Unternehmens verstanden, sondern als Mensch mit einer unverlierbaren Würde auch hier. In diesem Bereich bietet also diese Verordnung einen Hebel, der Allmacht von Unternehmen wie Google, Facebook und anderen Internetriesen in der EU mit den Mitteln des Rechts entgegen zu treten.

Ich danke allen in Politik und Gesellschaft und in unseren Kirchengemeinden und in der Synode, also auch Ihnen, die diese Werte leben: die für Frieden eintreten, für die Umwelt und für die Menschen, die unter die Räder zu kommen drohen oder gekommen sind. Ich danke auch an dieser Stelle unseren Prälatinnen und Prälaten, die in ihren jeweiligen Sprengeln in vielerlei Weise Gespräche und Kontakte zu Wirtschaft, Gewerkschaften, Landwirtschaft und anderen gesellschaftlichen Gruppen pflegen. Da wird oft deutlich, dass auch in unserer Gesellschaft die Frage nach ethischer Verankerung wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Prozesse nach wie vor gestellt wird. Diese Aufgabe wird uns bleiben. Als Evangelische Landeskirche wollen wir zusammen mit unserer Diakonie nach Kräften vor Ort – um auch den örtlichen Bezug herzustellen – im Sinne Christi wirken. Als Glaubensgemeinschaft bringen wir uns in die europäische Wertegemeinschaft ein. Ein soziales Europa gehört darum auch zu unseren Leitbildern. Wir arbeiten am Friedens- und Lebensprojekt eines sozialen Europas mit, indem wir es vor Ort auf das Leben der Menschen hin durchbuchstabieren und für sie erfahrbar zu machen versuchen.

b. Europas Rolle in der Einen Welt

(Vgl. Charta Oecumencia, Punkt 7 [„Europa mitgestalten“]: „Auch das Nord-Süd-Gefälle ist zu beachten. Zugleich ist jeder Eurozentrismus zu vermeiden und die Verantwortung Europas für die ganze Menschheit zu stärken, besonders für die Armen in der ganzen Welt.“)

„... du sollst ein Segen sein.“ (1. Mose 12, 2)

Die EU kann sich nur im vollen Sinne als Friedens- und Versöhnungsprojekt verstehen, solange sie diesen Auftrag auch im Blick auf die Beziehungen zur übrigen Welt versteht. Die Kulturwissenschaftlerin Aleida Assmann, Trägerin des Friedenspreises des Deutschen Buchhandels 2018, hat herausgearbeitet, dass die Erinnerungskultur des 20. Jahrhunderts die öffentliche Konzentration auf die zwei Weltkriege und die Shoah befördert und den Blick auf eine andere Zeit weitgehend verdeckt hat: die der europäischen Kolonialgeschichte (Aleida Assmann, *Der europäische Traum*. Vier Lehren aus der Geschichte, München 2018). Das konnten wir bereits heute in einem Bericht in der *Stuttgarter Zeitung* lesen, in dem es um die Rückgabe von Museumsgütern geht.

Dabei standen im heutigen Namibia (kolonialisiert „Deutsch-Südwestafrika“) die ersten deutschen Konzentrationslager. In diesen Lagern, die man – nach dem Vorbild der britischen *concentration camps* im Burenkrieg – errichtete, wurde eine aus Rassismus und deutschem Überlegenheitsgefühl gespeiste politische und menschliche Haltung deutlich (die dann ja später in Europa weitere Erscheinungsformen zeigte).

Dass – vielleicht gerade durch die Ausblendung oder Verharmlosung der kolonialistischen Vergangenheit – eine

hegemoniale Grundhaltung die Länder Europas bis heute prägt, ja sogar geradezu entscheidendes gemeinsames Merkmal der europäischen Kulturen ist, beobachtet der bisherige Generalsekretär der Gemeinschaft Evangelischer Kirchen in Europa (GEKE), Bischof Prof. Dr. Michael Bünker: „Vor allem sind wir Europäerinnen und Europäer über alle Grenzen hinweg miteinander tief verbunden durch die Tatsache, dass wir eine imperiale Lebensweise führen, die auf Kosten der Natur und auf Kosten der Nachkommen sowie auf Kosten der Menschen in den Ländern des Südens geht.“ So lässt sich mit Blick auf das späte 20. und 21. Jahrhundert weniger von einer Entkolonialisierung als vielmehr auch einer Neu-Kolonialisierung der Länder der Südhalbkugel sprechen (Assmann, *Der europäische Traum*, 177 f.)

Dass heute auch China ungeheuren wirtschaftlichen, ja neokolonialen Einfluss auf Afrika ausübt, mindert nicht die Tatsache, dass wir Europäer bis heute vom Ressourcenreichtum und dessen Ausbeutung in ethisch bedenklicher Weise profitieren. Viele Nationalstaaten stellen sich diesem Erbe nur widerwillig oder gar nicht.

Vielleicht kann Europa gemeinsam – eine Chance Europas – leichter den Weg einer selbstkritischen Aufarbeitung der Kolonialgeschichte und Hinterfragung der weiterhin bestehenden neo-kolonialen Haltungen und Handlungen gehen. Kirchen setzen sich für ein Europa ein, das sich für den Frieden und die Heilung der Einen Welt in Dienst nehmen lässt.

Die EKD hat im Blick auf die deutsche Kolonialisierungsgeschichte in Namibia 2017 – anlässlich der Vollversammlung des Lutherischen Weltbunds (LWB) in Windhuk – offiziell die Mitschuld der damaligen Evangelischen Kirche im Deutschen Reich bekannt („Vergib uns unsere Schuld“ [Mt 6, 12]. EKD-Erklärung zum Völkermord im früheren Deutsch-Südwestafrika [2017], im Internet unter https://www.ekd.de/ekd_de/ds_doc/erklaerung_voelkermord_deutschsuedwestafrika.pdf). Pfarrer und – zum Teil – auch Missionare rechtfertigten Rassismus und Kolonialismus theologisch und traten dem Töten der Kolonialtruppen nicht entgegen. In dieser Erklärung heißt es: „Dieses Schuldbekenntnis ist Ausdruck unserer bleibenden historischen und ethischen Verpflichtung, gemeinsam mit den Nachfahren der Opfer das Gedenken an die Opfer wachzuhalten, für die Anerkennung des Genozids öffentlich einzutreten und an der Überwindung des durch die deutsche Kolonialherrschaft begründeten und danach fortgesetzten Unrechts zu arbeiten.“ Inzwischen wurden auch zum wiederholten Mal sterbliche Überreste von Herero in einem Gottesdienst in Berlin an Namibia übergeben und in ihre Heimat zurückgebracht. Es wird Zeit, dass wir die Länder Afrikas auch in wirtschaftlicher Hinsicht als Partner eigenen Rechts und auf Augenhöhe wahrnehmen. Es wird Zeit, dass wir uns besinnen. Dass unsere Verschwendung von Ressourcen, die sich zumeist außerhalb Europas finden, und die Art, wie wir sie in Form von Rohstoffen billig erwerben, nicht nur ein massives Problem für die Umwelt, sondern die direkte Ursache für viel Elend der Menschen in diesen Ländern ist. Nicht nur im Blick auf die Beziehungen der europäischen Nationen untereinander, sondern auf die Beziehungen Europas, der EU zur Welt gilt, dass Frieden und Krieg immer auch durch Wirtschaft bestimmt werden. Und auch hier ist demnach zu folgern: Wir müssen unseren Handel, ob es sich nun um den Import von Seltenen Erden und Koltan

(Landesbischof **July**, Dr. h.c. Frank O.)

für unsere Smartphones oder den Export von Waffen oder europäischem Elektroschrott handelt, friedensethisch hinterfragen.

Die Kirchen in Europa und in Deutschland stehen in ganz eigener Weise mit der kolonialen Vergangenheit in Verbindung, natürlich auch durch die Verknüpfung der Geschichte der Weltmission mit dem Kolonialismus, obwohl es nicht immer deckungsgleich ist. Wer das neue Buch über den Missionar Rebmann liest, sieht, dass man das nicht 1:1 verknüpfen kann. Aber es gibt die Verknüpfungen. Ich weise auf das neue Bewusstsein in der Missiologie und auf die Bemühung vieler Missionswerke hin, diese ambivalente Vergangenheit nicht auszublenden und ein neues Verständnis von christlicher Mission in dieser Welt zu entwickeln. Das wird für uns in Württemberg z. B. sichtbar in der Umbenennung des ehemaligen „Evangelischen Missionswerks in Südwestdeutschland“ in die „Evangelische Mission in Solidarität“, EMS, die sich bewusst für ein Konzept der Partnerschaft in der gemeinsamen missionarischen Bemühung auf Augenhöhe positioniert, wie viele andere Missionswerke mit ihr. Dazu gehört auch, wertvolle Impulse anderer Kirchen aufzunehmen, an deren geistlichen Erfahrungen uns vielleicht auch manches fremd erscheinen mag.

Gemeinden und Einzelne gehen in unserer Kirche wichtige Schritte hin zu einer neuen Beziehung zu Menschen in der Einen Welt: mit ihrer Bereitschaft zum Austausch und wechselseitigen Lernen mit Menschen aus aller Welt wie z. B. in den Programmen der EMS oder des Dienst für Mission, Ökumene und Entwicklung (DiMÖE), durch Partnerschaften mit Gemeinden auf Bezirksebene.

Zu erwähnen ist auch das Engagement für Fairen Handel – ich hebe heute als Teil evangelischer Bildungs- und Jugendarbeit die Orangen-Aktion des Evangelischen Jugendwerks in Württemberg (EJW) heraus – mit der Aufmerksamkeit auf unseren Umgang mit Ressourcen. Hier wäre z. B. die baden-württembergische Handyaktion zu nennen, an der sich u. a. ebenfalls das Jugendwerk beteiligt. Erst kürzlich hat sich die 50. Gemeinde in Württemberg der Initiative „Faire Gemeinde“ angeschlossen.

Alle Mitglieder unserer Gemeinden möchte ich ermutigen: Gehen Sie diesen Weg der Versöhnung weiter! Behalten Sie die Menschen auf den anderen Kontinenten als Geschwister in Christus, als Mitbewohner dieser Erde im Blick und bauen Sie so mit an einem neuen, wahrlich weltoffenen Europa. Helfen Sie bei der Bewahrung des Hauses der einen Menschheit, unserer Erde (s. u.) Wir haben es heute in der Predigt schon gehört.

Nehmen wir den Reichtum der missionarischen Partnerschaften und Verflechtungen wahr – wie es in der Württembergischen Arbeitsgemeinschaft der Weltmission geschieht. Die Landesmissionsfeste sind dafür ein eindrückliches Zeichen. Im Blick auf diese zentralen Aufgaben ist ein weltweites ökumenisches Engagement ganz gewiss kein Auslaufmodell, wie man es lange dachte. Vielmehr brauchen wir neue, bewegliche und noch effizientere Formen der internationalen Verständigung und Zusammenarbeit, um die Verantwortung für unser Miteinander in der Gegenwart und Zukunft übernehmen zu können.

c. Europas Auftrag zur Bewahrung der Schöpfung

(Vgl. Charta Oecumenica, Satz 9, Die Schöpfung bewahren: „Wir wollen uns gemeinsam für nachhaltige Lebensbedingungen für die gesamte Schöpfung einsetzen ... Wir verpflichten uns, einen Lebensstil weiter zu entwickeln, bei dem wir ... auf ... nachhaltige Lebensqualität Wert legen.“)

„Und Gott der HERR nahm den Menschen und setzte ihn in den Garten Eden, dass er ihn bebaute und bewahrte.“ (1. Mose 2, 15)

„Selig sind die Sanftmütigen, denn sie werden das Erdreich besitzen.“ (Mt 5, 5)

Bleiben wir noch einen Moment bei der Beziehung Europas zur ganzen Welt. Es wurde bereits deutlich, dass Europa – durch seine derzeitige starke Wirtschafts- und Konsumkraft – eine umfassende Verantwortung hat auch für den Erhalt unserer Erde, den Umgang mit lebenswichtigen Ressourcen, den Schutz von Lebensräumen für Menschen und Tiere sowie für Tier- und Artenschutz. Die EU hat diese Verantwortung grundsätzlich erkannt und sich für das Pariser Klimaabkommen entscheidend eingesetzt.

Als Christinnen und Christen, als Kirchen in Europa leben wir aus dem Glauben an den Dreieinigen Gott. Er ist Schöpfer, Bewahrer und Erneuerer. Er hat uns zur Bebauung und Bewahrung berufen.

Anders als sogenannte *alternative Fakten* es behaupten (die aber keine Fakten, sondern schlicht Unwahrheiten sind), gibt die Wissenschaft hinreichend Anhalt dafür, dass menschengemachte Faktoren wie u. a. der Ausstoß von Kohlendioxid zur Erderwärmung beitragen. Auch der übermäßige Abbau von Rohstoffen übersteigt die Ressourcen der Erde. Während wir jährlich den Internationalen Tag der Erde am 22. April, den Tag der Schöpfung am ersten Septemberfreitag begehen, rückt das Datum des Welt- bzw. Erd-Erschöpfungstages jährlich ein paar Tage weiter nach vorn. (Zum Erderschöpfungstag: Seit etwa 1971 lässt sich im Kalender ein Zeitpunkt vor Ablauf des Jahres erörtern, ab dem die Verwendung von Ressourcen die Kapazität der Erde übersteigt – lag er zu Beginn also noch im Dezember, musste man 2018 schon am 1. August feststellen, dass ab diesem Tag jede Nutzung von Ressourcen irreparable Schäden anrichtet. 2030, so wird oft angegeben, werden wir für unseren Verbrauch zwei Erden brauchen.)

Als Kirchen stimmen wir nicht in eine Weltuntergangsstimmung ein, sondern denken die Erschöpfbarkeit der Erde mit dem Erhaltungswillen ihres Schöpfers zusammen. Wir blicken auf die Schwächsten unter unseren Schwestern und Brüdern und sehen ihre Bedrohung durch Dürre, Hunger, Durst und die daraus folgenden Krankheiten und Nöten. Deshalb wollen wir auch in Europa auf unsere besondere Verantwortung aufmerksam machen.

Wir nehmen die Kraft dazu aus dem Glauben, dass wir von Gott mit vielen Dingen reich beschenkt sind und dass es gilt, diese Gaben zu teilen, statt über unser Maß hinaus auf Kosten anderer zu leben. Eine Ethik des Genug. Damit alle Menschen dieser Erde im *Genug* leben können, müssen wir als Industrieländer unsere Ansprüche in Zukunft deutlich verringern.

(Landesbischof **July**, Dr. h.c. Frank O.)

Viele Schülerinnen und Schüler haben diese Fragestellung in diesen Tagen verstanden und in Demonstrationen und Aktionen vehement darauf aufmerksam gemacht. Aber da kommt noch die Aktuelle Stunde.

Gemeinden leben die Kultur des Genugs und des Teilens in vielerlei Hinsicht und unterstützen Bedürftige vor Ort und weltweit. Auch zum Schutz des Klimas und dem Einsparen von Ressourcen tragen viele Gemeinden bei – durch Initiativen wie den „grünen Gockel“, bewusstes Energie- und Klimaschutzmanagement und den Einsatz für „Lebendige Vielfalt“. Auch Einzelne können ihren Lebenswandel bewusst gestalten. Für die Passionszeit, in der wir uns befinden, haben wir mit zehn anderen Landeskirchen der EKD sowie drei katholischen Bistümern zu einem „Klimafasten“ eingeladen. Ich ermutige unsere Mitglieder und Gemeinden, sich dieser Einübung in ein „Leben im Genug“ anzuschließen, hier in und für Europa Vorbild zu sein und eine Botschaft an Regierungen, Industrie und Verbraucher zu senden, das Anliegen der Bewahrung der Schöpfung zu ihrer wichtigsten Aufgabe zu machen.

d. Europas Einsatz für den Frieden (Dies versteht die Charta Oecumenica als wichtigstes Hauptanliegen der Bemühung um Europa, vgl. die Schlussthese [mit Hinweis auf Röm 15, 13]: „Jesus Christus ist als Herr der einen Kirche unsere grösste [sic] Hoffnung auf Versöhnung und Frieden. In seinem Namen wollen wir den gemeinsamen Weg in Europa weitergehen. Wir bitten Gott um den Beistand seines Heiligen Geistes.“)

„Suche den Frieden und jage ihm nach!“ (Ps 34, 15 – Jahreslosung für 2019)

„Sie werden ihre Schwerter zu Pflugscharen machen und ihre Spieße zu Sichel. Es wird kein Volk wider das andere das Schwert erheben, und sie werden hinfort nicht mehr lernen, Krieg zu führen.“ (Mi 4, 3)

Wenn wir über die Bewahrung der Schöpfung sprechen, dann gehört die Erlangung des Friedens dazu. Aus guten Gründen nennen wir Frieden, Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung im konziliaren Prozess in einem Atemzug. Die Botschaft des Friedens gehört wesentlich zu unserem Glauben und zur Bibel. Aus Schwertern sollen Pflugscharen werden (Mi 4, 3). Als Kirche Jesu Christi sind wir dazu da, die Botschaft, dass Jesus Christus unser aller Friede ist, zu den Menschen und in die Welt zu tragen (Eph 2, 14). Durch seinen Tod am Kreuz hat er die Menschen mit Gott versöhnt und Grundlagen für den Frieden unter den Menschen geschaffen. „Suche den Frieden und jage ihm nach.“ (Ps 34, 15): Diese Losung buchstabieren wir nicht nur für das Jahr 2019 durch, sie ist grundlegend: in unseren persönlichen Beziehungen, in unseren Gemeinden und unserer Landeskirche und auch in dieser Synode. Friede will konkret erfahrbar sein, unseren Worten sollen Taten folgen. Wir haben uns engagiert bei Friedensfesten. Diesen Weg sollte man beharrlich weitergehen.

Der Auftrag zum Frieden ist der ganzen Welt gegeben. In unseren Tagen erleben wir das Ende einer Zeit, in der Konfliktlinien klar erkennbar waren; Spannungen formieren sich neu, alte Bündnisse werden aufgelöst, Legitimität und Relevanz großer Organisationen und Institutionen wie etwa die Vereinten Nationen, aber eben auch die EU, werden hinterfragt oder angezweifelt. Mühsam errungene

Abkommen, die zum gedeihlichen Zusammenleben beitragen, werden leichtfertig aufgekündigt oder ignoriert. International verschieben sich zwar die Gewichte: Die Zeit des binären Kräftemessens zwischen den USA und Russland ist mit dem Auftreten Chinas in der Weltpolitik vorüber. Aber Bedrohungsszenarien, die wir auf Dauer überwunden glaubten, zeigen sich neu: Wir sehen die reale Gefahr einer Aufstellung neuer atomarer Mittelstreckenraketen auch in Europa. Während der Münchener Sicherheitskonferenz vor wenigen Wochen sind die gegensätzlichen Positionen in aller Deutlichkeit und Härte aufeinandergeprallt.

Wird in der europäischen Verteidigungspolitik ein eigener Weg nötig? Die EU setzt auf den Vorrang des Zivilen vor dem Militärischen. In ihrer „Globalen Strategie für die Außen- und Sicherheitspolitik der Europäischen Union“ von 2016 wird unterstrichen, dass die Stärke der EU in der Friedensbildung mit zivilen Mitteln liegt. Gerade ein Europa mit seinen historischen Erfahrungen soll sich zu einem Kontinent des Friedenswillens und friedensstiftender Maßnahmen entwickeln. Es ist eine wesentliche Aufgabe für Europa – meine ich –, eigene Wege der Friedenssicherung zu gehen.

Für uns als Kirche ist es wichtig, zu verstehen und zu würdigen, dass die EU – bei allem Weitergehen des Einzelnen in der EU – ein einzigartiges Friedensprojekt ist. (Beifall) Nach innen und nach außen. Das Thema „Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik“ (GSVP) ist ein großes Zukunftsthema der EU. Angesichts der globalen Spannungen bietet es die Chance, Gräben, die in Europa erneut sichtbar werden, wieder zu schließen. Wir lehnen es – so meine ich – als Kirche ab, dass Europa (neben den drei großen Machtzentren USA, Russland und China) zu einer vierten Militärmacht wird. Wir stärken den Einsatz für zivile Formen der Konfliktbearbeitung als Weg zum Frieden. Das kann ein europäischer Beitrag sein.

Die evangelische Friedensethik ist geprägt vom *Vorrang für zivile Konfliktbearbeitung und Prävention*. Gewaltfreie Methoden der Konfliktbearbeitung sollen durch zivile Friedens- und Entwicklungsdienste für die Wiederherstellung, Bewahrung und Förderung eines nachhaltigen Friedens genutzt werden, nach dem Grundsatz: „Wer den Frieden will, muss den Frieden vorbereiten.“ Um dies im Alltag der Menschen zu wecken, bedarf es einer beharrlichen Friedenspädagogik.

Mit der Handreichung „Friedensbildung in Schule und Gemeinde“ liegt seit Oktober 2018 nun eine Materialsammlung und Argumentationshilfe vor, der ich eine große Verbreitung in unserer Landeskirche wünsche. Zugleich unterstütze ich nachdrücklich, dass sich diese friedenspädagogische Arbeit europaweit vernetzt, um auch hier wertvolle Impulse geben zu können.

3. Als Kirche Europa mitgestalten

a. Die ökumenische Vision versöhnter Verschiedenheit

(Vgl. Punkt 7 der Charta Oecumenica: „Europa mitgestalten“: „Die Kirchen fördern eine Einigung des europäischen Kontinents.“)

„Wie du mich gesandt hast in die Welt, so habe auch ich sie in die Welt gesandt.“ (Joh 17, 18)

„Daran wird jedermann erkennen, dass ihr meine Jünger seid, wenn ihr Liebe untereinander habt.“ (Joh 13, 35)

(Landesbischof **July**, Dr. h.c. Frank O.)

Wohl kaum einer der Gründungsväter und -mütter – es gibt wenige Mütter – des europäischen Einigungsweges hätte sich träumen lassen, dass in Europa eines Tages wieder Parteien und Bewegungen an Bedeutung gewinnen, die rassistische Töne von sich geben und die Fanfaren des Nationalismus bespielen.

Dass für viele Briten die Ablehnung von EU-Ausländern und Flüchtlingen, dass Fremdenhass und *Überfremdungs-Angst* wesentliche Gründe für die Abstimmung für einen *Brexit* waren – was sich seitdem für viele Nicht-Briten bemerkbar macht, die sich plötzlich in Großbritannien nicht mehr willkommen fühlen –, spricht für sich. Mit ungläubigem Staunen beobachten viele die Entwicklungen in Polen, Ungarn, aber auch in Italien, das Erstarren rechtspopulistischer und nationalpopulistischer Parteien in Skandinavien, Belgien, den Niederlanden, Frankreich wie auch in Deutschland.

Die Lesart der rechten Nationalisten, als sei die *reine Nation* das zu bewahrende Ursprüngliche, ein Europa der Vielfalt hingegen übergestülptes Kunstprodukt, lehne ich ab. Europas Regionen sind seit jeher multikulturell; gleichzeitig sind die verschiedenen Kulturen über nationale Grenzen hinweg miteinander verbunden. Der Gedanke nationaler oder gar *rassistischer* Homogenität hingegen ist ein Produkt von Ideologien und Diktaturen z. B. des 20. Jahrhunderts. (In der Landesverfassung von Baden-Württemberg findet sich der Gottesbezug. Es wäre wünschenswert, wenn diese Verfassungsrealität Baden-Württembergs zu einer starken Stimme im Europa der Regionen werden könnte.) (Vgl. Punkt 7 der Charta Oecumenica: „Europa mitgestalten“: „Die Kirchen fördern eine Einigung des europäischen Kontinents.“)

Die Nation, verstanden als starre, homogene Einheit, wird der europäischen Realität mithin faktisch nicht gerecht. Sie bildet zwar in Teilen bestimmte Aspekte von Zugehörigkeit ab oder spiegelt auch historisch traumatische Erfahrungen einzelner Völker und Nationen; auch erfüllt sie ihren Zweck als Verwaltungseinheit. Doch schon hierzulande verstehen sich viele zwar als Deutsche, aber gleichzeitig denken sie dabei in regionalen Identitäten, die oftmals nationale Grenzen überschreiten. Die EU, verstanden nicht als Gleichmacher, sondern als Union der Unterschiede, kann in sich regionale wie auch nationale Identitäten bewahren. Die Förderung der Vielfalt und der Respekt vor der Eigenkultur soll dabei zentrales Merkmal der Union sein. (Vgl. Charta Oecumenica, Punkt 8 [„Völker und Kulturen versöhnen“]: „Die Vielfalt der regionalen, nationalen, kulturellen und religiösen Traditionen betrachten wir als Reichtum Europas. Angesichts zahlreicher Konflikte ist es Aufgabe der Kirchen, miteinander den Dienst der Versöhnung auch für Völker und Kulturen wahrzunehmen.“) Wichtige Bausteine dafür sind auch ein versöhntes Miteinander der Kirchen, der Einsatz für Demokratie. *Grundlage für den Frieden zwischen den Identitäten ist ein Konzept der Vielfalt* (Vgl. Charta Oecumenica, Punkt 8 [„Völker und Kulturen versöhnen“]: „Die Vielfalt der regionalen, nationalen, kulturellen und religiösen Traditionen betrachten wir als Reichtum Europas. Angesichts zahlreicher Konflikte ist es Aufgabe der Kirchen, miteinander den Dienst der Versöhnung auch für Völker und Kulturen wahrzunehmen.“), *während starre Nationalitätskonzepte diesen oftmals gefährden.*

Für uns als Christen in Europa erinnere ich angesichts aufkommenden Nationalismus und Rassismus an das uns zugesprochene neue Sein in Christus, das Menschen in ihrer Identität würdigt und dabei gleichzeitig zu einer Gemeinschaft der Solidarität verbindet (Gal 3, 28). Im Jubiläumsjahr der Reformation 2017 haben wir doch alle eindrücklich lernen können, wie die Reformatoren europaweit vernetzt waren und zugleich zur nationalen Identität beigetragen haben. Die Kirche bildet eine universale Gemeinschaft. Wo Menschen einander entfremdet, aus der Gemeinschaft vertrieben [sind] oder ihnen gar aufgrund ihrer Identität Gewalt angetan wird, verstoßen wir gegen alles, was Christus uns geschenkt, gelehrt und aufgetragen hat.

Darum ist es richtig, die Aufforderung Elmar Broks ernst zu nehmen: „Nationalismus heißt Krieg – da hat Francois Mitterand recht. Wir müssen das moderne Europa gegen diese Ewiggestrigen verteidigen. Hier können die Kirchen eine große Rolle spielen“ (Gespräch mit Elmar Brok in: „Gott steht nicht drauf, ist aber drin“, Publik-Forum Nr. 1/2019, 30).

Als Kirchen verweisen wir auf den Grund für „Einheit in Vielfalt“, der weit über historisches Wissen über die Ursprünge Europas und natur- wie kulturbedingte Konzepte von Vielfalt hinausgeht. Dieser Grund ist der dreieinige Gott: Schöpfer, Versöhner und Beförderer der Vielfalt und Würde der ganzen einen Menschheit. In Gottes Auftrag handelt die Kirche, wo sie die Zusammengehörigkeit der Menschen verkündet und Frieden zwischen Verschiedenen stärkt. Ein Europa, das den Frieden zwischen den Nationen gewährleistet, in dem Verschiedene Platz haben und in dem deren je eigener Beitrag für gemeinsames Leben gewürdigt wird, ist Baustein einer Welt, die dem Geist Christi gerechter wird.

Gemeinden auch in unserer Landeskirche leben diese neue, Grenzen überwindende Welt bereits in vielerlei Hinsicht. Ich möchte sie ermutigen, dies weiterhin aus der Liebe Christi heraus zu tun: so z. B., wo sie hier vor Ort mit Christinnen und Christen aus Gemeinden anderer Sprache und Herkunft (sogenannte „GaSH“) Räume teilen, Austausch üben, Gaben und Aufgaben miteinander wahrnehmen und zusammenwachsen. Oder da, wo sie die Not von Menschen, christlichen oder auch anderen Glaubens, außerhalb Deutschlands wahrnehmen und ihre Solidarität und Unterstützung zeigen durch Partnerschaften, Patenschaften, Spendenprojekte, Hilfsorganisationen. Rassismus und Nationalismus haben im Glauben unserer württembergischen Gemeinden keinen Platz. (Beifall) Sie erfahren den Reichtum der Vielfalt in Christus, die Vielfalt der Menschheit durch ihr Handeln. Ich wiederhole hier meinen Hinweis aus einem früheren Bischofsbericht: Es wäre m. E. – das sage ich erneut – daher ein Gewinn für die Landessynode, wenn einzelne Vertreter dieser anderen Gemeinden hier Platz nehmen könnten. (Vereinzelt Beifall)

Leider müssen wir in unseren Tagen wieder erleben, wie Religionen benutzt werden können, um Menschen gegeneinander aufzustacheln. Wir haben den schrecklichen Bürgerkrieg in Nordirland noch in Erinnerung und wissen, was die toxische Mischung aus Religion, Konfession, Nationalismus, Ideologie und Verblendung alles vernichten kann.

(Landesbischof **July**, Dr. h.c. Frank O.)

Europa ist ein Kontinent, der in besonderer Weise vom Riss der Konfessionen, der dann auch einen Riss der Kulturen mit sich brachte, gekennzeichnet ist. Das Auseinanderentwickeln der orthodoxen Welt und des lateinischen Christentums seit dem Schisma von 1054 hat Auswirkungen bis in das heutige Europa hinein. Das Zweite Vatikanische Konzil, die Leuenberger Konkordie, die vielen Dialog- und Begegnungsformen, aber auch Ökumenischer Rat der Kirchen (ÖRK), Konferenz Europäischer Kirchen (KEK), GEKE, LWB und andere Bünde haben dazu beigetragen, dass Begegnungen der Menschen aus verschiedenen Kulturen, Nationen, Konfessionen und Traditionen möglich wurden, dass sie ein tieferes Verstehen entwickeln konnten und soziale, diakonische Zusammenarbeit möglich wurde. Die o. g. Repräsentanz der verschiedenen Konfessionen und Kirchenbünde in Brüssel zeigt etwas von den Lernschritten, die Europa gegangen ist.

Manchmal wurden diese Partnerschaften, die vielfältigen Austauschkontakte und Teilnahme an Konferenzen als „ökumenischer Tourismus“ verspottet. Ich glaube, spätestens jetzt sollte jeder Spott verstummen, weil wir plötzlich in ganz neuer Form spüren, wie notwendig gerade heute der Aufbau und der Austausch in Netzwerken sind. Wie wichtig waren und sind z. B. die Netzwerke, die die geistlichen Gemeinschaften „Gemeinsam für Europa“ aufgebaut haben, die verschiedenen Kongresse – bis hin zur bewegenden Versöhnungszeremonie in München 2016, an der ich teilnehmen konnte und durfte (30.06. bis 02.07.2016 „Miteinander für Europa“ – Europaweiter Kongress in München).

Schon vor vielen Jahren haben diese geistlichen Gemeinschaften aus sehr verschiedenen Kirchen und jeweiligen Traditionen erkannt, dass ein ökumenischer Geist der Versöhnung ein wichtiger Anstoß zur Verständigung in Europa sein kann. Dabei wird aber auch eindrücklich deutlich, dass es nicht allein um das EU-Europa geht, sondern weit darüber hinaus. Und evangelische, katholische, orthodoxe und anglikanische Gemeinschaften zeigen mit ihrem diakonischen Engagement an den Grenzen Europas, an den Hot Spots, auf den Meeren und in der Verbindung zu anderen Ländern, dass Gottes Geist Neues schaffen kann.

Es sind die dezentralen Netzwerke – die Gemeinschaften, Partnerschaften, Dialoggruppen, Hauskreisinitiativen –, die ein Netz des Friedens, der Nächstenliebe und der Barmherzigkeit knüpfen. Es sind die dezentralen Netzwerke, die *ein* Europa der Begegnung, der Vielfalt, der Versöhnung und des Friedens bauen. Es sind die Kirchen selbst, die die Möglichkeiten ihrer Netzwerke noch stärker nutzen sollen. Die Stimmen derer, die um ein Europa der Werte, des Glaubens, der Nächstenliebe ringen, müssen noch lauter und vernehmlicher werden. Als Modell könnte – wir haben das früher schon mehrmals hier erwähnt, ich schaue den Vizepräsidenten an – eine Synodalversammlung dienen, weil Kirchen in ökumenischer Haltung Pluralismusfähigkeit über Jahrzehnte hinweg eingeübt haben. Ob als „versöhnte Verschiedenheit“ oder „Einheit in Vielfalt“ gefasst: Europa braucht eine Vision, die Verschiedene verbindet und kann von dem ökumenischen Modell der Kirchen profitieren.

Die christliche Ökumene ist dabei aus dem Wunsch entstanden, Kräfte zu bündeln im Blick auf ein bestimm-

tes Ziel, auf eine *Mission* hin. Die Kirchen haben in der Charta Oecumenica von 2001 Stichpunkte und Inhalte für eine solche Mission „gemeinsame(r) Verantwortung in Europa“ festgehalten und in einem Offenen Brief von 2016 bekräftigt.

Diese Punkte bringen die Kirchen als mögliche Orientierungspunkte für ein Europa mit ein. Die nächste Überlegung lautet daher: Kirchen gestalten Europa mit auf dem Weg von einer mehr wirtschaftsbasierten hin zu einer Wertegemeinschaft und erinnern an seinen Grundwert: Frieden. Dieser Wert wird von den Kirchen weiterentwickelt: Die Charta Oecumenica hält als Ziele u. a. die Förderung sozialer Gerechtigkeit, den Einsatz für die Wahrung der Menschenrechte, die transnationale Kooperation, die Versöhnung von Völkern und Kulturen, die Bewahrung der Schöpfung, die Gemeinschaft und den Dialog mit anderen Religionen, insbesondere Juden und Muslimen, und das Eintreten für die Religions- und Gewissensfreiheit von Menschen und Gemeinschaften fest.

Daher noch einmal zugespitzt: Ich fordere die Gründung je einer ökumenischen und evangelischen europäischen Kirchensynode. Diese sollten der Grundstruktur von KEK und GEKE entsprechen, jedoch als Synodalversammlungen, d. h. bestehend aus – natürlich steht das württembergische Modell dahinter, so schwierig es manchmal auch ist – direkt oder indirekt gewählten Vertreterinnen und Vertretern der Regionen, konzipiert werden. Somit wären kirchliche Regionen – also Landeskirchen, Diözesen etc. – auf europäischer Ebene direkt repräsentiert. Wir könnten damit eine Stärkung kirchlicher Demokratie und Partizipation der Regionen auf europäischer Ebene erreichen. Vielleicht kann das hier und da ein Vorbild auch für das politische Europa sein. Die Vorbereitungen eines europäischen Kirchentages sind ein wichtiger Schritt in diese Richtung.

Die Evangelische Landeskirche in Württemberg hat sich dieses Anliegen in besonderer Weise zu eigen gemacht. Im Herbst 2018 konnten wir auch ein Beispiel dieser Arbeit zeigen, 40 Jahre Arbeitskreis Orthodoxer Kirchen, wo wir Brücken gebaut haben in das kulturelle orthodoxe Europa. Ich denke hier auch in Dankbarkeit an den ersten Vorsitzenden, den verstorbenen Kirchenrat Eugen Hämmerle. Viele Gemeinden pflegen Austausch mit anderen Kirchen und Gemeinden in Europa und weltweit.

b. Der (Werte-)Beitrag von Religion im öffentlichen Raum

„Suchet der Stadt Bestes ... und betet für sie zum Herrn.“ (Jer 29, 7a)

„Ihr seid das Licht der Welt. Es kann die Stadt, die auf einem Berge liegt, nicht verborgen sein.“ (Mt 5, 14)

2013 erließ der Rat der EU-Außenminister Leitlinien der EU zur Förderung und zum Schutz der Religions- und Weltanschauungsfreiheit. Sie sind eine Reaktion der EU auf eine Verletzung der Religionsfreiheit in Ländern außerhalb der EU, mit denen ein Dialog über Menschenrechtsfragen intensiviert werden soll. Seit dem letzten Jahr sind die europäischen Kirchen aufgerufen, konkret an der Umsetzung dieser Leitlinien mitzuwirken (vgl. Katrin Hatzinger, Besserung Umsetzung der Leitlinien für Religions- und Weltanschauungsfreiheit, in: Europa-Informationen der EKD 157 [April 2018], 32). Da müssen wir auch Arbeit

(Landesbischof **July**, Dr. h.c. Frank O.)

hineinstecken. Die Bedeutung dieser Leitlinien wird deutlich, wenn man bedenkt, dass sich die EU mit einer inhaltlichen Auseinandersetzung religiöser Konflikte immer schon schwertat. Hintergrund ist das laizistische Grundmodell von Staat und Kirche, das sich zu Beginn des 20. Jahrhunderts in Frankreich und Belgien ausgeprägt hat.

Zahlreiche Konflikte mit einem politisierten, gewalttätigen Islam deuten darauf hin, dass es gerade hier an Begegnungsorten und eingespielten Kommunikationstraditionen fehlt. Das erlebe ich in Baden-Württemberg anders.

Menschen muslimischen Glaubens leben nun schon seit Generationen in Europa, in Deutschland, in Baden-Württemberg. Ihren Glauben leben sie in Moscheegemeinden, die in einer Vielzahl islamischer Vereinigungen, Vereine und Bewegungen organisiert sind. Darüber hinaus bestehen vielfältige Verknüpfungen über die Grenzen der privaten Religionsausübung hinaus: so z. B. mit dem Bildungswesen: Es gibt islamisch-theologische Zentren (in Baden-Württemberg an der Universität Tübingen), es gibt – bisher allerdings erst probeweise und nur an manchen Schulen – islamischen Religionsunterricht. Weiterhin führen islamische Vertreter z. B. mit den christlichen Kirchen Dialoge, Begegnungen und Austausch und sind vor Ort immer wieder wichtiger Partner im Rat der Religionen.

Wir als Kirche nehmen diesen Dialog aktiv auf – und das sogar über Deutschland und Europa hinaus. Ein Beispiel ist der Austausch zwischen württembergischen Theologinnen und Theologen und islamischen Studierenden in Maskat/Oman und Tübingen, der im Wissen um die globale Verantwortung der Religionen diesen Dialog führt.

Mein erneuter Besuch im Oman vor drei Wochen zeigt, dass das Interesse am respektvollen, friedvollen Austausch in der Übernahme gemeinsamer Friedensverantwortung wurzelt und zugleich in der je eigenen religiösen Identität, die nicht vernichtet oder gar aufgegeben werden muss, um gemeinsame Sprache oder Nähe zu finden.

Wer so im Austausch mit dem Islam steht, wird freilich auch kritische Entwicklungen des Islams in Europa sehen und benennen müssen. In welcher Weise bleibt der Islam der dritten oder vierten Generation auf die Herkunftsländer der Großeltern oder Eltern bezogen? Wird es dem Islam gelingen, im europäischen Raum eine Identität zu entwickeln, die die vier Säulen Europas – das philosophische Erbe aus dem alten Griechenland, das Christentum, die Grundlagen von Recht und Politik aus Rom und die europäische Aufklärung – in die eigene (theologische) islamische Religion, in die theologische Reflexion aufnehmen kann, um dann zu einem offenen Dialog zu kommen? Das wäre ein Signal, dass Menschen hier geistlich angekommen sind. Wir wünschen uns das. Gleichzeitig trete ich aber auch dafür ein, dass eine Gesellschaft nicht die Eigeninterpretation einer Religion bestimmen und bevormunden kann. Das gilt ja auch für uns als Christen selbst. Der Staat kann und muss die Beachtung von Gesetzen und Regeln einfordern und sie auch durchsetzen, er muss aber das Selbstbestimmungsrecht der Religionen achten und respektieren.

Ein Grund für die Sprachlosigkeit der EU in religionspolitischen und religiösen Fragen ist m. E. letztlich ein Reli-

gionsverständnis, das die Ausübung der eigenen Religion strikt aus dem öffentlichen Raum ins Private verbannt. Ich habe demgegenüber in den letzten Jahren immer wieder betont, dass Religion zwar persönlich ist, aber nicht privat. (Das wird schon deutlich, wenn man Folgendes bedenkt: Ca. Dreiviertel aller Bürgerinnen und Bürger unseres Bundeslands bekennen sich in verschiedenen Konfessionen zum christlichen Glauben. Mehr als 100 000 hauptamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter arbeiten in Diakonie und Caritas. Mehr als 3 000 Kindertagesstätten werden von den kirchlichen Trägern zur Verfügung gestellt. An sechs Hochschulen und Fachhochschulen in kirchlicher Trägerschaft werden mehr als 15 000 Studierende ausgebildet.)

In Deutschland drückt sich das im Grundgesetz aus: Hier sind Staat und Kirchen „getrennt und doch partnerschaftlich verbunden“ (Artikel 140 Grundgesetz). Gelten diese Bestimmungen des Grundgesetzes für ganz Deutschland, so ist für das Land Baden-Württemberg seit 2008 im Besonderen der Staatskirchenvertrag zwischen dem Land Baden-Württemberg und den beiden evangelischen Landeskirchen in Baden und Württemberg (Vertrag des Landes Baden-Württemberg mit der Evangelischen Landeskirche in Baden und mit der Evangelischen Landeskirche in Württemberg [Evangelischer Kirchenvertrag Baden-Württemberg – EvKiVBW]) zu beachten. Die Präambel des Vertrages spricht von einem „freundschaftliche(n) Verhältnis zwischen dem Land und den Kirchen“, das es „zu festigen und zu fördern“ gelte und würdigt die „Bedeutung der Kirchen für die Bewahrung und Festigung der religiösen und sittlichen Grundlagen des menschlichen Lebens, eingedenk der bleibenden Verantwortung der Kirchen für christlichen Glauben, kirchliches Leben und diakonischen Dienst auch in deren Bedeutung für das Gemeinwohl“ (Präambel EvKiVBW).

Ministerpräsident Kretschmann würdigte jüngst noch einmal die Rolle der Kirchen in Baden-Württemberg bei dieser Mitgestaltung des Gemeinwesens, ja, er fordert die Kirchen geradezu auf, sich in Wertedebatten einzubringen.

Im Hintergrund steht dabei auch die politische Philosophie von Jürgen Habermas (vgl. Jürgen Habermas, Glauben und Wissen. Dankesrede zum Friedenspreis des deutschen Buchhandels 2001, Frankfurt a. M. 2001. Habermas sieht den säkularen Staat von zwei Gefahren bedroht, dem Fundamentalismus der Religionen [nach 2001] und einer sich selbst absolut setzenden Moderne; daher wirbt er für doppelte Übersetzungsnotwendigkeit). Die Religionsgemeinschaften werden darin aufgefordert, ihren Glauben vom Guten und Heiligen einer säkularen Konzeption vom Gerechten unterzuordnen. Sie klären die Gesellschaft über die Grundlagen ihrer eigenen Kultur auf, stabilisieren das Gemeinwesen und bleiben anschlussfähig. Diese Bedeutung der Religionsgemeinschaften insgesamt ist in Europa noch zu entdecken.

Bei Habermas und dann in der Rezeption bei Ministerpräsident Kretschmann ist anzuerkennen, dass Religionsgemeinschaften eine hohe Bedeutung für Staat und Gesellschaft zuerkannt wird, wenn sie anschlussfähig und verstehbar sind. Das ist dort zu begrüßen, wo Fundamentalismus und das Entstehen von religiös motivierten Parallelgesellschaften verhindert wird. Zugleich hat diese Anschlussfähigkeit m. E. Grenzen. Jene Anschlussfähig-

(Landesbischof **July**, Dr. h.c. Frank O.)

keit des Glaubens hat dort seine Grenze, wo es um den *Eigensinn* der Religionen geht, der sich nicht marktfähig machen lässt. Ihr prophetisches Wächteramt kann gerade die Kirche nur dort ausüben, wo sie auch auf Grenzen der Zeitgenossenschaft beharrt. (Vgl. kritisch gegenüber einer s. E. zu anschlussfähigen „EKD-Theologie“: Johannes Fischer, Gefahr der Unduldsamkeit. Die öffentliche Theologie der EKD ist problematisch, in: *zeitzeichen* 5/2016, 43-45.)

Gegenüber einer strikten Trennung von Staat und Religion plädiere ich insbesondere in Baden-Württemberg für ein dauerhaftes Ausbalancieren je eigener Aufgaben. Gerade dann, wenn Religion nicht aus der Öffentlichkeit verbannt wird, kann sie ihr friedentiftendes Potenzial für das Gemeinwohl entfalten. Ich will das an einem Beispiel kurz veranschaulichen: Der Zuzug von Geflüchteten stellt alle gesellschaftlichen Bereiche vor große Integrationsaufgaben. Viele Konflikte werden gerade an der Schule besonders sichtbar. Muslimische Jugendliche sind auf der Suche nach Identität auch an der Schule und im angelagerten sozialen Nahraum auf Dialogpartner angewiesen, die für klare und verlässliche Integrationsangebote stehen.

Das Modell eines islamischen Religionsunterrichts wird von uns unterstützt, und die Bemühungen der Landesregierung in dieser Angelegenheit sind anzuerkennen. Gleichzeitig aber kann der Weg über eine Stiftung, die gleichsam als Konfessionsersatz im Auftrag des Staates handelt, allerhöchstens eine temporäre Ausnahme sein und ist keinerlei Modell für eine zukünftige Trägerschaft von Religionsunterricht anderer Konfessionen – das möchte ich ausdrücklich unterstreichen.

Wir tun als Evangelische Landeskirche in Württemberg daher gut daran, unsere Anstrengungen im Bildungsbereich weiter zu intensivieren – von der Weiterentwicklung der Familienzentren über die Schaffung professioneller Trägerstrukturen in evangelischen Kitas über den verlässlichen Religionsunterricht, die Mitwirkung an der Schulsozialarbeit, einer zukunftsfähigen Arbeit im EJW bis hin zu einer Sicherung der Theologischen Fakultät Tübingen. Religiöse Bildung trägt zur Konsensfindung bei und bewahrt eine Gesellschaft vor den Folgen des Fundamentalismus (vgl. Dr. h.c. Frank Otfried July, Religion ist mehr als eine Privatsache. Von der Wahrheit des christlichen Glaubens und seinem öffentlichen Anspruch. Bischofsbericht 2006 vor der 13. Württembergischen Evangelischen Landessynode am 13. Juli 2006, 14).

Ausblick

„... ihr seid allesamt einer in Christus Jesus.“ (Gal 3, 28)

„Und Paulus sah eine Erscheinung bei Nacht: Ein Mann aus Makedonien stand da und bat ihn: ‚Komm herüber nach Makedonien und hilf uns!‘ Als er aber die Erscheinung gesehen hatte, da suchten wir sogleich nach Makedonien zu reisen, gewiss, dass uns Gott dahin berufen hatte, ihnen das Evangelium zu predigen.“ (Apg 16, 9f.)

Wir haben uns mit diesem Bischofsbericht ein wenig der Blickrichtung des Paulus angeschlossen, der einen Auftrag für Europa erhalten hat. Wir haben als Württembergische und dadurch zugleich europäische Landeskirche Europa aus christlichem Blick wahrzunehmen versucht und aus dieser Perspektive Wertvorstellungen für

Europas Fortbestehen und seine Weiterentwicklung formuliert. Wir haben dabei die Rolle von Christinnen und Christen, von Kirchen in Europa bedacht und bereits geleistete und mögliche Beiträge der Kirchen beleuchtet. Vieles wäre natürlich noch zu nennen: Da hoffe ich aber auf die Aussprache, wo man ja anhand der einzelnen Felder die Dinge noch vertiefen kann; so ist es gemeint.

Diesen Bischofsbericht möchte ich daher nochmals mit zwei Aufforderungen und Ermutigungen verbinden.

Zuerst möchte ich noch einmal betonen – auch für uns selbst: Europa fängt bei uns selbst an! Machen wir also Europa zu unserem Thema, machen Sie Europa zu Ihrem Thema – persönlich, in unseren Kirchengemeinden, in unseren Werken, in unserer Landeskirche!

Dieser Bericht geht davon aus, dass wir einen Auftrag haben, uns in unseren Lebensumfeldern einzubringen, im Nahbereich in unseren Kirchengemeinden, in den Dörfern, Landkreisen, in der Landeskirche, im Bundesland, in Deutschland, aber auch in Europa. Darum will ich heute die Kirchen ermutigen, die Stimme des Evangeliums auch und besonders in Europa einzubringen. Jeder Einzelne kann dieses Engagement für Europa in seinem Leben umsetzen. Die Gemeinden sind mit ihrer lokalen Anbindung und dem gleichzeitigen Engagement für überregionale und transnationale Partnerschaften die kleinsten lebendigen Bausteine eines eng vernetzten Europas und in ihren Beziehungen zu den anderen Teilen der Welt auch europäische Botschafter und Botschafterinnen. Die Landeskirche versteht sich weiterhin als europäischer Partner für Menschen, Kirchen und Politik.

Unsere Arbeit im europäischen Kontext wollen wir gerade jetzt fortführen und intensivieren; mit Leidenschaft bringen wir uns in den Ausbau europäischer kirchlicher Netzwerke ein. Wir bleiben im intensiven Austausch mit dem Büro der EKD in Brüssel und verstehen uns als Teil der – evangelischen wie ökumenischen – Gemeinschaft der europäischen Kirchen.

Europa ist unser Thema! Setzen wir uns damit auseinander, und gestalten wir Europa mit!

Die zweite Aufforderung lautet – ich habe das schon am Anfang gesagt und richte diese Aufforderung eindrücklich an unsere Kirchenglieder: Wählen Sie Europa!

Das meine ich im doppelten Wortsinn. Zunächst bedeutet es: Machen Sie von Ihrem Wahlrecht bei der Europawahl Gebrauch und setzen Sie Ihre Stimme zur Stärkung Europas ein.

Am 26. Mai 2019 steht viel auf dem Spiel. Diese Wahl ist von hervorgehobener Bedeutung; manche reden – das ist vielleicht zu pathetisch – sogar von einer Schicksalswahl. Diese Wahl könnte zwei extreme Ausgänge haben: Entweder wir entscheiden uns für ein Europa, das wieder Nationalismus, Fremdenfeindlichkeit, Ausgrenzung und Rassismus zulässt – ein solches Europa riskierte es, die Abgründe seiner Geschichte zu wiederholen –, oder das Ergebnis ist die Stärkung des Hauses Europa, ein Europa, das einen würdigen Raum für Menschen bietet, Begegnungen schafft, ein Europa, das sich zu Menschenwürde, Frieden, Freiheit, Toleranz, Recht und Gerechtigkeit als den gemeinsamen Grundwerten bekennt.

Das Bild eines *solchen* zukünftigen Europas habe ich versucht, aus biblischer Perspektive zu begründen und

(Landesbischof **July**, Dr. h.c. Frank O.)

ihm mit diesem Bericht Nachdruck zu verleihen. Als Christinnen und Christen kennen wir den Grund, das Fundament eines Europas, das für uns das einzig wählbare ist: Christus, der uns Verschiedene zu einem Ganzen macht (Gal 3, 28) – der uns Frieden und Versöhnung geschenkt hat und uns dazu beauftragt, den Frieden zu suchen und Versöhnung zu leben, *in* Europa für seine Menschen und *durch* Europa in der Welt.

Wählen wir, wählen Sie *dieses* Europa! Ein Europa für Frieden und Versöhnung, ein Europa auf und aus gutem Grund. Und ermutigen wir die Menschen – vor allem auch die Jugendlichen, denen wir begegnen und mit denen Einzelne von uns arbeiten –, ihre Stimme für ein solches Europa einzusetzen – und das nicht nur am 26. Mai 2019, sondern durch die Gestaltungsmöglichkeiten, die sich uns als Einzelnen und als Kirchen in Europa bieten. Dazu sind wir nach Europa gerufen.

Ich füge nun gleich einen kurzen, aktualisierten Teil B an:

Ich habe im Bischofsbericht von Minderheitenschutz gesprochen. Erschreckend ist es, zu sehen, wie etwa in der Republik Österreich mit der evangelischen Minderheit umgegangen wird. Aus aktuellem Anlass und als Zeichen der Solidarität und Verbundenheit mit der Synode der Evangelischen Kirche A und B in Österreich wiederhole ich hier, was ich schon vor einigen Tagen veröffentlicht habe und was zum Teil veröffentlicht wurde:

„In diesen Tagen der Diskussion über die Einheit und den gemeinsamen Sinn der Europäischen Union, über die Mitwirkung der Kirchen und Religionsgemeinschaften in der Wertedebatte Europas – wo wir über das diskutieren, was ich soeben ausgeführt habe –, befremdet es mich in höchstem Maße, dass die österreichische Bundesregierung den Karfreitag als persönlich geschützten Feiertag – der er dort bislang ja nur war – abschaffen wird.“

Die österreichische Bundesregierung hatte Ende Februar 2019 beschlossen, den nur für die evangelischen, alt-katholischen und methodistischen Christinnen und Christen geltenden Feiertag zu streichen. Davon sind rund 300 000 der etwa 8 Mio. Österreicher betroffen. Hintergrund ist ein Urteil des Europäischen Gerichtshofes, das die bisherige Karfreitagsregelung für diskriminierend befand, weil evangelische Mitarbeiter, die am Karfreitag arbeiteten, einen Sonderzuschlag erhielten, und andere nicht. Das war der Kern der Klage. Nach mehreren Voten entschied nun die Regierung, dass anstelle des Karfreitags als Feiertag nur für die Mitglieder der genannten Minderheitskirchen nun jeder Beschäftigte einen Rechtsanspruch auf einen Feiertag habe, den er aber zu beliebiger Zeit aus seinem persönlichen Urlaubskontingent nehmen könne. Damit ist der Karfreitag als Feiertag in Österreich letztlich abgeschafft.

Öffentliche Behauptungen, diese Regelung sei mit Zustimmung der Evangelischen Kirche Österreichs getroffen worden, wies die Synode der Evangelischen Kirche zurück. Ich habe der Österreichischen Kirche meine Solidarität ausgedrückt. Bischof Bünker hat sich bei einer persönlichen Begegnung bedankt. Ich lade allerdings auch die römisch-katholische Kirche in Österreich und auch bei uns ein, für den Karfreitag einzutreten. (Beifall)

Schließlich ist der Karfreitag ein Tag, der in der katholischen Liturgie ab nachmittags eindrücklich begangen

wird. Ich finde, hier ist die Solidarität aller Christinnen und Christen in Europa gefragt. Ich finde auch, und das sehe ich als starkes Argument, dass es sich hierbei um eine Nichtachtung der kleinen evangelischen Minderheit in Österreich handelt. Lutherische und evangelische Christen sowie Christen anderer Konfessionen, ob in Mehrheits- oder Minderheitskirchen in Europa, sind darüber entsetzt. So spreche ich erneut meine Verbundenheit mit der Synode und der ganzen Kirche in Österreich aus und bitte auch die Synode, sich dieser Unterstützung anzuschließen. (Beifall)

Zweite Bemerkung. Wie viele andere haben uns die furchtbaren Terrorattacken in Christchurch in Neuseeland erschüttert. Muslime, die sich zum wöchentlichen Hauptgebet in zwei Moscheen versammelt haben, wurden in großer Zahl – man spricht jetzt von 50 Toten – ermordet. Ich möchte unser Gebet und unsere Fürbitte den Opfern und ihren Angehörigen zusprechen. Wir halten inne, um dieser Opfer und auch derer in Utrecht zu gedenken. Ich bitte die Synode, sich zu erheben. (Die Synodalen erheben sich von ihren Plätzen.) Ich danke Ihnen.

Die Folgerung kann nur sein, aggressiven Ideologien, egal auf welcher Seite des politischen Spektrums und welcher Religionen auch immer, immer wieder entgegenzutreten.

Am 12. März hatten mein badischer Kollege, Landesbischof Prof. Dr. Jochen Cornelius-Bundschuh, und ich die Gelegenheit, mit den Verantwortlichen der muslimischen Verbände in unserem Land zu sprechen. Wir tauschten uns über Wahrnehmungen und Fragen aus, und befragten uns jeweils kritisch gegenseitig. Hierbei wurden wir darauf hingewiesen, dass vielen Muslimen auch ein kaltes und feindseliges Klima hier in unserem Land entgegen schlägt. Dem wollen wir entgegen treten, wie auch jeder Terrorideologie, die in Gewalt umschlägt.

Dritte Bemerkung. Mich bewegt nach wie vor, wohl wissend, dass es schwierige rechtliche Fragen sind, die Anerkennung von Flüchtlingen, die zum christlichen Glauben konvertiert sind, und trotzdem oftmals einer unsachgemäßen Prüfung des Glaubens vor Gerichten unterzogen werden. Ich glaube, wir müssen bei aller Bejahung, dass die staatlichen Gerichte hier das Recht und die Pflicht haben, Recht zu sprechen, trotzdem darauf achten, dass unsere Geschwister, die den christlichen Glauben angenommen haben, in unserem Blick und in unserer Obhut sind. Dort, wo wir eintreten und helfen können, sollten wir das auch tun. Das gehört auch zum Europäischen. (Beifall)

Tragen wir also alle dazu bei, dass der Geist eines Europas, der Freiheit, der Religionsfreiheit, der Versöhnung und der neuen Gemeinschaft in unserer Gesellschaft erneut Platz findet und nachhaltig Wirkung zeigt. Ich danke Ihnen für Ihre freundliche Geduld. (Beifall)

Stellv. Präsident Stepanek, Werner: Herzlichen Dank, Herr Landesbischof Dr. h.c. July für diese weite Schau auf Europa und die wichtigen Perspektiven, die Sie der Landeskirche damit auch gegeben haben.

Die Aussprache zu Ihrem Bericht werden wir um 13:45 Uhr halten. Dann werden wir zunächst die Voten der Gesprächskreise hören. Es werden auch die beiden

(Stellv. Präsident Stepanek, Werner)

Anträge eingebracht, bevor wir in eine Allgemeine Aussprache eintreten.

Fritz, Michael: Um 12:10 Uhr trifft sich der Finanzausschuss im Andreä-Raum im 3. Obergeschoss zu einer kurzen Sitzung.

(Mittagsgebet)

(Unterbrechung der Sitzung von 12:10 Uhr bis 13:45 Uhr)

Stellv. Präsident Stepanek, Werner: Wir setzen die Behandlung unserer Tagesordnung fort. Wir sind bei Tagesordnungspunkt 1: Bericht des Landesbischofs und hören jetzt die Voten der Gesprächskreise.

Maier, Philippus: Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Synodale, lieber Herr Landesbischof,

für den Gesprächskreis Lebendige Gemeinde danke ich Ihnen sehr herzlich für Ihre klaren Worte.

Da ist zum einen Ihr deutliches Eintreten für das Gewicht, welches Europa für uns als Christinnen und Christen haben sollte. Dies muss darin zum Ausdruck kommen, dass wir von unserem Wahlrecht Gebrauch machen. Wir schließen uns Ihrem Aufruf an, an der Europawahl teilzunehmen. Und dies so zu tun, dass dadurch Europa an seine Werte und an sein Fundament erinnert wird.

Mindestens so sehr, wie wir Ihr Eintreten für die Teilnahme an der Wahl und für ein soziales und von christlichen Werten geprägtes Europa unterstützen, so unterstützen wir Ihren Einsatz gegen Fremdenfeindlichkeit, Rassismus, Nationalismus und Rechtsextremismus jeglicher Couleur und Ihr Eintreten für die Menschenwürde.

Europa wird nicht alle Flüchtlinge aufnehmen können, die zu uns wollen. Aber auf jeden Fall viel, viel mehr, als gegenwärtig aufgenommen werden. Da wünschen wir uns wie Sie eine mutige und von allen Mitgliedsstaaten getragene Vereinbarung.

Wir freuen uns über alle, die sich für Flüchtlinge und deren Integration einsetzen und danken ihnen, besonders allen, die das in unseren Gemeinden und in der Diakonie tun.

Ebenso sind wir froh, dass in Ihrem Bericht das Eintreten für ungeborenes Leben ausdrücklich erwähnt und gelobt wird. Menschenwürde gilt nicht nur für alle ethnischen Gruppen, Ausländer und Einheimische gleichermaßen, sondern auch ein ganzes Menschenleben lang, von der Zeugung bis zu dem Zeitpunkt, an dem Gott, der Schöpfer, unser Leben wieder zu sich nimmt.

Mit Ihnen, lieber Herr Landesbischof, wenden wir uns entschieden gegen alle Arten von Antisemitismus. Diesen kann man wiederum nur dann salonfähig machen, wenn man die Verbrechen unter der Nazi-Herrschaft bagatellisiert, herunterspielt und verharmlost. Dies darf niemals geschehen, wie Sie zu Recht sagen. Wer seine Geschichte vergisst, der ist nicht gerüstet für die Zukunft; auch nicht für die Gegenwart.

Allen Ansätzen von Antijudaismus und Antisemitismus müssen wir ausdrücklich widerstehen. Der Holocaust, ausgehend von deutschem, und damit europäischem Boden, muss uns eindringliche und unvergessene Mahnung bleiben. Wir sind froh, dass unsere Württembergische Landeskirche den Kontakt zum Judentum hält und sich hinter das Existenzrecht des Staates Israel stellt, bei aller berechtigten Kritik an der dortigen Politik. Wir danken dem Oberkirchenrat für allen kritischen Dialog mit der Akademie Bad Boll zu diesem Thema.

In diesem Zusammenhang bringen wir jedoch erneut unser Anliegen ein, auch den Kontakt zu messianischen Juden zu intensivieren und für sie einzutreten. Sie sitzen sozusagen zwischen allen Stühlen, hier bei uns und in Israel.

Wie Ihnen wäre es uns sehr viel lieber, wenn in die europäische Verfassung der Gottesbezug aufgenommen worden wäre. Denn wir brauchen die Verankerung der Menschenwürde im Glauben an den Schöpfergott, der alle Menschen mit derselben Würde geschaffen hat, unabhängig von Herkunft und Fähigkeiten. Als Christinnen und Christen und als evangelische Landeskirche bekennen wir, dass wir nur durch Jesus Christus, den Mensch gewordenen Gottessohn und Erlöser, Zugang zu diesem Schöpfergott bekommen. Wer Jesus vertraut, für den ist er nicht nur Schöpfer, sondern auch Vater.

Wir sind ganz bei Ihnen, wenn Sie am Beginn Ihres Berichtes Apg 16, 9+10 zitieren. Gerade an dieser Stelle wird die Hilfe für Europa darin gesehen, „ihnen das Evangelium zu predigen“. Es ist uns ein besonderes Anliegen, unseren Herrn Jesus Christus als Retter und Erlöser in einem Europa neu bekannt zu machen, das sich von seiner christlichen Grundlage mehr und mehr entfernt.

Zu Recht warnen Sie davor, dass aus einem barmherzigen Europa ein wirtschaftsdominiertes und digital kaltes Europa wird. Wenn schon die katholische Kirche seit Jahren von der Re-Evangelisierung Europas spricht, hätten wir uns in Ihrem Bericht dazu noch ein paar Sätze mehr gewünscht. Welche Ideen haben Sie, wie wir als Württembergische Landeskirche und als Kirchen in Europa die Menschen wieder neu mit dem Evangelium in Berührung bringen können?

Es passt sehr gut, dass Sie Jesus als unseren Frieden ins Spiel bringen. Erst der Friede mit Gott durch Jesus und seine Barmherzigkeit führen dazu, ein soziales und friedliches Europa zu bauen. Ein Europa, das nicht durch Gewinn- und Lustmaximierung, verbunden mit ständiger Unzufriedenheit, bestimmt ist, sondern in dem auch Verzicht und Einschränkung der Ansprüche zugunsten von Menschen in ärmeren Ländern sowie zugunsten der Umwelt möglich werden. Deshalb hätten wir Ihre Aufrufe am Ende Ihres Berichts gerne durch einen dritten ergänzt: Evangelisieren Sie Europa!

Bemerkenswert ist, wie Sie die Ökumene als versöhnte Verschiedenheit zum Vorbild für Europa hinstellen, das nicht die Unterschiede der Völker einebnet, sondern bei allen Unterschieden auf dem Fundament von gemeinsamen Werten friedlich zusammenlebt und gemeinsam agiert; das so auch Werte exportiert und sich nicht von den verschiedenen Machtblöcken und deren Ideologien vereinnahmen lässt. Dem können wir uns nur anschließen und ermutigen Sie, mit anderen Kirchenleitenden und

(Maier, Philippus)

Verantwortlichen Ihre Einflussmöglichkeiten in diese Richtung zu nutzen. Wir danken Ihnen für all Ihren diesbezüglichen Einsatz. Man erkennt schon deutlich, dass Sie da mit viel Herzblut unterwegs sind.

Für eine Akzeptanz von Europa auf der Ebene der Wählerinnen und Wähler wird entscheidend sein, dass Europa nicht Gleichmacherei bedeutet, sondern ein gemeinsames Eintreten und Auftreten bei aller Freiheit zur Verschiedenheit. Europa muss vor Ort relevant sein und seine sozialen Errungenschaften und Auswirkungen sollten alle Beteiligten, nicht nur wir als Kirche, „vor Ort auf das Leben der Menschen hin durchbuchstabieren“, um Ihren Wortlaut aufzugreifen.

Dankbar sind wir Ihnen für die Würdigung der Missionsbewegung, die von Württemberg ausgeht, und die sich in der Württembergischen Arbeitsgemeinschaft für Weltmission zusammenfindet. Wenn wir es richtig wahrnehmen, bedeutet Mission schon lange nicht mehr Weitergabe des Evangeliums in einem kolonialistischen Gefälle, sondern auf Augenhöhe.

Nichtsdestotrotz gehört die Aufarbeitung der Verflechtung der Mission in ihrer Geschichte mit der Kolonialisierung zu unseren Aufgaben als Kirche.

Jedenfalls bleibt ein offenes Europa, gegründet auf biblischen Werten, unsere gemeinsame Verpflichtung; ein Europa, in das Menschen hineinfließen können, in dem das Evangelium von Jesus Christus zu hören ist, und aus dem wiederum das Evangelium und dessen Werte hinausgehen in die Welt. Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit. (Beifall)

Kretschmer, Dr. Harald: Lieber Herr Präsident Stepanek, liebe Mitsynodale, lieber Herr Landesbischof, lieber Bruder July.

Europa! Zur Rettung des in einer schweren Krise steckenden „Friedensprojekts Europa“ scheinen mir die Kirchen eher wenig geeignet zu sein. Viele ihrer Vertreter, auch die protestantischen Kirchen, haben sich in den vergangenen Jahren schwerster Verfehlungen schuldig gemacht und ihre hohen Ansprüche in ethischen Fragen und als moralische Instanzen weitgehend verloren. Merken wir gar nicht, dass sich die Kirchen in einer tiefen Vertrauens- und Glaubwürdigkeitskrise befinden? Erreicht, bewegt das von diesen Kirchen weitergesagte Evangelium die Menschen in Europa wirklich noch?

Als Vertreter der Offenen Kirche beschränke ich mich auf die beiden Abschnitte „Frieden“ und „Antisemitismus“ in Ihrem Bericht, Herr Landesbischof,

„Wie wird Friede? Es gibt keinen Weg zum Frieden auf dem Weg der Sicherheit. Denn Friede muss gewagt werden. Friede ist das Gegenteil von Sicherheit. Sicherheiten fordern heißt Misstrauen haben, und dieses Misstrauen gebiert wiederum Krieg.“

Diese Worte Dietrich Bonhoeffers stehen völlig quer zu dem, was wir heute regelmäßig von deutschen, von europäischen Politikern hören, z. B. auf den jährlichen sogenannten Sicherheitskonferenzen; quer zur angedrohten, Kündigung des Intermediate Range Nuclear Forces-Vertrages (INF-Vertrages) mit der von deutschen Politikern geäußerten Bereitschaft zur erneuten Stationierung von

Atomwaffen in unserem Land; quer zur von unserer Regierung als selbstgesetztes Ziel geforderten, aber von ihr nicht eingehaltenen restriktiven Genehmigungspraxis für Rüstungsexporte; quer auch zu dem, was wir nur allzu oft von den organisierten Kirchen hörten. In der seinerzeit starken Friedensbewegung wurden Auftreten und Äußerungen der verfassten Kirchen oft als friedensfeindlich angesehen.

Dazu eine Randbemerkung: Als kürzlich der frühere Generalinspekteur der Bundeswehr, General i. R. Kujat, im Zuge der Kündigung des INF-Vertrages gefragt wurde, was er zurzeit vermisse, sagte er: die 300 000 im Bonner Hofgarten.

Juden und Christen haben die überwältigende Vision des Propheten Jesaja von einer heilen, friedlichen Welt – in unserem Gesangbuch eindrucksvoll so übersetzt:

„Er kommt mit Frieden. Nie mehr Klagen, nie Krieg, Verrat und bittere Zeit!

Kein Kind, das nachts erschrocken schreit, weil Stiefel auf das Pflaster schlagen.“

Wir als Synode, wir als Kirche müssen immer, unbedingt immer, dem Leitbild des „Gerechten Friedens“ folgen, nicht nur in einem Jahr, in dem uns die Jahreslosung explizit dazu auffordert. Auf dem Weg der Gerechtigkeit und des Friedens ist Erziehung zu Frieden und Toleranz im persönlichen und gesellschaftlichen Bereich ebenso erforderlich wie zivile Konfliktbearbeitung und Friedens-theologie – so die Erklärung unserer Landeskirche zu deutschen Rüstungsexporten. So sagten es auch Sie in Ihrem Bericht.

Im Alten und im Neuen Testament ist „Frieden“ der Zentralbegriff schlechthin. Dass zwischen dem theologischen Friedensanspruch und der friedenspolitischen Praxis unserer Kirchen oft eine so große Lücke klafft, ist theologisch unglaubwürdig und politisch unverantwortlich. Die Stimme der Kirchen wird nur dann in Deutschland, in Europa gehört und beachtet, wenn sie klar und deutlich erhoben wird. Geschieht das in Fragen des Gerechten Friedens nicht, werden die Kirchen weiter an gesellschaftlicher Relevanz und Anziehungskraft verlieren.

Nun zum Thema „Antisemitismus“ in Ihrem Bericht, lieber Herr Landesbischof. Die Offene Kirche empfindet das Erstarken des Antisemitismus in Europa, in Deutschland als zutiefst verstörend. Sie wendet sich allerdings gegen eine wahllose Vermischung der Begriffe „antisemitisch“ und „israel-kritisch“. Insbesondere verurteilt die Offene Kirche, dass Juden durch Deutsche des Antisemitismus („Jüdische Antisemiten“) bezichtigt werden. Eindrucksvoll definiert der jüdische Philosoph Ernst Tugendhat: „Antisemit ist, wer Juden, einfach weil sie Juden sind, für schlecht hält. Wer hingegen Juden, nur weil sie Juden sind, für nicht kritisierbar erklärt, ist, was man als einen Philosemiten bezeichnen kann. Ein unreflektierter Philosemitismus ist eine der Wurzeln des Antisemitismus.“

2016 wurde vom Israelischen Ministerium für Öffentliche Sicherheit und Strategische Angelegenheiten eine bis heute laufende Kampagne gegen Israelkritiker weltweit gestartet. Diese Kampagne be- oder verhinderte in den letzten beiden Jahren in Deutschland fast 40 menschenrechtsorientierte Veranstaltungen zum Thema Israel/

(Kretschmer, Dr. Harald)

Palästina. Dazu gehörte die Bad Boll Akademie-Tagung „Zur Krise der Dialogfähigkeit im Israel-Palästina-Konflikt“ im vergangenen Herbst. Die Offene Kirche spricht noch einmal der Akademieleitung Bad Boll ihre Hochachtung aus für die faire Durchführung der Tagung, an der ich als einziger Synodaler teilnahm. Auch vom Oberkirchenrat nahm niemand teil, was die Be- und Verurteilungen vor, während und nach der Tagung doch eher zweifelhaft erscheinen lässt.

Die Offene Kirche kritisierte die Forderung von Ihnen, Herr Landesbischof, die Tagung wegen einseitiger Besetzung zu verschieben, also zunächst einmal abzusagen. Das Ausschlagen von Einladungen zur Teilnahme an der Tagung sowie die kurzfristige Absage von Referentinnen und Referenten waren nicht der Tagungsleitung, sondern politischem Druck von außen anzulasten.

Solche Kampagnen haben in Deutschland eine verheerende Wirkung und diskreditieren, teilweise mit groben Unwahrheiten, berechtigte Kritik an der Palästina-Politik der derzeitigen israelischen Regierung. Übrigens nahm der Antisemitismusbeauftragte des Landes Baden-Württemberg, Dr. Michael Blume, der dem auch auf ihn ausgeübten Druck zu einer Absage widerstand, die Akademie Bad Boll ausdrücklich gegen den schweren Vorwurf „Förderung von Antisemitismus“ in Schutz und billigte Kritik an der Politik Israels ebenso wie an der jedes anderen Staates zu.

Gewiss gibt es im Konflikt Israel/Palästina viele unterschiedliche Facetten und ideologisch verfestigte negative Töne, auch von pro-palästinensischer Seite. Uns bewegt aber sehr, dass in Fragen des Nahost-Konfliktes die grundgesetzlich garantierte Meinungsfreiheit durch Interventionen – bis hin zu der des amerikanischen Botschafters in Deutschland Grenell vor zehn Tagen – ernsthaft gefährdet wird. Die derzeitige Situation ist durchaus geeignet, dem Kampf gegen die in Deutschland wiedererstarkende Diskriminierung jüdischer Menschen Energien und Mitstreiter zu entziehen. Denn dieses Erstarken des Antisemitismus in Deutschland, diese Diskriminierung jüdischer Mitbürger ist, ich sage es noch einmal, für uns zutiefst verstörend.

Dass die Offene Kirche einmütig für das Existenzrecht Israels eintritt, steht außer Frage. Die Offene Kirche teilt aber die Sorge des israelischen Historikers, Soziologen und Philosophen Moshe Zuckermann, dass : „[...] sich Israel bewusst einmauert und dann merkt, dass es ihm im eigenen Gemäuer einsam wird, u. U. sogar lebensbedrohlich einsam“.

Für Ihren Bericht, bei dem wir mit Ihnen in ganz vielem einig sind, Herr Landesbischof, danken wir Ihnen als Offene Kirche sehr.

Schaal-Ahlers, Peter: Sehr geehrter Herr Präsident, Hohe Synode, liebe Zuhörerinnen und Zuhörer!

„Es gärt in Europa. Ob es Wein oder Essig werden wird, ist ungewiss“, schreibt Heribert Prantl.

Eine nationalistische Front macht sich quer durch Europa auf, gegen die Werte der Aufklärung, Menschen- und Bürgerrechte, gegen die Achtung von Minderheiten, gegen Liberalität und Toleranz, gegen den Islam, gegen das Judentum und letztlich auch gegen das Evangelium.

Dass die neuseeländische Präsidentin Jacinda Ardern nach dem rechtsextremistischen Anschlag in zwei Moscheen in Christchurch demonstrativ ein Kopftuch trug, ist ein Ausdruck politischer Schönheit.

Statt solidarisch die Probleme anzugehen, versuchen ganz unterschiedliche Akteure, Europa zu destabilisieren. Ich danke Ihnen für Ihren Bericht, lieber Landesbischof Dr. h.c. July, in dem Sie ein engagiertes Plädoyer für Europa gehalten haben.

Was wir gehört haben, war historisch fundiert, ökumenisch weit, bei Ihnen immer ein bisschen katholisch, sozial und ökologisch profiliert.

Wie entstand Europa? Es begann alles mit der Schönheit einer Frau. Der Göttervater Zeus verliebte sich in die phönizische Königstochter. Listig verwandelte er sich in einen goldenen Stier. Wegen der Zeit kann ich das nicht schöner ausmalen. Es gab ein kleines Geplänkel. Schließlich nahm der Stier Europa auf seinen Rücken, jagte mit ihr zum Meer und brachte sie nach Kreta. Nun ist dieses Liebeswerben heutzutage in Zeiten von „me too“ nicht mehr ganz korrekt. Ich erwähne den Mythos nur deshalb, weil deutlich wird, dass selbst Europa ursprünglich nicht aus Europa kommt, so wie auch das Judentum und das Christentum wie auch der Islam.

Als evangelische Christen sind wir leidenschaftliche Europäer. Wir sind hoffentlich nicht schlafwandlerisch unterwegs, sondern wissen um die Aufgabe, das geistige, religiöse und kulturelle Erbe zu bewahren, zu pflegen und weiterzuentwickeln.

Die Kirchen sind die ältesten Kulturträger Europas. Die Kultur des Christentums ist in der europäischen Kultur tief eingebunden. Dass die Kirchen nicht mehr allein den Ton angeben, sondern nur eben wichtige Stimmen sind, macht uns nicht verzagt. Das Wissen darüber, dass wir an vielen Stellen auch gefehlt haben, macht uns bescheiden.

„Wo ist Europa?“, fragt ein Junge seinen Großvater und hat den Atlas in der Hand. Er wartet, dass der Großvater den Finger führt. Statt den Finger zu führen, sagt der Großvater: „Da hinten“ und zeigt auf eine große Bibliothek. Was steht in dieser Bibliothek drin? Es sind vier Berge, die Europa geprägt haben: der Sinai, auf dem die Zehn Gebote gegeben wurden, eine Ethik, die sich an Gott und am Mitmenschen orientiert; Jerusalem, die Stadt Davids, die Stadt des Tempels, die Stadt des Karfreitags und der kommenden Erlösung; die Akropolis, wo die Philosophen nach Weisheit suchten und die Zweifel zu einem Motor des Denkens adelten; der Kapitolshügel, wo das römische Recht erfunden wurde und seinen Ursprung hat, und die Idee, dass jeder Mensch, wenn gut regiert wird, vor dem Gesetz gleich ist.

Ich kann nur kurz fünf Punkte anreißen:

An der Seite Israels – gegen jede Form des Rassismus

Dass wir die Existenz Israels anerkennen und sie festhalten und kompromisslos gegen jede Form von Antisemitismus sind, steht für uns, ich hoffe, für alle hier im Raum, außer Frage. Wir treten ein gegen jegliche Form von Rassismus, sei es Antisemitismus, Antisemitismus, Antiziganismus und jede Form der Fremdenfeindlichkeit. Dass das an vielen Orten in unserer Kirche gelebt wird, ist erfreulich.

(Schaal-Ahlers, Peter)

Erinnerungskultur

Ein humanes Gemeinwesen braucht Erinnerungskultur. In vielen Kirchen haben wir Gedenktafeln, die an die Toten erinnern. Dass Sie neben Auschwitz auch noch die Orte Heuberg, Grafeneck und Deutsch-Südwestafrika angesprochen haben, vergessen wir nur allzu leicht. Nachdem die Zeitzeugen der letzten Kriege nun fast verstummt sind, wird es darum gehen, biografisches Erinnern in kulturelles Gedenken umzuwandeln.

Ich möchte kurz auf den Traditionserlass der Bundeswehr vom letzten Jahr eingehen. Da steht – kurz gesagt – drin, dass die Bundeswehr sich nur noch auf ihre eigene Geschichte bezieht. Das bedeutet, dass die Toten vor 1945 keine Rolle mehr spielen. Wir sind an dieser Stelle in einer sehr eigenartigen Situation, weil dieses Gedenken wesentlich und wichtig ist. Auszuhalten ist freilich in Europa, dass die Erinnerungen natürlich sehr, sehr unterschiedlich ausfallen. Ich danke Ihnen, dass Sie zu Österreich etwas gesagt haben. Das muss ich nicht wiederholen. Aber Minderheitenkirchen müssen Schutz haben und auch ihre Feiertage.

Europäische Synode

Ob es das wirklich braucht, muss gut überlegt sein. Die Traditionen der einzelnen Kirchen sind sehr, sehr unterschiedlich in Europa. Die evangelischen Strukturen sind kompliziert und wenig durchschaubar. Wichtig wäre eine evangelische Stimme.

Wie wäre ein evangelisches Jugendaustauschprogramm in ganz Europa?

Fünftens in der Fastenzeit ganz wichtig: dass Wein werde. Alkoholische Gärung passiert nicht von allein. Zuckerhefen, habe ich mir angelesen, machen die Hauptarbeit. Sehen wir also zu, dass wir unseren Beitrag dazu leisten, dass die Gärung gelingt, dass also Wein werde. Dazu gehört es auch, bei der Europawahl zu wählen, und zwar nicht nur hinzugehen, sondern ein Europa zu wählen, in dem Frieden, Solidarität und Verständigung möglich sind.

Beck, DTh Univ. of South Africa Willi: Sehr geehrter Herr Landesbischof, sehr geehrter Herr Präsident, Hohe Synode! Vielen Dank für Ihren leidenschaftlichen Bericht, für Ihr leidenschaftliches Bekenntnis zur Zukunft Europas. Als Kirche für morgen teilen wir Ihre Einschätzung, dass es erstens keine Alternative zu Europa geben kann, wenn man sich auf dem globalen Markt behaupten will, dass zweitens der europäische Wertekanon zu verteidigen ist und dass drittens die Stimme der Kirche in Brüssel durchaus lauter sein dürfte. Mit ein paar Kirche für morgentypischen Anmerkungen möchte ich Ihren Bischofsbericht anreichern.

1. Europäische Integration als Zickzackkurs. Die Geschichte der Europäischen Union in Europa ist nicht selbstverständlich. Sie beginnt, wie Sie ausführen, u. a. mit der Idee, wirtschaftliche Probleme ohne Kriege zu lösen und den Frieden zu sichern. Verheerende Kriege haben Spuren hinterlassen. Wie kann ein zukünftiges Europa aussehen?

Ein europäisches Volk im Sinne einer Nation gibt es nicht. Zu unterschiedlich sind die historischen Entwick-

lungspfade und kulturellen Entwicklungen der europäischen Völker, zu verschieden ihre Regierungssysteme und Verwaltungsstrukturen, und ja, auch eine nationenbegründende Sprache sucht man vergebens.

Das impliziert Fragen wie: Wie viel nationalstaatliche Souveränität gibt man ab, welche Gesetzgebungs- und Durchsetzungskompetenzen überträgt man nach Brüssel, um Europas willen?

Unter diesen Bedingungen hätte das Projekt Europäische Union eigentlich scheitern müssen – ist es aber nicht; zumindest bisher nicht. Das hat Gründe:

Die Entwicklung der Europäischen Union folgt keinem strategischen Plan, sondern der je eigenen Herausforderung bei der Integration ihrer Mitgliedsstaaten. Die vielfältigen Unterschiede führen zum Eingehen auf die Bedingungen der Mitgliedsstaaten und deren nationalstaatliche Eigenarten und Traditionen. Sie führen zu unterschiedlichen Integrationsstufen und -geschwindigkeiten, zu einer starken Kompromisskultur mit Vetorecht, wenn europäische Entscheidungen zu nationalstaatlichen Nachteilen führen. Die EU entwickelt sich, wenn man so will, induktiv im Gehen und Verarbeiten von weltpolitischen und europäischen Herausforderungen.

Das bedeutet auch: Wer von Europa und den damit verknüpften Erwartungen spricht, kann sich nicht sicher sein, dass der andere dasselbe Europaverständnis assoziiert. Eine gemeinsame Vision für Europa, ein gemeinsames Zielbild, existiert nicht wirklich. Wie dem auch sei, Politikwissenschaftler ziehen in Erwägung, dass eben gerade die nicht präzise Vision, der nicht vorhandene Plan, also das sich Durchwursteln im Entwicklungsprozess – also gerade diese Unschärfen – zum Erfolg des europäischen Friedensprojekts geführt haben.

So können und konnten die Mitgliedsstaaten in ihrem Tempo, mit ihren Befindlichkeiten, Teil der Union werden. Damit wird Europa zu einem System *sui generis*, etwas Eigenes, Einmaliges – Sie haben es ja auch gesagt –, das politikwissenschaftliches Kopfzerbrechen und Staunen zugleich auslöst.

2. Europa – Anleihen zur Kirchenentwicklung: Dass die Kirche ebenfalls ein Integrationsproblem hat, ist offensichtlich. Zu verschieden sind die Menschen und Mitgliedsgruppen. Die Integrationsmechanismen zur Europäischen Union könnten Pate stehen für eine zukünftige Kirche. Gerade als Kirche, die sich nach Europa gerufen weiß, sollten wir, gerade mit Blick auf die aktuellen Debatten, gesprächskreispezifische Egoismen und mikropolitischen Machtgerangel hinter uns lassen. Das wäre europäisch gehandelt.

Die Diskriminierung von Minderheiten, die zur Kirche gehören wollen, wiegt schwer. Die unsägliche Diskussion um die Notwendigkeit und Einbindung neuer Gemeindeformen ist kein Glanzstück der Toleranz. Blockadeverhalten, wenn es um Veränderung von Kirchenbildern und -traditionen geht, lässt nichts von Würde und Respekt den Unerreichten gegenüber spüren. Die Ausgrenzung ganzer Mitgliedergruppen, die, weil wir so sind wie wir sind, keine Chance haben dazuzugehören, widersteht dem Geist Europas als Friedens- und Freiheitsprojekt. Eine Kirche, die sich zu Europa bekennt, braucht strukturelle Komplexität und kulturelle Vielfalt. Sie muss theologische Kontroversen integrieren und plurale individuelle

(Beck, DTh Univ. of South Africa Willi)

Zugangswege der Vergemeinschaftung mit verschiedenen Tempi und Stufen ermöglichen.

Sie sagen: Europa *ist* unser Thema, persönlich, in Kirchengemeinden, in unserer Landeskirche! Ein deutliches Ja. Eine evangelische europäische Synode ist eine faszinierende Idee. Wenn wir die Hausaufgaben, die ich gerade umrissen habe, nicht hinbekommen, ist Europa nur ein Lippenbekenntnis und eine europäische Synode ein ungedeckter Scheck. Europa beginnt mit unseren Hausaufgaben.

3. Europa – eine bleibende geistliche Aufgabe: Sie sagen auf Seite 22: Die Flüchtlingswellen haben Europa zugesetzt. An der eigenen nationalen Haustür hören Solidarität, Toleranz, Freiheit, Menschenwürde einfach auf. Werte, für die das Friedensprojekt Europa steht, werden vergessen und durch Diskriminierung, Hass, Feindbilder, Eigeninteressen ersetzt. Der wahrnehmbare politische Rechtsruck hat die fast überwunden geglaubten Nationalismen befeuert. Am Ende ist sich jeder selbst der Nächste. Und der Appell für ein starkes Europa des Friedens ändert nichts.

Wir haben es, geistlich gesehen, halt doch mit einem in Sünde gefallenen Menschen zu tun, der im Ernstfall, auch wenn er sich dabei selbst zerstört, die guten Vorsätze vergisst. Kann es sein, dass sich mit *diesem* Menschen – und andere haben wir nicht – der europäische Traum als Utopie erweist und ohne geistliche Erneuerung nur begrenzt realisierbar ist? Es braucht die Stimme der Kirche, die sich für eine geistliche Erneuerung in Europa starkmacht und diese zuerst in ihren eigenen Reihen thematisiert; ohne ständige geistliche Erneuerung könnte das Friedensprojekt Europa als utopisches Intermezzo in die Geschichte eingehen.

4. Europa – Herausforderung zur Begegnung: Der „Ökumenische Tourismus“, von dem Sie gesprochen haben, tut uns gut. Bereits in den Fünfzigerjahren hat Gordon Allport seine Kontakthypothese formuliert, die mehrfach bestätigt worden ist. Sie besagt: Je mehr Kontakte und Begegnungen Menschen mit Fremden haben, desto geringer sind Vorurteile und fremdenfeindliche Tendenzen. Eigentlich eine Binsenweisheit. Europa als vielfältiger Begegnungsraum der Kulturen kann kirchliches Leben beflügeln und manche Kontroversen, die mit Nicht-Begegnung zu tun haben, verändern. Die Begegnung mit den verschiedensten Minderheiten und Mitgliedergruppen unserer Kirche, ich erinnere an die aktuellen Debatten, mit Menschen anderer Glaubens- und Lebensentwürfe, mit kulturellen und theologischen Fremdheiten tut not; denn sie wird unser Entscheidungshandeln zur kirchlichen Integration verändern. Vielen Dank. (Beifall)

Stellv. Präsident Stepanek, Werner: Wir treten jetzt in die Allgemeine Aussprache ein und haben verabredet, dass wir zunächst einmal die anstehenden zwei Anträge einbringen.

Ich darf Prof. Dr. Heckel bitten, den Antrag Nr. 09/19: Wählen Sie die Zukunft Europas! – Gemeinsamer Wahlauftritt aller vier Kirchen in Baden-Württemberg, einzubringen.

Oberkirchenrat **Heckel**, Prof. Dr. Ulrich: Herr Vizepräsident, wie zwischen Bischof und Synodalpräsidium abgeprochen, bringe ich diesen Antrag nun ein:

Antrag Nr. 09/19: Wählen Sie die Zukunft Europas! – Gemeinsamer Wahlauftritt aller vier Kirchen in Baden-Württemberg.

„Die Landessynode beschließt:

Am 26. Mai 2019 finden die Wahlen zum Europäischen Parlament statt, bei der Sie als Bürger und Bürgerin der Europäischen Union mit Ihrer Stimme mitentscheiden, wohin sich Europa entwickeln wird: Sicher ist, dass in einer globalisierten Welt die zentralen Zukunftsfragen wie die Migration, die Digitalisierung oder der Kampf gegen den Terrorismus nicht von Einzelstaaten, sondern nur von einer starken und handlungsfähigen Union gemeistert werden können. Ebenso unverkennbar erleben wir aber auch, dass wachsende Kräfte von innen wie von außen den Zusammenhalt der Europäischen Union bedrohen. Die kommende Wahl ist daher von enormer Bedeutung für die künftige Ausrichtung Europas.

Vor diesem Hintergrund bezieht die Württembergische Landessynode Position für Europa:

- Für ein demokratisches Europa, in dem nicht populistische, antidemokratische oder nationalistische Parteien den Ton angeben, sondern demokratische und pro-europäische Kräfte im gemeinsamen politischen Diskurs Europa nachhaltig weiterentwickeln können.
- Für ein soziales Europa, in der die Wirtschaft dem Menschen dient, Arbeit gerecht entlohnt wird und größtmögliche Teilhabe der Bürgerinnen und Bürger das Ziel ist.
- Für ein Europa der Menschenwürde, in dem niemand diskriminiert wird und in dem die Allgemeinen Menschenrechte uneingeschränkt Anwendung finden.
- Für ein vielfältiges Europa, in dem die Sprache und Kultur jedes Landes und jeder Region geachtet und wertgeschätzt wird und in dem sich jeder Mensch frei entfalten kann.
- Für ein friedliches und friedensstiftendes Europa, das aus den schrecklichen Kriegen seiner Vergangenheit und in seiner bislang längsten Friedenszeit erlernt hat, dass sich Konflikte mit Aufrüstung und militärischer Gewalt nicht bewältigen lassen, und daher auf die Stärke der Diplomatie und vielfältiger Mittel der zivilen Konfliktbearbeitung setzt.
- Für ein offenes Europa, in dem wir uns weiterhin von Tallin bis Lissabon und von Kopenhagen bis nach Athen ohne Grenzen bewegen können und in dem alle willkommen sind, die schutzbedürftig sind.
- Für ein solidarisches Europa, das die Verwirklichung sozialer Gerechtigkeit in seinen Mitgliedsstaaten als gemeinsame Aufgabe begreift und sich seiner Verantwortung stellt bei der Erreichung globaler Ziele wie dem Klimaschutz und der Entwicklung einer fairen Weltwirtschaftsordnung, die insbesondere auch die Interessen der ärmeren Regionen der Welt wahrt.

(Oberkirchenrat **Heckel**, Prof. Dr. Ulrich)

Diese Wahl ist eine Schicksalswahl für Europa. Unser Kontinent braucht die Stimmen derer, die ein einiges, friedliches und starkes Europa wollen. Mit unseren Positionen rufen wir Sie auf: Entscheiden Sie mit Ihrer Stimme am 26. Mai 2019 für die europäische Zukunft! Machen Sie Europa auf diese Weise zu Ihrer Sache!

Der Landesbischof wird gebeten, diesen Wahlauftrag zu veröffentlichen.“

(Beifall)

Stellv. Präsident Stepanek, Werner: Vielen Dank, Herr Oberkirchenrat Prof. Dr. Heckel. Der Antrag ist eingebracht. Wir werden ihn am Ende der Aussprache abstimmen.

Jetzt bitte ich den Synodalen Ulrich Hirsch den Antrag Nr. 08/19: 2. Nachtrag 2019 – Maßnahmen für friedensfördernde Projekte der Diasporakirchen in Europa, einzubringen.

Hirsch, Ulrich: Herr Präsident, Hohe Synode. Erlauben Sie mir, dass ich mit der Einbringung des Antrages mein Votum zum Bericht des Bischofs verbinde, so war es eigentlich auch gedacht.

„*Essere chiesa insieme*“, so verehrte Synodale, lieber Herr Landesbischof, lautet das Arbeitsprogramm, die Vision, der Waldenserkirche in Italien. „*Essere chiesa insieme*“: Gemeinsam Kirche sein. So lautet auch die Zielformulierung der GEKE für die Jahre 2018 bis 2024.

Ich könnte hinzusetzen, und dann wäre das auch eine Überschrift über dem Bischofsbericht, „Gemeinsam Kirche sein in Europa“.

Herr Landesbischof, Sie haben die Werte dieser Kirchengemeinschaft in Europa skizziert. Ich möchte sie unter dem Stichwort *Vermächtnis* verbuchen, denn da kommen wir her. Das sind die Wurzeln unserer gemeinsamen Geschichte: Freiheit, Humanität, Frieden, Bildung, Recht und Gerechtigkeit, Dialog und Versöhnung. Diese Werte gilt es, nicht nur zu bewahren, sondern zu verteidigen und weiterzutransportieren. Ich möchte noch einmal dick unterstreichen, welche Chancen darin liegen, dass wir diese Werte, für die wir unendlich dankbar sein können, haben: mehr als 70 Jahre Frieden in Europa und in Deutschland. Das ist ein Wert, der mit nichts zu bezahlen ist.

Ich denke, liebe Synodalgeschwister, wir alle haben Grund, dankbar zu sein für diesen Wert *Frieden* in Europa und für vieles weitere, auch für den Wohlstand, den wir haben. Ich werde nicht müde, immer wieder in den Konfirmandenstunden deutlich zu machen, dass wir Grund haben zum Danken für diese unendlichen Möglichkeiten und Chancen, die uns geschenkt sind.

Vermächtnis: Der zweite Punkt, der sich daraus ergibt, ist die Verantwortung. Die geschichtlichen Wurzeln, die wir von Europa her haben, sind auch Aufgabe. Aufgabe in unserer Zeit und Welt, im 21. Jahrhundert das weiter zu bedenken und Verantwortung zu übernehmen, auch in die wir gestellt sind.

Dritter Punkt: Die Verpflichtung für die Zukunft. Wir haben den Auftrag, und das ist in Ihrem Bericht angeklungen, Herr Landesbischof, die Schöpfung zu bewahren und vieles andere, was Sie angerissen haben. Ich will jetzt hier nicht alles wiederholen.

Zur Kirchengemeinschaft gehören Menschen. Ohne Menschen und Namen und Gesichter geht es nicht. Ein paar wenige möchte ich beispielhaft erwähnen: Janusz Staszak aus Kosalin in Polen, Wanda Falk aus Warschau/Polen, Melis Meletiadis aus Volos/Griechenland, Alfredo Abad in Madrid/Spanien, Marcela Kmetovotova in Bratislava/Slowakei. Zu jeder Begegnung gehören Namen. Es wird wesentlich darauf ankommen, ob wir diese Partnerbeziehungen stärken und ausbauen. Darauf zielt auch der Antrag, den ich gleich einbringen werde.

Ich habe den Eindruck, dass eine gewisse Europamüdigkeit um sich gegriffen hat und dass auch eine gewisse Müdigkeit bezüglich unserer Partnerbeziehungen um sich gegriffen hat. Deshalb soll dieser Antrag, den ich gleich zitieren werde, ein paar Impulse geben.

Unsere Diasporakirchen in Europa und das Gustav-Adolf-Werk haben 38 Partnerkirchen alleine in Europa und unternehmen vielfach Anstrengungen, friedensfördernde, beziehungsfördernde Maßnahmen zu unterstreichen, ob das Bildungsmaßnahmen sind in Griechenland, unter den Romas in Rumänien, ob das Bildungsaufgaben in Italien sind, im Collegio Valdese, dem einzigen evangelischen Gymnasium, das gerade sehr mit Problemen, besonders finanzieller Art, zu kämpfen hat, ob das Dialogforen in Ungarn sind und vieles Weitere mehr. Ich könnte noch vieles hinzufügen, will es aber jetzt dabei belassen.

Das Evangelium hat Europa erreicht, lieber Peter Schaal-Ahlers, bei der ersten Frau Europas, bei Lydia. Das war der Angelpunkt. Der erste Mensch in Europa, eine Frau, hat das Evangelium angenommen, und dann hat es sich ausgebreitet. Den ersten Menschen, den das Evangelium in Europa erreichte, war eine Frau in Philippin.

Herr Landesbischof, Sie haben in Ihrem Bericht mehrfach gesagt: Wort und Tat gehören zusammen. Deshalb bringe ich jetzt den Antrag ein. Wir wollen es ja nicht bei den Worten belassen, bei dieser Erklärung zu Europa, so gut und wichtig sie ist. Ich möchte daher folgenden Antrag einbringen:

Es ist der Antrag Nr. 08/19: 2. Nachtrag 2019 – Maßnahmen für friedensfördernde Projekte der Diasporakirchen in Europa.

„Die Landessynode möge beschließen:

Die Württembergische Landessynode unterstreicht Inhalt und Bedeutung der gemeinsamen Erklärung der Kirchen in Baden-Württemberg zur Europawahl 2019. Sie fördert im Sinne dieser Erklärung friedensbildende Maßnahmen der Diasporakirchen in Europa und der Gemeinden in der Landeskirche durch Bereitstellung von Mitteln.

Der Oberkirchenrat wird gebeten, in den 2. Nachtrag 2019 einen Betrag i. H. v. 300 000 € aufzunehmen, der je zur Hälfte für friedensfördernde Projekte der Diasporakirchen in Europa und für Begegnungen, Aktionen

(Hirsch, Ulrich)

und Initiativen von Gemeinden, Organisationen u. a. der Landeskirche bereitgestellt wird.

Zuschüsse zu Aktivitäten, Programmen und Initiativen im Sinne der Erklärung werden bis zu einer Höhe von 20 % der nachgewiesenen Gesamtkosten, maximal jedoch bis zu 5 000 € pro Maßnahme gewährt. Über die Vergabe der Zuschüsse entscheidet auf Antrag der Missionsprojekte-Ausschuss.

Begründung:

Zahlreiche bestehende partnerschaftliche Beziehungen von Gemeinden und Einrichtungen/Organisationen aus dem Bereich der Landeskirche ins europäische Ausland werden bislang sehr unterschiedlich wahrgenommen. Durch Intensivierung, Neubelebung oder Vertiefung dieser Kontakte werden Menschen im Lichte des Evangeliums bei solchen Begegnungen sensibler für Nöte, Fragen, Probleme, aber auch für das geistliche Leben der Menschen, Gemeinden und Kirchen Europas. So geschieht praktischer Einsatz für Frieden, Solidarität und Demokratie und Stabilisierung gegenüber radikalen Tendenzen.

Der finanzielle Anreiz zu solchen Begegnungen, fußend auf den Positionen der o. g. Erklärung, soll partnerschaftliche Beziehungen fördern und zwischenmenschliche Kontakte intensivieren. Dabei ist vonseiten württembergischer Gemeinden, Einrichtungen, Werken aus zu denken an die verstärkte Durchführung von Pfarrkonventen, Schüleraustausch, Projektwochen, Studienreisen, internationalen Tagungen und Einladung ausländischer Gäste zu Tagungen in Deutschland (z. B. DEKT in Dortmund).

Diasporakirchen andererseits ergreifen friedensfördernde Maßnahmen, um menschenwürdiges Leben, Bildungsgerechtigkeit und soziale Sicherheit zu erweitern. Beispielhaft seien genannt die Bildungsprojekte (u. a. für Romas) in Griechenland, Rumänien und Slowenien, aber auch friedensbildende Maßnahmen in Estland, Jugendförderung in Litauen, Bulgarien oder dialogische und ökumenische Projekte in Ungarn und Spanien.

Werke und Organisationen im Bereich der Landeskirche wie GAW, HfO (Hoffnung für Osteuropa), Licht im Osten oder Hilfe für Brüder, aber auch das EJW u. a. haben die Fachkompetenz und die direkten Verbindungen zu einzelnen Partnerkirchen in Europa und deren Projekten.

Mit der Bereitstellung der Mittel zur praktischen Ausgestaltung der Erklärung zur Europawahl 2019 setzt die Württembergische Landessynode ein spürbares Zeichen in Wort und Tat. Sie schafft so Anreize zur weiteren Intensivierung von friedensfördernden Begegnungen. So werden Brücken gebaut, Gräben zugeschüttet und Mauern überwunden.“

Ich danke Ihnen. (Beifall)

Stellv. Präsident Stepanek, Werner: Vielen Dank dem Synodalen Ulrich Hirsch. Ich hoffe, liebe Kollegen, Sie

haben erkannt, was der Antrag ist und was die persönliche Wortmeldung des Herrn Hirsch war.

Dieser Antrag Nr. 08/19 muss verwiesen werden. Deshalb möchte ich das jetzt gleich vollziehen, damit wir nachher nicht mehr daran denken müssen. Wir schlagen Ihnen vor, diesen Antrag Nr. 08/19: 2. Nachtrag 2019 – Maßnahmen für friedensfördernde Projekte der Diasporakirchen in Europa, in den Finanzausschuss zu verweisen unter Beteiligung des Ausschuss für Mission, Ökumene und Entwicklung. Wenn Sie auch diese Verweisung vornehmen wollen, dann bitte ich um das Handzeichen. Das ist die große Mehrheit. Widerspricht jemand? Das ist nicht der Fall. Enthält sich jemand? Das ist auch nicht der Fall. Dann haben wir das so beschlossen. Danke schön. Wir treten jetzt ein in die Allgemeine Aussprache.

Heß, Rudolf: Sehr geehrter Herr Präsident, Hohe Synode, sehr geehrter Herr Landesbischof, herzlichen Dank für den Bericht. Zu Europa gibt es aus meiner Sicht keine Alternative. Und dies sage ich deutlich auch schon deswegen, weil ich in einer Gemeinde geboren wurde, die in den geschichtlichen Aufschrieben als die „Außereuropäer“ bezeichnet werden.

Woher kommt das? Der Lehrer wollte eine Europakarte anschaffen und musste dafür in den Gemeinderat. Diese Anschaffung wurde vom Gemeinderat abgelehnt, mit der Begründung: „Wer weiß, wann unsere Kinder mal nach Europa kommen.“ (Heiterkeit) Das ist im Übrigen Rietheim. Herr Landesbischof, Sie kennen das mittlerweile.

Zu Europa gibt es keine Alternative, meine Damen und Herren. Das sage ich uneingeschränkt. Europa ist Friedensgarant, Europa sichert den Wohlstand, unsere wirtschaftlichen Interessen und Europa ist auch Garant dafür, dass wir uns freiheitlich bewegen können. Nur, das sage ich heute auch: Europa muss besser werden, Europa muss attraktiver werden, Europa muss bürgernäher werden, Europa muss verlässlicher werden, Europa muss auch mit einer Stimme reden, um politische Durchschlagskraft zu bekommen. Europa als verlässlicher Partner, darauf müssen sich unsere Partner verlassen können und das halte ich für ganz wichtig. Europa muss nahe bei den Menschen sein. Die Menschen erleben Europa oft im Reglementieren, im Verhindern, im Mehrausgaben Verursachen. Also: Weg vom bürokratischen Klein-Klein, sondern hin zu der Lösung der großen Probleme.

In der Schule habe ich einmal gelernt: Der Staat sind wir. Europa sind wir, meine Damen und Herren. Wir machen Europa im Kern aus. So viel zu den grundsätzlichen Bemerkungen.

Ich hätte einen Vorschlag, wie wir den Wahlauftrag ergänzen können, und zwar im dritten Absatz würde ich nach den allgemeinen Menschenrechten anfügen: „und Religionsfreiheit“. In der Ziffer 6 würde ich ergänzen wollen: „Für ein Europa, das nachhaltig Fluchtursachen bekämpft.“ Ich halte das für genauso wichtig wie das Willkommen von denen, die flüchten. Wir müssen in den Heimatländern als Europa versuchen darauf hinzuwirken, dass sich die Situation vor Ort spürbar verbessert, und dazu unseren ganz konkreten Beitrag zu leisten. Ganz im Sinne von Gustav Werner: „Was nicht zur Tat wird, hat keinen Wert.“ Deswegen vor Ort wirken. Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit. (Beifall)

Haar, Horst: Hohe Synode, sehr geehrter Herr Landesbischof, Sie verbinden mit Ihrem Bischofsbericht auch die eindringliche Bitte, an der Europawahl teilzunehmen. Es versteht sich von selbst, dass nach zwei schweren Weltkriegen Europa eine bleibende Aufgabe sein muss. Darüber sind wir uns, glaube ich, einig.

Aber in vielen Gesprächen in meinem sozialen Umfeld nehme ich immer wieder, der Synodale Hirsch hat auch darauf hingewiesen, eine gewisse Europamüdigkeit wahr. Dann aber auch vor allem die Angst, sich in einen unüberschaubaren Großraum zu verlieren und damit auch die eigene Identität zu verlieren und vor allem bei Menschen in der Automobilindustrie, so wird mir immer wieder gesagt, ihren Arbeitsplatz zu verlieren.

Daher rührt auch, glaube ich, ein Teil des Erfolgs der politischen Bewegungen, die wir populistisch nennen, egal in welchem Land.

Der Synodale Heß hat vorhin gesagt: „Europa muss wieder nahe bei den Menschen sein.“ Ich sage: zu den Menschen kommen. Ich frage mich immer wieder: Wie können wir den Menschen die Angst nehmen, dass sie sich in diesem großen Ganzen verlieren? Wie können wir sichtbar, aber nicht nur sichtbar, sondern auch erfahrbar machen, was dieses Europa für alle bringt? Ein Beitrag ist sicherlich, unsere Kontakt- und Begegnungsmöglichkeiten zu verstärken, etwa durch gegenseitige Besuche. Der Synodale Hirsch hat ja schon auf weitere Möglichkeiten hingewiesen.

Gleichzeitig ist es allerdings auch so, dass, wenn ich es richtig sehe, die Institutionen der EU mit ihren 27 Mitgliedsstaaten nicht mit allen Kirchen in den Mitgliedsstaaten in einen Dialog treten können, sondern innerhalb ihre Positionen abklären müssen und dann mit einer gemeinsamen Stimme sprechen müssen. Hier, glaube ich, ist der Koordinierungsbedarf groß.

Praktisch heißt das aber auch, Sie haben es in Ihrem Bericht ebenfalls angesprochen, die evangelischen Akteure GEKE, KEK, EAK und viele andere in die personelle und finanzielle Lage zu versetzen, um diesen Dialog innerhalb, und dann auch mit den gegebenen Stellen in Europa führen zu können. Vielen Dank. (Beifall)

Bretzger, Dr. Waltraud: Sehr geehrter Herr Präsident Stepanek, Hohe Synode! Vergangenen Sonntag hat die Offene Kirche einen streitbaren, unbequemen Geistlichen mit dem AMOS-Preis ausgezeichnet, Herrn Pfarrer Rainer Schmid für sein langjähriges friedensethisches Engagement gegen Rüstungsproduktion, gegen die Verbindung von Kirche und Militär und gegen Atomwaffen.

Wer auf Flyern purpurne Flüsse in den Bodensee sich ergießen lässt, wo hinter der Postkartenidylle für die Aufrüstung gearbeitet wird, der macht sich nicht nur Freunde. Angeeckt beschreibt das sein Verhältnis zur Kirchenleitung nur unzureichend. Bisweilen menschlich schwierig im Umgang blieb er aber immer stringent in seinem Handeln. Deshalb hat er auch mich wissen lassen mit seiner etwas anderen Heimatkunde, dass die Friedensregion Ostalb doch noch durchaus der Befriedung bedarf. Okay, früher selber noch beim Ostermarsch gegen das Munitionsdepot bei Küpfendorf mit dabei, hat sich auch bei mir im Laufe der Jahre eine etwas träge Satttheit

breitgemacht, es herrscht doch irgendwie Frieden im Land.

Aber *si vis pacem para bellum*, wer Frieden will, der muss sich für den Krieg rüsten, das gilt schon lange nicht mehr. Denn soziologische Untersuchungen haben gezeigt, die nachhaltigste Bewahrung demokratischer Systeme und des Friedens geschieht eben durch den Verzicht auf die Durchsetzung politischer Interessen durch Waffengewalt. Frieden schaffen ohne Waffen, das geht. Wer, wenn nicht wir, sollte dafür die Flagge heben?

Wir verleihen Grüne Gockel an Gemeinden, die sich in besonderem Maße für die Bewahrung der Schöpfung engagieren, wir kompostieren, und wir drosseln Verbrauch. Vielleicht wäre es an der Zeit, einmal darüber nachzudenken, wie Pfarrer Schmid es fordert, Gemeinden mit einer Weißen Taube auszuzeichnen, Gemeinden, die sich mit gewaltfreien Konfliktlösungen beschäftigen, Frieden und Gewaltfreiheit zum Gottesdienstthema erheben und in ihrem Umfeld auch mal hinsehen, welche Firmen sich an Rüstungszulieferungen beteiligen.

Der Prophet Micha verhieß, Herr Landesbischof, Sie haben ihn zitiert: Sie werden ihre Schwerter zu Pflugscharen und die Spieße zu Sicheln machen. Kein Volk wird gegen das andere das Schwert erheben, und sie werden fortan lernen, nicht mehr Krieg zu führen.

Also, weiße Tauben an jeder Kirchentür, davon träume ich. Unser Beitrag in der Wertediskussion, das müsste sein, den Verantwortlichen ins Stammbuch zu schreiben: Mit der Bergpredigt lässt sich Politik machen, nicht in ferner Zukunft sondern hier und jetzt. Freunde, wir helfen euch dabei. (Beifall)

Mörk, Christiane: Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Synode! Herzlichen Dank, Herr Landesbischof Dr. h.c. July, für Ihren bewegenden Bericht. Ich möchte auf Ihren Aufruf eingehen, der gegen Ende des Berichts steht: Europa fängt bei uns an; machen Sie Europa zu Ihrem Thema.

Das Diakonische Werk Württemberg macht sich Europa zum Thema mit einer besonderen Kampagne: Platz für Asyl in Europa. In dieser Aktion wird sichtbar, dass hierzulande Platz ist für Menschen, die vor Krieg, Verfolgung und Elend fliehen. Diese Aktion lädt alle ein, einen Stuhl zu gestalten, der Sinnbild für Schutz, Ruhe und Zusammengehörigkeit ist. Mindestens 400 Stühle waren das Ziel. Diese werden am 15. Mai in Stuttgart auf dem Marktplatz ausgestellt. Start ist um 12:15 Uhr mit einem Mittagsgebet in der Stiftskirche. Inzwischen sind es aber weit über 600 Stühle. Ich selbst habe einen Klavierstuhl bemalt. Er steht für die grenzenlose Kultur, für Kunst und Musik, die nicht nach Nationalität, Hautfarbe oder Religion fragt, sondern sich bereichern lässt von Offenheit und neuen Impulsen.

Europa auf kleinem Raum, eine faszinierende unendliche Vielfalt. Es ist und war schon immer in Bewegung und hat noch viel Platz für Neues. Auf meinem Stuhl steht: Flüchtlinge und Migranten sind eine kulturelle und menschliche Bereicherung. Lassen auch Sie sich ein auf einen Stuhl für Asyl in Europa. Sie finden die Aktion auf der Homepage www.Platz-für-Asyl-in-Europa.de. (Beifall)

Glock, Eva: Sehr geehrter Herr Präsident, Hohe Synode, sehr geehrter Herr Landesbischof! Europa in den Blick nehmen, das machen wir auch gern gemeinsam auf EKD-Ebene. Sie haben einen wichtigen Punkt für mich angesprochen, die Charta Oeconomica. Es ist ein Schatz, der schlummert und der dringend aus der Schublade geholt gehört. Vielleicht könnte man nach der Kirchenwahl eine Kampagne aufsetzen, die diesen Schatz hebt. Soweit zur Gemeinde.

Es wurde schon verschiedentlich angesprochen, man sollte auf evangelischer Seite in Europa mit einer Stimme sprechen. Es gibt die verschiedenen Netzwerke, und in Netzwerken kann man sich auch verlieren. Ich denke, hier gehört eine Straffung, sowie jetzt z. B. dieser Aufruf mit den katholischen Diözesen zur Wahl geschehen ist. Die europäische Synode kann ein langfristiger Weg sein, aber wir brauchen diese eine Stimme eigentlich jetzt schon und sollten viel stärker daran arbeiten.

Europa als Friedens- und Versöhnungsprojekt. Sie haben gesagt, man hat die Kolonialgeschichte aus dem Blick verloren. Da stimme ich Ihnen zu. Zukunft braucht Erinnerung. Wir sind verantwortlich für viele Prozesse oder Entwicklungen, die jetzt z. B. in Afrika passieren. Als aktuelles Beispiel möchte ich Kamerun ansprechen, wo im Nordwesten ein Bürgerkrieg herrscht, der auf der Kolonialgeschichte fußt.

Sie zitieren Herrn Bischof i. R. Bünker, der von der „imperialen Lebensweise“ spricht. Wir leben immer noch auf Kosten anderer und tun so, als hätten wir „sehr viele Erden“ zur Verfügung. Auf der einen Seite gibt es jetzt diesen Prozess „Faire Gemeinde“, aber ich denke, da ist in der Kirche noch viel Luft nach oben. Denn die Kommunen, Gemeinden und Landkreise sind schon seit Jahren als Fair-Trade-Städte zertifiziert. Es gibt Fair-Trade-Schools. Hier sollten man die Gemeinden doch deutlich ermutigen, dass die Kriterien einfach zu erfüllen sind. Man sollte auch noch stärker auf die Agenda 2030 zu sprechen kommen – die 17 Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen, die wir noch nicht richtig wahrgenommen haben und in den Blick nehmen sollten. Herzlichen Dank noch einmal für diese europäische Sicht. (Beifall)

Veit, Hans: Herr Präsident, liebe Synodale, Herr Landesbischof! Es gibt wirklich sehr viel Positives zu Ihrem Bericht zu sagen. Vieles wurde benannt. Ich fand besonders Ihre sehr deutlichen Voten gegen Antisemitismus und für das Einsetzen für die Minderheiten in Europa beeindruckend, auch Ihr klares Ja zu Europa.

Ich möchte dem Votum von Rudolf Heß etwas anschließen. Mir haben ein paar sehr sensible Themen gefehlt, die aus meiner Sicht im Blick auf die Europawahl sehr existenziell sind. Ich habe vermisst, dass in Ihrem Bericht die Sorgen und Befürchtungen vieler Menschen in Deutschland und Europa überhaupt nicht oder kaum vorkommen. Eben die Erfahrungen, was viele mit europäischer Politik verbinden, dass Überregulierungen und kaum verständliche Vorschriften vorhanden sind, dass es viele Regeln und Gesetze gibt, die nicht verstanden werden. Manche empfinden, die EU mische sich viel zu stark in ihr eigenes Leben ein. Sie meinen, viele Politiker verstünden sie überhaupt nicht. Es herrscht der Eindruck, dass die Nöte

und Bedürfnisse der Menschen bei den Entscheidungen in Europa viel zu wenig berücksichtigt werden.

Viele meinen, und das zeigt ja auch der Brexit, dass einfach über den Kopf der Länder hinweg entschieden wird. An einem Punkt haben Sie es deutlich angesprochen – in der Flüchtlingsthematik. Sie zeigt, dass sich die EU oft nicht einigt ist, dass Entscheidungen viel zu lange dauern. Viele Menschen, die in der EU angekommen sind, und ihre Verteilung auf die verschiedenen Länder wird seit Jahren diskutiert, und immer noch gibt es keine Einigung. Das wird in der Basis sehr wahrgenommen.

Ich vermute, dass hinter diesem Aufkommen des Nationalismus auch etwas anderes steckt, dass eben viele Kritiker meinen, man habe nur Nachteile. Der Brexit zeigt das auch. Die Reichen meinen, sie müssten viel zu viel bezahlen, und die Armen meinen, sie werden viel zu wenig berücksichtigt. Wenn wir als Kirche zur Europawahl aufrufen, sollten wir auf diese Fragen und Befürchtungen der Bürgerinnen und Bürger und unserer Gemeindeglieder auch etwas sagen. Wo in Europa etwas schiefläuft, müssen wir das benennen. Wo alternative Wahrheiten verbreitet werden, müssen wir aufklären. Wenn wir aber zu diesen massiven Kritikpunkten und Ängsten der Menschen wenig oder gar nichts sagen, dann wird auch der Aufruf zur Wahl nicht gehört. Denn, das zeigt ja auch die Diskussion, viele Menschen in Deutschland wollen Europa, aber sie wollen ein anderes, vielleicht ein besseres Europa.

Wie gesagt, auch zu diesen Kritikpunkten sollten wir uns als Kirche deutlicher verhalten. Danke. (Beifall)

Henrich, Jutta: Herr Präsident, liebe Synodale! Herr Landesbischof, danke für Ihren Bericht. Einige wichtige Punkte möchte ich einfach noch einmal nennen, um sie zu unterstreichen: praktische Bedeutung der Menschenrechte, auch für Menschen, die nicht der EU angehören, Kirche an der Seite der Verfolgten, die Pariser Erklärung mit dem Grundsatz der Nichtzurückweisung, dass Erinnerungsorte nicht nur Verdun, sondern auch Auschwitz und Grafeneck sein sollten.

Ich denke, wenn diese Punkte nicht nur Inhalte von Reden bleiben, sondern wir alle helfen, sie umzusetzen, ist schon ein Stück gewonnen.

Besonders gefreut hat mich und ich habe schon ein bisschen darauf gelauert, dass Sie Aleida Assmann zitiert haben, deshalb an dieser Stelle ein Literaturtipp: Aleida Assmann: Der europäische Traum. Es ist bekannt, dass sie und ihr Mann im letzten Jahr den Friedenspreis des Deutschen Buchhandels bekommen haben. Wenn man etwas Relevantes über Europa lesen will, dann lohnt sich dieses Buch wirklich. Ich lasse es gerne einmal herumgehen. Dieser Punkt, den Aleida Assmann anführt, dass in unserer Erinnerungskultur tatsächlich der Aspekt „Europa als Kolonialmacht“ ziemlich in Vergessenheit geraten ist, bedarf der Aufarbeitung. Das haben Bünker und Eva Glock noch einmal bekräftigt.

Ein konkrete Frage, zu der Sie vielleicht nachher noch etwas sagen können: Was meinen Sie mit den zusätzlichen ökumenischen und protestantischen Synoden? Soll das eine Umstrukturierung der GEKE sein? Wie soll das

(Henrich, Jutta)

strukturell aussehen? Man kann nicht immer noch mehr Synoden gründen.

Noch zum Dialog mit dem Islam: Sie haben gesagt, Sie wünschten sich einen Austausch mit dem Islam, bei dem sich die muslimische Seite ernsthaft mit den vier Säulen – oder auch mit den vier Bergen, die Peter Schaal-Ahlers genannt hat, was mir als Bild fast noch besser gefallen hat – auseinandersetzt. Wenn ich Errungenschaften wie die Menschenrechte und Demokratie, wo immer wir diese Quellen verorten, voraussetze, würde ich vielleicht doch hören wollen, dass der Islam Jahrhunderte wissenschaftlich führend war. Mich würde praktisch der muslimische aufklärerische Beitrag interessieren. Darauf wäre ich sehr neugierig. Ich würde nicht nur erwarten, dass die Muslime das Christentum sozusagen integrieren, sondern ich würde gern etwas hören und vielleicht als weiteren Berg sozusagen die Alhambra oder andere noch hinzufügen. Vielen Dank. (Beifall)

Stocker-Schwarz, Franziska: Herr Präsident, liebe Synodale, lieber Herr Landesbischof! Ich freue mich über diesen Nachmittag, wo wir wirklich miteinander synodal sprechen. Ich danke auch, dass Sie extra aufgefordert haben, auch kleine Stücke beizutragen im Austausch jetzt und hier über dieses wichtige Thema. Mir hat sehr gut gefallen, wie feurig Sie gesprochen haben. Auch dieser Ausdruck: Europa, ein einzigartiges Friedensprojekt – das möchte ich nochmal hochheben. Ich denke, das ist wirklich sehr wichtig, dass wir das groß machen. Das liegt auch in unserer Tradition. Ich erinnere nochmal an das Jubiläumsjahr 2017, wo wir die Württembergische Halle in Wittenberg hatten, in einer Schmiede, wo eben dieses Denkmal von Schwertern zu Pflugscharen tatsächlich geschmiedet wurde. Uns ist es in Württemberg ein wichtiges Thema, dass der Frieden gebahnt wird. In Deutschland hat das Gebet die friedliche Revolution ermöglicht. Es ist kein Blut vergossen worden. Es ist keine Gewalt ausgeübt worden, als die Mauer gefallen ist. Das wollen wir nicht vergessen. Und deswegen danke, dass wir auch gerade als 15. Landessynode eine betende Synode sein wollen und unsere Präsidentin das Mittagsgebet als ständige Einrichtung eingeführt hat. Deswegen meine ich, die weiße Taube begleitet uns im Prinzip. Sie ist das Symbol des Heiligen Geistes, was sich in vielen Kirchen schon wiederfindet. Und es ist tatsächlich die menschheitsverändernde Kraft, dass wir uns dem lebendigen Gott zuwenden und er uns seine heilige Kraft, den Heiligen Geist, gibt.

In dieser Kraft gingen auch viele Missionarinnen und Missionare in fremde Länder. Man hat inzwischen gemerkt, was ist in früheren Jahrhunderten falsch gelaufen, was lief in diesem Jahrhundert und in der letzten Hälfte nach dem Zweiten Weltkrieg falsch. Deswegen ist es ja sehr, sehr wichtig, dass diese Schrift „Mission Respekt“ auch viel gelesen wird, aber ich freue mich auch, dass alte Traditionen, wie die Württembergische Arbeitsgemeinschaft für Weltmission, weiterhin aktiv sind und dass wir in Heilbronn das Missionsfest, verbunden mit der BUGA, erleben werden können.

Ich möchte ausdrücklich all denen danken, ob das jetzt Pfarrerrinnen sind oder Entwicklungshelfer, die in andere Länder gehen und sich mit ihrem eigenen Leben dort einsetzen, damit Frieden und das Licht des Evangeliums

dort verbreitet werden. Dass jetzt auch durch die Museumsarbeit manche Dinge auf die Waagschale gelegt werden und dadurch wieder neue Beziehungen zu Menschen entstehen, die gewirkt haben, und zu Menschen, die heutzutage in diesen Ländern sind, das freut mich und beschäftigt mich persönlich als Museumsdirektorin in gewisser Weise.

Vielen Dank auch für den wichtigen Satz, dass für uns die Existenz Israels ganz klar ist und wir kompromisslos Stellung nehmen gegen jede Art von Antisemitismus.

Ja, Sie sprachen vom Haus der einen Menschheit. Man könnte es tatsächlich so sagen: Wir sind alle Kinder Noahs. In der jüdischen Lehrtradition hat Noahs Sohn Sem das erste Lehrhaus errichtet und amtierte auch als Richter. Das Judentum war die erste semitische Schriftreligion, dann aber auch Christentum, Islam und mehr.

Auch ein Buchtipp meinerseits: „Warum der Antisemitismus uns alle bedroht“, von Michael Blume, neu erschienen, und vielleicht auch „Islam in der Krise“. Er arbeitet sehr gut heraus, wie es dazu kommen konnte, dass der Islam sich in die Richtung entwickelt hat, in der wir ihn in vielen Ländern heutzutage vorfinden.

Ein Letztes: Danke für die Erwähnung unserer direkten Nachbarn, der Österreicher. Ich bin persönlich mit der Österreichischen Bibelgesellschaft sehr verbunden, Frau Dr. Jutta Henner hat sich ausdrücklich dafür bedankt, dass Sie sich hier einsetzen. Ich denke, der Karfreitag ist ökumenisch, ob nun evangelisch, evangelisch-methodistisch, evangelisch-landeskirchlich oder auch evangelisch-freikirchlich, ein wichtiger Tag, und es ist ganz zentral, dass wir diesen Tag groß machen und uns da hinter die österreichischen evangelischen Christen stellen. Danke schön. (Beifall)

Geiger, Tobias: Herr Präsident, Hohe Synode! Vielen Dank, Herr Landesbischof, dass Sie Ihren Bericht mit einem Aufruf begonnen haben. Es war kein Wahlaufuf, der kam erst später, sondern ein Aufruf aus der Apostelgeschichte. Ein Aufruf an Paulus und seine Mitarbeiter, in Europa das Evangelium zu verkündigen. Dieser Aufruf erinnert an das, was wir als Kirche sind und bleiben. Kirche ist Resonanzraum des Evangeliums. Wir sind *creatura verbi* – geschaffen und erhalten durch Gottes Wort. Unser Markenzeichen ist nicht das, was wir tun, sondern der, der unter uns das Wort ergreift. Nach dem Hören und nach dem Weitersagen seines Wortes folgt das Handeln als Teil des Christuszeugnisses.

Im Bischofsbericht wurden verschiedene Aufgaben genannt, die uns als Christen in Europa gestellt sind. Ich möchte zwei Herausforderungen markieren: die Säkularisierung und den Traditionsabbruch. Während die Zahl der Christen in Asien und Afrika wächst, ist in Europa ein gegenläufiger Trend zu verzeichnen. In manchen EU-Staaten sind die Kirchenmitglieder inzwischen eine kleine Minderheit. Ich war im vergangenen Sommer in Holland und bin erschrocken, wie viele Innenstadtkirchen zu Konzertsälen, Museen oder Begegnungsstätten mit Cafébetrieb umgewandelt sind. Wie kann es gelingen, Europa neu mit dem Evangelium zu erreichen? Was tun wir, um z. B. unsere christlichen Feiertage in die Gesellschaft hinein zu vermitteln? Vieles, was in Württemberg selbstverständlich erscheint, wird anderswo infrage gestellt

(Geiger, Tobias)

oder sogar abgeschafft. Danke, Herr Landesbischof, für Ihre Unterstützung der Evangelischen Kirche in Österreich. Ich möchte die Aufgabe nochmals unterstreichen, dass wir uns mit der Verkündigung des Evangeliums den Herausforderungen Säkularisierung und Traditionsabbruch stellen. Vielen Dank. (Beifall)

Herrmann, Angelika: Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Synodale, sehr geehrter Herr Bischof Dr. h.c. July! „Was ist mit dir los, Europa?“ Mit diesem Zitat von Papst Franziskus haben Sie, Herr Bischof Dr. h.c. July, auch das Einstehen für einen menschenwürdigen Umgang mit Flüchtlingen gefordert, einen Weg, der gerade in vielen Bereichen unserer Gesellschaft und Politik verlassen wird. Ich höre dies aus verschiedenen Arbeitsbereichen der Flüchtlingsarbeit, aus den Diakonieverbänden, aus diakonischen Einrichtungen und vor allem von vielen Ehrenamtlichen, die sich hier engagieren. Hier sind inzwischen Geduld und jegliche Resilienz gegenüber Anfeindungen gefragt und gutes Durchhaltevermögen beim Entfernen der Steine, die bei der Arbeit in den Weg gelegt werden.

Indem wir uns an unsere christlichen Grundwerte erinnern und dafür einstehen, tragen wir, ich meine hier vor allem die hauptamtlich und ehrenamtlich Mitarbeitenden im Bereich der Flüchtlingsarbeit, zumindest einen kleinen Teil als Kirche und Diakonie zur Gestaltung eines friedlichen Europas bei. Ich möchte mich an dieser Stelle bei den vielen Menschen bedanken, die hier einen großen Einsatz bringen, und möchte sie ermutigen weiterzumachen.

Ich fordere Sie, Herr Dr. h.c. July, und ich fordere uns auf, diesen Weg weiterzugehen und mit eindeutigen Statements dafür einzustehen, dies aber nicht nur mit Worten zu tun, sondern zur Linderung der Leiden und zur Unterstützung der Flüchtlingen vor allem weiterhin entsprechende finanzielle Mittel und Personalstellen zur Verfügung zu stellen.

Die Situation der Flüchtenden hat sich durch die anstehende Schließung der Grenzen Europas Richtung England verschärft, und dies wird sich mit dem Brexit vermutlich noch weiter negativ entwickeln.

Aber nicht nur die menschenwürdige Betreuung von Flüchtlingen in Europa sollte unser Ziel sein, sondern Ziel sollte es auch sein, Fluchtursachen zu verhindern und zu bekämpfen. Die Fluchtursachen sind vielfältig, aber es gibt viele Fluchtursachen, die auf den Klimawandel zurückzuführen sind. Hier können wir auf jeden Fall unseren Teil zum Klimaschutz beitragen und das deutlich mehr, meine ich, als wir es als Kirche in Württemberg, in Deutschland und in Europa bisher tun. Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit. (Beifall)

Jahn, Siegfried: Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Synode! Lieber Herr Landesbischof, herzlichen Dank für dieses beherzte Ja zu Europa, zu dem es, das ist, glaube ich, vor allem für uns Deutsche wichtig, keine Alternative gibt. Ich glaube, dass Europa gerade eine Frucht dieser schlimmen Erfahrungen ist, die wir in Deutschland herbeigeführt haben, für die wir auch verantwortlich sind, und mit denen wir konstruktiv umzugehen haben.

Mir liegt noch einmal daran, darauf Wert zu legen, dass Menschen, wie ich meine, immer von Erfahrungen stärker geprägt sind als vom Denken. Wir machen zuerst Erfahrungen und ziehen dann mit dem Denken nach. Deshalb sind mir Erfahrungen sehr wichtig. Ich möchte einfach anregen, Menschen in die Begegnung mit anderen Ländern, mit anderen Schulen in Ländern voranzubringen. Ich denke da vor allem an unsere evangelischen Schulen, die sich, glaube ich, auch diese Europawilligkeit und Europafähigkeit auf die Fahnen schreiben könnten und die in ihren Konzeptionen dafür sorgen, dass Verbindungen ins Ausland, ins benachbarte Ausland konstitutiv zur Konzeption einer evangelischen Schule gehören.

Ich glaube, wir könnten an dieser Stelle aus den Erfahrungen aus der Vergangenheit lernen, was die Partnerschaften, vor allem auch nach Frankreich, anbelangt. Ich kann mich erinnern, dass die Nachkriegsgeneration, meine Großeltern, meine Eltern, sehr stark engagiert waren in den Partnerschaften mit Frankreich und uns das sehr geprägt hat und bis heute prägt. Insofern möchte ich einfach dafür eintreten, dass diese Erfahrungen noch stärker erlebbar sind für uns Menschen und uns dann auch prägen.

Nichts macht uns mehr Angst als das, was wir nicht kennen. Andere Menschen in anderen Ländern, andere Kulturen kennenzulernen, halte ich einfach für eine ganz wichtige Herausforderung gerade für unsere jungen Menschen.

Da auch noch einmal Geld zu investieren, wäre für mich eine Friedensinvestition. Deshalb hätte ich großes Interesse daran, wenn der Antrag des Mitsynodalen Hirsch das Blickfeld ein wenig erweitert und evangelische Schulen mit einbezogen werden könnten, damit Schulpartnerschaften, Schulbegegnungen mitgefördert werden können. Ganz herzlichen Dank. (Beifall)

Keppler, Walter: Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich möchte mich gerne zum Wahlauftritt äußern. Am 26. Mai ist die Wahl zum Europäischen Parlament. Die Wahlberechtigten werden benachrichtigt und können in einer freien Wahl entscheiden, ob sie wählen oder nicht. Das reicht eigentlich. Es braucht keinen Wahlauftritt von unserer Seite, der falsch ist.

Dazu ein paar Gedanken und Ausführungen: Der Wahlauftritt benutzt zwei Ausdrücke, zum einen „Europäisches Parlament“ und „Europa“. Er verwendet diese Ausdrücke wie Synonyme, also das eine dem anderen gleich ist. So war es auch bei manchen Redebeiträgen, so war es auch beim Bericht unseres Landesbischofs. Eigentlich ist beides gleich: Europa und Europäisches Parlament.

Die Europäische Union ist eine politische Größe. Europa ist ein Kontinent. Der Europäischen Union gehören 28 Mitgliedstaaten an, aber Europa hat 47 Staaten. Wenn wir Europa auf die Europäische Union reduzieren, diskriminieren wir andere Staaten, die dadurch ausgeschlossen sind. Im eigentlichen Sinne ist das antieuropäisch.

Zweitens. Der Wahlauftritt motiviert zu einem demokratischen Europa. Nun ist das mit der Demokratie in Europa so ein Problem. An erster Stelle hat die Kommission das Sagen in Europa. Die Kommission hat in keiner Weise demokratische Legitimität. Sie wird bestimmt von den

(**Kepler**, Walter)

Regierungschefs. An zweiter Stelle hat das Sagen der Europäische Rat. Auch der hat nur bedingte demokratische Legitimität, und dann das Europäische Parlament. Es wird gewählt, gewiss. Die Wahl entspricht aber nicht demokratischen Prinzipien, denn nach demokratischen Prinzipien ist auch das Stimmengewicht zu beachten. Da sieht es leider so aus, dass dies den demokratischen Regeln nicht gerecht wird. Das Gewicht einer Wahlstimme in Luxemburg ist zehnmal so viel wie das eines Wählers in Deutschland. Das sind also keine demokratischen Prinzipien.

Von daher ist es eine schwierige Sache, auch im Hinblick darauf, was das Europäische Parlament überhaupt zu sagen hat. (Glocke des Präsidenten) Ich denke, die meisten wissen nicht einmal, dass das nicht einmal das Recht hat, Gesetze einzubringen, das kann nur die Kommission. Wir stellen uns einmal vor, die Synode wäre allein auf die Gesetze angewiesen, die der Oberkirchenrat einbringt. Dann wären die Synodaltagungen kurz.

Ich hätte noch ein paar Bemerkungen, bin jedoch abgeläutet worden. Von meiner Seite findet dieser Wahlauftrag keine Zustimmung, ich finde ihn auch völlig verkehrt. (Vereinzelt Beifall)

Koeff, Hellger: Herr Präsident! Hohe Synode! Nach dir, Walter Kepler, zu sprechen, reichen die vier Minuten nicht ganz aus. Europa ist in seiner Konstruktion der Europäischen Institutionen ein Kompromiss, der damit ernst macht, dass Minderheiten genauso ihren Raum haben. Man könnte auch hinterfragen, warum wird das alles in 24 Sprachen übersetzt. Warum leistet sich Europa diese Zahl an Dolmetschern? Eben damit sie alle ihr Gewicht haben.

Einzelne Punkte als kritisch zu benennen, halte ich in dieser Vehemenz, wie du es gemacht hast, für das Geschäft derer, die aus dem europäischen Projekt aussteigen wollen. Das muss ich kritisieren. (Beifall)

Ich komme nun zu den Punkten, die ich mir notiert habe, anknüpfend an den Redebeitrag von Siegfried Jahn. Ja, die Partnerschaften müssen wir unterstützen. Wir müssen die ganze Partnerschaftsbewegung meiner Meinung nach neu aufsetzen. Diese Partnerschaften, die sich entwickelt haben, sind mit den Menschen in die Jahre gekommen. Wir können jetzt nicht die Partnerschaften so gestalten, wie es vor 30, 40 Jahren gemacht worden ist. Bei uns gibt es einen evangelischen Kindergarten, bei dem die Kindergartenleiterin derzeit ein Projekt mit georgischen Erzieherinnen macht, um pädagogisch weiterzukommen. Das sind neue Formen der Partnerschaft, die aber nicht in diesem Ehrenamtsstil, wie sie bisher waren, geleistet werden können.

Ich komme nun zu den Befürchtungen der Bürgerinnen und Bürgern. Da bitte ich, sehr sauber zu differenzieren, was wirklich in Europa anzusiedeln ist und was nach Europa als Vorwurf transferiert worden ist. Das wurde ja über Jahre gemacht, dass Europa an allem Schuld ist. Wenn man sich dann jedoch erkundigte, warum Europa dieses oder jenes erlassen hat, dann kommt der Hinweis, der Antrag stamme aus Bonn oder aus Berlin.

Jetzt ganz an die Basis: Europa muss wirklich in den Gemeinden, in den Orten anfangen. Da müssen wir mit

vielen anderen zivilgesellschaftlichen Akteuren zusammenarbeiten, ohne dass wir im Hinterkopf, was bei uns immer mitläuft, auch unsere Firma im Blick haben, wie es der Kirche nützt. Nein, wir müssen mit diesen anderen zivilgesellschaftlichen Akteuren und manchmal auch in deren Stil, in deren Sprache mitarbeiten und uns dieser Fremdheitserfahrung vor Ort stellen. Das halte ich für ganz wichtig. Das ist ein Geschäft, aber ich ermutige ganz ausdrücklich dazu. (Beifall)

Hanßmann, Matthias: Hohe Synode! Lieber Herr Landesbischof! Danke für dieses spannende Thema „Europa“ in diesem Jahr. Was ist los mit dir, Europa? Dieser Satz ist öfter gefallen, und mein Fokus fiel auf den Zusammenhang der Außenansicht, z. B. der Frage innerhalb der Mission: Wie gehen wir miteinander um? Wie war das zur Kolonialzeit? Wie ist es heute? Nairobi, Kenia: Dort ist die kirchliche Landschaft ganz anders. Aber die Menschen dort sagen: Was habt ihr uns alles Gutes gebracht? Bildung, diakonisches Verständnis, aber vor allem das Evangelium.

Europa, was ist aus euch geworden? Wo ist dieses begeisterte Bekenntnis von Jesus Christus? Nairobi: 100 Missionare sollen von einer Megachurch ausgesandt werden, allein von dieser einen Gemeinde nach Europa, weil sie sagen: Unser Herz weint, wenn wir nach Europa schauen. Wir verdanken euch so viel.

Wir könnten weitermachen. Das Gleiche gilt für Brasilien, ein Land, das politisch total erschüttert ist. Und doch sagen die Gemeinden, die Menschen, die dort leben: Europa, Danke! Was habt ihr uns alles gebracht? Das sind Länder, die ihre ersten Missionare, die aus Europa kamen, verehren. Sie sagen, ihr habt uns geholfen, unser Leben zu verändern. Jesus Christus hat uns verändert. Europa, was ist aus euch geworden?

Die Sehnsucht dieser Gemeinden, egal, ob es Partnerkirchen in Indonesien sind, geht dahin, dass diese Gemeinden und Kirchen sagen, wir wünschen euch, Europa, dass die Kirchen wieder ihr Wort erheben und das Wort verkünden, was ihr uns selbst gebracht habt.

Dass die Kirchen wieder ihr Wort erheben, Evangelium verkünden und neu entdecken, was ihr uns selbst gebracht habt. „Jesus Christus macht frei“, warum verkündigt ihr das nicht? Warum könnt ihr auf den Straßen nicht darüber reden? Warum fällt es euch so schwer, in der Arbeit darüber zu reden? Warum ist das so schwer, fast schon ein Tabuthema geworden? Ihr könnt über alles reden. Nur nicht über euer Herz und diese Frage. Wie steht es denn um euch, um euren Glauben, um euer Verhältnis zu Gott. Wenn nicht ihr, ihr Kirchen in Europa, wer sollte es denn verkündigen?

Viele dieser Länder haben sich fest vorgenommen, Missionare nach Deutschland zu schicken; und wir haben Angst davor. Warum eigentlich? Herzlichen Dank. (Beifall)

Wündisch, Andreas: Sehr geehrter Herr Präsident, Hohe Synode, lieber Herr Landesbischof, ich möchte einen Satz herausgreifen, den Sie gesagt haben. Auf Seite 15 Ihres Berichts steht: „Die EU kann sich nur im vollen Sinne als Friedens- und Versöhnungsprojekt verstehen, solange sie diesen Auftrag auch im Blick auf seine

(Wündisch, Andreas)

Beziehung zur übrigen Welt versteht.“ Ich finde, das ist einer der folgenreichsten Sätze.

Die stärksten Sätze kommen jetzt, auf Seite 16 und sind im Protokoll gelandet. Sie haben es nicht gesagt. Ich würde es deshalb gern noch einmal herausgreifen und unterstreichen: „Es wird Zeit, dass wir die Länder Afrikas auch in wirtschaftlicher Hinsicht als Partner eigenen Rechts und auf Augenhöhe wahrnehmen. Es wird Zeit, dass wir uns besinnen. Dass unsere Verschwendung von Ressourcen, die sich zumeist außerhalb Europas finden, und die Art, wie wir sie in Form von Rohstoffen billig erwerben, nicht nur ein massives Problem für die Umwelt, sondern die direkte Ursache für viel Elend der Menschen in diesen Ländern ist. Nicht nur im Blick auf die Beziehungen der europäischen Nationen untereinander, sondern auf die Beziehungen Europas, der EU zur Welt gilt, dass Frieden und Krieg immer auch durch Wirtschaft bestimmt werden. Und auch hier ist demnach zu folgern: Wir müssen unseren Handel, ob es sich nun um den Import von seltenen Erden und Koltan für unsere Smartphones oder den Export von Waffen oder europäischem Elektroschrott handelt, friedensethisch hinterfragen.“ „Friedensethisch hinterfragen“ ist ein sehr schwacher Ausdruck dafür, dass unser Lebenswandel manchmal einer Kriegserklärung an diese Nationen gleicht, wie wir uns, gerade meine Generation, auf diesen Lebensstil stürzen: dass wir die Lebensgrundlagen dieser Menschen vernichten, dass die Leute ihre Heimat verlassen müssen, um dann auf dem Weg zu uns auf dem Mittelmeer brutalst abgewehrt zu werden.

Vielleicht liegt daran auch ein bisschen unsere Wirkung auf diese Länder. Wir haben vor 150/200 Jahren Missionare ausgesandt, die wirklich von der Freiheit erzählt haben. Inzwischen senden wir andere Signale aus. Als Kirche nehmen wir, glaube ich, nicht wahr, wie wir auf diese wirken.

Ich habe ein Jahr in Tansania verbracht. Europa wird von Muslimen, von Christen, von außen immer noch als christlicher Kulturraum verstanden und wahrgenommen, aber es wird auch wahrgenommen, dass Europa kein guter Bruder ist. Er bricht die Gebote, er stiehlt, er lügt, er tötet. Wir beuten aus, wir liefern Waffen – ein bisschen eleganter als im 19. Jahrhundert, aber nicht weniger wirkungsvoll. Da hätte ich gerne die Kirche als kritisches Korrektiv in Europa. Dass wir da vielleicht unser Wort erheben. Sonst wird eines Tages vielleicht einmal ein Nathan kommen und zu uns sagen: „Du bist der Mann.“

Ich danke Ihnen für diese Worte. Ich habe sie jetzt aus dem Protokoll hoffentlich in die Öffentlichkeit gehoben. Ich wünsche mir, dass wir als Christen dafür bekannt würden, für einen fairen und frommen Lebensstil zu stehen. Danke. (Beifall)

Plümicke, Prof. Dr. Martin: Herr Präsident, liebe Synodale, lieber Herr Landesbischof, auch ich möchte mich für Ihren Bericht über das überaus wichtige Thema Europa bedanken. Sie haben zu Recht auf die Jahre der Wende 1990 fortfolgende hingewiesen. Da gab es einen Drang der osteuropäischen Länder in die EU. Mich persönlich hat das damals sehr gefreut. Ich habe gedacht, dass das eine wirkliche Befreiung ist. Jetzt erleben wir etwas anderes, gerade in den Ländern, ich will einmal den Brexit außen vor lassen, z. B. in Polen eine Regierung oder in

Ungarn eine Regierung, die mit Dreiviertelmehrheit, oder wie viel sie gerade auch hat, regiert, die äußerst europakritisch sind. Woher kommt das eigentlich? Ich denke, das sollten wir uns als Kirche auch ein paar Gedanken machen. (Beifall)

Ich will das nicht als Kritik verstehen, Herr Landesbischof, Sie haben schon genügend Stoff in Ihrer Rede angesprochen, sondern einfach zum Weiterdenken. Hans Veit hat da ein paar Dinge genannt. Ich denke, dass das eher emotionale Dinge waren, wie z. B. Bürgerinnen und Bürger Europa wahrnehmen. Das ist sicher wichtig, aber ich denke, wir müssten noch ein wenig weiterdenken.

Ich möchte ein paar Dinge dazulegen; sicher auch nur Stückwerk, aber vielleicht zum Weiterdenken. Europa war ursprünglich und ist vielleicht bis heute ein Wirtschaftsprojekt. Sie haben zu Recht gesagt: Es ist ein Friedensprojekt. Aber nehmen die Menschen das wahr? Wäre es nicht wichtig, aus der Wirtschaftsunion auch eine Sozialunion zu machen? Da gefällt mir nun der eine Punkt, der in dem Wahlauftrag steht, sehr gut. Da könnten wir einen Akzent setzen. Vielleicht ginge es, genauso wie wir gemeinsame Wirtschaftsstandards haben, mit gemeinsamen sozialen Standards. Da habe ich nun Erfahrungen in den letzten Jahren in einzelnen EU-Ländern auch nicht umfassend gemacht.

2011 war ich in Estland, in Tallinn. Ich habe wirklich richtige Armut auf den Straßen erlebt. So wie wir sie hier vielleicht nur in Armutsvierteln, an der einen oder anderen Stelle, sehen. Da lagen wirklich Leute im Dreck. Es hat mich schon schockiert, dass das in einem der boomenden IT-Länder Europas vorkommt.

Vor anderthalb Jahren war ich in Griechenland. Ich war auf dem Flughafen in Lesbos, und welches Logo prangte dort? FRAPORT. Das hat mich schon erschreckt. Die Griechen mussten diesen Flughafen verkaufen. Wir als Deutsche profitieren davon. Danach war ich in Piräus und wir alle wissen, es geht immer wieder durch die Presse, dass Piräus China gehört.

Ist das vielleicht schon auch etwas, was bei Bürgerinnen und Bürgern zur Europamüdigkeit führt? Ein wenig kann ich es dann auch verstehen. Da sollten wir als Kirchen auch die Finger in die Wunden legen, finde ich.

Noch ein Letztes zu Peter Schaal-Ahlers, eine Frage. Du hast zu Recht darauf hingewiesen: Feiertage für Minderheiten. Aber wären wir da auch ganz konsequent und würden Feiertage für Minderheiten auch in Deutschland befürworten? Ich denke z. B. ans Zuckerfest. (Beifall)

Erbes-Bürkle, Sigrid: Herr Präsident, Hohe Synode, lieber Herr Landesbischof, vielen Dank für die Ausführungen. Ich finde, wir müssen uns immer wieder bewusst sein, welchen Schatz wir hier in Europa haben. Wir müssen das auch weitergeben. Für viele jüngere Menschen, ich stehe hier schon als uralt, aber ich stelle immer wieder fest, dass bei Heranwachsenden oder bei den Menschen bis 40 es oft so ist, dass Europa für selbstverständlich hingenommen wird. Mit der Reisefreiheit, mit der Bewegungsfreiheit, dass man eben auch überall arbeiten kann. Das haben wir noch ganz anders kennengelernt.

Das, finde ich, gilt es zu bewahren und auch den jetzigen Kindern klarzumachen und zu unterstützen mit

(**Erbes-Bürkle, Sigrid**)

Begegnungen, mit vielen Partnerschaften, mit Reismöglichkeiten, Austauschmöglichkeiten. Dass man eben nicht als Urlauber kommt, sondern in anderen Umfeldern wenigstens für eine Weile mitlebt.

Dann ist es wichtig, dass die Vereinigungen, GEKE und KEK, auch noch mehr bekannt gemacht werden. Wer kennt schon in einer normalen Gemeinde die Abkürzungen und wer weiß dann überhaupt noch, was hinter dieser Abkürzung steht, in unserem Abkürzungschinesisch? Ich glaube, wenn wir das hinkriegen würden, die Abkürzungen mit Leben zu füllen, dann ist da viel gewonnen.

Wir gehen hier aus von unserer Sichtweise. Wenn man woanders hinkommt, haben die Menschen ganz andere Sichtweisen auf uns. Das klang in den letzten Wortmeldungen auch an. Ich finde, wir können nichts überstülpen, wir müssen auch lernen, das Miteinander in eine große Waage zu bringen. Danke schön. (Beifall)

Albrecht, Ralf: Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Synodale! Europa eine Seele geben. Ich denke, da können wir einen entscheidenden Beitrag leisten. Sie, lieber Herr Landesbischof, haben es in den Stichpunkten Ihres Vortrags deutlich gemacht, und ich bin Ihnen sehr dankbar dafür.

Europa geben, was Europa gehört, und den föderalen Ebenen geben, was ihnen gehört. Für mich ist eine der ganz entscheidenden Symboliken, dass wir am 26. Mai Wahltag haben. Europawahl und Kommunalwahl an einem Tag. Wie klug, wie gut. Ich bin begeistert von all denen, die sich aus unseren Bereichen als engagiert Evangelische auch in den Ortschaftsräten, kommunalen Gemeinderäten, Kreistagen so engagieren, dass sie gerade dem Provinzialismus wehren und sagen: Europa gehört an dieser Stelle auch etwas, und den kommunalen Verbänden und anderen das andere. Dass solche Leute sich engagieren, die oft auch kirchlich hoch engagiert sind, ich finde, das verdient unser aller Wertschätzung und Dank. (Beifall)

Jetzt geht es darum, an einem Tag Leute zu ermutigen, beides zu tun, beides zu wählen, für beides einzustehen. Wir sind ja keine Europa-Romantiker und -euphoriker, aber wir sind überhaupt keine Europa-Ängstiger. Noch ein Gesichtspunkt, der mir ganz wichtig ist, sind nicht nur die verfassten Kirchen, die dafür stehen, wie Europa gestaltet wird, und dafür auch durchaus vieles tun können. Lassen Sie uns auch an die Non-Profit-Leute denken.

Erst einmal kann die Besetzung einer solchen Synode auf gar keinen Fall ein Treffen hauptamtlicher und geistlicher Würdeträger allein sein.

Aber mir geht es um die Non-Profit-Organisationen in zweierlei Hinsicht. Das eine ist, das ist wahr: Im 19. Jahrhundert hat die europäische Bewegung innerchristlich bei den Non-Profit-Organisationen begonnen. Die Evangelische Allianz hat von London aus 1846 die entsprechenden Dinge gesagt. Wir müssen über unsere Nationalismen hinausgehen. Ich will die andere Organisation nennen, die für mich genauso beeindruckend ist. Das ist der CVJM, 1844 gegründet, 1855 dann als These niedergelegt in der Pariser Basis: „Wir haben den Zweck, solche junge Menschen jenseits von Nationalismen miteinander zu verbinden, die Jesus Christus nach der Heiligen Schrift aner-

kennen und das Reich ausbreiten. Keine an sich noch so wichtige Meinungsverschiedenheit über Angelegenheiten, die diesem Zweck fremd sind, soll die Eintracht über diese nationalen Mitgliederverbindungen hinaus stören.“

Es geht nicht um die reinen Nationalismen, es geht um das Miteinander, das weit größer ist. Sowohl Evangelische Allianz als auch CVJM haben hier historisch Geniales geleistet und leisten es bis heute. Das verdient auch unsere und meine Anerkennung (Beifall)

Braun, Wilfried: Herr Präsident, Hohe Synode, sehr geehrter Herr Landesbischof! Auch ich schließe mich dem vielfältigen Dank für Ihren engagierten Bericht an. Sie haben darin an einer Stelle darauf hingewiesen, dass wir auch die Möglichkeit haben, in öffentlichen Gottesdiensten Europa zur Sprache zu bringen. Ich will das unterstreichen mit sehr bewegenden Erfahrungen in ökumenischen Gottesdiensten zusammen mit Vertretern von Partnergemeinden, sowohl hier in Deutschland als auch in den Partnergemeinden. Auch da, wo es bürgerliche Städtepartnerschaften gibt, ist es wichtig, immer wieder die kirchliche Dimension mit zur Geltung zu bringen und in solchen Gottesdiensten das Gemeinsame zu feiern. Ich habe da, wie gesagt, sehr gute Erfahrungen gemacht, die auch verbindend und friedensfördernd wirken.

Einen Hinweis möchte ich noch auf die politische Organisation der Europaunion geben, nicht nur, weil ich dort selbst Mitglied bin. Es ist eine Organisation, die sich parteiübergreifend zum Ziel gesetzt hat, eine Lobby für Europa zu bilden. Ich glaube, das ist nicht das Schlechteste, und es tut gut, wenn sich da und dort Leute in dieser Richtung engagieren, auch auf dieser Ebene. Vielen Dank. (Beifall)

Stellv. Präsident Stepanek, Werner: Ich danke allen, die einen Wortbeitrag geleistet haben, ich schließe damit die Rednerliste. Jetzt hat Herr Landesbischof das Wort.

Landesbischof **July, Dr. h.c. Frank O.:** Herzlichen Dank. Es ist immer wieder die besondere Herausforderung nach den Bischofsberichten. In diesem Jahr habe ich gezählt: 23 Wortbeiträge, zwei Stunden Aussprache. Vielen herzlichen Dank. Ich empfinde es als Würdigung eines Berichts, der versucht hat, ein großes Thema aufzunehmen. Ich danke erst einmal generell Ihnen allen, die noch etwas ergänzt haben, auf Fragen hingewiesen haben, Probleme benannt haben.

Ich sage jedes Jahr, ich bitte um Verständnis, wenn ich nicht alle Voten einzeln durchgehen kann. Ich habe jedes Votum notiert. Wir werden das im Bischofsbüro noch einmal auswerten. Niemand wird vergessen werden.

Ich will einige Punkte aufnehmen, ohne dass dadurch die nicht Genannten nicht gewürdigt werden. Das ist mir sehr wichtig. Aber ich glaube, wenn ich zu lange reden würde, wäre es auch ein Problem.

Ich beginne mit den Gesprächskreisvoten. Ich gehe zeitlich den Weg entlang. Herr Maier, vielen Dank auch für die positiven Unterstreichungen. Ich nehme an Ihrem Votum die Frage Neuevangelisierung Europas, dieses ganze Thema Visionen, Fragen mit. Ich glaube, man

(Landesbischof **July**, Dr. h.c. Frank O.)

müsste diesem Thema fast einen eigenen Bericht widmen. Meine Erfahrung allerdings ist, dass die Jugendlichen in unseren Gemeinden Begegnungen und Möglichkeiten bei vielen Besuchen haben, aber auch in den Zusammentreffen nach wie vor in Taizé, auch wenn das nicht mehr so umgetrieben wird in unseren Medien, wie es mal war. Ich werde Taizé in diesem Sommer besuchen, um dort mit Jugendlichen aus Europa zu diskutieren. Es ist immer noch ein Ort, an dem sich Jugendliche aus vielen europäischen Nationen treffen und denen sowohl menschlich-humane Werte, aber auch das Evangelium wichtig ist. Ich bin gespannt, was ich dort erleben werde.

Ich denke aber auch an die großen Jugendkongresse, die es sonst gibt. Die Sensibilität junger Menschen für Orientierungs- und Sinnfragen in diesem Europa sind sehr groß. Die Orientierungs- und Sinnfragen, die man etwa in politischem Friedensschutz, in ökologischen Fragen sucht und sich dort zu Recht einbringt, gehören meiner Meinung nach ergänzt durch die letzte Sinnfrage unseres Lebens. Ich denke an ein Gespräch gestern Abend mit dem Synodalen Koepf. Da haben wir darüber gesprochen, dass evangelische Verkündigung heutzutage letztlich zwischen Geburt und Tod aktiv sein muss, aber eigentlich fragen muss schon vor Geburt und nach dem Tod, der ganze Bereich unserer Verkündigung.

Deshalb glaube ich, dass auch junge Menschen, die sich in diesem Leben für konkrete Projekte engagieren, diese Chance nutzen sollten, als Kirche dort mitten ins Leben in die Projekte zu gehen und ihnen auch etwas vom Sinn dieser Aktivitäten einzubringen.

Aber das ist mein erstes Votum. Viele Jugendliche in Europa sind zum Teil schon so säkular groß geworden, das sie gar nicht mehr ahnen, was da noch alles an Schätzen liegt. In dieser Woche hatte ich eine Begegnung mit Jugendlichen, die mich besucht haben, die an einem Theaterprojekt arbeiten. Ich habe sie nachher gefragt, wie sie eigentlich kirchlich geprägt sind. Einer war nicht getauft, eine junge Frau aus Kroatien war katholisch säkularisiert, und eine junge Frau war hohenlohisch engagiert. Das war für mich ein Spiegel, wie wir differenziert gesprächsbereit sind. Ich nehme das noch einmal wirklich wahr und möchte noch einmal den Ball aufnehmen und bei anderer Gelegenheit über diese Frage sprechen.

Es tut mir leid, Herr Schaal-Ahlers, manchmal bin ich katholisch, aber nicht römisch-katholisch, sondern katholisch im allgemeinen Sinn. Ich muss aber jetzt auf ein römisch-katholisches Projekt im Rahmen der Evangelisierung hinweisen, dieses große JUKAT-Modell in Österreich, einen Jugendkatechismus zu entwickeln. Das finde ich sehr spannend, weil man dort Sprach- und Milieuebenen erreicht hat, die sonst nicht erreichbar sind. Es kann nur bei dem Hinweis bleiben.

Lieber Bruder Dr. Kretschmer, vielen Dank für den Bericht. Ihr engagiertes Friedenszeugnis habe ich wahrgenommen und kann es teilen. Ich hatte an einer Stelle, leider habe ich es wieder herausgenommen, die mögliche Kündigung des INF-Vertrags angesprochen. Ich möchte es aber noch einmal explizit tun. Ich mache mir große Sorgen. Ich hoffe und warte, dass es noch einmal neue Verhandlungen gibt. Meiner Meinung nach ist der Gedanke unerträglich, dass in Deutschland aufs Neue Mittelstreckenraketen aufgestellt werden sollen. (Beifall) Ich will das nur deutlich machen. Wir waren neulich schon einmal

im Gespräch. Hinsichtlich der Umstände der Boller Tagung stimme ich der Offenen Kirche nicht zu, was meinen Verschiebungswunsch betrifft. Ich habe bewusst gesagt, das ist die Autonomie der Akademie, denn wir haben im Reformationsjahr gesagt, die Kirche der Freiheit gilt auch für die Arbeit in unseren Institutionen. Andererseits ging es mir gerade darum, dass wir diesen Shrinking Space wieder erweitern. Ich wollte mich dafür einsetzen, dass wir durch die Verschiebung wieder Bedingungen schaffen können, um möglicherweise ein breiteres Gesprächsforum zu bekommen. Was mir etwas Sorge macht, und da bitte ich uns alle, die wir hier sind, egal, wo wir politisch stehen, ist, dass die starke Polarisierung in dieser Frage auch uns in der Landeskirche manchmal die Gesprächsfähigkeit nimmt. Wir müssen alles dafür tun, die kontroversen Positionen im Israel-Palästina-Konflikt, da sind wir auch biografisch unterschiedlich geprägt, zu benennen. Wo soll das anders geschehen als in unserer Kirche, die Menschen, die in dieser Frage sehr unterschiedlich denken, zusammenzubringen? Das gehört für mich auch zum Friedensauftrag dazu.

Herr Schaal-Ahlers, vielen Dank für das Zitat mit dem Wein und Essig. Wir haben es in der Diskussion erlebt: Wird es Wein, oder wo gärt es falsch herum? Wir haben Herausforderungen größerer Art. Zur Frage nach einer europäischen Synode nehme ich das auf, was Frau Heinrich gesagt hat. Es ist etwas, wo ich mit Herrn Stepanek immer wieder im Gespräch bin. Ich habe nicht in allen Details durchdekliniert, weil das wirklich schwierig ist. Herr Schaal-Ahlers hat natürlich recht. Wenn man die Kirchlandschaft in Europa sieht – ich bilde mir ein, dass ich die ganz gut kenne – erkennt man die Minderheitskirchen, die verschiedenen Nationalkirchen mit ganz unterschiedlichen Verfassungen und unterschiedlichen Vorstellungen, was Synoden tun dürfen. Das macht es ganz schwierig, es einfach so zusammenzukehren und zu sagen, das wird eine leichte Sache. Dennoch glaube ich, dieses Bewusstsein zu fördern, eine universale Kirche zu gründen, die zugleich sehr regional und sehr kommunal orientiert ist, lässt sich nicht allein dadurch finden, dass hauptamtliche Funktionäre zu solchen Versammlungen allein zusammenkommen. An der Stelle bin ich sehr synodal geprägt, indem ich sage, gewählte Synodale aus ganz Europa, die ihre jeweiligen Eigenschaften mit einbringen, sollten hier zusammengebracht werden. Das kann und muss in engem Rahmen mit GEKE und KEK geschehen. Man kann nicht parallel etwas Neues erfinden. Wir hatten vor Jahren die Versammlung in Bad Boll. Es scheint unser Charisma zu sein, und deshalb bringe ich es ein. Es kann ja sein, dass sich das auch noch einmal verändern wird. In diesem Sinne ist das gedacht.

Herr Beck, ich finde es ganz spannend, und es gibt mir Grund zum Nachdenken, wie wir gleichsam unsere europäischen Forderungen und Werte zusammenbringen. Sie haben ein paar Punkte genannt. Ich werde mir das noch einmal im Protokoll anschauen, was das bedeutet, ein ganz herausfordernder und interessanter Gedankengang. Vielen Dank erst einmal an dieser Stelle.

Herr Hirsch hat einen Antrag eingebracht, der für sich steht. Den will ich jetzt nicht kommentieren, aber ich danke Ihnen auch noch einmal. Ihre Gustav-Adolf-Werk (GAW)-Erfahrung unterstreicht das. Ich habe in der Gemeinde gepredigt und wusste gar nicht, dass ich mit Ihrem Votum außerhalb Europas bin, aber Europa, das

(Landesbischof **July**, Dr. h.c. Frank O.)

nachhaltig Fluchtursachen bekämpft und bei den Menschen wahrnehmbar wird. Es gibt noch andere Voten, die ich aufnehmen will, ob von Herrn Veit oder anderen, auch von Herrn Prof. Dr. Plümicke.

Ich musste vieles aus meinem Bericht wieder herausstreichen. Ich habe mir Gedanken gemacht, wie und ob Europa als Moloch erlebt wird. Im Moment glaube ich aber, auch im Hinblick auf die Wahl, sollten wir Europa nicht nur schönreden. Dennoch sehe ich im Moment keine gute Alternative. Herr Keppler, wenn Sie Seite 3 lesen, dann steht da, dass ich Europa nicht auf die EU fixiere. Wir haben Kontakte zu vielen europäischen Kirchen und Ländern, die nicht zur EU gehören. Ich habe aber vieles EU-mäßig in den Blick genommen, und ich verstehe an dieser Stelle nicht Ihre Intervention. Welche Alternativen haben wir denn dann? Wir haben durch dieses EU-Projekt doch Frieden bekommen, aber Frieden in Europa, wo früher Menschen Krieg miteinander geführt haben. Frankreich und Deutschland galten als Erbfeinde. Das habe ich von meinem Opa noch gehört, der in zwei Kriegen war, und dass dieses europäische Projekt EWG und heute Europäische Union einen großen Beitrag geleistet hat, glaube ich, kann niemand bestreiten. Dass gewisse Strukturen natürlich weiterentwicklungsnötig sind, ist mir vollkommen klar, und wir sollten manche Überbürokratisierungs- und Überregelungsmechanismen auch selbstkritisch ansprechen. Das können wir, das dürfen wir als Kirchen, und das ist auch unser Auftrag.

Herr Hanßmann, natürlich, auch da noch einmal neu, Evangelisierung, Evangelisierung Europas. Ich darf vielleicht noch etwas anfügen, auch zu dem, was Herr Geiger sagte: Ich komme ja gerade von der Bischofskonferenz der Lutherischen Kirchen in Deutschland. Da gibt es immer Gäste aus Europa. Was mich, ehrlich gesagt, stark überrascht hat, war, was der Bischof aus Island, Island gehört auch nicht zur EU, uns erzählte. Obwohl Island eine in sich abgeschlossene Insel ist, ohne Außengrenzen, und es eine lutherische Staatskirche gab und Katholiken eine Zeitlang mit dem Tode bestraft wurden. Heute sind dort nun andere kleine Kirchen. Island durchläuft trotzdem einen starken Prozess der Säkularisierung: nur noch 65 % der Einwohner sind inzwischen noch Kirchenmitglieder. Ich habe ja gewisse biografische Idealvorstellungen von diesem Land. Aber auch dort beginnt man bereits, über Kirchenschließungen nachzudenken. Von den Niederlanden brauchen wir gar nicht erst zu sprechen; das ist dort sehr gravierend. Herr Wündisch, danke. Das kursiv Gesetzte gehört gleichwertig zu meinem Bericht. Sie haben auch auf diese schwierigen Wirtschaftsfragen hingewiesen.

Herr Prof. Dr. Plümicke, ich habe es schon erwähnt: Ich war ja selbst, das will ich noch einmal sagen, mehrmals in südosteuropäischen Ländern und merke natürlich, wie schwierig die Stimmung dort ist, auch unter Jugendlichen und, was mir Sorgen macht, manchmal auch in den Kirchen dort. Es gibt Kirchen in Südosteuropa, die wieder damit anfangen, den Nationalismus der eigenen Staatsregierung widerzuspiegeln. Das finde ich eine schwierige Entwicklung. Deswegen, glaube ich, sind wir verpflichtet, diese Partnerschaften, das haben mehrere gesagt, Herr Koepff und viele andere, und den Austausch zu pflegen.

GEKE und KEK sollten noch bekannter gemacht werden. Das stimmt. Ich habe immer den Eindruck, ich habe

beide Seiten erlebt und sage einerseits: Natürlich muss nicht jede Kirchengemeinde alles beherrschen, was so in Europa unterwegs ist. Aber ich finde es schade, wie wenig manchmal von dem bekannt ist, was es an Verlautbarungen, was es an Partnerschaften oder an Aktivitäten gibt.

Ja, Frau Henrich, das wollte ich doch noch sagen, die Frage nach der Synode habe ich, glaube ich, beantwortet, auch die Frage, in welche Richtung das gehen soll. Was die Frage nach dem Islam betrifft: Sie sind ja Bibliothekarin: Ich kann ihnen auch ein Buch empfehlen, tun wir das doch gegenseitig: „Platon kam bis Bagdad“ von John Freely. Dort wird genau geschildert, dass manche der europäischen Inhalte zum Teil, das wissen wir, über den frühen, hoch geistigen Islam des 8. und 9. Jahrhunderts gesichert wurden. Wir hätten kaum Kenntnis von der platonischen und aristotelischen Philosophie, wenn nicht die Handschriften in Bagdad und Damaskus abgeschrieben worden wären und später dann über Südspanien, Andalusien, weitergekommen wären. Da meine ich natürlich, dass wir das wahrnehmen sollten. Ich lerne da aufs Neue Respekt, ohne meine Identität als evangelischer Christ dabei aufzugeben.

Das andere, was ich damit gemeint habe. Ich habe sehr vorsichtig den Begriff „Euro-Islam“ vermieden, weil ich es nicht richtig finde, wenn wir als Gesellschaft von den Muslimen verlangen, dass sie doch gefälligst einen von uns konstruierten Euro-Islam zu bilden hätten. Aber ich glaube, dass der Islam in unserem Kultur- und Religionszusammenhang doch die Pfeiler oder die Berge zumindest wahrzunehmen hat. Er kann sich dann je eigen dazu verhalten; er muss nicht alles übernehmen, aber er muss sich damit auseinandersetzen; denn sonst wird eine Integration, die ja nicht Einsaugen bedeutet, ganz schwierig. Ich will nur markieren: Das ist ein Thema, das mich auch beschäftigt, ohne dass ich hier einer Vermischung das Wort rede, aber wir müssen uns damit auseinandersetzen.

Ein Letztes: Herr Albrecht, vielen Dank, dass Sie diese europäische Vorgeschichte hervorgehoben haben. Es ist wichtig und der Rede wert, dass schon in der Mitte des 19. Jahrhunderts transnationale christliche Bündnisse da waren, leider wieder, wie wir oft erleben, in der Machtlosigkeit, wenn der Nationalismus sein Haupt erhoben hat, von einzelnen Ausnahmen abgesehen. Aber vielen Dank.

Herr Braun, auch Ihnen danke ich für die Anregung, dass wir, das war ja auch meine Bitte, dies in den Gemeinden, in den Gottesdiensten immer wieder öffentlich machen.

Ein Allerletztes: Ich kann mir auch vorstellen im Hinblick auf die Jugendlichen, die Europa neu erleben und erfahren sollen, und gerade kirchlich neu erleben und erfahren sollen. Es gibt ja viele europäische politische Partnerprojekte. Ich kann mir vorstellen, auch Herr Dr. Lurz hat mich darauf hingewiesen, dass wir einen europäischen christlichen Bildungskongress unter Jugendlichen initiieren könnten. Herr Dr. Lurz wäre bereit, sich dabei einzubringen. Dies würde ermöglichen, auf der Ebene des Feierns und des gemeinsamen Erfahrens über missionarische Arbeit hinweg gemeinsame Bildungsarbeit zu christlich-europäischen Werten wahrzunehmen. Vielleicht ist das das zweite Projekt neben der Synodal-

(Landesbischof **July**, Dr. h.c. Frank O.)

versammlung, das wir weiterverfolgen könnten und sollten.

Auf jeden Fall ganz herzlichen Dank für die Würdigung der Arbeit an diesem Bericht. Mich selbst, das haben Sie gespürt, hat dieses Thema im Laufe der letzten zwei, drei Jahre immer mehr in Besitz genommen, weil ich merke, wie viele wunderbare Menschen in diesem Europa leben und arbeiten, wie viele engagierte Christinnen und Christen sich einsetzen, bis an die Grenzen ihrer Kraft und darüber hinaus. Deswegen habe ich es für wert gehalten, das hier zur Sprache zu bringen, bei Menschen, die ebenfalls hoch engagiert in unserer Landeskirche unterwegs sind. Ich danke Ihnen für die große Aufmerksamkeit. (Beifall)

Stellv. Präsident Stepanek, Werner: Herr Landesbischof Dr. h.c. July, der Dank gilt vor allem Ihnen für Ihren Bericht, und der Dank geht an Sie für eine bemerkenswert gute Aussprache, in der Chancen, Risiken und Gefahren von Europa beleuchtet wurden und bei der wir auch Perspektiven entwickelt haben. Das finde ich in der Tat bemerkenswert, und dafür danke ich sehr herzlich.

Jetzt haben wir noch eine Pflichtaufgabe zu erfüllen, nämlich die Behandlung des Antrags 09/19: Wählen Sie die Zukunft Europas! – Gemeinsamer Wahlauf Ruf aller vier Kirchen in Baden-Württemberg. Das ist ein abgestimmter Text, ein abgestimmter Wahlauf Ruf an dem wir nun nichts mehr ändern können. Es bleibt uns, zuzustimmen oder abzulehnen.

Darum bitte ich Sie jetzt, sofern keine weiteren Wortmeldungen da sind. Das will ich sicherheitshalber abfragen; aber das ist nicht der Fall. Dann frage ich jetzt: Wer stimmt diesem gemeinsamen Wahlauf Ruf zu? Den bitte ich jetzt um das Kartenzeichen. Das ist eine große Mehrheit. Dann frage ich: Wer widerspricht? Eine Gegenstimme. Wer enthält sich? Eine Enthaltung. Somit ist der Antrag Nr. 09/19 angenommen. Vielen Dank.

(Unterbrechung der Sitzung von 15:59 Uhr bis 16:35 Uhr)

Stellv. Präsident Stepanek, Werner: Hohe Synode! Wir setzen unsere Beratungen fort. Ich rufe Tagesordnungspunkt 2: **1. Kulturbericht**, auf. Es ist schon bemerkenswert, dass wir den Kulturrat endlich zu Wort kommen lassen, damit er in unserer Synode berichtet.

Ich danke vorab, dass Sie sich jetzt auf Ihre Plätze begeben und konzentriert dem Vortrag von Robby Hörschele, der heute als Sprecher des Kulturrates den Bericht vorstellt, lauschen. Ich darf ihn bitten, ans Mikrofon zu kommen und den Bericht des Kulturrats abzugeben.

Hörschele, Robby: Herr Präsident! Werte Synodale! Ich wollte gerade sagen, liebe Mitglieder des Kollegiums. Leider sind nur wenige von ihnen da, der Landesbischof ist auch nicht anwesend.

Ich freue mich sehr, Ihnen den 1. Kulturbericht des Kulturrats der Evangelischen Landeskirche in Württemberg vorstellen zu dürfen. Der Bericht ist seit Herbst 2018

in einer Arbeitsgruppe des Kulturrats erarbeitet und vor einem Monat einstimmig vom Kulturrat verabschiedet worden.

Im Synodenportal finden Sie drei Dateien:

– In der Beilage 88, ganz unten bei den Beilagen, liegt der vollständige Bericht vor, mit allen Zwischeninformationen, mit den Statements von Kulturschaffenden und mit einem umfangreichen Anhang. Dort finden Sie auch, wer zum Kulturrat gehört und zur Arbeitsgruppe Kulturbericht gehörte.

– Als Bericht den Text, den ich vortrage.

– Als dritte Datei die Präsentation.

Das Evangelium wird zum Evangelium, wenn es dargestellt und mitgeteilt wird: Das Wort Gottes nimmt Gestalt an unter den Menschen (Joh 1, 14). Das Evangelium ist daher immer kulturell vermittelt.

Kultur ist so vielschichtig wie die Bedeutung des Begriffs selbst. Und: Kulturelle Vielfalt bildet gesellschaftliche Pluralität ab. Die Evangelische Landeskirche in Württemberg hat 2009 im Nachklang zur EKD-Denkschrift „Räume der Begegnung – Religion und Kultur in evangelischer Perspektive“ (2002) einen Kulturrat mit Mitgliedern aus den vielfältigen Arbeitsfeldern kirchlicher Kultur zur Förderung der Kulturarbeit in der Evangelischen Landeskirche in Württemberg eingesetzt. Die zweite Amtsperiode des vom Bischof berufenen Gremiums endet im Jahr 2019. Dies gibt Anlass für den vorliegenden ersten Kulturbericht. Dieser will einerseits Rechenschaft geben über die Wirkungen der bisherigen Arbeit des Kulturrates, andererseits aber auch notwendige Perspektiven der Weiterarbeit sowie daraus resultierende strukturelle Veränderungen der Kulturarbeit der Evangelischen Landeskirche in Württemberg benennen. Der Bericht gliedert sich deshalb in die drei Teile „Kultur-Positionen“, „Kultur-Provokationen“ und „Kultur-Prozesse“.

Die „Kultur-Positionen“ sehen die Evangelische Landeskirche in Württemberg in einer doppelten Verantwortung: Kirche zu sein, die zum einen sensibel für aktuelle kulturelle Herausforderungen ist, sich zugleich aber auch ihrer Bedeutung als Kulturträgerin bewusst ist und dieser weiterhin nachkommt. Dieser doppelten Verantwortung entspricht eine doppelte Bewegung, in der sie sich einerseits auf die Vielfalt von Kultur in einer pluralistischen Gesellschaft konstruktiv einzulassen hat, die sie andererseits aber auch dazu bewegt, ihr kulturelles Leben mitzugestalten, indem sie ihre eigenen kulturellen Traditionen einbringt.

Die „Kultur-Provokationen“ benennen verschiedene aktuelle kulturell relevante Fragen. Diese ergeben sich beispielsweise durch die Herausforderungen von Pluralismus, Ökonomisierung und Digitalisierung, aber auch durch eine zunehmende Verrohung der Sprache. Für eine Kirche, die sich in ihrem Kern als mitgestaltender Teil der Gesellschaft versteht, ist Kulturarbeit ein unverzichtbares Wesensmerkmal.

Der Abschnitt „Kultur-Prozesse“ greift verschiedene Arbeitsbereiche der Kulturarbeit der Evangelischen Landeskirche in Württemberg auf und macht deren Vielfaltigkeit und Vielschichtigkeit auf den verschiedenen Ebenen von Gesellschaft und Kirche deutlich. Dazu gehört u. a. das große Arbeitsfeld Musik, dargelegt im bereits vorge-

(Höschele, Robby)

stellten Landeskirchenmusikplan, ebenso wie die Aufgaben des Kunstbeauftragten und des Kulturrats der Landeskirche. Es werden nicht nur die bisherigen Schwerpunkte und Wirkungen beschrieben, sondern konkrete Herausforderungen für die Gegenwart und Zukunft formuliert.

Die verschiedenen Kurzstatements von Kulturschaffenden in diesem Bericht spiegeln die Breite von Kultur wider, verweisen aber auch auf die Bedeutung von kirchlicher Kulturarbeit für die aktive Mitgestaltung der Gesellschaft. Sie machen deutlich, wie dringlich eine zukunftsfähige, fundierte und reflektierte Kulturarbeit der Kirche ist.

Kultur kann in doppeltem Sinn anstößig sein: Sie kann Anstöße geben zum Nachdenken und zur Reflexion. Sie kann aber auch herausfordern und provozieren. Eine solch doppelte Wirkung erhofft sich der Kulturrat mit seinem Kulturbericht. Er macht die Unverzichtbarkeit kirchlicher Kulturarbeit deutlich und würdigt die bisherige Arbeit und deren Wirkungen. Zudem soll die Debatte darüber angestoßen werden, welche Strukturen der Kirche eine gesellschaftlich relevante Kulturarbeit in Zukunft braucht.

„Die Wirkungen der beiden großen christlichen Kirchen auf das kulturelle Leben in Deutschland sind allorts zu spüren. Sie beschränken sich nicht auf die Mitglieder der Kirchen, sondern haben ein universelles gesellschaftliches Gepräge. Die Kirchen gehören ... für die Enquete-Kommission ‚Kultur in Deutschland‘ des Deutschen Bundestages ... zu den zentralen kulturpolitischen Akteuren in Deutschland“ (Olaf Zimmermann, Deutscher Kulturrat 2007).

Kultur-Positionen

In einer sich immer mehr ausdifferenzierenden Gesellschaft stellt sich für Kirche die zunehmend herausfordernde Aufgabe, das Evangelium in die kulturell jeweils sehr verschieden geprägten Kontexte hinein zu sagen und zur Darstellung zu bringen. Die Vermittlung des Evangeliums selber ist eine kulturelle Äußerung. Insofern gibt es keine kirchliche Äußerung ohne kulturelle Relevanz.

Kulturbewusste Kirche

Mit der Denkschrift „Räume der Begegnung – Religion und Kultur in evangelischer Perspektive“ legte die Evangelische Kirche in Deutschland zu Beginn dieses Jahrhunderts (2002) grundlegende und leitende Positionen zu Kulturverständnis und kultureller Verantwortung in kirchlicher Rezeption und Produktion vor. „Kultur“, so heißt es darin eingangs, „ist ein Schlüsselbegriff, wie Menschen sich in ihrer Welt orientieren ... [wie sie] sich selbst und ihre Welt mit Hilfe von Worten, Zeichen und Bildern gestalten und sich über ihre Deutungen verständigen.“ Jede kulturelle Praxis kann somit als Hervorbringung und Darstellung von Sinnhorizonten verstanden werden. Damit ist die Basis gelegt, auf der die weitere Diskussion um das Verhältnis von Religion und Kultur im Allgemeinen geführt werden und auf der sich die spezifisch kirchlichen Diskurse um kulturelles Engagement und die Begegnung mit anderen Kulturschaffenden und Kulturträgern entfalten sollen.

Die Frage, wie Menschen sich „selbst und ihre Welt mit Hilfe von Worten, Zeichen und Bildern gestalten“, kann in evangelischer Perspektive nicht ohne den Sinnhorizont

des Evangeliums beantwortet werden. Dieser evangeliumsorientierte Sinnzusammenhang wiederum vollzieht sich in kulturellen Kategorien: symbolisch, praktisch, kognitiv, narrativ und ästhetisch. Voraussetzung für einen sinnvermittelnden Vollzug ist deshalb auch eine ästhetisch kompetente und kulturbewusste Kirche.

Kulturträgerschaft

Kirche muss ihre kulturelle Umwelt sensibel wahrnehmen, hat aber auch selbst Position zu beziehen. Zum geforderten „kulturellen Profil“ gehört ein Bewusstsein für das überkommene Erbe und die historische Kulturträgerschaft der Kirche wie auch die Haltung, ihr Proprium in die heutigen Lebenswirklichkeiten einbringen zu wollen.

Kulturelle Äußerungen wie Bildende Kunst, Musik oder geistliches Theaterspiel fanden in den evangelischen Kirchen ihre traditionelle Zuordnung bei den „Adiaphora“, den für den Glauben neutralen Dingen. Anstatt sie in missverständlicher Weise als gleichgültige und unwichtige Angelegenheiten beiseitezulegen, sind ihre unverzichtbaren sinnstiftenden und sinnvermittelnden Gestaltungskräfte anzuerkennen und zu unterstützen. Dabei sollte sich Kirche unbedingt auch ihrer eigenen Gestaltungsverantwortung und Gestaltungsfreiheit bewusst sein.

Zum grundlegenden Selbstverständnis kirchlichen Handelns gehört, dass Kirche sich als Teil jener Kulturen begreift, die sie umgeben. „Die Kirche kann nur bei den Menschen sein, wenn sie sich auf ihre Kultur einlässt; umgekehrt begegnen Menschen dem christlichen Glauben in der Kirche immer in einer bestimmten kulturellen Gestalt. ... Wenn Kirche ihrem Auftrag treu bleiben will, hat sie dafür keinen anderen Weg als diese doppelte Inkulturation: Menschen in der Kirche Heimstatt zu bieten, indem sie selbst den Menschen nahe ist“ (So in „Räume der Begegnung“, S. 77).

Kulturbegriff

Den bis hierher ausgeführten Überlegungen liegt im Wesentlichen ein offener und eher allgemeiner Kulturbegriff zugrunde. Die Diskussion um den Kulturbegriff selber ist so alt wie die Rede von der „cultura“ in der Antike. Für den hier vorzulegenden Kulturbericht empfiehlt sich jedoch ein spezifischer und damit konkreter Kulturbegriff, bezogen auf die Künste Bildende Kunst, Musik, Literatur, Film, Theater, Tanz usw. In diesem Sinn ist die Rede von einer „kulturbewussten Kirche“ ein Signal an Kulturschaffende ebenso wie an die Kirche selbst. Eine „kulturbewusste Kirche“ bietet offene Räume für den Dialog mit Kulturschaffenden und lädt zu kulturellen Aktivitäten und Angeboten ein. Sie pflegt die Begegnung mit anderen Kulturträgern. Sie versteht sich als partizipierende und theologisch reflektierende Gestaltungskraft von Kultur. Sie nimmt ihre Verantwortung hinsichtlich der kulturellen Bildung und Förderung ästhetischer Kompetenzen ernst. Sie ist sich der Vielfalt ihrer eigenen kulturellen Prägungen bewusst. Sie begreift sich selbst als in sich vielfältig. Eine „kulturbewusste Kirche“ entwickelt zahlreiche Formate und zeigt damit selbstbewusst die eigene Vielfalt künstlerischen und kulturellen Ausdrucks.

Nicht versäumt werden soll schließlich ein Hinweis auf eine spezifisch evangelische Hermeneutik des Kulturbegriffs, gleich wie weit oder eng dieser gefasst wird. Der Mensch als Individuum ist Ebenbild Gottes, kein Kollektiv. Individuen sind aneinander gewiesen und leben in sozia-

(Höschele, Robby)

len Bezügen. Sinnhorizonte, mithin konkrete kulturelle Lebensäußerungen, sind sowohl auf Sozialität als auch auf Individualität hin orientiert. Die EKD-Denkschrift „Räume der Begegnung“ folgert daraus: „Wenn jede Kultur unabdingbar eine individuelle und eine soziale Dimension hat, ist es falsch, einem Kollektiv, z. B. einem Volk oder einer Religionsgemeinschaft, eine uniforme Kultur zuzuschreiben. ... Das spezifisch Protestantische ... ist, die Individualität eines Menschen nicht seiner Sozialität, z. B. seinem Volk oder seiner Kirche, nachzuordnen“ (S. 31). Der Vielfalt der Individuen ist einzig eine Vielfalt an Kulturen gemäß. Das Maß an Kulturbewusstsein einer Kirche wird demnach gerade an ihrer Pluralitätsfähigkeit deutlich.

Kultur-Provokationen

Kirche ist und hat Teil an Kultur. Sie ist in mehrfachem Sinne ein kultureller Faktor: Sie repräsentiert kulturelle Traditionen und bringt Kultur hervor. Sie ist eine kulturgestaltende Kraft neben anderen in Geschichte und Gesellschaft. Sie schreibt mit am kulturellen Gedächtnis der Gegenwart.

In dieser vielschichtigen kulturellen Rolle wird sie durch andere Formen von Kultur provoziert und ist, wenn auch in unterschiedlichem Maß, für diese eine Provokation. Einige wenige kulturelle Herausforderungen, die zugleich als Einladung zu einer fruchtbaren Verhältnisbestimmung zu verstehen sind, seien im Folgenden beispielhaft genannt.

Pluralität

Die gesellschaftlichen Entwicklungen unserer Zeit sind geprägt von pluralen Sinnhorizonten, deren jeweilige Geltungsdauer und Geltungsbereiche tendenziell immer kleiner werden. Die Logik des Allgemeinen und Selbstverständlichen ist in einer Gesellschaft der Singularitäten (Andreas Reckwitz) im Schwinden. Umgekehrt nimmt die Pluralitätsfähigkeit bzw. Ambiguitätstoleranz (Thomas Bauer) nur bedingt zu, sodass Sinnhorizonte immer kontroverser diskutiert werden und mithin auch kulturelle Auseinandersetzungen ein großes Maß an gesellschaftlichem Konfliktpotenzial in sich tragen. Authentizitäts- und Identitätsansprüche Einzelner wie auch von Institutionen und Organisationen werden immer differenzierter.

Kirche und kirchliche Kultur können nur im Plural bestimmt werden. Das zeigt schon ein Blick in den neutestamentlichen Kanon, erst recht aber ein Blick in die Kirchengeschichte. Glaubensüberzeugungen bilden sich nicht in einem weltanschaulichen Vakuum. Vielmehr entwickeln sie sich in einer Mehrzahl und Vielzahl weltanschaulicher Positionen, die in unterschiedlichsten kulturellen Ausdrucksformen Gestalt gewinnen.

Dies gilt besonders in einer staatlichen Verfassungswirklichkeit, deren fundamentales Credo ein weltanschaulicher Pluralismus ist und die zugleich positive wie negative Religionsfreiheit garantiert. Die je eigene Konfession kann deshalb nur als eine mögliche und individuell bzw. in einem umgrenzten sozialen Umfeld akzeptierte Form von Weltanschauung, Lebensgestaltung und Kultur gelten. Sie darf sich weder absolut setzen noch in identitätsloser Unerkennbarkeit und belangloser Beliebigkeit zerfließen. Denn natürlich steht hinter einer Glaubensüberzeugung wie dem biblischen Evangelium ein Wahrheitsanspruch, der mit anderen Ansprüchen in Konflikt geraten kann, um

den gerungen und über den auch gestritten werden muss.

Identitäten und Lebenswelten

Die Sozialisations- und Lebensweltforschung macht deutlich: Die gesellschaftliche Differenzierung in verschiedene Lebenswelten mit je eigenen *Kulturen* schreitet mit zunehmender Individualisierung immer weiter fort, wobei die Anschlussfähigkeit der je eigenen Kultur und ihre gesellschaftlichen Kohäsionskräfte immer mehr abzunehmen scheinen.

Die Bindungskraft gesellschaftsrelevanter Vereinigungen wie z. B. Parteien, Gewerkschaften, Verbände, aber auch Kirchen lässt immer mehr nach, wobei sich die innere Differenzierung weiter verstärkt. Zunehmend sehen sich Menschen in verschiedenen Kontexten zu ständigen Wechseln ihrer Identität gezwungen, um angenommen und wirksam sein zu können (Ulrich Beck, Die Risikogesellschaft). Nicht zuletzt nehmen auch die Tendenz und der Druck zur Konstruktion einer individuellen, bisweilen polyvalenten Patchwork-Identität zu.

Kirchliche und religiöse Traditionen, sofern sie nicht einfach unreflektiert übernommen und fortgeschrieben werden, bieten hier wesentliche Ankerpunkte und Orientierungsmuster für die individuelle Lebensgestaltung und entlasten das Individuum von der Bürde, das Leben stets „neu erfinden“ zu müssen.

Frage nach einer Leitkultur

Kulturelle Vielgestaltigkeit und die Mehrdeutigkeit von Weltwahrnehmung sind Chancen und Herausforderungen für individuelle Lebensorientierung. Da liegt es auf der Hand, auf Komplexität reduzierende, vereinfachende und vereindeutigende Orientierungssysteme zurückzugreifen. Der Ruf nach einer eindeutigen Leitkultur und eine fundamentalistische oder populistische Meinungsbildung versuchen, klare Orientierungsmuster zu erzeugen, ebenso der nostalgische, aber historisch völlig unhaltbare Rekurs auf eine scheinbar eindeutige jüdisch-christliche oder abendländische Kultur. Dabei werden negative und konfliktreiche Epochen der Geschichte Deutschlands und Europas ausgeblendet und im Nachhinein kulturge-schichtlich so geglättet, dass das vorherrschende Element Recht bekommt.

Die protestantische Überzeugung betont demgegenüber, bei aller Beheimatungskraft, die Kirchengemeinschaft, Gottesdienst und Liturgie enthalten, eine Disparität und unauflösliche Dialektik menschlichen Daseins. Die eigene Biografie und Lebensgestaltung werden als bruchstückhaft und ungeschlossen, ja als schuldbehaftet und erlösungsbedürftig wahrgenommen. Kultur in diesem Sinne ist deshalb immer auch Ausdruck von Vielfalt und Fragmentarität, von Gelingen und Scheitern, von Verstrickung und Befreiung.

Ökonomisierung

Kultur ist mehr als ein Produkt bzw. ein Wirtschaftsfaktor. Angesichts des Trends zu einer wirtschaftlichen Ver-zweckung aller Lebensbereiche, angesichts des Zwangs einer ständigen Optimierung und stetigen Rationalisierung kann Kultur einen Gegenentwurf hierzu bieten: Sie hält wesentliche Aspekte der Einsicht wach, dass es im Leben Unermessliches und Unverrechnbares gibt; sie protestiert gegen die Vermessenheit, alles in bare Münze

(Höschele, Robby)

umrechnen zu wollen, und gegen die Auffassung, es gäbe eine totale Messbarkeit, wie sie sich neuerdings beispielsweise im Bildungsbereich, aber auch im Gesundheits- und Pflegebereich geltend macht.

Zugleich ist Kultur Ausdruck von Kontinuität und Diskontinuität, von Planbarkeit und Fortschreibung, aber auch von offener Entwicklung in Spiel und Experiment. Das Gewebe von Kultur lässt sich weder komplett analysieren, noch lässt es sich auf einen Nenner bringen oder linear und effizient planen und bestimmen. Kultur ist weder zweckfrei noch verzweckbar. Sie ist ein wertmäßig nicht bezifferbares unschätzbare humanes Potenzial. Sie ist Ausdruck der Würde des Menschen. Sie ist Traditionspflege und schöpferische Neugestaltung.

Digitalisierung

Der Umgang mit der informationstechnischen Verarbeitung und Speicherung von Daten sowie die vielschichtigen Herausforderungen der Medienkompetenz sind zu wichtigen Kulturtechniken geworden. Neben Fragen unmittelbarer Verfügbarkeit von Informationen und personenbezogenen Daten wirft der wachsende Prozess der Digitalisierung auch neue Fragen danach auf, wie die Grenze zwischen virtueller und realer Existenz zu bestimmen ist. Durch mehr oder weniger transparente Algorithmen wird Realität konstruiert und bisweilen stark verzerrt, es entstehen digitale Echoräume. Für Meinungsbildungsprozesse, wie sie eine Demokratie und eine offene Gesellschaft erfordern, stellen solche virtuellen Blasen eine ernste Herausforderung dar.

Zwar leben Kultur und Religion auch von inneren Bildern, die mehr oder weniger bewusster Teil individuell geprägter Vorstellungen sind und die sie mit hervorrufen, Ausdruck individueller Symbol- und Kunstfertigkeit. Doch zugleich stehen Kultur und Religion immer auch für eine Struktur allgemeiner Gestaltungskräfte, die das Individuum überschreiten und prägen und die dem Individuum vorgegeben erscheinen und daher, zumindest teilweise, unverfügbar sind.

Sprachverrohung

Sprache ist unabdingbarer Teil von Kultur. Sie ist beziehungsorientierte Kommunikationsform, die Angesprochen-Werden bzw. Angesprochen-Sein des eigenen Ich und Ansprechen, Ansprache und gegebenenfalls Anspruch des Gegenübers wechselseitig übersetzt. Das gilt auch für den Dialog aller Akteure innerhalb einer Gesellschaft, zu denen Kirche gehört. Es gilt im Besonderen aber für eine Kirche, die sich in Berufung, Bekenntnis und Verkündigung auf das *Wort* gegründet sieht.

Die Sprachkultur ist als Sozialform der Begegnung, Ausdruck und Eindruck zugleich. Gegenwärtig macht sich eine Tendenz bemerkbar, der anstrengenden Komplexität einer Political Correctness auszuweichen und stattdessen zu einer primitiven Verrohung der Sprache zurückzukehren. (Mangelnde) Sorgfalt von Sprache ist mehr als nur ein oberflächliches Phänomen. Sie ist auch Ausdruck eines Verständnisses von sich selbst, von der Welt und dem Menschen über die Sprachkultur, die auf tiefere kulturelle Hintergründe verweist bzw. diese offenlegt.

Auftrag

Pflege und Gestaltung von Kultur sind unabdingbare Merkmale einer Kirche, die sich als Kirche in und für die Gesellschaft versteht. Dabei dürfen Begriff und Verständnis von Kultur nicht einfach milieu- und traditionsbedingt als Fortschreibung von Traditionellem verstanden werden, sondern als wesentlicher Aspekt gesellschaftlicher Teilhabe und Mitgestaltung in wechselseitiger Bezugnahme.

Kulturarbeit von Kirche ist kein beliebiger Appendix, kein luxuriöses Surplus, sondern ein unverzichtbares Wesensmerkmal der Kirche. Eine solche Kulturarbeit der Kirche ist, wie die Beispiele zeigen, ein weites Feld, in dem sich Kirche ebenso vor Herausforderungen gestellt sieht wie selbst als Herausforderung wirksam wird.

„Es hülften, aber es fehlen heute die echten Mittler zwischen dem kaum Verständlichen und den fast Verständnislosen, jedoch Verständniswilligen ... Wir brauchen keine eifernden Reformatoren und Gegenreformatoren, sondern starke ‚Transformatoren‘ ...“ (Erich Kästner).

Kultur-Prozesse**Verein für Kirche und Kunst**

Der Verein konstituierte sich neu im Jahr 1993. Er begreift sich in der Nachfolge und in bewusst aufgenommener Kontinuität des „Vereins für christliche Kunst“, führt jedoch seither die Bezeichnung „Verein für Kirche und Kunst in der Evangelischen Landeskirche in Württemberg e.V.“

Im ersten Jahrzehnt seit der Neukonstituierung konnte der Verein zu erheblichen Veränderungen im Verhältnis von Kirche und Kunst beitragen: einerseits mit neuen Veranstaltungsformaten, die vielfache Begegnungen ermöglichten und spannende Diskursfelder erschlossen; andererseits wurde der Verein maßgeblich tätig bei der Einrichtung der landeskirchlichen Kunststiftung und der Vollzeitstelle eines Kunstbeauftragten.

Heute sind es mehr als 1 000 Vereinsmitglieder. Neben den persönlichen Mitgliedern, zu denen Pfarrerrinnen und Pfarrer, Kunstschaffende, Architektinnen und Architekten und kunstinteressierte Kirchenmitglieder gehören, sind die große Mehrheit der Kirchengemeinden – etwa Dreiviertel der Gesamtzahl – als institutionelle Mitglieder vertreten. Sie tragen zum Dialog und zur Förderung von Kunst in der Evangelischen Landeskirche in Württemberg bei.

Nach der Neufassung der Satzung von 1993 sind als Gremien des Vereins der Vorstand und der Beirat ausgewiesen, dem neben kirchlichen Mitgliedern auch Vertreterinnen und Vertreter aus Kunst und Architektur angehören. Bislang wird der Vorsitz durch eine Person aus dem Bereich der Theologie wahrgenommen, die Position der Stellvertretung von einer Person aus dem Bereich Bildende Kunst bzw. Architektur.

Kulturelle Zielsetzungen gemäß der Satzung

- Förderung des Dialogs zwischen Kunst und Kirche, der gegenseitigen Wahrnehmung und Begegnung
- Sensibilisierung für das künstlerische Erbe in der Kirche, für die Bedeutung der Kirchenräume und ihrer Ausstattung

(Höschele, Robby)

- Entwicklung von Qualitätsbewusstsein und Wahrnehmungsfähigkeit für die Gestaltung kirchlicher Räume und Einrichtungen ebenso wie für Formen öffentlicher Präsentation
- Vermittlung von Information über aktuelle Entwicklungen, wichtige Veranstaltungen, herausragende künstlerische oder architektonische Realisierungen, kunstgeschichtliche Besonderheiten, über Theologie und Ästhetik, über Künstler und Experten
- Brückenbau zwischen Bildender Kunst und Darstellenden Künsten, Literatur, Musik usw.
- Verbesserung des kirchlichen Images im kulturellen Umfeld.

Aktivitäten und Angebote des Vereins

- Jahrestagung, verbunden mit einem Ausstellungsprojekt oder einer spezifischen Themenstellung (z. B. Kirchenbau und Architektur) an wechselnden Orten der Landeskirche
- „Boller Bußtag der Künste“ (seit 1998 – jährliche Veranstaltung am Buß- und Betttag in Kooperation mit der Akademie Bad Boll). Für die Zukunft soll ein weiteres neues Format als Begegnungsforum für Künstlerinnen und Künstler und Kunstinteressierte in der Kirche entwickelt werden.
- Publikationen und Jahregaben
- Atelier- und Ausstellungsbesuche
- Begegnungen mit Künstlerinnen und Künstlern und Symposien zu spezifischen Gestaltungsthemen
- bis 2007 mit unregelmäßigem Erscheinen das Nachrichtenblatt „Dialog“, jetzt die Webpage: www.kirche-kunst.de.

Förderungen der Kirchengemeinden

Die Finanzierung der Aktivitäten des Vereins geschieht fast ausschließlich aus den Mitgliedsbeiträgen, eher einzeln aus Spenden. Der offizielle Zuschuss finanzieller Mittel durch die Landeskirche ist dagegen mit jährlich 130 € vernachlässigbar gering.

Der wesentliche Anteil der verfügbaren Mittel des Vereins fließt in die finanzielle Förderung künstlerischer Ausstattungsmaßnahmen, einschließlich Maßnahmen der Kunstgutpflege und Restaurierung beweglichen Kunstguts, sowie Ausstellungen und temporäre Kunstprojekte in Kirchengemeinden und kirchlichen Einrichtungen der Landeskirche.

Der Schwerpunkt der Förderung durch den Verein liegt im Unterschied zu den Fördermaßnahmen der Stiftung, die jährlich wenige herausragende Projekte unterstützt, in der größeren Breite der Ausschüttung, bei der auch Maßnahmen von geringerem Umfang, etwa im Bereich der Paramentik oder der Vasa Sacra, bezuschusst werden können.

Regelmäßige jährliche Zuschüsse gehen an die Ausstellungsprojekte des Hospitalhofs Stuttgart, seit Mitte der Achtzigerjahre in der Landeskirche ein ausgewiesener Ort für die Präsentation und die diskursive Auseinandersetzung mit der Gegenwartskunst.

Der Verein steht in enger Kooperation mit der Stiftung Kirche und Kunst sowie dem landeskirchlichen Kunstbeauftragten (siehe nachfolgende Abschnitte).

Kooperative Mitgliedschaft pflegt der Verein mit „Artheon – Gesellschaft für Gegenwartskunst und Kirche“ sowie mit der „Marienberger Vereinigung für Paramentik“.

Ausblick – Perspektiven

Auf einer Klausurtagung zu Beginn dieses Jahres hat sich der Vorstand und der Beirat vorgenommen, in intensiverer Kommunikation mit den Mitgliedern die landeskirchliche Kunstarbeit und die Tätigkeiten des Vereins bekannter zu machen. Die Intensivierung der Vereinsaktivitäten soll einhergehen mit dem Kontakt zu Künstler*innen, um Aufgeschlossenheit für deren Anliegen und Wünsche zu zeigen und diese gegenüber den Mitgliedern zu vertreten bzw. zu vermitteln.

Der Verein sieht es als seine Aufgabe an, für den Stellenwert der landeskirchlichen Kunstarbeit noch deutlicher zu werben und dafür zu sorgen, dass sich das Verständnis für die Unverzichtbarkeit dieser Arbeit festigt.

Dementsprechend engagiert sich der Verein für das Amt der/des Kunstbeauftragten, sodass insbesondere eine gute personelle Nachfolgeregelung mit einer/einem kunstaffinen Theologin/Theologen realisiert werden kann. Des Weiteren begleitet der Verein die Arbeit des Kulturrats aufmerksam und inhaltlich fördernd. Er setzt sich für eine konstruktiv-kooperative Verzahnung von Kunst- und Kulturarbeit ein.

Die Aufgaben und Möglichkeiten der Kirche-Kunst-Betriebsbeauftragten sollen verstärkt in den Blick genommen werden. Sie sind wichtige Multiplikator*innen, die sich profiliert für die Anliegen des Vereins und für kirchliche Räume als Orte der Kunst engagieren können.

Die Bedeutung und die Besonderheit der Kirchenräume ist im Sinne einer kunstbewussten Kirche zu reflektieren. Damit steigt die Wertschätzung von Kirchenräumen als Orte der Kunst bzw. der Begegnung von Kirche und Kunst.

Vorstand und Beirat pflegen bzw. bauen Kontakte zu anderen kirchlichen Kunstvereinen auf.

Stiftung Kirche und Kunst

Die Stiftung Kirche und Kunst wurde auf Initiative des Vereins für Kirche und Kunst durch Beschluss der Evangelischen Landessynode als unselbstständige kirchliche Stiftung innerhalb der Evangelischen Landeskirche in Württemberg 1998 errichtet. Die Einrichtung einer Kunststiftung in der Württembergischen Landeskirche folgt einer gesteigerten Wahrnehmung, die die Bedeutung der Kunst für die Kirche seit Mitte der Achtzigerjahre erfahren hat.

Ziele und Aufgaben

Entsprechend dem in der Satzung formulierten Zweck dient die Stiftung der Förderung zeitgenössischer Kunst im Kontext der Kirche vorrangig wichtigen Vorhaben zur künstlerischen Ausgestaltung kirchlicher Räume sowie herausragender Ausstellungsprojekte. Diese Bestimmung entspricht der Gestaltungsaufgabe von Kirche. Sie hat ihre Botschaft und ihre Anliegen in zeitgemäßer Weise zu vermitteln und entsprechend Ausdruck zu verleihen.

(Höschele, Robby)

In der Satzung dazu enthaltene Ausführungen: „Die Stiftung soll Vorhaben zur künstlerischen Ausgestaltung kirchlicher Gebäude und Räume sowie des gottesdienstlichen und kirchlichen Lebens unterstützen; es sollen insbesondere Arbeiten von Künstlerinnen und Künstlern gefördert werden, die sich mit der Botschaft des christlichen Glaubens, dem kirchlichen Auftrag und ihrer Bedeutung im Leben der Menschen auseinandersetzen. ... Die Stiftung erfüllt diese Aufgabe insbesondere durch die Gewährung von Zuschüssen für einzelne Vorhaben, durch den Ankauf von Einzelstücken sowie durch die Förderung von Ausstellungen, Wettbewerben und Publikationen.“

Der Stiftungszweck zielt auf eigenständige gegenwartsbezogene künstlerische Äußerungen von hoher Qualität sowohl bei Gesamtkonzeptionen für Raumausstattungen wie auch bei Einzelarbeiten. Bewusst geht es nicht um Einengung, die Kunst nach einem früheren Hierarchieverhältnis funktionalisiert, sondern um einen Dialog, der die eigene Wirklichkeitsdeutung von Kunst zulässt.

So ist von einem Qualitätsanspruch auf beiden Seiten auszugehen, der Funktionalität und ästhetisch überzeugende und somit autonome künstlerische Arbeiten in Kirchenräumen zusammenbringt.

Direkte Begegnung und Auseinandersetzung mit künstlerischen Ausdrucksformen vertieft die Selbstwahrnehmung und das Selbstverständnis von Kirche und schärft den Blick für den angemessenen Umgang und die liturgisch-theologisch reflektierte Gestaltung der Gottesdiensträume.

Kunst soll nicht durch vorformulierte und von außen herangetragene Kriterien von Anfang an festgelegt werden. Sie wird sich immer wieder in einem wechselseitigen Prozess zu schlüssigen Lösungen herausfordern lassen, die auf den Kontext bezogen sind.

Organisation – Arbeitsform

Der Stiftungsrat setzt sich aus jeweils drei Vertreterinnen und Vertretern der Landessynode, des Oberkirchenrats und des Vereins für Kirche und Kunst zusammen, als weitere Mitglieder können bis zu drei Personen aus dem Bereich Kunst und Kultur zugewählt werden. Der Stiftungsrat wählt auch den Vorstand.

Gründungsvorsitzender der Stiftung war Prälat Martin Klumpp, Stuttgart. 2008 übernahm den Vorsitz Prälat Hans-Dieter Wille, Heilbronn. Seit Herbst 2018 ist Prälatin Gabriele Arnold, Stuttgart, die Vorsitzende.

Die Geschäftsstelle der Stiftung ist im Referat Bauberatung des Evangelischen Oberkirchenrats Stuttgart angesiedelt.

Ausblick: Finanzsituation – Realisierung landeskirchlicher Kunstpreis

Die derzeit schwierige Entwicklung bei den Kapitalerträgen, trotz der für die kirchlichen unselbstständigen Stiftungen noch relativ günstigen Zinseinnahmen, ermöglicht die Förderung von Projekten im ursprünglich vorgesehenen Umfang nicht mehr. Bislang konnte noch auf Rücklagen bei den verfügbaren Projektmitteln zurückgegriffen werden, es waren jedoch ergänzende Mittelzuweisungen der Landeskirche im Rahmen der Mittelfristigen Finanzplanung nötig, um die Arbeit der Stiftung für die

nächsten Jahre zu gewährleisten. Dies wird auch in Zukunft nötig sein.

Insbesondere trifft dies auch für die Durchführung der landeskirchlichen Kunstpreise zu. Die Organisation des Preisverfahrens, die operative Umsetzung liegt bei der Stelle des Kunstbeauftragten und die Finanzabwicklung wurde seitens der Kirchenleitung an die Stiftung übertragen.

Kulturrat der Landeskirche

Einen entscheidenden Antrieb erhielten verschiedene laufende Entwicklungen und Arbeitsgruppen durch die 2002 erschienene EKD-Denkschrift „Räume der Begegnung – Religion und Kultur in evangelischer Perspektive“. Dieser Denkschrift vorgeschaltet war ein ab 1999 in Gang gekommener Prozess, der sich u. a. auch auf den von der EKD initiierten Konsultationsprozess zum Verhältnis von Protestantismus und Kultur bezog. Infolge der Denkschrift wurde mit Dr. Petra Bahr die erste Kulturbeauftragte der EKD eingesetzt. Dieser Prozess wurde damals in der württembergischen Kirchenleitung allerdings zunächst kaum rezipiert und aufgegriffen.

Zusammensetzung und Arbeitsform

Der Kulturrat besteht seit März 2009. Der Kulturrat tagt zweimal pro Jahr in einer je halbtägigen Sitzung und führt mit den Mitgliedern berufene Personen sowie Personen kraft Amtes aus unterschiedlichen Feldern landeskirchlicher Kulturarbeit zusammen. Das finden Sie genauer im Anhang. Zum dreiköpfigen Vorstand gehört der Kunstbeauftragte als Geschäftsführer des Kulturrats.

Der Kulturrat ist ein Austausch-, Vernetzungs- und Beratungsgremium. Durch die Mitglieder des Kulturrats gibt es direkte Bezüge oder Berührungen zu vielen zentralen landeskirchlichen Einrichtungen und fast allen Kulturarbeitsfeldern. Das finden Sie genauer im Anhang. Der Kulturrat lädt regelmäßig Fachpersonen zu den zu behandelnden Themen ein, bildet beratende Ausschüsse, etwa zur Vorbereitung und Planung des landeskirchlichen Kunstpreises, und beteiligt sich an Arbeitsgruppen und Ausschüssen, in denen die Kompetenz des Kulturrats oder einzelner seiner Mitglieder gewünscht ist, etwa beim Kirchentag in Stuttgart oder dem Reformationsjubiläumsjahr, siehe Anhang. Zu einzelnen Themen verfasst und verabschiedet der Kulturrat einen schriftlichen Ratschlag, etwa zur finanziellen Ausstattung der Kulturarbeit, zum künftigen Umgang mit Kirchengebäuden oder jüngst zu den Perspektiven der landeskirchlichen Kulturarbeit der kommenden zehn Jahre.

Wirkungen

Der Austausch zwischen den wesentlichen kulturellen Arbeitsfeldern wurde auch durch den Kulturrat intensiviert und gefestigt. Die Möglichkeiten digitaler Kommunikation, Information, Vernetzung und Kooperation sind bei Weitem noch nicht ausgeschöpft.

Die Etablierung des Landeskirchlichen Kunstpreises ist gelungen. Er wird mittlerweile in einem dreijährigen Rhythmus, 2019 zum dritten Mal, vergeben.

Obwohl das Thema „Ästhetische Bildung/Ästhetische Kompetenz“ immer wieder aufgegriffen wurde, konnten nennenswerte Verbesserungen in den Ausbildungs-Curricula im Pfarrseminar oder der Ev. Hochschule Ludwigs-

(Höschele, Robby)

burg bisher nicht erreicht werden. Die wenigen zentralen Fortbildungsangebote zu „Kirche und Kunst“ im Fortbildungsprogramm für Pfarrerinnen und Pfarrer und die zurzeit sehr gefragten Playing-Arts-Fortbildungsprogramme sind für die Zukunft strukturell und personell nicht gesichert. Bildungsarbeit in diesem Feld ist aber ein wichtiger Schlüssel für die künftige Kulturarbeit der Landeskirche.

Ausblick

Eine produktive Wahrnehmung der Arbeit des Kulturrats, seiner Anliegen und Beratungsthemen innerkirchlich aber auch darüber hinaus, findet bisher nicht in wünschenswerter Weise statt. Nach seiner Ordnung berät der Kulturrat Kirchenleitung und landeskirchliche Stellen. Intensivere und kontinuierlichere Beratungs- und Beschlussprozesse zu kulturellen Fragen im Zusammenspiel von Landessynode, Oberkirchenrat und Kulturrat konnten bisher nur punktuell initiiert werden, begrenzt auch durch die personelle Ausstattung. Umso erfreulicher, dass es heute zu diesem Bericht kommen kann.

Im März 2018 wurde der Ratschlag 03 verabschiedet: „Die Kulturarbeit“, darauf komme ich zum Schluss zurück, „der Evangelischen Landeskirche in Württemberg, Perspektiven 2018 bis 2027 und Empfehlungen“. Der Ratschlag 03 soll einen Ausblick geben und zugleich ein Beitrag zur erforderlichen und erbetenen Evaluation der Kulturarbeit der Landeskirche sein. Der Ratschlag skizziert einen Ausblick in die kommenden zehn Jahre und empfiehlt:

1. Ein Kulturbüro als Stabsstelle beim Landesbischof
2. Vernetzungen der kirchlichen Kulturarbeit
3. Vernetzungen mit nicht-kirchlicher Kulturarbeit
4. Kulturförderung durch Projekte und Bildungsangebote
5. Kulturpolitische Leitlinien
6. Kulturbericht des Kulturbüros/Kulturrats
7. Anpassung der Ordnung des Kulturrats

Der gesamte Text des Ratschlages 03 befindet sich im Anhang.

Ein engeres Zusammenspiel mit der Evangelischen Landeskirche in Baden wäre im Bereich der Kulturarbeit, eines Kulturbüros und des Kulturrats bedenkenswert und wünschenswert.

Kunstbeauftragter der Landeskirche

Die Einrichtung der Stelle einer/s Kunstbeauftragten, seit 2001 als Dienstauftrag in einer Sonderpfarrstelle mit 100 %, steht unter der zukunftsorientierten Bestimmung kirchlicher Aufgabenfelder, die die Profilierung und bewusste Wahrnehmung der Kirche in ihrer Kulturträgerschaft umgreifen. Professionelle Umsetzung und Kompetenzsicherung für den Themenbereich und das Dialogfeld Kirche und Kunst wurden mit der Einrichtung als Ziele benannt.

Arbeitsfelder

Die Tätigkeit der/des Kunstbeauftragten erfolgt in enger Abstimmung mit den anderen Stellen bei der Kirchenleitung bzw. im Oberkirchenrat. Die Pfarrstelle ist an

das Dezernat 8 des Oberkirchenrats, Referat 8.2. Bauberatung angegliedert.

Aufgaben sind:

- Förderung innovativer künstlerischer Gestaltung im Raum der Kirche
- Pflege und Erhaltung des kulturellen Erbes der Kirche
- Erschließung des theologischen Bedeutungsgehalts der Kirchengebäude und ihrer Ausstattung
- ästhetische und kulturelle Bildung, Förderung der ästhetischen Kompetenz in Kirchengemeinden
- aktueller Dialog mit Vertreterinnen und Vertretern der Gegenwartskunst
- Kontaktpflege und kirchliche Repräsentanz im Kulturbereich
- Kulturträgerschaft der Kirche, kulturpolitische Fragen.

Die Tätigkeit lässt sich dabei drei Hauptbereichen zuordnen:

1. Beratung

Beratung der Kirchengemeinden in Fragen der Raumordnung von Gottesdiensträumen sowie ihrer Gestaltung und künstlerischen Ausstattung bei Neubau- und Renovierungsprojekten (Gesamtkonzeptionen, einzelne Kunstwerke, Vasa Sacra, Paramentik).

Dabei Vermittlung von Künstler*innen, schwerpunktmäßig wird bei den genannten Maßnahmen die Durchführung von künstlerischen Wettbewerben angestrebt.

Beratung bei der Pflege und Restaurierung beweglicher Kunstwerke (Bilder, Altarretabeln, Skulpturen, Kirchengesamtheit). Hier besteht eine enge Kooperation mit der staatlichen Denkmalpflege; Kunstgutinventarisierung, hier Koordination mit den zuständigen Stellen im landeskirchlichen Archiv. Ausstellungsvorhaben und Kunstaktionen in Kirchengemeinden.

2. Bildung

Organisation und Durchführung von Seminaren, Vorträgen und Fortbildungsveranstaltungen in Gemeinden und Bildungseinrichtungen, in der Aus- und Fortbildung von Theologinnen und Theologen sowie Angebote für andere haupt- und ehrenamtliche kirchliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, u. a. auch Mesnerinnen und Mesner. Ein Schwerpunkt liegt in der Beteiligung am ökumenischen Ausbildungsprogramm für Kirchenführerinnen und Kirchenführer, Studientage und Exkursionen.

Dabei geht es sowohl um ästhetische Wahrnehmung, um Gestaltungsfragen, um Vermittlungsprozesse im Bereich der aktuellen Kunst, generell um eine kulturelle Kompetenz, die Ausdrucksformen des Glaubens und das Bewusstsein für das historische künstlerische Erbe der Kirchengebäude einbezieht: Liturgie, Raumprogramme, Kunstgeschichte, Symbolik. Zu diesen Themenfeldern ist immer wieder auch die Mitarbeit an Publikationen gefordert.

3. Kommunikation

Förderung des Dialogs von Gegenwartskunst und Kirche. Wesentlich ist die persönliche Kontaktpflege zu Künstlerinnen und Künstlern, ebenso zu anderen Perso-

(Höschele, Robby)

nen und Institutionen der Kunstvermittlung, der Denkmalpflege, der Kunstwissenschaft.

Aufbau von Kommunikationsstrukturen zwischen den am Thema Kunst und Kirche interessierten Personen im kirchlichen Umfeld. Hier gibt es enge Verbindungen zu den Aktivitäten des Vereins Kirche und Kunst in der direkten operativen Umsetzung: die Vorbereitung und Organisation der Veranstaltungen Jahrestagung, Boller Bußtag, Atelierbesuche etc.

Der „Landeskirchliche Kunstpreis“ ist besonders hervorzuheben. Die inhaltlichen Vorbereitungen leistet jeweils ein Team aus den Gremien von Verein und Stiftung sowie des Kulturrats; die Koordination und die gesamte operative Umsetzung (Vorbereitung, Werbung und Ausschreibung, Preisverleihung, Ausstellung, Katalogproduktion) liegt in der Zuständigkeit des Kunstbeauftragten.

Ausblick

Bestand zunächst eine Priorität im Beratungsbereich bei den Gemeinden, gewann die Bildungsarbeit in breiter Ausrichtung und vor allem der Bereich Kommunikation weitreichendere Bedeutung.

Beratungen beziehen sich nicht mehr nur auf Kunstprojekte und Gestaltung großer Gesamtausstattungen, sondern haben zunehmend die Zukunftsfähigkeit und damit generell den Umgang mit unseren Kirchengebäuden im Blick. Angesichts sich ändernder Gemeindestrukturen und prognostiziert geringer werdender Finanzmittel treten Fragen neuer liturgischer Raumordnung für aktuelle Gottesdienstformen, Funktionalität für kommunikative und kulturelle Veranstaltungsformen, Konzepte angemessener erweiterter Nutzung etc. in den Vordergrund. Hier besteht ein wachsender Beratungsbedarf bei den Kirchengemeinden.

Im Bildungsbereich muss die Sensibilität für Gestaltungsfragen gefördert, ästhetische und kulturelle Kompetenz entwickelt werden, und beides ist immer noch nicht ausdrücklich Teil des Curriculums in der Ausbildung der Vikarinnen und Vikaren und den Fortbildungen in den ersten Amtsjahren.

Die Wahrnehmung kirchlicher Präsenz und Repräsentanz im Kulturbereich gewinnt zunehmend an Bedeutung, wie sich an der breiten positiven Resonanz auf die beiden Kunstpreisausschreibungen in der innerkirchlichen und in der kulturellen Öffentlichkeit erkennen lässt.

Für die Zukunftsplanung der Stelle wäre zu überdenken, welche Bereiche der Tätigkeit weiterhin als konstitutiv zu definieren sind, und welche davon mit theologischer Kompetenz auszustatten sind, differenzierend dazu Überlegungen, ob und wie Kommunikation und Kulturrepräsentanz, Kulturmanagement und weitere operative Bereiche gegebenenfalls durch Personen mit anderer beruflicher Qualifikation abgedeckt werden könnten.

Landeskirchenmusikplan

Die föderale Struktur der Landeskirche gibt die Rahmenbedingungen für strategisches Planen vor. Umfang und Anstellung hauptamtlicher Kirchenmusik wird von den Bezirken und Gemeinden entschieden. Der Landeskirchenmusikdirektor hat über seine Präsenz bei Hochschulprüfungen und durch die Begleitung der Bewerbungsverfahren nur indirekten und beratenden Einfluss.

Die Kirchenmusik wird in der Landeskirche ansonsten durch Fachgruppenvertretungen gesteuert, die im Beratungstab des Landeskirchenmusikdirektors, dem Kuratorium, zusammengefasst sind und drei Mal jährlich tagen. Hier sind der Verband Evangelische Kirchenmusik, das Evangelische Jugendwerk in Württemberg mit Teamvertretung von Musikplus und Posaunenarbeit, der Pfarrer für Kirchenmusik, Vertretung der Schuldekane und die Hochschule für Kirchenmusik an einem Tisch. Entwicklungen und Veränderungen in der Kirchenmusik sind nur möglich, wenn Tätigkeitsfelder gestärkt und Personalressourcen gesteuert werden. Dies ist nachweislich mit den synodalen Entscheidungen zum „Musikpaket“ 2013 bis 2018 und dem Landeskirchenmusikplan 2019 bis 2025 gelungen. Mit der synodalen Forderung eines Steuerungsinstrumentes landeskirchlicher Kirchenmusik im Jahr 2017 wurde Kirchenmusik aus der Verteidigungshaltung in eine aktive Gestaltungs- und Strategieaufgabe gehoben.

Entstehung

Die demografische Übermacht der Geburtenjahrgänge 1958 bis 1967 ließ den Stellenmarkt mangels frei werdender Stellen über Jahre quasi stagnieren. Das führte zu einem Desinteresse bei kirchenmusikalisch begabten jungen Menschen an einer beruflichen Ausbildung. Die Studierendenzahlen gingen bundesweit von 2006 bis 2011 kontinuierlich zurück. Der Studiengang Kirchenmusik musste zurückgefahren, z. T. eingestellt werden. Zeitgleich begann der Rückgang der Kirchenmitgliedschaft in der öffentlichen Diskussion Raum zu greifen. Erste Sparentscheidungen wurden getroffen. In der Folge begann sich die kirchliche Mitarbeiterschaft gegenseitig auf den Prüfstand zu stellen. Es wurden Defizite auch in der kirchenmusikalischen Breite angemahnt. Allzu gedankenlose Traditionspflege galt als Mitverursacher der kirchlichen Situation.

Der schwelende Positionskampf zwischen „der Kirchenmusik“ und kirchlicher Populärmusik fand Resonanz. An die Landeskirche gerichtete Forderungen verlangten nach einem Maßnahmenkatalog zur Förderung der Populärmusik. Gleichzeitig fand sich die landeskirchliche Hochschule für Kirchenmusik auf einer Streichliste des Oberkirchenrates wieder.

Die 14. Landessynode widmete sich 2011 in Heidenheim dem Schwerpunktthema „Kirchenmusik“. Ein für die Synodalperiode eingerichteter Fachausschuss bündelte die Synodalanträge zum Thema Kirchenmusik. 2013 wurde das sogenannte Musikpaket mit stark pädagogischer bzw. populärmusikalischer Ausrichtung auf den Weg gebracht.

Maßnahmen

Die Hochschule für Kirchenmusik (HKM) erhielt eine Pop-Dozentur, der C-Pop-Kurs einen Seminarleiter. Im EJW wurde die Bläserarbeit gestärkt, die sich in den Folgejahren um Kooperationsmodelle mit Musikschulen und Bläserklassen an Regelschulen bemühte. Neue Formen des Musizierens in den Gemeinden und im Gottesdienst wurden durch Musikteam-Coaching gefördert und erstmals landeskirchlich wahrgenommen. Wermutstropfen des Musikpaketes war die befristete Errichtung einer Popdozentur an der HKM. Sie musste nach sechs Jahren mit der nächst frei werdenden hauptamtlichen Stelle

(Höschele, Robby)

gegenfinanziert werden. Dass dies gerade die Hauptfachprofessur in Chorleitung traf, offenbarte mangelnde strategische Weitsicht. In der Zwischenzeit ist zudem die Kirchenmusikausbildung wieder stärker nachgefragt und die HKM voll belegt.

Entwicklungspotenziale

Im Rahmen des erstmals aufgelegten Landeskirchenmusikplanes wurde 2018 für eine Vertiefung der Erfahrungen und eine strategische Planung der Kirchenmusikentwicklung votiert. Die beschlossenen Maßnahmen nehmen vor allem den demografischen Wandel und die Stärkung der Populärmusik auf dem Weg zur Berufsfähigkeit in den Blick. Ziel ist der Aufbau eines durchgängigen Qualifizierungsangebotes, das die nebenberuflichen Ausbildungsziele „Befähigungsnachweis“ und „C“ auf eine Berufsausbildung beziehen lassen.

Die Hochschule für Kirchenmusik bekommt weitere sechs Studienplätze für den Stilbereich Populärmusik. Im EJW wird als neues Arbeitsfeld die Popmusik mit Jugendlichen angegangen. Das Coachen von Musikteams wird mit Lehrmaterial versehen und der Gottesdiensteinsatz mit entsprechenden Liturgien gestärkt. Bei der Posaunenarbeit steht der Nachwuchs und die Vernetzung im Vordergrund. Die Posaunenchoräle sollen bei ihren Kooperationsbemühungen mit Musikschulen und Bläserklassen weiter unterstützt werden. Pädagogische Materialien zur Gewinnung von erwachsenen Jungbläsern werden erarbeitet. Die C-Pop-Seminarleitung soll die Vernetzung von Bezirkslehraufträgen und den Dozenten von Musikplus festigen und verselbstständigen. Ohne eine nahtlose Verkettung verschiedener Ausbildungs- und Qualifizierungsangebote im Bereich aller Spielarten der Kirchenmusik wird es kaum möglich sein, die Fläche der Landeskirche mit haupt-, neben- und ehrenamtlichen Fachkräften zu versorgen.

Ziele

Kirchenmusik soll nach Auffassung der Synodalen aller Gesprächskreise als Teil der Strategischen Planung der Landeskirche verstanden und genutzt werden. Dies trägt der Kirchenmusik hinsichtlich des Verlustes von geistlichem-konfessionellem Allgemeingut (Kerntexte/Kernlieder) und der musikalisch-ästhetischen wie milieu-kulturellen Ausdifferenzierung (Musikstile/Medien/Konsumverhalten) Aufgaben der Vermittlung spiritueller Basiskenntnisse und Erfahrungen zu. Die Kirche steht einerseits unter dem Druck, moralische Instanz sein zu wollen und sich zu gesellschaftlich relevanten Themen äußern zu müssen, andererseits soll sie liberal ohne jegliche missionarischen Absichten sein. In Anbetracht des Mitgliederchwundes und des Verlustes unumstrittener spiritueller Prägehoheit kann man von Zeiten kirchlicher Erosion sprechen. Kirche muss sich wirtschaftlich angepasste Strukturen geben. In diesen Zeiten bietet Kirchenmusik eine aktuell erlebbare historische Ableitung, Identitätsfindung, kulturelles Gedächtnis religiöser Sprachfähigkeit. Kirchenmusik ist mehrfach ein verbindendes Element. Sie kann neu geschaffene größere wie kleinere Strukturen mit Leben erfüllen und Beziehungen zwischen den kirchlich Aktiven stärken. Sie lebt Vernetzung in die Gesellschaft hinein und fördert diese. Kirchenmusik sollte nicht als schönes Beiwerk verstanden werden oder ein Versuch sein, von Realitäten abzulenken. Sie ist ein Instrument, das in seiner Breite und Vielfalt Kirche nach innen wie

nach außen, prägt und repräsentiert, ihr Profil und Wiedererkennbarkeit gibt, sie in ihrer Kernaufgabe, der Verkündigung stärkt und Gemeinde erbaut.

So wie der Landeskirchenmusikplan nur exemplarisch einige Schnittstellen der Gesellschaft sowie die Nachwuchsgewinnung für das kirchenmusikalische Ehrenamt in den Fokus nehmen kann, muss Kirche als Ganzes kulturell sprachfähig bleiben und z. B. die Eventgesellschaft in allen ihren unterschiedlichen Schnittmengen erreichen. Das gelingt ihr nur durch Dialogfähigkeit und neue Aufbrüche.

Kulturprojekte der Landeskirche

„Mit dem Kirchentag kommt ein Ereignis in die Stadt, das das Netzwerk zwischen Kirche, Kunst und Kultur enger verbunden und ganz neu belebt hat.“ Dieses positive Urteil von Landesbischof Dr. h.c. Frank Otfried July über den Kirchentag 2015 in Stuttgart trifft auch auf die Wirkung des Reformationsjubiläums 2017 zu. Bei beiden Ereignissen gelang es, ein vielfältiges und attraktives Kulturprogramm zusammenzustellen, das weit über den binnenkirchlichen Raum hinaus wahrgenommen wurde. Kulturschaffende aus den Bereichen Bildende Kunst, Film, Tanz, Theater, Literatur und aus verschiedenen Musikrichtungen ließen sich von den Themen des Kirchentags bzw. des Reformationsjubiläums inspirieren und zu Veröffentlichungen, Kompositionen, Aufführungen, Workshops, Performances, Poetry-Slams oder zur Mitwirkung an Gottesdiensten einladen. Des Weiteren beteiligten sich zahlreiche Museen mit eigenen Ausstellungsprogrammen an den beiden Großereignissen.

Die Faktoren für dieses erfolgreiche Gelingen waren:

- Relevante biblische Themen „damit wir klug werden“ bzw. „... da ist Freiheit“ inspirierten Kulturschaffende zur künstlerischen Auseinandersetzung.
- Mitglieder des Kulturrats haben ihr Engagement und ihre Kontakte in die Programmgestaltung eingebracht.
- Es standen Finanzmittel zur Verfügung, mit denen Kosten gedeckt und einzelne Maßnahmen gezielt unterstützt werden konnten.
- Die Kulturschaffenden konnten von der Bekanntmachung durch kirchliche Öffentlichkeitsarbeit und Werbekanäle profitieren (mediale Berichterstattung, Broschüren des Kirchentags und des Reformationsjubiläums, Websites, Plakatierung).
- Die Geschäftsführerin des regionalen Kulturbeirates (Ulrike Kammerer) bzw. die Beauftragte für das Reformationsjubiläum (Dr. Christiane Kohler-Weiß) war zuständig für Vernetzung, Organisation und die Kontaktpflege zu den Kulturschaffenden.

Während sich das regionale Kulturprogramm beim Kirchentag auf Stuttgart konzentrierte, war das Reformationsjubiläum mit kulturellen Veranstaltungen in der ganzen Fläche der Landeskirche präsent, insbesondere mit Theateraufführungen, Ausstellungen und kirchenmusikalischen Angeboten. Dabei wurde besonders auf die Breite des kulturellen Angebotes geachtet, das vom Poporatorium „Luther“ bis zu Uraufführungen zeitgenössischer Musik, von Laientheatern bis zum Freilichttheater in Schwäbisch Hall und von kulinarischen Veranstaltungen

(Höschele, Robby)

(Weinproben mit Luther und Käthe) bis zu Skulpturenausstellungen (in Schorndorf und Weil der Stadt) reichte.

Bei manchen Anfragen konnte die Beauftragte für das Reformationsjubiläum an die positive Zusammenarbeit von Kirche und Kunst während des Kirchentages anknüpfen. Wo Kulturschaffende bereits die Erfahrung gemacht hatten, dass mit ihnen wertschätzend umgegangen und die Freiheit der Kunst respektiert wird, entstanden weitere Formen der Zusammenarbeit leichter, als wenn eine Vertrauensbasis erst geschaffen werden musste.

Nach dem Reformationsjubiläum 2017 brach die Zusammenarbeit zwischen Kirche, Kunst und Kultur auf landeskirchlicher Ebene an vielen Stellen abrupt ab. 2018 standen weder Finanzmittel noch Werbekanäle noch eine Ansprechpartnerin bzw. ein Ansprechpartner für Kulturschaffende zur Verfügung. Vereinzelte Anfragen von Kulturschaffenden gingen im Büro der Beauftragten für das Reformationsjubiläum zwar noch ein, mussten aber zurückgewiesen werden, da das Projekt „Reformationsjubiläum“ befristet war. Dadurch entstand bei manchen Künstlerinnen und Künstlern der Eindruck, das Interesse von Kirche an Kunst und Kultur sei kein Bestandteil des kirchlichen Selbstverständnisses, sondern beschränke sich auf Anlässe, bei denen die Kirche etwas zu feiern hat.

Für die Pflege des Netzwerks zwischen Kirche, Kunst und Kultur ist ein Kulturbüro mit einer oder einem Kulturbeauftragten, die/der in der Lage ist, Beziehungen kontinuierlich zu gestalten, unserer Auffassung nach unerlässlich.

Kulturarbeit in der Fläche der Landeskirche

Nicht nur in Stuttgart, sondern überall in der Evangelischen Landeskirche in Württemberg existiert ein reiches kulturelles Leben, insbesondere im Bereich Kirchenmusik. Dies ist eine positive Auswirkung der professionellen Ausbildung von Kirchenmusikerinnen und -musikern in klassischer Kirchenmusik sowie Populärmusik. Auch die Zusammenarbeit mit bildenden Künstlerinnen und Künstlern bereichert an verschiedenen Orten der Landeskirche das Gemeindeleben oder das gottesdienstliche Angebot. Dies geht in der Regel auf die Kontakte und das Engagement einzelner kunstaffiner Pfarrerinnen und Pfarrer zurück. Eine Brücke von evangelischer Kirche zum Bereich Theater/Literatur/Wortkunst bilden einzelne Initiativen und Projekte und manche Bildungswerke, in Stuttgart insbesondere der *Hospitalhof* durch die ausgezeichneten Beziehungen zum Literaturhaus Stuttgart oder das *teatro piccolo* der Ev. Jugend in Stuttgart, das es allerdings nicht mehr lange geben wird. Obgleich alle Kirchengemeinden wichtige Kulturträger und Kulturvermittler sind, profilieren sich manche Kirchengemeinden oder City-Kirchen in besonderer Weise als *Kulturkirchen*. Auch im Radio, Internet und Kirchenfernsehen gibt es immer wieder Kultursendungen von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern unserer Landeskirche.

Darüber, welche kulturellen Aktivitäten im Bereich der Evangelischen Landeskirche in Württemberg oder sogar in kirchlicher Verantwortung stattfinden, hat jedoch niemand einen Überblick. So bleibt der Resonanzraum der einzelnen Veranstaltungen regional sehr beschränkt und mögliche Synergien für eine kirchliche Kulturarbeit bleiben ungenutzt.

Es könnte Aufgabe eines landeskirchlichen Kulturbüros sein:

- Gemeinden und Bildungseinrichtungen bei der Durchführung kultureller Veranstaltungen zu unterstützen (z. B. durch Know-how, Werbung oder Gelder),
- für eine bessere Vernetzung der Einzelmaßnahmen zu sorgen, die die Evangelische Landeskirche in Württemberg als Kulturträgerin und Förderin von Kultur ins öffentliche Bewusstsein bringt, und
- weitere Gemeinden und Bildungseinrichtungen zu ermutigen, mithilfe kultureller Maßnahmen neue Milieus für die kirchliche Arbeit zu interessieren.

Perspektiven

Es wird sichtbar, dass Kulturarbeit in ihrer Breite ein Wesensmerkmal der Evangelischen Landeskirche in Württemberg ist und sein muss.

Eine umfassende Würdigung des großen Arbeitsfeldes Musik in der Kirche/Kirchenmusik hätte den Rahmen dieses 1. Kulturberichts gesprengt. Daher hat sich der Kulturrat entschlossen, im Blick auf dieses Themenfeld nur die weiter oben beschriebene Skizzierung des Landeskirchenmusikplans aufzunehmen.

Die in diesem Kulturbericht aufgeführten Beispiele zeigen, vor welche Herausforderungen Kirche gestellt ist und wie sie selbst herausfordernd wirkt.

In mehrfacher Hinsicht ist aus diesem Bericht zu erkennen, dass für die Pflege des Netzwerks zwischen Kirche, Kunst und Kultur ein Kulturbüro mit einer oder einem Kulturbeauftragten, die/der in der Lage ist, Beziehungen in einer großen Breite kontinuierlich zu gestalten, unerlässlich ist. In einem Kulturbüro wäre die Aufgabe verankert, eine sorgfältig abgestimmte Zusammenarbeit mit der Landeskirchenmusikdirektorin bzw. dem Landeskirchenmusikdirektor, der/dem Kunstbeauftragten und mit dem Kulturrat zu organisieren und zu pflegen.

Theologische und kunstwissenschaftliche Kompetenz muss für die Größe unserer Landeskirche in einem angemessenen Umfang erhalten bleiben, um die Qualität in diesem Bereich durch Beratung, Begleitung und Fortbildung zu stärken und weiterzuentwickeln.

In diesem Zusammenhang spricht sich der Kulturrat für den Erhalt der Stelle der/des Kunstbeauftragten in vollem Umfang aus und fordert darüber hinaus die Einrichtung eines angemessen ausgestatteten Kulturbüros mit einer oder einem Kulturbeauftragten.

Eine Zusammenarbeit auf dem Gebiet der kirchlichen Kulturarbeit mit der Evangelischen Landeskirche in Baden könnte sich als sinnvoll erweisen, so wie das mit der Arbeit mit dem gemeinsamen Beauftragten beider Kirchen in Baden-Württemberg bei Landtag und Landesregierung und in der kirchlichen Rundfunkarbeit beim SWR bereits geschieht. Womöglich könnte dann ein nächster Kulturbericht schon ein gemeinsamer Bericht beider Landeskirchen sein.

Der Ratschlag 03 – ich komme darauf jetzt noch einmal zurück – des Kulturrats vom März 2018 hält als dringliche Aufgaben fest:

(Höschele, Robby)

Vernetzungen der kirchlichen Kulturarbeit:

Die Vernetzungs- und Kooperationsstrukturen mit weiteren bereits bestehenden Feldern landeskirchlicher Kulturarbeit, die größtenteils im Kulturrat vertreten sind, mit der Öffentlichkeitsarbeit der Landeskirche und der Kulturarbeit in Kirchengemeinden müssen stabilisiert und intensiviert werden, auf regionaler, ökumenischer wie auch auf EKD-Ebene.

Vernetzungen mit nicht-kirchlicher Kulturarbeit:

Es gibt hohe Erwartungen aus nicht-kirchlicher Kulturarbeit an die Kirche. Diese sollen wahrgenommen, gewürdigt und aufgegriffen werden.*

Kulturförderung durch Projekte und Bildungsangebote:

Dazu gehören u. a. der Kunstpreis der Landeskirche bzw. die Entwicklung eines Kulturpreises oder z. B. eines Predigtpreises. Auch gehören dazu regelmäßige Großveranstaltungen, bei denen Kirche wesentliche Themen in den gesellschaftlichen Diskurs einbringt und an denen sich verschiedene Kulturträger beteiligen können.

Zur kontinuierlichen Stärkung ästhetischer Kompetenz müssen in allen kirchlichen Bildungsfeldern weiterhin entsprechende Angebote in die Aus- und Fortbildungscurricula für haupt- und ehrenamtlich Mitarbeitende eingebracht werden.

Der Kulturrat wird weiterhin an kulturpolitischen Leitlinien arbeiten, die kulturellen Veränderungsprozesse in Kirche und Gesellschaft wahrnehmen und das kulturelle Handeln von Kirche nach innen und nach außen reflektieren. Denn das Evangelium wird stets vielfältig kulturell vermittelt.

Wenn Sie fragen, welche Bilder in dieser Präsentation eine Rolle gespielt haben, so waren das Bilder von zwei jungen Künstlern, eine Künstlerin, ein Künstler, mit denen wir ein Projekt zum 75-Jahr-Jubiläum der Evangelischen Akademie Bad Boll vorbereiten. Und das möchte ich Ihnen auf jeden Fall nicht vorenthalten: die Ausschreibung und Ankündigung des dritten Kunstpreises. Im Moment läuft die Ausschreibung, das Bewerbungsverfahren. Das Auswahlverfahren wird im Sommer folgen, und im Herbst wird es die Preisverleihung geben. Das werden Sie sicher erfahren. Vielen Dank. (Beifall)

Stellv. Präsident Stepanek, Werner: Herzlichen Dank, Robby Höschele, für diesen Bericht. Und herzlichen Dank auch an Frau Renninger und Herrn Lambert Auer, die ja Mitglied des Vorstands sind.

Schaal-Ahlers, Peter: Herr Präsident, liebe Synodale! Und das Wort ward Fleisch und wohnte unter uns, und wir sahen seine Herrlichkeit. Dieser Satz aus dem Johannes-evangelium beschreibt die Menschwerdung Gottes. Das Wort Gottes nimmt Gestalt unter uns an. Das Evangelium wird vielfältig kulturell vermittelt; das haben wir eben gehört. Dies gilt es wahrzunehmen, vor allem als evangelische Kirche; dies gilt es wertzuschätzen und zu reflektieren. Jede Gemeinschaft, jede Veranstaltung hat eine Kultur und braucht eine Kultur. Dass hier Blumen stehen, dass hier – von wem ist das überhaupt? – ein Kreuz steht,

(Heiterkeit), dass hier eine Bibel liegt, das alles ist eine Inszenierung.

Mir ist heute Morgen etwas eindrücklich gewesen: Wir haben ja eine sehr eindrucksvolle Kultur in diesem Gottesdienst erlebt. Den einen hat es gefallen, die anderen hatten Mühe. Für mich war es ein Aha-Erlebnis, dass man eine Beerdigung völlig unterschiedlich feiert, also mit Orgel, Chorälen, mit dem Gesangsverein, mit Taizé, Gospelmusik, aber auch mit Opernmusik.

Kultur in der Kirche ist kein beliebiges Anhängsel, kein unnötiger Luxus, sondern ein unverzichtbares Wesensmerkmal. Diese These hat der Kulturbericht eindrücklich entfaltet. Ich finde, das ist gelungen, ein großer Wurf. Herzlichen Dank, Robby, Lambert und all denen, die damit befasst waren. (Beifall)

Ein Kollege, der mittlerweile Dekan geworden ist, ich nenne keine Namen, sagte vor Jahren zu mir über eine Kulturnacht: Das geht uns doch nichts an, das ist doch Kultur. So denkt der Protestant; auf den Gedanken, dass er selbst Kultur sein könnte, war er noch nie gekommen.

Kultur fordert heraus und provoziert. Diese Impulse braucht unsere Kirche, wenn wir uns nicht in kleinen Konventikeln und Milieus zurückziehen wollen. In den letzten Jahren ist viel Gutes gelungen; das kann man sehr eindrücklich nachlesen: der Dialog zwischen Kunst und Kirche, aber auch die innerkirchliche Sensibilisierung für Bildende Kunst, Literatur und Musik, die Sensibilisierung für das eigene künstlerische Erbe, für die Kirchräume und ihre Ausstattung. Es geht ja auch darum, dass uns selbst klar wird, wie wunderbar das ist, was uns unsere Vorfahren geschenkt haben.

Wir sind beim Ulmer Münster dabei, dass die Bauhütte bei der UNESCO Kulturerbe wird, also die Bauhütten in Europa. Wenn man fragt: „Was macht eigentlich Europa im Kern aus?“, ist eine Antwort: die Kathedralen, die damals entstanden sind, die vernetzt über Jahrhunderte hinweg mit technischer, künstlerischer Expertise miteinander unterwegs waren.

Die Kunstpreise haben in der Kunstszene eine wichtige Rolle gespielt. Wir haben ja gehört, wie nach dem Kirchentag vieles zusammengebrochen ist. Das ist ungut. Deshalb, glaube ich, muss man unbedingt dem folgen, was der Kulturrat vorgeschlagen hat, und muss überlegen. Wie kann das verstetigt werden? Das Arbeitsfeld Kultur ist keine Stallhasenjagd. Wir haben ja viele Stellen, wo wir versuchen, die Frommen noch frommer zu machen, die Engagierten noch engagierter zu machen. Hier geht es um einen Brückenschlag in die Gesellschaft. Diese Arbeit ist, ich liebe diesen Ausdruck nicht, hier trifft es aber zu, zutiefst missionarisch. Die Begründung habe ich eingangs gesagt: Gott wurde Mensch und wohnte unter uns. Danke schön. (Beifall)

Mörk, Christiane: Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Synode! Vielen Dank an Robby Höschele und den Kulturrat für diesen vielschichtigen Bericht und für die immense Arbeit, die dahintersteckt. Ich bin einfach überwältigt.

Kultur beginnt im Herzen jedes Einzelnen, so schrieb es Johann Nestroy. Kulturprozesse entstehen in wechselseitigen Beziehungen der Herzen, der Gemeinschaft, der Kirchen, der Gesellschaft. Die Power-Point-Präsentation

(Mörk, Christiane)

hat in eindrucksvoller Weise die Hauptanliegen des Kulturrats aufgezeigt. Dabei ist mir jetzt ein Aspekt besonders wichtig: Noch kaum nennenswerte Fortschritte beim Thema „Ästhetische Bildung, ästhetische Kompetenz“.

Die Aus- und Fortbildung unserer Pfarrerinnen und Pfarrer und Sozialpädagogen und anderer Berufsgruppen und unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Beziehung zur Kunst sollte uns ein vorrangiges Anliegen sein, damit sie Kompetenzen weitergeben können, an Jugendgruppen, an Kirchengemeinden. Erst letzte Woche wiesen mich Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter unseres Kirchenbezirks darauf hin, für wie unnötig sie Kunst oder eine künstlerische Gestaltung im geplanten Neubau im Oberkirchenrat hielten. Obwohl über dieses Thema eigentlich noch gar nicht gesprochen wurde, ist für sie schon klar: Für Kunst oder künstlerische Gestaltung Geld auszugeben, ist ein Ding der Unmöglichkeit.

Nein, Herr Schaal-Ahlers hat es schon gesagt, Kunst ist kein Luxus, sondern ein Wesensmerkmal der Kirchen. Dies zu kommunizieren, ist eine wichtige Aufgabe. Vielen Dank auch für die differenzierte Sicht auf die Kirchenmusik. Unser Gesangbuch allein ist schon ein schönes Beispiel für die Verbindung von Kunst, Liedern und Texten, Lieder, die in ihrer bildhaften Sprache die Kultur ihrer jeweiligen Generation spiegeln. Zwischentexte und Bilder regen zum Nachdenken an. Die Gemeinden, die dieses Buch schon seit Jahren nicht mehr benutzen und auch das neue Liederbuch „Wo wir dich loben wachsen neue Lieder plus“ ablehnen, verlieren so ein Stück Kulturgut. Ja, wir brauchen alles: neue Lieder, neue Formen, neue Medien, klassische und zeitgenössische Musik und viele verschiedene Instrumente in unseren Gottesdiensten, in unseren Kirchen, und das alles vielleicht zielgruppenorientiert. Aber wir brauchen auch gemeinsame Lieder und gemeinsame Bücher.

Ein Teil der Leitkultur könnte so heißen: Lasst euch aufeinander ein, verurteilt nicht, was fremd erscheint, sondern schaut genau und lernt voneinander. Denn in Kunst und Kultur steckt die Kraft der Selbstvergewisserung und des gesellschaftlichen Zusammenhalts. Den genannten dringlichen Aufgaben in Robby Höscheles Vortrag schließe ich mich uneingeschränkt an. Vielen Dank. (Beifall)

Dangelmaier-Vinçon, Elke: Herr Präsident! Liebe Synodale! Auf Anregung von Angelika Hermann möchte ich Ihnen von einem Projekt erzählen, das wir in Ludwigsburg am vergangenen Wochenende eingeweiht haben. Es hat vier Jahre gedauert, bis aus der Idee, an der 1A-Lage des Ludwigsburger Wohnzimmers, dem Marktplatz, einen Raum für kirchliche Präsentation gestaltet wurde. Es war mühsam, ein langer Prozess und auch ein Ringen mit Verwaltung, die Sitzungsräume gefordert hat, die eben funktional sein sollten. Es war eine Aufgabe, dieses Projekt festzuhalten und zu sagen: Nein, wir gestalten einen offenen Raum. Der Slogan heißt jetzt: Raum, der Raum gibt. Es ist ein Raum, den Menschen vom Marktplatz betreten und bei dem kirchliche Inhalte nach draußen auf den Marktplatz transportiert werden, wo Menschen eingeladen werden, selbst mitzugestalten.

Dieser Raum ist gestaltet durch einen großen Tisch in der Mitte mit einer besonderen Tischplatte. Das Interes-

sante an diesem Tisch ist, dass er zur Bühne hin absenkbar ist. Das ist ein ganz besonderes Stück: unverrückbar und fest betoniert. Die Beobachtung ist, dass wir überannt wurden. Die Presseberichte, die Vorabberichte der Journalisten, die total begeistert waren, haben so viel Interesse geweckt. Sie haben in ihren Artikeln diese Begeisterung transportiert, was die Leute so neugierig gemacht hat, dass uns wirklich die Bude eingerannt wurde. Sobald wir die Türen nur angelehnt hatten, kamen ständig Menschen, die wissen wollten, was wir dort treiben.

Dieser Raum sieht eben nicht normal kirchlich-evangelisch, mittelschön, mittel-nun ja aus, sondern er ist bewusst mit der Handschrift einer Innenarchitektin durchgestaltet. Das wirkt auf die Menschen schon bei der Eröffnung und macht etwas aus. Es transportiert etwas von unserer Botschaft.

Ich möchte Mut machen für weitere solcher Experimente, die durch ihre Ästhetik die Menschen ansprechen, mehr als unsere durchschnittlichen Gemeindehäuser mit senfgelben Vorhängen usw. Vielen Dank. (Beifall)

Hanßmann, Matthias: Hohe Synode! Ich hatte selbst das Privileg, an der Entstehung des Kulturberichtes teilzuhaben. Ich habe es mehr mitbeobachtet als echt mitgestalten können, aber eines war von Anfang für mich eindrücklich: Der Kulturbericht selbst ist ein Kunstwerk. Wir haben noch nie einen solchen Bericht bekommen, auch sprachlich ist er ganz herausragend. Herzlichen Dank. Großartig. (Beifall)

Tatsächlich ist es so: Der Kulturbericht ist ein Kunstwerk, aber gleichzeitig muss man auch darauf hinweisen, dass er kein Kunstbericht ist, sondern ein Kulturbericht. Hierbei ist es mir ein großes Anliegen, dass es hier wirklich um die gelebte Kultur geht. Deswegen ist jeder von uns ein Teil dieses Berichts. Es ist kein Luxus, es ist kein Arbeitszweig, dass man sagt, lasst uns auch Kultur machen. Es kommt zum Ausdruck, dass wir die Kultur sind. Kirche lebt Kultur, und zwar in ganz vielfältiger Weise. Und die Kirche lebt innerhalb einer Kultur, und diese ganzen Anliegen sind im Kulturbericht entfaltet worden.

Was heißt das für uns als Kirche mit allem, was wir erleben? Das bedeutet, dass wir diesen Wert immer wieder neu schöpfen können. Es gab ein kleines Stichwort, das Robby Höschele bewusst aus dem Bericht gelesen hat. Es geht darum, dass das Ganze nicht verzweckt wird. Kultur ist keine Verzweckung, sie ist aber auch nicht zweckfrei und zwecklos. Es bringt vielmehr etwas zum Ausdruck, und zwar das, was wir zu sagen haben, das, was wir leben, das, was sich in unserer Gesellschaft, in unserer Kirche, ausdrückt. Das zu pflegen, zu begleiten, immer wieder neu zur Sprache zu bringen, zu fördern, auch in pädagogischen Konzepten zu fördern, wie etwa bei der Vikarsausbildung. Was bedeutet es, wenn Vikare zunehmend aus einem Umfeld kommen, in dem sie überhaupt keine echte kirchliche Sozialisation erlebt haben, dann aber Theologie studiert haben und plötzlich in einer großen Stiftskirche stehen und dort zu Hause sein sollen? Den Wert darin zu sehen, in dieser Kirche zu Hause zu sein, dass es für Menschen ansprechende Momente hat, Wege zu finden, wie man das verdeutlichen kann. Das ist

(Hanßmann, Matthias)

ein Gedanke, der in der Vikarsausbildung angesprochen wurde. Es kam die Frage auf, wie damit umzugehen ist. Das gilt aber für Diakonie und Jugendreferenten gleichermaßen, genauso für unsere Musik und für unsere Bildenden Künste. Wo wir auch immer hinschauen, stellt sich die Frage, wie wir das vernetzen können.

Am Schluss dieses Berichtes standen diese drei Schwerpunkte: Wohin kann das gehen? Was möchten wir fördern? Einen Punkt möchte ich noch unterstreichen, und zwar das Kulturbüro. Ich denke, es wäre der richtige Weg, das zusammen mit der Badischen Landeskirche in einer Form auf den Weg zu bringen. Wir müssen dafür wirklich etwas investieren, weil wir schließlich in Baden-Württemberg sind und Kultur in unserem Land passiert. (Beifall)

Das ist gut möglich, wir können das an verschiedenen Stellen andocken. Eine Möglichkeit wäre, es bei der Politik anzudocken, und zwar dort, wo wir sowieso sind, beim Landtag mit einer Pfarrstelle, einem Diakon oder einem Kunstbeauftragten, wie auch immer. Wie können wir Kirche in der Gesellschaft und Gesellschaft in der Kirche mit diesem Thema vernetzen? Herzlichen Dank. (Beifall)

Stocker-Schwarz, Franziska: Herr Präsident, liebe Synodale! Lieber Robby, herzlichen Dank für den wirklich umfassenden Bericht. Das ist auch etwas zum Nachschlagen und Nachlesen.

Ich möchte uns allen diesen Tag in Erinnerung rufen: Kirche – mehr als Gebäude, Verkündigung in Raum, Bild und Wort. Da haben wir auch die Handschrift von Robby Höschele stark wahrnehmen und erleben können. Vielleicht kann sich jede und jeder erinnern, wie stark und wohltuend es war, in den künstlerischen Prozessen mit eingebunden zu sein und Neues zu erfahren. Die Idee mit dem Kulturbüro finde ich richtig. Wir müssen natürlich Kosten und Nutzen genau abwägen. Ich halte es auch für eine sehr gute Idee, das landesweit für ganz Baden-Württemberg zu denken. Ich möchte aber auch die Ausbildungsstätten, die Kunstakademien, Medienakademie noch als Stichworte einbringen. Die Vernetzung sollte auch diese Bereiche berücksichtigen.

Ich möchte wiederum eine Warnung aussprechen, nicht noch etwas in die Vikarsausbildung hineinpacken zu wollen, sondern lieber Angebote, die junge Leute gerne wahrnehmen, wie wir diesen Schwerpunkttag, den wir wirklich genossen haben, zu präsentieren. Das kann auch über *Genießen*, Bildung, Herzensbildung geschehen. Das Ausbildungsprogramm unserer Vikarinnen und Vikare ist voll. Das wollte ich noch sagen, weil ich denke, dass wir ein attraktiver Arbeitgeber sein wollen. Der Ausbildungsweg ist lang, daher darf man in diese Jahre des Vikariats nicht zu viel hineinpacken. Danke schön. (Beifall)

Schaal-Ahlers, Peter: Herr Präsident! Liebe Synodale! Ich beziehe mich auf meine Vorrednerin: Ich denke, dass es kein zusätzlicher Baustein wäre, sondern in allen Bezügen, die im Vikariat zu lernen sind, sind auch ästhetische und kulturelle Fragen wichtig. Daher meine ich, dass man das nicht quantitativ bemessen kann.

Zweitens möchte ich noch etwas zum Neubau des Oberkirchenrats sagen. Ich habe die Bilder gesehen. Ich wollte es eigentlich erst ansprechen, wenn wir in der Tagung entsprechend vorangeschritten sind. Ich erwarte aber von einer herausragenden Architektur, dass man, wenn man mit dem Auto vorbeifährt, sieht und denkt: Hoppla, da ist die Evangelische Landeskirche beheimatet.

Was ich bisher gesehen habe, ist es nicht leicht, wie es immer abläuft. Bei Bauten wird gesagt: „Ja, ja, das kommt dann ganz zum Schluss.“ Wenn man das nicht ganz am Anfang eingefädelt hat und sagt: „Wir wollen erkennbar sein, auf eine pfiffig, theologisch, tiefe und ästhetisch gute Weise“, dann kommt zum Schluss einer, der ein Schild hinmacht und sagt: „Ich habe es ganz zart gemacht, denn das entspricht meinem ästhetischen Bewusstsein.“ (Heiterkeit) Ich denke, an dieser Stelle muss man noch einmal nacharbeiten. (Beifall)

(Zwischenruf **Stocker-Schwarz, Franziska:** Danke, Peter. Mir war es nur wichtig, dass es nicht ein zusätzlicher Baustein wird, der auch noch aufgeladen wird. Dass die Kurse insgesamt in manchen Bereichen, ich denke jetzt einmal an den Abendmahlkurs oder die Kirchenraumpädagogik, wo das sowieso schon mit enthalten ist und verstärkt werden kann, so entsprechend geplant werden und kein zusätzlicher Kurs hinzukommt, kann ich mir auch gut vorstellen.)

Höschele, Robby: Vielen Dank für die würdigenden Bemerkungen und die Hinweise, in welche Richtungen wir weiterdenken können. Ich möchte mich an dieser Stelle ganz herzlich bei den beiden, die mit mir zum Vorstand des Kulturrats gehören, Monika Renninger und Lambert Auer, bedanken, für diese kontinuierliche Mitarbeit an diesem Projekt und natürlich bei den anderen Autorinnen und Autoren, die an diesem Bericht mitgearbeitet haben.

Ich werde sicher der nächsten Landessynode nicht mehr angehören, aber vielleicht manche von Ihnen. In der Kulturarbeit geht es wesentlich immer wieder um das Bespielen von Spielräumen. Da würde ich mich freuen und mir wünschen: Wenn Sie immer dann, wenn es um etwas geht, was mit Kulturarbeit zu tun hat, dafür sorgen, dass Spielräume offengehalten werden, oder sogar, dass neue Spielräume entstehen. Denn das ist wesentlich für die Kulturarbeit. Dazu gehört auch das Feld der Finanzen. Vielen Dank. (Beifall)

Stellv. Präsident Stepanek, Werner: Lieber Robby Höschele, der Dank wurde mehrfach ausgesprochen. Ich möchte ihn auch noch einmal verstärken und auch darauf hinweisen: Wenn man in der Tagesordnung mit dem Kulturbereich gleich nach dem Bericht des Landesbischofs kommt, dann ist das auch eine formale Form der Anerkennung und Wertschätzung. Meine herzliche Bitte wäre es, dass man das den Kunstschaffenden einfach auch vermittelt, dass wir sehr wohl sehen, welche wertvolle Leistung, auch im Verkündigungsdienst, diese Kunstschaffenden für die Evangelische Landeskirche leisten. Danke schön. (Beifall)

(Stellv. Präsident Stepanek, Werner)

Jetzt rufe ich auf den Tagesordnungspunkt 3: **Finanzierung der Autobahnkapelle Sindelfinger Wald**. Hier steht ein Zwischenbericht an. Dieser wird uns von Oberkirchenrat Prof. Dr. Heckel gegeben.

Oberkirchenrat **Heckel**, Prof. Dr. Ulrich: Herr Präsident, Hohe Synode, zunächst zum Beratungsstand. Das Kollegium hatte im Rahmen der Mittelfristigen Finanzplanungen 2018 folgende die Aufnahme des Vorhabens abgelehnt. Der Finanzausschuss hat demgegenüber mehrfach die Erwartung geäußert, dass ein Betrag von 500 000 € mit Sperrvermerk in den landeskirchlichen Haushalt eingestellt werde, auch als Signal gegenüber der Diözese. In der Synode wurde inzwischen mehrfach Enttäuschung darüber laut, dass ein diesbezüglicher Antrag aus dem Jahr 2016 nicht voranzugehen scheint. In diesem Zusammenhang möchte ich den zwischen den Zeilen angedeuteten Vorwurf zurückweisen, dass die Angelegenheit durch den Oberkirchenrat verschleppt werde: Die Rahmenbedingungen sind mit dem Kirchenbezirk Böblingen und der Kirchengemeinde Sindelfingen ausgehandelt, die kirchenrechtliche Vereinbarung über die wechselseitigen Rechte und Pflichten ist ausgehandelt, ebenso liegt ein Fundraisingkonzept in Grundzügen vor, die gottesdienstrechtlichen Fragen sind geklärt, die Besetzung der Konzeptionierungsgruppen ebenfalls.

Das Grundproblem liegt bekanntlich darin, dass die Landeskirche selbst aus rechtssystematischen Gründen keine Kirchengebäude erstellt und betreibt. Dies war auch bei den damaligen Verhandlungen um die Autobahnkirche an der Kochertalbrücke ein allgemein akzeptierter und auch vom Finanzausschuss damals hochgehaltener Grundsatz.

Vorschlag

Der gegenwärtige Vorschlag richtet sich in seinen wesentlichen Grundzügen darauf, dass der Kirchenbezirk Böblingen die Rechte und Pflichten der Bauherrschafft übernimmt. Er wird dann auch als Betreiber der Autobahnkirche firmieren. Umgekehrt soll er von allen Pflichten hinsichtlich Finanzverpflichtungen, Personalgestaltung, Betrieb durch die Landeskirche freigestellt werden. Letztere tritt als Mieterin der Autobahnkirche auf, die Baukosten werden mit den Mietvorauszahlungen für den Zeitraum verrechnet, der zwischen dem Regierungspräsidium Stuttgart als Vertreter der Bundesrepublik Deutschland und der Landeskirche als Nutzungszeit vereinbart wird.

Der Betrieb der Autobahnkirche nach ihrer Fertigstellung wird in die Hände des Arbeitsbereichs Missionarische Dienste gelegt. Hier ist neben der Tätigkeit von Diakon Hiller als Messe- und Flughafenseelsorger an einen kleinen Stellenanteil für die Missionarischen Dienste gedacht.

Die Gottesdienste sind unter Beteiligung des dortigen Kirchengemeinderats in die örtliche Gottesdienstordnung der Kirchengemeinde Sindelfingen Nord aufzunehmen, das Kanzelrecht kann dann auf dem Wege einer Geschäftsordnung an eine Pfarrperson unserer Landeskirche übertragen werden, im Grunde also derselbe Vorgang wie bei den bereits bestehenden Personalen Gemeinden.

Weitere Aufgaben im nichtgottesdienstlichen Bereich werden von der Personalen Gemeinde am Glemseck in der Trägerschaft der Gesamtkirchengemeinde Leonberg, also Seehaus, übernommen. Wenn immer wieder behauptet wird, diese sei hierzu nicht bereit, möchte ich dies als unzutreffendes Gerücht zurückweisen; nach mehreren Gesprächen des Dezernats in jüngster Zeit kann hiervon nicht die Rede sein.

Finanzen

Der Mittelfristantrag Nr. 1251 wurde daher auf Grundlage des vorstehenden Sachverhalts aktualisiert und beinhaltet nunmehr folgende Eckpunkte:

Einsatz von Kirchensteuermitteln: 1 Mio. €;

Ersatz durch die Diözese Rottenburg-Stuttgart: 1 Mio. €;

Spenden und Sponsoring: 500 000 €.

Hiermit können also Baukosten von bis zu 2,4 Mio. € realisiert werden, mit einem Invest auf das Fundraising von ca. 100 000 € ist nach Auffassung der landeskirchlichen Fundraisingstelle zu rechnen. Diese Summe ist nach einer ersten Grobkalkulation auskömmlich, die Kirchensteuermittel werden, wie gesagt, im Sinne einer Mietvorauszahlung mit dem Kirchenbezirk Böblingen verrechnet, sodass hier ein rechtlich unanfechtbares Konstrukt entsteht. Es ist davon auszugehen, dass der Betrag nicht ausgeschöpft werden wird, die Erübrigungen werden dann für den laufenden Betrieb verwendet werden. Eingehende Spenden sind als Eigenmittel des Kirchenbezirks zu betrachten, sodass hier ein eigenständiger Antrag an den Ausgleichsstock gerichtet werden kann.

Der Fairness halber ist natürlich darauf hinzuweisen, dass die Kalkulation von der anteiligen Finanzierung durch die Diözese Rottenburg-Stuttgart abhängig ist, die allerdings zugesagt und durch eine Protokollnotiz festgehalten ist.

Als Dauerfinanzierung wird zudem ein Stellenanteil beim Amt für Missionarische Dienste und allfällige Sachkosten mit 30 000 € pro Jahr bei der Kostenstelle 1800 einzustellen sein. Da die Landeskirche nicht Eigentümerin des Bauwerks ist, sind keine Abschreibungen veranschlagt.

Zeitplan

Aus dem Gesagten ergibt sich folgender ambitionierter, aber bei wohlwollendem Engagement aller Beteiligten realistischer Zeitplan:

- Förmlicher Beschluss: Rückbringung des Antrags Nr. 55/16; Aufnahme der erforderlichen Kirchensteuermittel in den 1. Nachtrag in der Sommersynode 2019;
- Erstellung der Konzeption: 3. Quartal 2019;
- Planungswettbewerb und Ausschreibung: 1. Quartal 2020;
- Spatenstich: 3. Quartal 2020;
- Fertigstellung des Rohbaus/Richtfest: 1. Quartal 2021;
- Einweihung: 3. Quartal 2021.

Ich danke Ihnen. (Beifall)

Stellv. Präsident Stepanek, Werner: Vielen Dank Herr Oberkirchenrat Prof. Dr. Heckel. Die Tagesordnung sieht keine Aussprache vor. Deshalb begnügen wir uns mit einer Kenntnisnahme des Zwischenberichts.

Den Tagesordnungspunkt 4 müssen wir verschieben, da die Architekten, die wir dazu brauchen, noch nicht hier sind.

Wir rufen Tagesordnungspunkt 22: **Förmliche Anfragen** auf: Förmliche Anfragen Nr. 45/15, zum Antrag Nr. 40/15: Beitritt der Landeskirche zur „Aktion Aufschrei“ und zum Antrag Nr. 31/16: Pilgerweg der Gerechtigkeit und des Friedens.

Oberkirchenrat **Heckel**, Prof. Dr. Ulrich: Herr Präsident, Hohe Synode!

1. Grundsätzliches

Der Beitritt der Evangelischen Landeskirche in Württemberg zur „Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!“ wurde von Vertretern der Trägerorganisationen oder anderer Mitglieder im Aktionsbündnis erfreut zur Kenntnis genommen.

„Ohne Rüstung Leben“ reagierte mit den Worten: „Der Beitritt der Landeskirche zeigt einmal mehr, welchen breiten gesellschaftlichen Einfluss wir gemeinsam in der ‚Aktion Aufschrei‘ ausüben können.“ Offenbar wirkt genau diese Breite des Bündnisses: So sieht es Jürgen Grässlin, Bundessprecher der Deutschen Friedensgesellschaft – Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG – VK) als Erfolg des zivilgesellschaftlichen Drucks auf die Bundesregierung, dass der Export von Kleinwaffen an Drittländer 2018 zufolge einer Antwort auf eine „Kleine Anfrage“ im Bundestag auf unter ein Prozent der Exportgenehmigungen insgesamt reduziert wurde. Die Homepage der „Aktion Aufschrei“ wirbt derzeit (<http://www.aufschrei-waffenhandel.de/termine-aktionen/aktivitaeten-der-kirchen/>, Stand 25.02.19) ausdrücklich mit der Neujahrsbotschaft von Herrn Landesbischof Dr. h.c. July, in der er den „Einspruch gegen den Rüstungsexport“ zu einer „Leitfrage“ der landeskirchlichen Arbeit erklärt.

Im Folgenden werden, der Systematik der „Förmlichen Anfrage“ folgend, einige konkrete Punkte aus diesem Feld aufgeführt.

2. Arbeit von Gremien in der Kirchenleitung

a) Die „AG Rüstungskonversion und Kleinwaffenexportverbot“ unter der Leitung von Oberkirchenrat Prof. Dr. Heckel tagt ca. drei- bis viermal pro Jahr. Sie ist in ökumenischer Zusammenarbeit und auch unter Mitarbeit der badischen Schwesterkirche aufgestellt und sucht den intensiven Austausch mit anderen zivilgesellschaftlichen Akteuren, um auf das Ziel der Konversion bzw. Diversifikation von Rüstungsgütern hinzuwirken. Zuletzt zeigte sich dies in der Zusammenarbeit mit Kai Burmeister von der Bezirksleitung der IG Metall Baden-Württemberg. Im April wird die Arbeitsgemeinschaft das Rüstungsinformationsbüro (RIB e.V.) in Freiburg besuchen, bei dem es sich um das umfangreichste Archiv der Friedensbewegung zum Thema Rüstung und Rüstungsexporte handelt. Die Landeskirche hat 2018 über das Friedenspfarramt auch finanzielle Unterstützung für das RIB bereitgestellt. Am Tag des Besuches dort soll auch das

Gespräch mit Vertretern der Firma Nothrop Grumman LITEF GmbH, die Navigationsgeräte für Militärtechnik produziert, gesucht werden.

b) Der Arbeitskreis „Friedensauftrag der Landeskirche“ hat sich als Beratungsgremium des Herrn Landesbischofs seit dem vergangenen Jahr mit dem Thema „ethisches Investment“ beschäftigt.

Dabei handelt es sich um eine Frage, die auch einige Veranstaltungen des Aktionsbündnisses prägt. Anhand der Leitlinien des Arbeitskreises kirchlicher Investoren, dessen Mitglied die Landeskirche ist, und im Austausch mit Oberkirchenrat Dr. Kastrup werden Möglichkeiten ausgelotet, ethisch-nachhaltige Formen der Geldanlage weiter zu stärken.

Ein weiteres aktuell relevantes Thema ist die Suche nach Möglichkeiten, den Atomwaffenverbotsvertrag der Vereinten Nationen aus dem Jahr 2017 zu unterstützen, sodass auch die Bundesrepublik diesen unterzeichnet.

3. Aktivitäten mit Beteiligung oder Unterstützung der Landeskirche

a) Die Landeskirche hat im vergangenen Jahr die Proteste des Aktionsbündnisses gegen die Rüstungsmesse ITEC in Stuttgart nach Kräften unterstützt. Konkret fand während der Messe vom 15. bis 17.05.2018 das ökumenische Friedensgebet vor den Toren der ITEC statt, zudem ist eine Protestkundgebung am 17.05.2018 auf dem Stuttgarter Marktplatz zu nennen, bei der der Friedensbeauftragte der Landeskirche, Pfarrer Joachim Schilling, einer der Hauptredner war. Ferner gab es im Bereich der Landeskirche weitere Einzelaktionen, z. B. in Rottenburg am Neckar.

b) Vom 21.05. bis 02.06.2018 fand der Staffellauf für den Frieden „Frieden geht“ von Oberndorf nach Berlin statt. Mitglieder der Evangelischen Arbeitsgemeinschaft für Kriegsdienstverweigerer und Frieden (EAK Württemberg) nahmen daran teil und wirkten organisatorisch mit. Die EAK verfolgt außerdem derzeit sehr interessiert die Arbeit der Informationsstelle Militarisierung Tübingen an einem „Rüstungsatlas Deutschland“, um die Transparenz der Rüstungsproduktion in der Bevölkerung zu steigern. Der diesjährige Frühjahrskonvent der EAK am 29./30.04.2019 mit dem Thema „Standort Ländle – Aktuelle Entwicklungen in der Verteidigungspolitik“ will über die Bezirksbeauftragten für Friedensarbeit drängende Fragen in die Breite der Landeskirche tragen.

c) Das Friedenspfarramt der Landeskirche organisierte am 07.07.2018 eine Fahrt mit einem Bus von Stuttgart zum Aktionstag nach Büchel in der Eifel. Ein breites Bündnis der Friedensbewegung feierte dort gemeinsam Gottesdienst (Predigt des Friedensbeauftragten der EKD, Renke Brahm) und protestierte am dortigen Fliegerhorst für den Abzug der dort gelagerten Atomsprengköpfe, ebenso für die Unterzeichnung des Atomwaffenverbotsvertrags durch die Bundesregierung. Auch in diesem Jahr wird vom Friedenspfarramt zusammen mit anderen Organisationen eine Fahrt zum Aktionstag nach Büchel am 07.07.2019 organisiert.

d) Die Handreichung zu Rüstungsexporten „Tod – Made In Germany?“ wurde mit 5 000 Exemplaren gedruckt und ist inzwischen fast vergriffen. Das Friedenspfarramt war an zwölf Vorträgen, Gottesdiensten und Kirchlich

(Oberkirchenrat **Heckel**, Prof. Dr. Ulrich)

Theologischen Arbeitskreisen (KThAs) beteiligt, die auch die Frage nach Rüstungsexporten beschäftigte.

4. Tagungen, Studientage, Fachtage

a) Die Landeskirche hat die hochkarätig besetzte Fachtagung „Rüstungsexporte – Kirchen, Rüstungsindustrie und Nichtregierungsorganisationen im Dialog“ in Bad Herrenalb vom 6. bis 8. Juni 2018 mit vorbereitet, organisiert, finanziell unterstützt und durchgeführt. In der Konzeption sowie in der Moderation der Durchführung war u. a. Pfarrer Albrecht Knoch vom Kirchlichen Dienst in der Arbeitswelt (KDA Ulm) federführend. Pfarrer Joachim Schilling vom Friedenspfarramt war einer der Redner und leitete gemeinsam mit dem Friedensbeauftragten der Badischen Landeskirche eine Arbeitsgruppe. Landesbischof Dr. h.c. July nahm am Abschlussstag der Veranstaltung teil und war einer der Redner auf dem Podium.

b) Vom 22. bis 24. November 2018 fand die Tagung „Auf dem Weg des Gerechten Friedens – Kirche und Gesellschaft 100 Jahre nach dem Ende des 1. Weltkriegs“ in der Evangelischen Akademie Bad Boll statt. Diese Veranstaltung des Friedenspfarramtes, der Hauskonferenz „Kirche und Gesellschaft“, der Evangelischen Akademie, der Evangelische Arbeitsgemeinschaft für Friedenspädagogik und Betreuung der Kriegsdienstverweigerer (EAK Württemberg), des Pädagogisch Theologisches Zentrums (PTZ) und anderer Einrichtungen fasste auf theologischer Grundlage Vergangenheit, gegenwärtige Lage und künftige Aufgaben der Friedensarbeit in den Blick und fokussierte dabei u. a. auch in einem Vortrag von Kiflemariam Gebewold von der Badischen Landeskirche sowie in einem eigenen Workshop die Rüstungsproblematik.

Landesbischof Dr. h.c. July wies in seinem „Wort zum Weg der Landeskirche“ u. a. ausdrücklich auf die landeskirchliche Forderung nach einem grundsätzlichen Kleinwaffenexportverbot hin. Derzeit ist die Veröffentlichung der Tagungsbeiträge als EPD-Dokumentation in Arbeit.

c) Im Zusammenhang des diesjährigen Frühjahrskonventes der EAK findet eine für Gäste offene Veranstaltung mit einem Vortrag des Friedens- und Konfliktforschers Henrik Paulitz und anschließender Diskussion zum Thema „Aktuelle Entwicklungen in der Verteidigungspolitik“ statt. Geplant ist, zu dieser Veranstaltung auch über die „Aktion Aufschrei“ einzuladen.

d) Für den 27.06.2019 ist ein pädagogischer Fachtage zum Thema Rüstungsexporte geplant, der sich im landeskirchlichen Fortbildungsportal findet. Pfarrer Schilling sowie Hannah Geiger und Johannes Neudeck, die am PTZ für Friedenspädagogik zuständig sind, verantworten diesen Studientag.

5. Zu den Wahlprüfsteinen der „Aktion Aufschrei“

Die Landeskirche übernimmt Verantwortung, um demokratische Werte zu fördern. Als ein aktuelles Beispiel im Umfeld der Wahlen zum Europäischen Parlament kann das Demokratiemobil angeführt werden, das wir gemeinsam mit der Diözese Rottenburg-Stuttgart und der Landeszentrale für politische Bildung initiiert haben. Einzelne Wahlprüfsteine, von denen etliche im Umlauf sind, macht sich die Landeskirche dabei nicht zu eigen.

6. Weitere Möglichkeiten zur Umsetzung von Zielen der „Aktion Aufschrei“

Wesentlich ist in diesem Zusammenhang die Bildungsarbeit. Die Friedenspädagogik im PTZ, vertreten durch Frau Hannah Geiger und Herrn Johannes Neudeck, war zusammen mit dem Friedenspfarramt federführend tätig für die „Handreichung Friedensbildung“, die bereits online auf den Seiten des PTZ und des Friedenspfarramts zugänglich ist. Sie versteht sich als eine Fortführung und Vertiefung der Materialsammlung der Handreichung „Tod – Made in Germany?“ und soll stetig aktualisiert werden. Die Fortführung und Intensivierung der Zusammenarbeit mit der „Servicestelle Friedensbildung“ und im „Beirat zur Servicestelle Friedensbildung“ ist überaus wünschenswert. Auf dieser Linie liegt auch die Idee, das Projekt „Initiative zur Stärkung der Friedensbildung in Europas Schulen“ zu unterstützen.

7. Pilgerweg der Gerechtigkeit und des Friedens

Am 3. Dezember 2013 rief der Ökumenische Rat der Kirchen auf seiner 10. Vollversammlung im südkoreanischen Busan für die kommenden Jahre bis zur nächsten Vollversammlung zu einem gemeinsamen Pilgerweg der Gerechtigkeit und des Friedens auf. Die Mitgliedskirchen wurden eingeladen, diesen Pilgerweg in ihren örtlichen Kirchen mit Leben zu füllen.

a) Auftakt in Württemberg

In der Evangelischen Landeskirche in Württemberg wurde diese Einladung aufgegriffen. Die landesweite Tagung der Hauskonferenz stand im Jahr 2014 unter dem Thema „Gerechtigkeit Macht Frieden“ und verstand sich als „Wegmarke auf dem Pilgerweg der Gerechtigkeit und des Friedens“. Das internationale Logo des Pilgerweges wies darauf hin. Erstmals kamen dabei in Württemberg Angehörige der Opfer des Genozids in Ruanda 1994 auf einer kirchlichen Tagung zu Wort. Aus der Tagung ist ein Buch entstanden in der Reihe „Evangelisch in Württemberg“.

Zeitgleich zur Tagung „Gerechtigkeit Macht Frieden“ verstand sich die Arbeit der Landeskirchlichen Kommission zur Rüstungskonversion ebenfalls als ein Beitrag zum Pilgerweg der Gerechtigkeit und des Friedens.

b) Arbeitsformen und Aktivitäten

Ein zweiter Schritt im Rahmen des Pilgerweges der Gerechtigkeit und des Friedens war die Einrichtung einer „Fachgruppe Pilgerweg“. In ihr schlossen sich der Dienst für Mission, Ökumene und Entwicklung (DiMÖE), das Friedenspfarramt und das Umweltbüro zusammen, um Aktivitäten im Horizont des Pilgerweges auszutauschen, zu planen und voranzubringen. Mitglieder der Fachgruppe sind die Geschäftsführende Pfarrerin des DiMÖE, der Friedensbeauftragte und der Umweltbeauftragte sowie ein Kreis aus Ehrenamtlichen und eine Vertretung aus dem Ausschuss für Mission, Ökumene und Entwicklung. Die Fachgruppe trifft sich dreimal im Jahr.

Im Jahr 2015 waren die Aktivitäten des Pilgerweges bestimmt von dem Ökumenischen Klimapilgerweg im Vorfeld der UN-Klimakonferenz vom 30. November bis 11. Dezember 2015 in Paris. Eine Gruppe kirchlicher Vertreter unter der Delegationsführung von Landesbischof Dr. h.c. Frank Otfried July nahm in Paris an den zivilgesellschaftlichen Veranstaltungen der Kirchen teil.

Am 28. September 2015 fand im Vorfeld der Klimakonferenz von Paris eine Kick-off Veranstaltung zum Pilger-

(Oberkirchenrat **Heckel**, Prof. Dr. Ulrich)

weg mit Kirchenrätin Anne Heitmann aus Baden im Hospitalhof statt.

2016 wurde ein Pilgertag in der Marie-Appt-Hütte im Dekanat Nürtingen (9. Juli 2016) von der Fachgruppe geplant mit Pilgerwanderung, Gottesdienst, Brotbackaktion, interaktiven Angeboten des Umweltbüros, des Friedenspfarramtes und des DiMÖE.

Ein Antrag Nr. 37/17 Aufruf zum ökumenischen „Pilgerweg der Gerechtigkeit und des Friedens“ an die Landessynode mit der Bitte um Stellungnahme zum Pilgerweg und ein Aufruf an die Gemeinden zur Beteiligung am Pilgerweg wurde 2017 eingebracht. Im Beschluss dazu heißt es, dass der Landesbischof sich in geeigneter Weise öffentlich zum Pilgerweg äußern wird.

Dies fand am 21. November 2018 im Rahmen des Ökumenischen Gottesdienstes zum Gedenken an das Ende des Ersten Weltkrieges in der Stiftskirche Stuttgart statt.

Landesbischof Dr. h.c. July äußerte hierbei:

„So sind wir Kirchen über alle Nationalgrenzen, Hautfarben, Konfessionen heute gemeinsam auf dem Weg – dem Pilgerweg der Gerechtigkeit und des Friedens. Das ist der Weg, zu dem der Ökumenische Rat der Kirchen aufruft: ein Weg der kleinen Schritte der Verständigung, hin zum Frieden, der da blühen kann, wo Gerechtigkeit einkehrt. Die Evangelische Landeskirche in Württemberg hat sich im letzten Jahr wie viele Kirchen weltweit (z. B. unsere Geschwisterkirche in Baden) dem Weg der Gerechtigkeit und des Friedens verpflichtet. Diesen Weg gehen wir gemeinsam mit unseren Geschwistern im christlichen Glauben und mit all den Menschen, die den Frieden ersehnen, in allen Religionen auf der ganzen Welt.“

Ebenso nahm der Landesbischof an der Tagung „Kirche des gerechten Friedens werden“ im November 2018 in Bad Boll aus Anlass des Endes des Ersten Weltkrieges teil und verwies auf den Pilgerweg.

c) Ausblick:

Mit der Vollversammlung des ÖRK in Karlsruhe im Herbst 2021 kommt das Ende des Ökumenischen Pilgerweges der Gerechtigkeit und des Friedens in den Blick. Es bleiben noch gut zwei Jahre, um Themen, Initiativen und Aktivitäten voranzubringen.

Gemeinden sind eingeladen, diesen internationalen Impuls aufzugreifen, wo es sich vor Ort anbietet und wo es möglich ist, Veranstaltungen im Bereich Gerechtigkeit und Frieden in diesen globalen Horizont des Pilgerweges zu stellen.

Die Publikationen des Friedenspfarramtes in den letzten vier Jahren weisen bewusst mit dem Logo auf den internationalen Pilgerweg hin.

Besonders große Resonanz fanden bundesweit die ökumenischen Klimapilgerwege der letzten Jahre. Dabei wird die spirituelle Dimension des Pilgerns mit den gesellschaftspolitischen Debatten zur Klimagerechtigkeit und Schöpfungsbewahrung verbunden. Hier scheint sich ein Bedürfnis von Christen zu artikulieren.

Diesem Themenfeld wird sich die nächste landeskirchliche Tagung, die die Hauskonferenz des Arbeitsbereichs „Kirche und Gesellschaft“ vorbereitet, 2020 widmen.

Anhang 1

Als Veranstaltungsreihe im Horizont des Pilgerweges der Gerechtigkeit und des Friedens versteht sich das Ökumenische Forum, das von Pro Ökumene gemeinsam mit dem DiMÖE im Hospitalhof ins Leben gerufen wurde und von der Evangelischen Mission in Solidarität (EMS) und dem Hospitalhof mitgetragen wird.

Dazu gehören folgende Veranstaltungen:

27. April 2017: Afrika – ein „Labor“ für die Zukunft der Weltchristenheit? mit Dr. Bernhard Dinkelaker, ehem. EMS Generalsekretär

22. Oktober 2017: Der Dialog mit dem Islam – Erfahrungen im Ökumenischen Rat der Kirchen und im Lutherischen Weltbund mit Referenten aus dem ÖRK und dem LWB

16. April 2018: Transformierende Nachfolge mit Christof Anders, EMW, Heike Bosien, DiMÖE, und Jürgen Reichel, EMS

15. Mai 2018: Jerusalem und die Weltbank: Welche Zukunft haben die Palästinenser? Mit Jamal Juma'a, Mitglied des Sekretariats des Weltsozialforums

21. Oktober 2018: 70 Jahre ÖRK mit Bischöfin i. R. Bärbel Wartenberg-Potter

28. Februar 2019: Festung Europa und die europäischen Kirchen mit Doris Peschke Generalsekretärin CCME (Kommission der Kirchen für Migration in Europa), heute: Projektreferentin Diakonie Hessen Nassau „Wege in die Legalität“.

27. Mai 2019: Global Ecumenical Theological Institute GETI – Theologie studieren international, interkulturell, ökumenisch mit Prof. Dr. Benjamin Simon, Ökumenisches Institut Bossey/ÖRK.

10. November 2019: Religion und Spiritualität in der Entwicklungszusammenarbeit mit Dr. Wolfram Stierle, Bundesministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit BMZ.

10. Dezember 2019: Rassismus heute – 50 Jahre nach dem ÖRK-Programm zur Bekämpfung des Rassismus (PCR).

Stellv. Präsident Stepanek, Werner: Sehr geehrter Herr Oberkirchenrat Prof. Dr. Heckel, herzlichen Dank für die Beantwortung dieser Förmlichen Anfrage.

Wir sind genau im Zeitplan und ich kann jetzt Tagesordnungspunkt 4: **Neubau Dienstgebäude Ev. Oberkirchenrat**, aufrufen. Da geht es um den Neubau eines Dienstgebäudes des Ev. Oberkirchenrats. Die Synode wurde in mehreren Runden, auch nicht öffentlich, informiert. Jetzt wollen wir es aber öffentlich vortragen, und ich möchte Herrn Direktor Werner bitten, dieses Neubauhvorhaben „Dienstgebäude Ev. Oberkirchenrat“ vorzustellen. Wir werden dann auch in einer Power-Point-Präsentation die Überlegungen und Planungen des Architekturbüros Riehle und Assoziierte vorgestellt bekommen.

Direktor **Werner, Stefan**: Sehr geehrter Herr Präsident Stepanek, Hohe Synode, zum anliegenden schriftlichen Bericht über den Stand der Planungen und Überlegungen zum Neubau Dienstgebäude möchte ich Ihnen heute im Zusammenhang mit einer Präsentation des Architekturbüros Riehle und Assoziierte einige ergänzende und auch auf den tagesaktuellen Stand gebrachte Erläuterungen geben.

In verschiedenen synodalen Gremien und Ausschüssen war bereits über das Projekt berichtet worden, sodass auf der Grundlage dieser Abstimmung über die wesentlichen Eckpunkte diese Planung vorangetrieben werden konnte.

Dem Fachvortrag durch Herrn Architekt Riehle möchte ich an dieser Stelle nicht vorgreifen, deshalb nur einige ergänzende Anmerkungen zum bisherigen Verfahren.

Im Februar hat eine ganze Reihe von Anhörungsterminen stattgefunden.

Zunächst hatten wir am 8. Februar die Mitarbeiterschaft und anschließend die Nachbarschaft über den Planungsstand und die beabsichtigte Planung informiert. Dies und die Vorstellungen in den städtischen Gremien erfolgten anhand der Präsentation, die Ihnen gleich anschließend vorgestellt werden wird.

In der Mitarbeiterschaft gab es viel positives Feedback. Das hat mich gefreut. Die Beteiligung der Mitarbeiterschaft erfolgt im Rahmen der Mitarbeit in 14 sogenannten Nutzerteilprojekten, die regelmäßig tagen. Ich bin für den engagierten Einsatz der Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen in diesen Arbeitsgruppen, die neben dem normalen Arbeitspensum erbracht wird, überaus dankbar. Von dort kommen wichtige Impulse, die wir für die weiteren Planungen aufzugreifen versuchen und teilweise bereits in die Planungen integrieren konnten. Die Mitarbeiterschaft wird in wöchentlichen Infoterminen in der Cafeteria im Anschluss an die Mittagspause über den Fortschritt der Planungen informiert. Dort können auch alle im Zusammenhang mit der Baumaßnahme auftauchenden Fragen gestellt und Anregungen gegeben werden.

Auch die Nachbarschaftsanhörung nahm einen insgesamt positiven Verlauf, und uns erreicht auch aus der Nachbarschaft brieflich eine überwiegend positive Resonanz, was mich sehr freut und womit man nicht unbedingt rechnen durfte, wenn man eine große Baustelle ankündigt. Alles in allem verläuft das wirklich gut. Es gibt natürlich auch kritische Rückmeldungen.

Ausgesprochen positiv verlief die Vorstellung des Bauprojektes in den städtischen Ausschüssen, dem Gestaltungsausschuss, dem Umwelt- und Technikausschuss und im Bezirksbeirat Stuttgart-Ost.

Gefreut hat uns, dass unsere Entscheidung, den bisherigen Standort beizubehalten, mehrfach und ausdrücklich positiv gewürdigt wurde.

Das Presseecho war in der Folge ebenfalls ausgesprochen erfreulich, sodass wir nun vorbehaltlich Ihrer Zustimmung zuversichtlich in das Baugenehmigungsverfahren gehen können.

Im Zuge dieser Anhörungen und Informationstermine wurde eine ganze Reihe von Anregungen gegeben. Diese beziehen sich zum Teil auf Fragen der Gestaltung. Auffäl-

lig war allerdings, dass der Ansatz, das Grundstück für eine Durchwegung zu öffnen, sehr positiv kommentiert wurde. Es gab darüber hinaus mehrfach die Anregung, Grundstück und künftiges Gebäude noch stärker für Publikumsverkehr zu öffnen. Aktuell werden im Rahmen der Planung Varianten entwickelt, die geeignet sind, diesen Wunsch aufzugreifen. Eine vollständige Öffnung der Kantine, die unter anderem angeregt wurde, wird aber aus Kapazitätsgründen nicht möglich sein. Da gab es die Anregung, ob anliegende Anwaltskanzleien ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter schicken können, aber das schaffen wir von der Kapazität her nicht. Aber wir überlegen uns andere Maßnahmen, diesen mehrfach geäußerten Wunsch aufzugreifen zu können.

Wichtig wird nun vor allem sein, bald ein Interimsquartier zu finden. Verschiedene Möglichkeiten und Angebote auf dem Markt werden aktuell geprüft bzw. verhandelt. Gerade gestern waren Mitarbeiter in einem Objekt und haben mir heute früh eine Mail geschickt, dass es grundsätzlich geeignet sei. Aber das muss dann im Detail ausgehandelt werden.

Geprüft werden derzeit dem Wunsch der Synode entsprechend auch die möglichen ökologischen Standards. Herr Architekt Riehle wird zum Stand der Überlegungen anschließend ausführen.

Eine Variante für einen richtungsweisenden ökologischen Standard wurde mittlerweile auch bereits ausgearbeitet und wird hinsichtlich der zu kalkulierenden Kosten von Herrn Riehle vorgestellt. Die Frage der Amortisation dieser Mehrkosten für ökologische Standards hat uns noch letzte Woche in einer Sitzung beschäftigt. Eine Amortisation ist möglich. Wir könnten uns vorstellen, die detaillierten Berechnungen, die in den nächsten Wochen erarbeitet werden, sodann im Finanzausschuss vorzulegen. Sollten Mittel für den gehobenen ökologischen Standard bewilligt werden, könnten diese ggf. nach Vorlage dieser Berechnungen zu Investitionen und der Amortisation vom Finanzausschuss freigegeben werden.

Wie in der schriftlichen Vorlage beantragt und begründet, möchten wir eine Budgetierung auf der Grundlage der bislang vorliegenden und von unserer unabhängigen Projektsteuerung mit vollzogenen Kostenschätzung nach § 25 Abs. 2 HHO beantragen. Eine Budgetierung auf der Grundlage einer Kostenberechnung ist zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht möglich und würde eine nicht unerhebliche Zeitverzögerung in das Projekt bringen.

Es handelt sich aktuell bereits um eine vertiefte Kostenschätzung, und Architekt Riehle und unsere Projektsteuerung, Frau Pachner, haben die klare Zielsetzung geäußert, die veranschlagten Kosten auch halten zu wollen.

Es wird vorgeschlagen, unter Benennung der nächsten Planungsschritte jetzt bereits die einschätzbare Bausumme nebst einem Puffer für unvorhergesehene Steigerungen des Baupreisindex im Haushalt zu veranschlagen. Derzeit haben wir 2,5 % veranschlagt, aber man kann da nicht ganz sicher sein. Ich höre von verschiedenen Bauprojekten, wo die Steigerung 6 % betrug. Deswegen war die Überlegung, einen Puffer zu veranschlagen, der aber auch nur für Baupreisindexsteigerungen zur Verfügung steht und benutzt werden soll, wenn diese über 2,5 %

(Direktor **Werner**, Stefan)

gehen. Die Veranschlagung erfolgt sodann im Rahmen der Haushaltsbeschlüsse.

Letzte Woche hat eine weitere Sitzung des Bauausschusses stattgefunden. Danach kann ich über folgenden aktualisierten Planungsstand berichten:

In der im Rahmen der Kostenschätzung beantragten Summe ist, wie gesagt, ein Posten für Unvorhergesehenes mit 10 % der Bausumme als Puffer kalkuliert. Der Aufschlag für ökologisch erhöhte Standards ist noch nicht kalkuliert.

Im Planungsverfahren stehen wir kurz vor Abschluss der Einplanung der Ergebnisse der 14 Nutzerteilprojekte. Die Zwischenergebnisse daraus wurden letzte Woche beraten. Danach zeichnen sich zunächst einmal Flächenmehrbearbeitungen beispielsweise betreffend die Dimensionierung der geplanten Kapelle oder hinsichtlich der Zahl der errechneten notwendigen Sitzungsräume ab. Die gemeldeten Flächenmehrbearbeitungen werden nun auf ihre Plausibilität in Rücksprache mit den Nutzerteilprojekten überprüft.

Nächster Schritt nach dieser Überprüfung ist die Vorlage einer Kostenberechnung, mit der sich die Unsicherheiten der Kostenermittlung weiter reduzieren lassen. Zielsetzung ist, im Rahmen der Kostenberechnung weiterhin einen Puffer für Unvorhergesehenes ausweisen zu können.

Nicht enthalten in den nunmehr beantragten Kosten – Sie werden gleich eine entsprechende Übersicht sehen – sind Kosten für den Umzug in das Interimsquartier, die Ausstattung der Kapelle, Kunst, Medientechnik oder eventuell neue Ausstattungserfordernisse der Registratur, die derzeit noch nicht kalkuliert werden können. Hierzu werden nach Festlegung der Konzepte und Erfordernisse entsprechende Beschlussvorlagen erarbeitet, soweit Mittel dafür nicht bereits anderweitig budgetiert wurden; für den Umzug ist ja schon Geld zurückgelegt worden.

An dieser Stelle würde ich jetzt gern an Herrn Architekt Riehle übergeben, der Ihnen jetzt anhand der Präsentation die Planung vorstellen wird.

Riehle, Hannes: Vielen Dank, Herr Werner. Guten Tag Hohe Synode! Hannes Riehle ist mein Name, vom Büro Riehle+Assoziierte.

Folie 1:

Ich habe Ihnen das Modell hier vorne hingestellt; Sie können das nachher noch begutachten. Jetzt würde ich Ihnen gerne die Konzeption für den Neubau vorstellen. (Eine Präsentation wird gestartet.)

Folie 2 und 3:

Der Standort ist Ihnen allen bekannt, dieses schöne Grundstück an der Gänsheide mit dem Gebäudebestand, den Sie hier noch einmal im Luftbild sehen.

Folie 4:

Hier sehen Sie den Lageplan, der an dieser Stelle auch die baurechtlichen Beschränkungen zeigt, da die Baugrenzen dem aktuellen Bestand nachgefahren sind.

Folie 5:

Vielleicht noch einmal zur Frage: warum Neubau? Sie sehen hier Bestandsgebäude aus den Fünfzigerjahren, die deutliche technische Mängel aufweisen, mangelhafter Wärmeschutz, Thema Brandschutz, Thema Gebäudetechnik, Energiestandard. Vor allem aber geht es um die bestehende Bausubstanz; die tragenden Wände sind nicht geeignet, Flexibilität hineinzubekommen.

Die Prüfung von Alternativstandorten, die ja durchgeführt wurde, hat nicht zum Auffinden von Objekten oder Grundstücken geführt, die infrage kommen könnten. Auch ist daran zu erinnern, dass wir eine Variante mit Teilerhalt geprüft hatten, die aber wirtschaftlich nachteilig war beziehungsweise insofern nachteilig war, als dass zu viele Einschränkungen den nur minimal geringeren Kosten gegenüberstanden. Hinweisen möchte ich auch darauf, dass wir uns in einem sehr engen baurechtlichen Konzept bewegen.

Folie 6:

Hier sieht man noch einmal den Bestand und die Überlagerung mit dem Neubau.

Folie 7:

Hier sehen Sie einen Lageplan Neubau mit den drei Gebäuden, Gebäude A in Z-Form, Gebäude B in der Winkelform und Gebäude C an der Fraasstraße, die auf diesem verbindenden Sockelgeschoss sitzen. Der neue Hauptzugang sitzt an der Heidehofstraße mit diesem Vorplatz, von dem aus an dieser Stelle der Hauptzugang erfolgt, und dann ein System aus Innenhöfen, das dieses Sockelgeschoss belichtet und eben aus diesem Sockelgeschoss viele nutzbare Flächen generiert, die baurechtlich aufgrund des Nicht-Vollgeschosses nicht in die Begrenzung der Geschossflächenzahl fallen.

Folie 8:

Zu den Vorteilen der Neubaukonzeption: Wir haben einmal die Idee gehabt zu sagen: Wir öffnen dieses Grundstück in der Form, dass wir hier eine öffentliche Durchwegung anbieten und diese oberirdischen Gebäude voneinander trennen. Das heißt, die lange Situation im Bestand, dass wir hier im Prinzip eine durchgehende Bebauung haben, brechen wir auf und schaffen dadurch eine Durchlässigkeit des Grundstücks, die auch in allen Gremien entsprechend gewürdigt wurde. Wir schaffen dadurch auch eine städtebauliche und stadtklimatologische Verbesserung. Wir haben eine klare Zugangssituation, den Zugang von der Heidehofstraße, und die klare Aufgliederung des Raumprogramms im Sockelgeschoss in öffentliche Funktionen und Bürogeschosse, die auf dem Sockel platziert sind.

Die öffentliche Wegführung hatte ich angesprochen. Die Schaffung zukunftsfähiger Arbeitsumgebung ist natürlich ein Hauptaspekt für die Mitarbeitenden im Oberkirchenrat, und gestalterisch, konstruktiv und technisch die Schaffung eines einheitlichen Standards für alle Mitarbeitenden.

Die Verbesserung des technischen und ökologischen Standards ist selbstredend, wobei es da nachher eben diese Thematik gibt, da noch einmal in Richtung Leuchtturmprojekt weiterzugehen. Wir haben eine größere Tiefgarage, sodass der Parkdruck in der Umgebung reduziert

(Riehle, Hannes)

werden kann, und wir haben, da springe ich noch einmal in den Lageplan zurück (Folie 7), die Zufahrt zur Tiefgarage an den tiefsten Punkt gelegt, wo auch der größte Verkehrszufluss von hier unten kommt. Wir verhindern dadurch die Verlärmung des Wohngebiets, wo aktuell die Tiefgarageneinfahrt von der Gänsheidestraße erfolgt.

Wesentlich ist natürlich auch, dass wir mit diesem Vorschlag in Abstimmung mit Stadtplanungsamt und Baurechtsamt sagen können, dass wir mit dem bestehenden B-Plan eine Genehmigung erreichen können, was natürlich mit Blick auf das Genehmigungsverfahren entscheidend ist.

Folie 9:

Das ist der aktuelle Lageplan. Sie sehen hier noch einmal die angesprochenen Themen, den Haupteingang an der Heidehofstraße, die Tiefgaragenzufahrt, die öffentliche Durchwegung, die Hofsituationen, jetzt hier mit Blick von oben.

Folie 10:

Hier sehen Sie den Blick auf das Modell, das Sie, wie gesagt, auch noch aus der Nähe betrachten können. Auch hier: Blick von der Heidehofstraße auf den Vorplatz, auf den Haupteingang, und, wie gesagt Gebäude A, B, C, die auf diesem verbindenden Sockelgeschoss platziert sind.

Folie 11:

Diese Idee ist in dieser Skizze noch einmal erläutert. Der Sockel schiebt sich im Prinzip in den Hang, gleicht die Topografie zwischen der Heidehofstraße und Gänsheidestraße aus. Der Höhenunterschied beträgt 4,50 Meter, in die diese Nutzungen jetzt eingebettet werden. Von der Gänsheidestraße aus ist dieser Sockel nicht sichtbar, der Park legt sich gewissermaßen über diesen Sockel drüber. Es geht um diese drei Gebäude, die entsprechend auf diesem Sockel platziert sind. Nur im Bereich des Haupteingangs ist dieses Sockelgeschoss tatsächlich auch nach außen hin sichtbar.

Sie sehen hier die Tiefgaragenzufahrt und auch noch einmal auch das Thema öffentliche Durchwegung.

Folie 12 und 13:

Im Schnitt ist diese angesprochene Raumprogrammverteilung zu sehen. Das heißt, im Sockelgeschoss sind alle Funktionen vorgesehen, die jetzt nicht die Büroflächen betreffen, sondern den Konferenzbereich, die Cafeteria etc. Wir kommen im Grundrissbereich noch einmal dazu. Dann sehen Sie hier die drei aufgehenden Bürogeschosse und darunter die Tiefgarage mit drei Split-Level-Geschossen, wo die Zufahrt eben am tiefsten Punkt der Heidehofstraße ebenerdig erfolgt.

Folie 14 und 15:

Sie sehen hier die Bestandskubatur; diese ist hier mit eingeblendet, und die Firsthöhe der bestehenden Gebäude; diese bildet hinterher auch die Oberkante des Neubaus, sodass wir da nicht wesentlich höher kommen. Auch in dieser Darstellung können Sie hier die Firstlinie sehen und können auch sehen, dass sich der Bestand wesentlich länger darstellt, als wir dann mit der Zäsur zwischen den Neubauten reagieren.

Auch im Längsschnitt sehen Sie die programmatische Verteilung. Hier ist der Vorplatz mit dem Haupteingang und dem anschließenden Foyer. Dann sieht man an dieser Stelle, dass wir bei der Fraasstraße auf der anderen Seite das gleiche Niveau im Zugang schaffen, sodass sozusagen längs des Hanges eine Verbindungsachse entsteht.

Folie 16:

Das sind die drei aufgehenden Bürogebäude und unten die Nebenräume, Garage, Technik.

Das ist jetzt der Grundriss, die Zonierung des Sockelgeschosses. Hier der Haupteingang in ein Foyer. Es gab intensive Diskussionen darüber, welche Funktionen dort wie angelagert sind. Ein ganz wesentlicher Aspekt war dabei die Kapelle, die in der Nähe des Eingangs gesehen wird, vor allem mit der Intention, schon beim Betreten des Gebäudes erkennen zu können, dass es sich nicht um irgendein Verwaltungsgebäude handelt, sondern um den Sitz des Oberkirchenrates. Weiteres Ziel war auch, die Kapelle für Gäste möglichst kurzweilig erlebbar zu machen. Weitere Anforderung war, sie um einen weiteren Andachtsraum erweitern zu können, der aber auch für Besprechungen u. Ä. verwendet werden kann. Im Falle der Andacht wird die Kapelle zu diesem Bereich hin geöffnet, sodass entsprechend Platz für größere Andachten vorhanden ist.

Von dem Foyerbereich sind dann diese Besprechungsräume aus erreichbar, die sich dann zum Vorplatz hin orientieren. Wir haben hier die Cafeteria, die sich im Rahmen der Planung auch schon einmal an einer anderen Stelle befand. Es stellt einen wesentlichen Fortschritt dar, die Cafeteria an dieser Stelle zu platzieren, da man hier den Zugang zum Innenhof hat und dieser mit einer Außenbestuhlung genutzt werden kann. Im rückwärtigen Bereich wird das Ganze ergänzt durch die Ausgabe, Küche und Nebenflächen, die sich im Sockelgeschoss ergänzen.

Folie 17 und 18:

Die Bürogeschosse, die eine Tiefe von ca. 14,5 Metern haben, sind als Kombibüro angedacht, mit unterschiedlichen Bürotiefen, sodass verschiedene Büroformen in dieser Gebäudetiefe möglich sind. In dieser Darstellung sehen Sie auch, was die Flexibilität angeht, dass wir über die tragende Fassade die Erschließungskerne und nur ganz wenige Stützen erreichen wollen, sodass wir künftig eine maximale Flexibilität haben und verschiedene Büroformen umsetzbar sind.

Folie 19:

Im Untergeschoss befindet sich die Tiefgarage mit Nebenräumen, wobei die Zufahrt ebenerdig von der Heidehofstraße in das Parkgeschoss erfolgt. In der Split-Level-Garage, werden wir ca. 100 Stellplätze unterbekommen. Auch die Anlieferung wird über diesen Tunnel erfolgen, sodass die Verlärmung reduziert wird. Ansonsten sind hier im Untergeschossbereich die Technik sowie Nebenflächen angeordnet.

Folie 20:

Das Thema *Mobilitätskonzept* war ein wesentlicher Punkt in den städtischen Gremien. Hier ist wichtig zu erwähnen, dass wir die baurechtlich erforderlichen Stellplätze herstellen. Wir errichten aber nicht mehr Stellplät-

(Riehle, Hannes)

ze, als baurechtlich erforderlich sind. Es gibt bezuschusste VVS-Tickets. Die Dienstfahrzeuge sind Hybrid- bzw. Elektrofahrzeuge. Es wird natürlich entsprechende E-Ladestationen in der Tiefgarage geben. Das Carsharing-Angebot soll beibehalten werden. Bei den Stellplätzen auf dem Grundstück ist aktuell angedacht, diese im unteren Bereich des Parkplatzes an der Ecke Fraasstraße und Heidehofstraße zu erhalten. Die Anlieferung erfolgt wie erwähnt unterirdisch mit Rangier- und Ladezone, sodass auch in der Anlieferung ein sinnvolles Vorgehen möglich ist.

Wichtig sind natürlich auch die Fahrradstellplätze, die auch über diese Tunnellösung angefahren werden mit einem separaten Fuß- und Radweg. Von dort aus erfolgt die Erschließung in das Sockelgeschoss, wo z. B. auch Umkleiden für die Fahrradfahrer zur Verfügung stehen.

Folie 21 und 22:

Das ist der Schnitt durch den Eingangshof mit Blick auf den Haupteingang. An dieser Stelle haben wir einen Fassadenschnitt herausgegriffen. Die grundsätzliche Idee ist, hier mit einer Klinkerfassade zu arbeiten, die über verschiedene Reliefstrukturen und zurückgesetzte Brüstungsbereiche in Tischhöhe ein gegliedertes Fassadenbild entstehen lassen. Wir sind aktuell dabei, in Varianten zu denken, wir sind ja noch in der Vorplanung. Wichtig ist die Wertigkeit, die in der Materialität zum Ausdruck kommen soll. Das Sockelgeschoss ist dabei inhaltlich und in der Gestaltung abgesetzt. Dieser Bereich des Sockelgeschosses wird sich nach außen hin anders darstellen als die drei Büroebenen.

Folie 23:

Das ist ein näheres Zoomen, wo man auch im Grundriss sieht, wie sich die Fassade über die verschiedenen Ebenen reliefiert. Die Fenster sind als Einzelelemente in Holz-Alu geplant.

Folie 24:

Das ist ein Blick, eine Visualisierung mit Blick auf den Vorplatz, die hier vorn ausgedruckt zu sehen ist. Außerdem erkennt man den Haupteingang an der Heidehofstraße. Hier erkennt man den Gedanken, die Kapelle von außen wahrnehmbar zu machen. Hier haben wir ein Foto projiziert, wo das Gebäude in die Umgebung eingebettet ist.

Folie 25:

Hier ist der Blick in den Innenhof und man sieht den Haupteingang Richtung Vorplatz sowie das Foyer und rechts den Cafeteria-Bereich und die drei aufgehenden Bürogeschosse. Der Innenhof ist mit einer umlaufenden Überdachung (Umgang) versehen.

Folie 26:

Der Blick von der Gänsheidestraße, das ist die dritte Visualisierung, die wir angefertigt haben, zeigt die Öffnung und den Parkcharakter, der über das Grundstück gezogen werden soll. Die Gliederung und Verteilung der Baumasse sowie die Öffnung zur Gänsheidestraße hin wird sichtbar.

Folie 27:

Hier haben wir den entsprechenden Blick auf das Modell.

Folie 28:

Zu Ihrer Information, Herr Werner hatte schon die Nutzerteilprojekte erwähnt, die ich kurz einzeln vorstellen möchte. Die Besiedelung, Büroinfrastruktur und Möblierung wird von Frau Kocher als Teilprojektleiterin begleitet. Für den Bereich Konferenz, Foyer, Empfang ist Herr Reichert zuständig. Sicherheit ist wieder bei Frau Kocher angesiedelt. IT, Datentechnik und Medientechnik leitet Herr Pfrommer. Verkehr, Ver- und Entsorgung macht Herr Bauer. Bei der Bewirtung und Verpflegung geht es neben der Cafeteria auch um die Coffee-Points auf den Geschossen, und dies wird von Frau Schiller geleitet. Der Change-Prozess für den Oberkirchenrat liegt in den Händen von Frau Gnoth. Da geht es um die Frage, wie für das Bürokonzept die Dinge verändert werden müssen. Die Kommunikation liegt bei Herrn Hoesch, die Interimslösung und Umzug wird von Herrn Schiffbauer organisiert. Bei den Kunstprojekten, Wandbildern und Exponaten geht es auch darum, welche Objekte aus dem Bestand kommen und wie Kunst in dem Neubau künftig dargestellt werden soll. Dieser Bereich wird von Herrn Wiegand betreut. Ein ganz wichtiger Bereich ist die Kapelle und liegt in den Händen von Herrn Dr. Zeeb. Die Maßnahmen zur Mitarbeiterbindung bearbeitet Frau Härtel-Wanders. Und die Ökologie und Nachhaltigkeit ist bei Herrn Schiffbauer angesiedelt. Das sind die einzelnen Nutzerteilprojekte und ihre Leiter, mit denen wir in den letzten Monaten intensiv im Austausch waren und auch noch sind.

Folie 29:

Ein wesentlicher Aspekt ist das Energiekonzept. Wir haben hier zwei Optionen. Die eine Option ist die Energieeinsparverordnung (EnEV). Das ist das, was wir baurechtlich realisieren müssen. Ich beschreibe einmal kurz, was angedacht wäre. Eine Kombination bei der Wärme- und Kälteerzeugung durch eine Luft-Wasser-Wärmepumpe und einen Gas-Brennwertkessel für die Spitzenlasten. Das ist ein System, was heizen und kühlen kann und über den Gas-Brennwertkessel redundant aufgebaut ist. Ein grundsätzliches Problem ist, dass wir an dem Standort keine Geothermie-Bohrungen machen dürfen. Das ist natürlich sehr bedauerlich.

Die Grundtemperierung der Bürobereiche erfolgt über eine Betonkernaktivierung, das sind in die Betondecken eingelegte Heiz- und Kühlschleifen (wassergeführt), die durch die Masse des Betons passiv kühlen und heizen. Weiterhin werden zusätzliche Konvektoren in jeder 2. Fassadenachse im Brüstungsbereich eingebaut, um eben die Spitzenlasten ausgleichen zu können. Es war angedacht, die raumlufttechnischen Anlagen mit Wärmerückgewinnung nur für die öffentlichen Bereiche, also im Sockelgeschoss vorzusehen. Die Bürobereiche sollen über eine natürliche Lüftung, also die Fenster geschehen, wobei eine Mindestlüftung in den entsprechenden Mittelzonen erfolgt. Die Arbeitsplatzversorgung geschieht über einen Hohlraumboden für eine maximale Flexibilität der Bürobereiche. Für die Beleuchtung haben wir LED-Pendel- oder -stehleuchten eingeplant. Das ist das Konzept, das die Energieeinsparverordnung vorsieht.

(Riehle, Hannes)

Folie 30:

Wir haben durch die Ergebnisse des Nutzerteilprojekts, aber auch durch die Hinweise aus Ihrem Kreis das Thema „Wie könnte das Energiekonzept aussehen, wenn man das Ganze als Leuchtturm betrachtet und im Sinne der Nachhaltigkeit und der Energieeinsparung weitergehen möchte?“ mit aufgenommen.

Von unseren Fachplanern gab es jetzt den Vorschlag, eine Sole-Wasser-Wärmepumpe in Kombination mit einer Eisspeicheranlage vorzusehen. Das bedeutet, wir können zwar nicht bohren, aber wir können die Geothermie trotzdem nutzen, indem wir diesen Eisspeichertank unter das Gebäude setzen. Dieses System nutzt durch den Wechsel von warm und kalt die Kristallisationswärme aus und kann über die Sole-Wasser-Wärmepumpe das Gebäude heizen und kühlen.

Der Gas-Brennwertkessel steht auf dieser Folie nur deswegen, damit wir eine redundante Versorgung andeuten. Im Normalbetrieb würde man diesen nicht brauchen. Diesen gibt es wirklich nur für den Fall, dass im System etwas ausfällt, und dieser Ausfall über ein anderes System ausgeglichen werden muss. Er würde in der Regel nicht laufen müssen, sondern wir könnten über die Eisspeicheranlage das Gebäude heizen und kühlen.

Zusätzlich gibt es den Gedanken einer Photovoltaik-Anlage auf dem Dach. Die Energie für die Wärmepumpe, der Strom, der gebraucht wird, um zu heizen und zu kühlen, könnte tatsächlich auf dem Dach eingefangen werden. Es wurde auch schon berechnet, dass es hierfür ausreichen würde. So hätte man sozusagen ein autarkes System geschaffen, in Verbindung mit dem Eisspeicher.

Zusätzlich würde in diesem Fall eine mechanische Be- und Entlüftung der Bürobereiche im Sinne einer Mindestlüftung, also 0,5-facher Luftwechsel, angestrebt, um sowohl im Sommer als auch im Winter nicht durch das Öffnen der Fenster die falschen Temperaturen ins Gebäude zu holen. Zusätzlich würde die Abluft gekühlt und befeuchtet werden, dass eben die mechanische Kälteenergie reduziert werden könnte (Wärmerückgewinnung).

In Summe würden diese Maßnahmen, die jetzt als Alternativkonzept bzw. Ergänzungskonzept angedacht sind, dazu führen, dass wir über ein Niedrigenergiehaus sprechen. Ich habe einmal „Besser als KfW 40“ auf die Folie geschrieben. Wir sind gerade dabei, das noch einmal durchrechnen zu lassen, aber es sieht so aus, also würden wir, auch wenn es den Standard nicht gibt, KfW 30 erreichen, also 70 % besser als das Referenzgebäude und damit mehr als doppelt so gut wie die aktuelle EnEV. Somit könnte es ein sehr energieeffizientes Gebäude werden.

Hierzu wird es auch entsprechende Amortisationsrechnungen geben, wie sich die Eisspeicheranlage über die Jahre wirtschaftlich lohnt. Dazu wird Herr Werner noch einmal sprechen. Das wäre das Konzept, das die Fachplaner jetzt angedacht hätten.

Folie 31:

Damit komme ich zu den Kosten. Diese sind hier von Melchers Bauconsult dargestellt. Wir haben für den Abbruch und die Erschließung 1,3 Mio. € eingestellt. Für den Rohbau und Ausbau, also Kostengruppe 300, wurden 23,6 Mio. € eingestellt, für die TGA, Technische

Gebäudeausrüstung, 7,6 Mio. €; für die Außenanlagen, die natürlich aufgrund der parkähnlichen Situation aufwendiger sind, 1,4 Mio. € und für die lose Möblierung und die Küche 4 Mio. €. Die Baunebenkosten sind mit 8,2 Mio. € eingestellt, sodass sich die Baukosten netto auf 46,1 Mio. € belaufen. Der Puffer, den Herr Werner angesprochen hat, von aktuell 10 % führt dazu, dass wir über Gesamtbaukosten von 50,71 Mio. € sprechen. Brutto von 60,3 Mio. €.

Folie 32:

Dann haben wir mit den Fachplanern, was dieses ökologische Leuchtturmprojekt angeht, hier die Mehrkosten entsprechend ausgewiesen. Wir reden bei der Eisspeicheranlage inklusive der Herstellung dieses großen Tanks, der PV- und Absorberelemente, die zusätzlich auf dem Dach angebracht werden müssen, um für eine entsprechende Wassererwärmung zu sorgen, von 1 Mio. €. Für die Be- und Entlüftung der Büroräume, die zusätzlich käme, von 500 000 €, bei der E-Mobilität von 150 000 € und den entsprechenden Mehrflächen, was diese Lüftungsanlagentechnik anbelangt, auch im Gebäude, noch einmal von 580 000 €. Die entsprechend erhöhten Nebenkosten belaufen sich auf 560 000 €, sodass wir für das Konzept in der Summe auf 2,79 Mio. € brutto kommen, was das Mehr an Nachhaltigkeit angeht, wobei demgegenüber auch die Amortisationsrechnung stehen muss. Mit diesen Mehrkosten würden wir brutto für den Neubau von ca. 63 Mio. € Gesamtbaukosten sprechen.

Folie 33 und 34:

Zu den Terminen; Herr Werner hatte das gerade bereits erwähnt. Wir hatten im vergangenen Jahr bereits Termine mit dem Baurechtsamt und mit dem Stadtplanungsamt, um sicherzugehen, dass wir mit der Bebauung auch genehmigungsfähig sind. Wir haben dann am 8. Februar dieses Jahres die Mitarbeitenden des Oberkirchenrats informiert, mit einer sehr positiven Resonanz. Am gleichen Tag hatten wir einen Termin mit der Nachbarschaft, Herr Werner hat davon bereits berichtet. Dann waren wir im Umwelt- und Technikausschuss der Stadt Stuttgart, im Gestaltungsbeirat und im Bezirksbeirat Stuttgart Ost. Die Termine sind überwiegend positiv verlaufen. Deswegen hat sich auch unser ursprünglich angedachter Terminplan bestätigt, sodass wir diese Projektvorstellungen im Februar dieses Jahres durchführen konnten, wir heute die Befassung in der Synode haben, und wir dann im dritten Quartal 2019, nach der Sommerpause, den Bauantrag einreichen können.

Wenn ein Interimsquartier gefunden wird und die entsprechende Baugenehmigung vorliegt, könnte im Frühjahr nächsten Jahres der Rückbau beginnen. Wir rechnen dann mit einer zweijährigen Bauzeit. Das ist die Terminschiene, die angedacht ist und von der wir hoffen, dass sie nicht durch Unvorhergesehenes beeinträchtigt wird.

Folie 35 und 36:

Die letzte Folie zeigt das Modell, das hier vorn steht, mit der Darstellung der Vorstellungen. Vielen herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit. (Beifall)

Direktor **Werner**, Stefan: Vielen Dank noch einmal, Herr Riehle, für die Vorstellung, die natürlich einige von Ihnen bereits gekannt haben. Aber ich glaube, es waren auch

(Direktor **Werner**, Stefan)

wieder ein paar neue Aspekte dabei, gerade die Ansichten, wie das Gebäude dann aussehen kann und eben die Informationen über das ökologische Konzept.

Die Eisspeicherheizung, soweit ich das gehört habe, funktioniert wie Handwärmer, die man knickt. Dann kristallisiert sich die Flüssigkeit und es entsteht Wärme. Das Gleiche passiert beim Übergang von Wasser zu Eis, aber in einem anderen Verhältnis. Damit kann man aber bspw. Verwaltungsgebäude oder Hotels heizen. Es gibt eine ganze Reihe von Referenzprojekten, wie wir jetzt gesehen haben. Zum Beispiel wird in Stuttgart das Stadtarchiv so geheizt. Wir haben auch schon geplant dort zur Zufriedenheit mit dem Konzept nachzufragen. Soviel zum Konzept. Diese Heizungen gelten als annähernd CO₂-frei, weil man keine fossilen Brennstoffe benötigt und der Energiebedarf der Wärmepumpe im Idealfall über die Solarenergie abgedeckt wird.

Deswegen amortisieren sich solche Anlagen auch. Wir haben in der letzten Woche abgesprochen, dass das jetzt berechnet wird, damit wir eine belastbare Aussage machen können. Es kostet natürlich etwas mehr als eine herkömmliche Heizung, aber wir haben eben einen Amortisationseffekt, den wir jetzt noch berechnen müssen.

Abschließend möchte ich noch auf den Antrag Nr. 07/19: Neubau Dienstgebäude Ev. Oberkirchenrat eingehen, den wir ganz gern stellen würden. Die Sache selbst wird ja im Rahmen der Haushaltsbeschlüsse beschlossen, deswegen gibt es hier nur einen Vorschlag für einen Beschluss:

„Die Landessynode möge beschließen:

Die Landessynode informiert sich im Rahmen einer Präsentation durch das beauftragte Architekturbüro über die Planungen des Bauvorhabens ‚Neubau Dienstgebäude Evangelischer Oberkirchenrat auf dem bisherigen Areal in der Gänsheidestraße‘ und unterstützt die vom Oberkirchenrat vorgelegten Planungen zum Neubau.“

Der letzte Halbsatz wurde aufgrund einer Anregung aus Ihrem Kreis, dass wir ruhig etwas mutiger formulieren dürfen, hinzugefügt. Das wäre unser Vorschlag. Wenn Sie das beschließen wollen, würden wir uns freuen. Danke. (Beifall)

Stellv. Präsident Stepanek, Werner: Wir danken Herrn Werner für die Vorarbeit und Herrn Riehle für die Präsentation. Ich finde, das ist jetzt schon ein bedeutender Schritt, den wir gehen. Jetzt geht es an die Öffentlichkeit, und die Synode hat das erste Wort, jetzt zu reagieren. Es ist eine Aussprache vorgesehen.

Fritz, Michael: Hohe Synode, sehr verehrter Präsident! Ich darf Ihnen berichten, dass der Finanzausschuss am 21. Februar in seiner Sitzung diesen Tagesordnungspunkt heute vorberaten hat und Ihnen einstimmig empfiehlt, den weiteren Planungen und damit auch dem, was morgen im Haushalt steht, zuzustimmen. Ich werde dazu morgen noch etwas sagen.

Drei Anmerkungen:

1. Wir haben, ich sage das an dieser Stelle deutlich – das hängt auch mit Ihnen, Herr Werner, und dem begleitenden Büro Riehle zusammen –, den Eindruck, dass die Dinge professionell und vor allem sehr transparent vorangetrieben werden. Der Finanzausschuss hat nach anfänglichen Schwierigkeiten rund um dieses Thema das Vertrauen, dass die verschiedenen Aspekte, die Abwägungen und vor allem die Information und die Offenheit über Problemstellungen transparent dargestellt werden. Das erhöht unser Vertrauen in die vorgelegten Planungen. Das möchte ich an dieser Stelle ausdrücklich sagen. (Beifall)

Das zeigt sich auch daran, wie mit der Anregung, was das Thema „Ökologische Standards“ angeht, transparent und offen und für uns wirklich nachvollziehbar umgegangen wird.

2. Wir reden hier immer noch über eine Kostenschätzung, und es ist völlig normal, dass jeder Gedanke, der hier eingeworfen wird, jeder Workshop an dieser Kostenschätzung letztendlich wieder Dinge verändert. Mit einer so glatten Summe von 60 Mio. €, dieser Summe sieht man das schon an, inkl. einem Puffer für Unvorhergesehenes bewegen wir uns immer noch in einem gewissen Unsicherheitsrahmen. Es macht jetzt aber keinen Sinn, jede Woche die Kostenschätzung und den Rahmen wieder zu ändern; denn am Ende des Tages wird es eine Kostenberechnung geben, und die müssen wir uns dann anschauen. Der Finanzausschuss wird das auch weiter begleiten.

Von daher gibt es ganz normal für ein Bauprojekt dieser Größe in diesem Stadium immer noch ein Auf und Ab, bis dann endlich eine tragfähige Kostenberechnung vorliegt. Aber Sie sehen schon an den Puffern, die eingestellt werden und über die wir morgen abschließend zu entscheiden haben, dass an dieser Stelle mit der notwendigen Transparenz gearbeitet wird.

3. Wir sind in einem sehr frühen Stadium. Trotzdem – Sie haben die Planzahlen gesehen, auch die Frage des weiteren Vorgehens – haben wir den Eindruck gewonnen, was lange nicht klar war, dass die Baurechtsämter und Nachbarschaft und andere Beteiligte im Wesentlichen, beim Baurechtsamt kann man „im Wesentlichen“ streichen, dem Vorhaben positiv gegenüberstehen. Wir sollten diesen Drive jetzt nutzen und grünes Licht erteilen. Denn, es ist das Thema Baukostensteigerung angesprochen worden, jede Verzögerung, ob wir sie zu verantworten haben oder später andere, führt bei aktueller Baukonjunktur nur zu einer weiteren Verteuerung.

Jetzt komme ich zurück zu diesem Thema. Über die letzten Monate ist ein Grundvertrauen entstanden, dass dieses Projekt mit hoher Verantwortlichkeit, auch mit hoher wirtschaftlicher Betrachtung und mit klarer Mitarbeiterorientierung vorangetrieben wird. Deshalb kann ich Ihnen als Vorsitzender des Finanzausschusses nur empfehlen, diesem allgemeinen Entschließungsantrag und morgen den Zahlen zuzustimmen. Vielen Dank. (Beifall)

Hirsch, Ulrich: Herr Präsident, liebe Synode! Ich finde, es ist ein bestechender Entwurf, Herr Direktor. Ich kann vom Grundsatz her dem, was Michael Fritz gesagt hat,

(Hirsch, Ulrich)

zustimmen. Ich gehe davon aus, dass man an die Fachleute ein paar Detailfragen stellen darf.

Ich habe vier Bereiche, die ich noch ansprechen möchte:

1. Stichwort *Kapelle*. Ist daran gedacht und wäre es möglich, die Kapelle auch extern zu nutzen, ohne das Verwaltungsgebäude zu betreten, also dass von außen die Kapelle nutzbar ist?

2. *Tiefgarage*. Ich weiß nicht, wie groß die Kapazität im Moment ist. Mit 100 Plätzen scheint es mir im Blick auf die Mobilität und auf die Zahl der Mitarbeitenden nicht übermäßig zu sein. Wenn Sie dazu noch ein paar Zahlen nennen könnten.

3. Ich gehe davon aus, dass eine *Notstromaggregatanlage* vorgesehen ist, weil komplizierte IT-Einrichtungen dabei sind. Da wäre mir eine Aussage wichtig.

4. Die *Durchwegung* scheint mir auch nicht ganz unproblematisch zu sein. Wenn jetzt Menschen einen öffentlichen Weg durch dieses Gelände nutzen, entstehen ganz andere Rechtsprobleme bis hin zur Wege-, Streu- und Räumspflicht und Beleuchtung. Ist daran gedacht, einen öffentlichen Weg durch dieses Gelände zu machen? Dann muss man das alles bedenken. Danke.

Direktor **Werner**, Stefan: Ich versuche, die gestellten Fragen mit Herrn Riehle zusammen zu beantworten.

Zur Kapelle. Im Moment haben wir nicht vorgesehen, dass diese Kapelle außerhalb der Öffnungszeiten des Oberkirchenrats betreten werden kann. Über den Tag, sobald die Pforte besetzt ist, kann man die Kapelle betreten. Wir hatten aktuell nicht vorgesehen, außerhalb der Öffnungszeiten des Oberkirchenrats oder am Wochenende diese Kapelle zu öffnen. Ansonsten müssten wir personell reagieren, denn ganz unbetreut kann man das nicht machen.

Es ist für mich auch die Frage, ob wir das tatsächlich außerhalb der Öffnungszeiten des Oberkirchenrates machen sollen. Wir haben ums Eck noch die Christuskirche, die wir für große Veranstaltungen als Oberkirchenrat weiter nutzen. Wir denken, solange bei uns Leben ist, solange dürfen auch Menschen von draußen in die Kapelle. Das ist im Moment der Stand. Wenn es anders gewünscht wäre, müssten wir es noch einmal prüfen.

Riehle, Hannes: Die zweite Frage betraf die Tiefgaragenstellplätze. Im Bestand sind aktuell 45 Stellplätze in der Tiefgarage zuzüglich der Stellplätze im Bereich dieses Parkplatzes an der Fraasstraße. Dieser Parkplatz soll letztendlich erhalten bleiben, sodass, was die Tiefgarage angeht, wir von einer mehr als Verdoppelung sprechen. Vonseiten der Stadt ist es aber offensichtlich nicht gewünscht, die Anzahl der Stellplätze über das baurechtliche erforderliche Maß zu erhöhen, um nicht die Zufahrten dort in die Höhe zu treiben. Insoweit ist es sicherlich ein ausgewogenes Maß.

Ein Notstromaggregat gibt es. Dies kann ich klar bejahen. Die Rechtsthematik der Durchwegung ist eine, die sicherlich noch geführt werden muss. In welcher Form es letztendlich die Öffnung gibt und mit welchen Einschränkungen

oder Beschränkungen, muss natürlich im Weiteren erklärt werden. Allein die städtebauliche Geste, diese Öffnung, ist sicherlich das, was zunächst zählt. Wie konkret es dann ausformuliert wird, ist sicherlich etwas, was noch diskutiert werden muss.

Direktor **Werner**, Stefan: Ich habe es vorhin angedeutet, der überraschend starke Wunsch „Könnt ihr euch als Kirche ein bisschen öffnen über das hinaus, was der Plan aufzeigt?“, dieser Wunsch hat bei uns zu Debatten geführt, was wir auf dem Grundstück anbieten können, ob da bspw. eine Bank ist, wo man verweilt, ein Kunstwerk, das zum Meditieren einlädt oder Ähnliches. An der Frage sind wir gerade. Damit stellt sich logischerweise dann aber die Verkehrssicherungsfrage.

(Zwischenruf **Münzing**, Kai: Städtebauliche Geste. Wir sprechen hier immer wieder mal über Mitgliederbindung, Mitgliedererwerb. Das ist mehr als nur eine städtebauliche Geste. Unsere Verwaltung sollte so dargestellt werden, dass sie offen ist, dass sie wahrgenommen wird und dass Menschen hier ein- und ausgehen können, und wenn sie nur durch die Gebäudeteile gehen sollten. Für mich ist es deutlich mehr als nur eine städtebauliche Geste.)

Direktor **Werner**, Stefan: Das ist jetzt Planungsstand, Stand unserer Gespräche letzte Woche. Das Architekturbüro Riehle hat noch einmal überlegt, ob wir an der Stelle, ungefähr da, wo jetzt der Haupteingang ist, in dem ersten Geschoss des Gebäudes einen Raum anbieten, in dem eine Cafeteria ist. Da gibt es dann Kaffee und Kuchen. Das würde uns auch helfen, den Mitarbeitern, die gern nach dem Mittagessen noch einen Espresso trinken, das Angebot zu machen, diesen neuen Raum zu nutzen und die Belegungssituation in der Kantine zu entspannen.

Wenn wir mehr machen würden und ein breiteres Angebot unterbreiten würden, träten wir in Konkurrenz zu Anbietern, die es dort gibt. Dann tun sich andere Fragestellungen auf. Wir haben also vor, höchstens Kaffee und Kuchen anzubieten, sodass sich Kirche transparent und offen zeigen kann, wenn jemand zu uns kommen will und mit Mitarbeitenden ins Gespräch kommen möchte. Eine solche Möglichkeit wird geprüft.

Leitlein, Hans: Herr Präsident, Hohe Synode! Ich komme ins Zweifeln, ob ich noch einmal für die Synode kandidieren soll. Bei so einem schönen Gebäude könnte das ein Pluspunkt sein. Aber ich bin nur im Zweifel. Ich habe entschieden.

Ich begrüße die ökologische Weiterentwicklung, sodass es aus meiner Sicht auf 2 Mio. €, in Anführungszeichen, nicht ankommt. Wir haben da echt eine Art Vorbildfunktion. Wir hören ja heute oder morgen noch einen Bericht über ökologische Standards in unserer Runde hier, wie schwierig es ist, irgendwelche Vorteile hinzubekommen. Da hätten wir mal etwas, also aus meiner Sicht: weiter so!

Ich habe vermisst oder überhört oder überlesen, wo kommt denn unser Umweltbeauftragter vor. Es wäre aus

(Leitlein, Hans)

meiner Sicht wichtig, dass er projektmäßig einbezogen und konkret öffentlich dazu Stellung nehmen wird.

Zuletzt, vielleicht habe ich da auch etwas übersehen oder kapiere es nicht: Was ist in den Aufstellungen der Unterschied zwischen Brutto- und Nettokosten von 10 Mio. €? Was steckt dahinter? (Zuruf: Mehrwertsteuer!) Vielen Dank, dann wissen es jetzt alle.

Direktor **Werner**, Stefan: Ein Satz zum ökologischen Konzept: Wenn wir ein Konzept umsetzen, das weitgehend CO₂-frei ist, dann haben wir auch Ruhe im Hinblick auf alles, was an CO₂-Steuern auf unsere Gesellschaft zukommt. Insofern wäre das tatsächlich weitsichtig, so etwas jetzt zu machen. Hinsichtlich der Einbeziehung unseres Umweltbeauftragten ist zu sagen, wir haben ja das Nutzerteilprojekt Ökologie, und in der Zeit als Herr Koch krank war, war seine Vertreterin beteiligt und ist auch aktuell noch an diesem Nutzerteilprojekt beteiligt.

Daferner, Eberhard: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich denke, was Michael Fritz vorhin geschildert hat, zeigt in eindrücklicher Weise, dass dieses Verfahren, wie es uns auch von Herrn Werner vorgestellt wurde, transparent und nachvollziehbar war. Das ist eine wichtige Voraussetzung, unseren Kirchengenossen gegenüber deutlich zu machen, wofür wir das Geld ausgeben, das wir hier einsetzen. Das ist für mich eine ganz wichtige Sache, wie kommunizieren wir das von oben nach unten in die Kirchengemeinden. Ich befürchte immer wieder, dass Anmerkungen aus den Kirchengemeinden und Kirchenbezirken kommen, da stelle sich der Oberkirchenrat in besonderer Weise etwas hin. Das ist deswegen ein sensibler Bereich, weshalb ich denke, hier gilt es wirklich, das kommunikativ von oben nach unten darzustellen und damit die Leute partizipativ mitzunehmen. Ansonsten würde das eine Kluft geben, die nicht gewollt und nicht gewünscht sein kann.

Das andere, was Michael Fritz gesagt hat, ist auch wichtig, dass wir im Finanzausschuss das Projekt regelmäßig begleiten. Auf der anderen Seite möchte ich sagen, die ökologische Geschichte mit dem Eisspeicher halte ich für eine zukunftsfähige Fragestellung. Wir sind das auch in Ludwigsburg im kommunalpolitischen Bereich angegangen und haben festgestellt, dass der Bund dafür Zuschüsse gibt, in besonderer Weise sogar bis zu 50 %. Auch von daher ist dieser Aspekt der Amortisation besonders hervorzuheben. Ich denke, das ergibt auch für uns einen guten Aspekt. Deshalb freue ich mich, dass wir diese Geschichte so angehen und bin dankbar dafür. (Beifall)

Dangelmaier-Vinçon, Elke: Herr Präsident, liebe Synodale! Drei Punkte. Zum einen freue ich mich sehr, dass dieser Eisspeicher jetzt wirklich weitgehend von allen Vorrednern begrüßt wird. Das hatte sich zunächst anders angehört. Für mich ist das ein ganz wichtiges Signal, das wir auch nach draußen geben. Das heißt: „Kinder, wir haben verstanden, dass wir eben nicht nur zuschauen, wie andere auf der Straße herummarschieren und die Schule schwänzen, sondern dass wir auch in Aktion gehen und unseren Beitrag leisten, so gut wir es können.“

Da bin ich sehr dankbar dafür, wenn es in diese Richtung geht.

Zur Öffnung der Cafeteria: Ich möchte bitten, dass wir noch einmal darüber nachdenken, ob es nicht doch geht, zu öffnen. Im Moment ist ja noch kein Stein auf dem anderen. Wenn wir über Kommunikation nachdenken, über eine Öffnung nach außen, dann wäre das eine Geste zu sagen, ihr dürft bei uns durchlaufen. Aber wenn schon Menschen kommen und sagen, sie wollen bei uns mitemissen, was ich bei der derzeitigen Qualität des Kantinenessens beim Oberkirchenrat nicht immer nachvollziehen kann, dann halte ich das für ein tolles Anliegen, das wir aufgreifen sollten. Wir sollten dankbar sein, dass Menschen zu uns kommen wollen. Sonst haben wir das umgekehrte Problem. Da bitte ich noch um etwas mehr Hirnschmalz an der Stelle.

Heute habe ich es offensichtlich mit Farben. Die ersten Entwürfe haben mir von der Außenfassade her deutlich besser gefallen, was die Farblichkeit angeht. Im Moment sind Ihre Entwürfe in einem fröhlichen Mausgrau. Das ist die Farbe, die mit Kirche eh assoziiert wird. Sollten wir nicht vielleicht etwas mehr ins Bunte gehen? Vielen Dank. (Beifall)

Dölker, Tabea: Herzlichen Dank für die beeindruckende Präsentation. Ich war eigentlich immer skeptisch und habe auch jetzt noch ein komisches Bauchgefühl, dass wir auf der Gänsheide oben einen Neubau erstellen. Ich habe jetzt heute gehört, die verkehrliche Situation würde funktionieren und die Parkplätze in der Tiefgarage werden verdoppelt. Der ÖPNV ist für mich immer ein sehr hohes Kriterium. Wie weit ist es bis zur nächsten S-Bahn-Station? Das sind Faktoren, die Besucherinnen und Besucher und auch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter tangieren.

Ich wünsche mir sehr, dass dieser neue Oberkirchenrat, wie er immer noch heißt und auch künftig weiter heißen wird, sich irgendwann einmal weiterentwickelt zu einem Servicezentrum für die Landeskirche. Servicezentrum für Gemeinden, dazu gehört einfach das Thema Transparenz dazu, und ein Gebäude spricht immer für das, was es inhaltlich ist. Ich wünsche mir wirklich sehr, dass sich da etwas bewegt.

Ich würde auch sehr gerne diesem Gebäude von außen ansehen, dass es ein kirchliches Gebäude ist. Ich habe die EKD-Zentrale in Hannover vor Augen, wo man wirklich von außen durch die Gestaltung schon sieht, dass es ein kirchliches Gebäude ist.

Das finde ich einfach richtig gut, und das ist hier etwas, was mir echt noch fehlt.

Und dann hätte ich gerne noch eine Information, da weiß ich nicht, was das bedeutet; in der Kostengruppe steht das: Was ist eine „lose Arbeitsplatzmöblierung“? Da hätte ich gerne noch ein bisschen Aufklärung. Vielen Dank.

Heß, Rudolf: Sehr geehrter Herr Präsident, Hohe Synode! Die Planung, die Konzeption und die Art der Kommunikation stimmen; das möchte ich ausdrücklich feststellen. Ich möchte die Bitte aussprechen, dass wir dies

(Heß, Rudolf)

nach draußen in die Fläche kommunizieren, damit die Bürger das Vorhaben unserer Kirche mittragen.

Ich hätte noch eine Frage: Ab welchem Zeitpunkt ist daran gedacht, eine finanzielle Obergrenze einzuziehen? Auch über das Geld müssen wir dann natürlich diskutieren und irgendwo eine Grenze ziehen.

Schaal-Ahlers, Peter: Herr Präsident, Hohe Synode! Ich möchte zwei Anmerkungen machen. Zum einen finde ich, was wir gesehen haben, sehr überzeugend. Wichtig ist auch, dass wir das so kommunizieren. Ich gebe aber zu bedenken, dass es natürlich viele Menschen gibt, zu deren innerer Psychostruktur es gehört, auf den Oberkirchenrat zu schimpfen. Denen muss man das auf alle Fälle lassen. In den Überlegungen, was für uns richtig ist, sollten wir uns aber nicht beirren lassen und dort einen großzügigen und stimmigen Entwurf miteinander voranbringen.

Zum Zweiten – das habe ich vorhin schon gesagt: Ich finde, es muss so sein, dass man, wenn man vorbeiläuft oder mit dem Auto oder dem Fahrrad vorbeifährt, erkennt. Hoppla, das ist jetzt. (Zurufe) Wie man da vorbeifährt, ich komme meistens öffentlich, ist egal. Aber jeder, der dieses Gebäude sieht, muss wissen: Hoppla, das ist jetzt die evangelische Kirche, und es muss natürlich ein positiver Eindruck sein. (Beifall)

Hanßmann, Matthias: Nur eine kurze Frage und eine Anmerkung: Immer wieder fiel das Wort Park. Was verbirgt sich denn dahinter? Wenn man von einem Park spricht, hat man gewisse Vorstellungen. Das klingt sehr schön. Man läuft hindurch, das ist eine Zone, in der man sich gerne aufhält, das hat aber durchaus etwas mit Planung und Kalkulation zu tun und übrigens auch mit Folgekosten. Das ist meine Frage.

Vogel-Hinrichs, Kerstin: Das schließt sich an. Es geht nicht nur um den Park, mir fehlen auch die Pflanzen. Es war, glaube ich, schon einmal von Dachbegrünung die Rede. Dazu habe ich jetzt nichts gehört. Es wird gesagt, dass man in Stuttgart Fassadenbegrünung braucht; es wird nämlich wärmer, gerade in Stuttgart. Ohne grüne Fassaden geht es offenbar gar nicht mehr, weil sonst die Temperaturen unerträglich werden. Es sollte ja nur eine natürliche Belüftung geben, vielleicht können Sie dazu noch etwas sagen.

Hirsch, Ulrich: Herr Präsident, Herr Direktor! Wir bauen ja nicht für die Ewigkeit, aber doch für einen längeren Zeitraum; es sollten ja doch etwas mehr Jahre als zehn oder 20 sein. Wir wissen ja aber nicht, wie sich unsere Kirche entwickelt. Ich frage daher: Kann der gesamte Gebäudekomplex so angelegt, konzipiert und koordiniert werden, dass Teile dieser Gebäudestruktur zu einem späteren Zeitpunkt auch separat vermietbar sind? Ich denke etwa an das Jugendwerk an der Häberlinstraße. Dort sind Teile einfach vermietet, weil man sie derzeit nicht braucht. Das müsste vom Konzept her schon so angelegt werden, dass ein Gebäudekomplex oder

bestimmte Teile separat vermietet werden können, ohne dass das ganze System in sich zusammenfällt.

Stellv. Präsident Stepanek, Werner: Danke schön. Hohe Synode, das Thema ist zu wichtig, als dass wir nun Wortmeldungen unterdrücken möchten. Sie sollen sich durchaus ermutigt fühlen zu fragen, wenn Sie dies wollen. Bislang ist Martin Allmendinger auf meiner Liste der Letzte, der sprechen möchte.

Allmendinger, Martin: Herr Präsident, herzlichen Dank für die Möglichkeit, hier noch sprechen zu dürfen, Hohe Synode, das ist mir ein wichtiges Anliegen. Die Kollegin Vogel-Hinrichs hat mich eben auf eine Idee gebracht. Tatsächlich: 2017, Reformationsjubiläum, Württembergische Landeskirche in Wittenberg, vielleicht erinnern sich die einen oder anderen an die waagrecht wachsenden Bäumen und an den Weinberg im Haus. Ich glaube, dass es der Württembergischen Kirche nicht schlecht zu Gesicht stehen würde, mit Hohenheim zu kooperieren und an dieser Stelle noch einmal deutlich zu machen, was es heißt, im Weinberg Gottes unterwegs zu sein. Dazu möchte ich uns ausdrücklich ermutigen. Bei 1,4 Mio. € für die Außengestaltung müsste so etwas doch möglich sein. Ich danke. (Beifall)

Stellv. Präsident Stepanek, Werner: Danke, Herr Allmendinger. Das provoziert natürlich einen Zwischenruf von Herrn Fritz.

(Zwischenruf **Fritz, Michael:** Hohe Synode! Wir achten bei unseren Kirchengemeinden sehr darauf, dass die Folgekosten und die Betriebskosten von Gebäuden auch wirtschaftlich sind. Auch hier sollten wir vorbildlich sein.)

Direktor Werner, Stefan: Wir versuchen es mal abzuarbeiten. Ich beginne einmal mit dem, was gerade gesagt wurde: Man schimpft ganz gern auf den Oberkirchenrat, und wenn er dann noch so viel Geld kostet, könnte dies noch angeheizt werden. Es gibt aber einen Satz, der mich in meiner Arbeit immer wieder motiviert: Widerspruch ist die evangelische Form der Aneignung. Entsprechend sportlich versuche ich das zu nehmen.

Wir versuchen solche Rückmeldungen, auch wenn sie kritisch sind, konstruktiv zu bewerten, und überlegen, wie wir darauf reagieren können, ohne uns dadurch vollkommen aus dem Konzept bringen zu lassen. Meistens merkt man bei diesen Rückmeldungen, dass es ein Informationsdefizit gibt, und das muss man angehen. In diesen Runden zur Mitarbeitendeninformation, die ich angesprochen habe und die wöchentlich stattfinden, hat eine Mitarbeiterin schon darauf hingewiesen, sie sei im Kreis der Familie und von Bekannten danach gefragt worden, weshalb gebaut werden müsse und ob das überhaupt sein müsse.

Aufgrund dieser Rückmeldung und auch aus den genannten Gründen haben wir uns überlegt, dass wir eine Art Argumentationsblatt entwickeln, auch für alle Mitarbeitenden – das könnten wir auch an Sie weitergeben, wo

(Direktor **Werner**, Stefan)

wir einfach mal die Argumentation und die Gründe für das Bauvorhaben zusammenstellen. Herr Seel hat schon damit angefangen. Er hat mir neulich schon einmal einen ersten Entwurf gezeigt, wo auch Bilder enthalten sind von der Situation in unseren Gebäuden, an denen man wirklich sieht: Da muss mal was gemacht werden. Dort werden sicher auch Informationen zu Kosten dargestellt werden. Wir werden versuchen, so etwas zusammenzustellen; denn wir glauben, dass unsere Mitarbeiter das an die Hand bekommen müssen – dies gilt für alle, die bei diesem Projekt Rede und Antwort stehen sollten. Deshalb denke ich auch, dass wir in diese Information auch Sie hier in der Synode einbeziehen sollten. Vielleicht haben wir das zur nächsten Tagung schon so weit fertig, dass wir es verteilen können.

Im Übrigen haben wir auch ein Nutzerteilprojekt Kommunikation, bei dem Herr Hoesch Projektleiter ist. Den Kommunikationsaspekt haben wir also gesehen, und es ist ganz klar, dass wir da argumentieren müssen und dass wir auf Fragen der Kirchengemeinden Rede und Antwort stehen müssen.

Die Anregung, das Anwesen weiter zu öffnen, nehme ich gerne mit. Ich habe gesagt, wir sind aktuell dabei, nachzudenken und zu überlegen, was da mit vertretbarem Aufwand verantwortbar ist und wie wir uns öffnen können. Ich glaube, gegen das Öffnen generell gibt es keine grundsätzlichen Vorbehalte. Es muss für uns aber auch organisierbar sein.

Thema „Farbigkeit“ gebe ich weiter an Herrn Riehle.

Essensqualität: Bis jetzt haben wir keine Beschwerden in der Mitarbeiterschaft zur Essensqualität. Nichtsdestotrotz haben wir hierzu eine Umfrage bei den Mitarbeitern durchgeführt. Die Mitarbeiter konnten sich umfangreich dazu äußern, was ihnen gefällt oder was sie gerne anders hätten. Ein Aspekt war bspw., die Beilagen selber stärker zusammenstellen zu können.

Dann kam das Stichwort „Kultur“. Sie sagten „Oberkirchenrat mit Servicequalität“. Neben den Planungen zum Haus arbeiten wir an verschiedenen Stellen zu Fragen der Kultur im Rahmen des Changemanagements. Das war auch eines der Nutzerteilprojekte. Das Kollegium hat an einem Workshop teilgenommen, bei dem es um die Fragen der künftigen Büroorganisation ging. Aus dem Workshop haben wir die Erkenntnis gewonnen, der Frage nachzugehen, wie wir zusammenarbeiten wollen. Dann würde uns die Form der Zusammenarbeit auch leichter zufliegen, als wenn wir es umgekehrt aufzäumen würden. Da sind wir mittenbei, und es geht um die Fragen der Zusammenarbeit, der Kommunikation sowie um Hierarchie und ähnliche Fragestellungen.

Die EKD-Zentrale ist bei unseren Beratungen immer wieder als leuchtendes Beispiel genannt worden. Es freut mich, dass dies auch hier angesprochen wurde. Hinsichtlich der Stichworte, die ich von Ihnen gehört habe, wie „erkennlich“ und „hoppla“ ist dies wirklich ein tolles Referenzprojekt, was natürlich auch der Lage des Objektes geschuldet ist.

Zur finanziellen Obergrenze: Wir befinden uns jetzt in einer vertieften Kostenschätzung. Wir haben schon das absolute Ziel, bei den geplanten 60 Mio. € zu bleiben. Nach der Kostenberechnung werden wir dann noch mehr Sicherheit haben. Wir wollen aber nicht das Budget nach

Lust und Laune ausweiten. Wir hören die Anforderung auch im Rahmen der Nutzerteilprojekte und werden jetzt den Prozess auf Plausibilität überprüfen, haben aber schon diese Summe als Zielmarke im Blick. Wenn die Kostenschätzung vorliegt, können wir hierzu Genaueres sagen.

„Büro im Park“ ist die Überschrift, die das Architekturbüro Riehle gewählt hat. Hierzu kann Herr Riehle gleich noch genauer ausführen. Wir haben einen Landschaftsplaner, der überlegt, wie viele der vorhandenen Bäume geschützt werden können. Wir hatten Ihnen gerade eine Folie präsentiert, die eine grüne Landschaft zeigte. Das ist die Planung des Landschaftsplaners. Nach dem Neubau werden wir mehr Grün haben als jetzt. Das ist von der Konzeption her klar. Die sich drehenden Bäume sowie die Fassadenbegrünung wurde bereits vom Landesbischof in die Diskussion eingebracht, wenn ich mich recht erinnere. Die Idee war schon mal da. Wir müssen uns mal ansehen, ob so etwas realisierbar ist, auch im Hinblick auf die Betriebskosten. Das wäre natürlich ein Hingucker bzw. der gewünschte „Hoppla-Effekt“.

Sind die Gebäude ausreichend, wurde gefragt. Das ist die spannende Frage im Hinblick auf die Digitalisierung und die verstärkte Nachfrage nach Home-Arbeitsplätzen. Sie wollten wissen, ob die Mitarbeiterzahl dadurch nicht geringer würde, vor allem, wenn die Zahl der Kirchenmitglieder abnimmt. Dem steht die andere Entwicklung entgegen, dass wir immer mehr Projekte haben sowie die Anzahl der Teilzeitstellen zunimmt. Man kann derzeit nicht sagen, wo wir in 10, 15 Jahren genau stehen werden. Daher ist die Frage der Flexibilität enorm wichtig. Gerade die Gliederung des Neubaus in diese drei Baukörper bietet die Chance, falls wir kleiner werden würden, bspw. das Teilgebäude an der Fraasstraße, wenn es nicht mehr gebraucht würde, zu vermieten. Da wir ausreichende Eingangssituationen haben, wäre das durchaus möglich. Ich denke, das Gebäude mit den drei Baukörpern bietet da einige Chancen. Herr Riehle wurde noch zum Landschaftsprojekt gefragt und zur Möblierung.

Riehle, Hannes: Herr Werner ist bereits voll im Thema und hat bereits alle Fragen beantwortet. Ich möchte kurz auf die Farbigkeit zurückkommen. Die mausgraue Darstellung ist dem Beamer und den Ausdrucken geschuldet. Es ist nach wie vor gedacht, Richtung sandfarbenem Stein zu denken. Ein heller Stein, weil die Umgebungsgebäude dies auch mit sich bringen. Die Sorge, dass es am Ende mausgrau wird, kann ich Ihnen nehmen. Das ist so nicht geplant.

Zum Park. Das möchten wir gerne herausstellen, weil wir mit dem Sockel und den Aufbauten ein ungewöhnliches Gebäude haben, was es aber ermöglicht, über die Nebenzugänge, Teile auch anders zu nutzen. Wir könnten diesen Sockel auch darstellen, und dies als Platzfläche gestalten. Der Sockel würde sich dann auch zur Heidehofstraße zeigen. Das wollen wir nicht betonen, sondern wir wollen den parkähnlichen Charakter des Grundstücks, der jetzt schon vorhanden ist, stärken. Wir wollen Außenbereiche schaffen, die qualitativ sind. Es ist noch zu überlegen, Herr Werner, Sie hatten es angesprochen, wo man Plätze schaffen kann, an denen man sich aufhalten könnte. Hier laufen die Ideen gerade zusammen.

(Riehle, Hannes)

Zur Bepflanzung: Klar wird es neben Bäumen auch andere Bepflanzungen geben. Es bleibt auch bei der Dachbegrünung. Die Fassadenbegrünung war bisher noch kein Thema. Diese Anregung nehmen wir aber mit.

Schließlich sprachen Sie noch die lose Möblierung an. Das ist die Möblierung, die nicht fest mit dem Gebäude verbunden ist, also Tische, Stühle und andere Büromöbel, sodass auch die Kosten hierfür berücksichtigt wurden.

Direktor **Werner**, Stefan: Ich gucke einmal kritisch zur Projektsteuerung. Wenn die nickt, ist es gut.

Einen letzten Satz möchte ich gerne noch sagen. Sie haben vorhin ein Lob ausgesprochen, das mit meinem Namen verbunden war. Deshalb ist es mir wirklich ganz wichtig, zu erwähnen, dass das gesamte Team wirklich Klasse mitarbeitet. Viele aus dem Team sind hier, also Herr Duncker, Herr Sehl, Frau Marquardt, Herr Schiffbauer. Wenn ich jetzt irgendjemand vergessen habe, wird er es mir hoffentlich verzeihen. Es arbeitet eine ganze Truppe in den Teilnutzerprojekten mit. Herr Schiffbauer, wie viele sind es? 60 Personen, die da regelmäßig nachdenken. Es macht Spaß, und unsere Planer haben sich auch schon entsprechend geäußert, dass es Freude macht, mit allen diesen Beteiligten zusammen zu arbeiten. Das wollte ich hier erwähnen, und deshalb gebe ich das Lob hier gern an alle anderen Beteiligten weiter. (Beifall)

Stellv. Präsident Stepanek, Werner: Meine Damen und Herren, wir sind am Ende der Beratungen. Ich denke wir können Direktor Werner und Team, Herrn Riehle und seinem Büro herzlich für den Vortrag danken und unsere Überzeugung zum Ausdruck bringen, dass wir diesem

Projekt sehr wohlwollend entgegensehen. Ich habe jedenfalls eine positive Grundstimmung hier in der Synode verspürt.

Diese Grundstimmung, dieses Signal, was noch kein Baubeschluss sein wird, wollen wir in einer Abstimmung in einem Antrag festhalten. Dieser Antrag liegt Ihnen vor, es ist der Antrag 07/19: Neubau Dienstgebäude Ev. Oberkirchenrat.

Die Landessynode möge beschließen:

Die Landessynode informiert sich im Rahmen einer Präsentation durch das beauftragte Architekturbüro über die Planungen des Bauvorhabens „Neubau Dienstgebäude Evangelischer Oberkirchenrat auf dem bisherigen Areal in der Gänsheidestraße“ und unterstützt die vom Oberkirchenrat vorgelegten Planungen zum Neubau.

Wer dieses positive Signal bestärken will, den bitte ich um das Handzeichen. Das ist wirklich ein sehr schönes Votum. Widerspricht jemand? Enthält sich jemand? Einstimmig! Direktor Werner und Team, Oberkirchenrat und Architekturbüro: Glückwunsch zu diesem Ergebnis. (Beifall)

Hohe Synode, mit einer Andacht wollen wir diesen Sitzungstag beschließen.

(Ende der Sitzung 19:10 Uhr)

Zur Beurkundung:

Stuttgart, den 2. Mai 2019

Jutta Henrich

Vorsitzende des Protokollausschusses